Landtag Rheinland-Pfalz 14. Wahlperiode

Plenarprotokoli 14/84

84. Sitzung

Dienstag, den 14. Dezember 2004

Mainz, Deutschhaus

Landeshaushaltsgesetz 2005/2006 (LHG 2005/2006)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/3460 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 14/3630 -

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 14/3631

Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2004 bis 2008 Unterrichtung durch die Landesregierung

- Drucksache 14/3461; Vorlage 14/3601 -

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 14/3663 -

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 14/3678 -

Anträge der Fraktion der CDU - Entschließungen -

- Drucksachen 14/3614/3664 bis 3667/3676/3677 -

Anträge der Fraktionen der SPD und FDP – Entschließungen –

- Drucksachen 14/3628/3655 bis 3658 -

Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Entschließungen -

Fortsetzung der Beratungen vom 13. Dezember 2004

Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau –	554
tes Landesgesetz zur Änderung des Landesstraßengesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/3382 – Zweite Beratung	
dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr – Drucksache 14/3670 –	554
Landesgesetz über die Errichtung der LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz und zur Änderung sparkassenrechtlicher Bestimmungen Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/3462 – Zweite Beratung	
dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr – Drucksache 14/3671 –	554
Die Beratung der Drucksachen 14/3382/3670/3462/3671 wird bis nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz unterbrochen.	
Einzelplan 14 – Ministerium für Umwelt und Forsten –	597
Einzelplan 14 – Ministerium für Umwelt und Forsten –	
·	617
Einzelplan 01 – Landtag –5	617 621
Einzelplan 01 – Landtag –	617 621
Einzelplan 01 – Landtag –	6617 6621 6621
Einzelplan 01 – Landtag –	6617 6621 6621

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans-Artur Bauckhage, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner; die Staatssekretäre Stadelmaier, Bruch.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Dr. Gerhard Schmidt, Christine Schneider, Herbert Schneiders.

Rednerverzeichnis:

Abg. Anheuser, CDU:									.5554
Abg. Baldauf, CDU:									
Abg. Billen, CDU:								.5583,	5586
Abg. Creutzmann, FDP:				.5562,	5568,	5574,	5576,	5647,	5650
Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:					.5571,	5575,	5603,	5609,	5619
Abg. Dr. Geisen, FDP:									.5589
Abg. Dr. Gölter, CDU:									.5566
Abg. Dröscher, SPD:									
Abg. Frau Baumann, SPD:									
Abg. Frau Ebli, SPD:								.5585,	5587
Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GF									
Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:									
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:									. 5649
Abg. Frau Mohr, SPD:									
Abg. Frau Reich, SPD:									
Abg. Fuhr, SPD:									
Abg. Hartloff, SPD:									
Abg. Hohn, FDP:									
Abg. Hörter, CDU:									
Abg. Jullien, CDU:									
Abg. Kuhn, FDP:									
Abg. Lammert, CDU:									
Abg. Licht, CDU:									
Abg. Mertes, SPD:									
Abg. Nink, SPD:									
Abg. Pörksen, SPD:									
Abg. Puchtler, SPD:									
Abg. Schmitt, CDU:									
Abg. Schnabel, CDU:									
Abg. Schweitzer, SPD:									
Abg. Stretz, SPD:									
Abg. Wirz, CDU:									
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, L									
Bruch, Staatssekretär:									
Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forste									
Mertin, Minister der Justiz:									
Präsident Grimm:									
	5575, 557	5, 5582,	5583,	5585,	5586,	5587,			
Mr. and Walder of Orac Communication	5040 504°	0 5040	504 7	5046	5040	5000		5651,	
Vizepräsident Creutzmann:	5610, 5612								
Minara Waida atin Francisco	FF07 FF0		5632,						
Vizepräsidentin Frau Hammer:	5587, 5589	<i>y</i> , 5591,	5592,	5593,	5597,	5601,	5603,	5606,	5609

84. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 14. Dezember 2004

Die Sitzung wird um 09:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 84. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zur schriftführenden Abgeordneten berufe ich Heike Raab und Christian Baldauf. Letzterer führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Dr. Gerhard Schmidt, Christine Schneider und Herbert Schneiders. Alle anderen, die nicht anwesend sind, sind nicht entschuldigt.

(Beifall im Hause)

Wir setzen die Beratung des Landeshaushaltsgesetzes 2005/2006 fort.

Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Landeshaushaltsgesetz 2005/2006 (LHG 2005/2006) Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/3460 –Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Haushaltsund Finanzausschusses

- Drucksache 14/3630 -

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 14/3631 -

Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2004 bis 2008 Unterrichtung durch die Landesregierung

- Drucksache 14/3461; Vorlage 14/3601 -

Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/3663 –

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/3678 –

Anträge der Fraktion der CDU – Entschließungen –

- Drucksachen 14/3614/3664 bis 3667/3676/3677 -

Anträge der Fraktionen der SPD und FDP – Entschließungen –

- Drucksachen 14/3628/3655 bis 3658 -

Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Entschließungen –

- Drucksachen 14/3680/3682 bis 3701 -

Dazu rufe ich auf:

Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau –

Zur Mitberatung rufe ich die **Punkte 9** und **10** der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesstraßengesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/3382 –Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr

Drucksache 14/3670 –

Berichterstatter ist Herr Kollege Anheuser.

Landesgesetz über die Errichtung der LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz und zur Änderung sparkassenrechtlicher Bestimmungen Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/3462 –Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr

- Drucksache 14/3671 -

Berichterstatter ist Herr Kollege Puchtler.

Soll Bericht erstattet werden oder kann darauf verzichtet werden?

(Zurufe aus dem Hause: Ja!)

Bitte schön, Herr Kollege Anheuser.

Abg. Anheuser, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Ihnen heute Morgen Bericht erstatten über den Gesetzentwurf der Landesregierung mit der Drucksache 14/3382. Alle im Hause unterstützen dieses Vorhaben.

Bei dieser Gesetzesvorgabe ist EU-Recht umzusetzen in das Landesstraßengesetz und im Besonderen die Umweltverträglichkeitsprüfung, kurz gesagt UVP, für die besagten Straßenprojekte.

Dank des Kollegen Nink und seiner Aufmerksamkeit haben wir eine kleine Änderung vorgenommen.

(Beifall des Abg. Wirz, CDU)

Alle haben sich dem angeschlossen. Deswegen haben wir den Antrag der SPD und der FDP um die beiden Anträge der anderen Fraktionen erweitert.

Dem Kollegen Nink ist aufgefallen, dass eine bestimmte Lücke vorhanden ist. Da ich mit einem ähnlichen Fall auch in meiner Region zu tun habe, haben wir das auf dem kurzen Dienstweg so gemacht.

Auch hier empfiehlt der Ausschuss, dies so zu beschließen, und zwar wird in Artikel 1 eine neue Nummer 4 eingefügt, durch die in § 54 folgender neue Satz eingefügt wird: "Dies wird für Straßen, die seit dem 31. März 1948 dem öffentlichen Verkehr dienen, vermutet."

Ich gehe davon aus, wer sich ein bisschen mit der Materie auskennt, weiß damit umzugehen. Der Ausschuss bittet Sie, dies so zu beschließen.

Ich darf mich herzlich bedanken, dass –ich sage einmal – alle Proletarier sich diesem angeschlossen haben. Da unser Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses qualifizierte Berichterstattung gewünscht hat, bin ich traurig, dass der Vorsitzende Dr. Gölter leider nicht zugegen ist.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und bei der SPD)

Präsident Grimm:

Ich bedanke mich außerordentlich für die qualifizierte Berichterstattung beim Herrn Kollegen Anheuser und erteile nun dem Herrn Kollegen Puchtler zur Berichterstattung über das andere Gesetzesvorhaben das Wort.

Abg. Puchtler, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hat dem Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung der LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz und zur Änderung sparkassenrechtlicher Bestimmungen – Drucksache 14/3462 – mit – jetzt könnte ich die ganzen Änderungen einzeln aufführen, aber Sie können sie alle der Drucksache 14/3671 entnehmen – zugestimmt und bittet das Plenum um entsprechende Bewilligung des Gesetzentwurfs.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Vielen Dank, Herr Kollege Puchtler.

Wir kommen nun zur Aussprache über den Einzelplan 08 und die entsprechenden Gesetzesvorhaben, die wir mitberaten wollen.

Es spricht Herr Kollege Wirz.

Abg. Wirz, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich wünsche Ihnen einen guten Morgen.

(Zuruf von der SPD: Das ist gelogen!)

Doch, das wünsche ich wirklich.

Meine Damen und Herren, der Einzelplan 08 im Bereich Wirtschaft und Verkehr wird in der Haushaltsvorlage mit Ausgaben von insgesamt 594,453 Millionen Euro in 2005 und 588,523 Millionen Euro für das Jahr 2006 ohne die Personalausgaben veranschlagt.

Dies entspricht mit einem Mittel von 591,5 Millionen Euro fast dem Ansatz des laufenden Haushaltsjahres 2004, mit Ausnahme Ihrer von der Regierung veranschlagten globalen Minderausgabe.

Meine Damen und Herren, in diesem Haushalt ist im Übrigen nahezu alles total global gegenseitig deckungsfähig.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist aber nichts Neues!)

Man kann auch nur global verändern, weil die Regierung durch die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Haushaltsansätze nahezu alle Einzelfestlegungen unterlaufen und machen kann, was sie will.

Genau aus diesem Grund haben wir auch keine Einzelanträge gestellt, sondern, wie die Landesregierung auch, eine Erhöhung der globalen Minderausgaben über alle Titel beantragt, um damit der Gesamtsituation Rechnung zu tragen.

Die dramatische Finanzsituation des Landes ist in diesem Haushalt nicht erkennbar. Mein Kollege Dr. Gölter wird in der zweiten Runde noch darauf eingehen. Ich werde auf den Bereich Verkehr näher eingehen.

Meine Damen und Herren, Verkehrserschließung ist und bleibt der Schlüssel für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung eines Flächenlandes wie Rheinland-Pfalz.

Da wir über keine eigenen Ballungszentren verfügen, sondern tatsächlich nur Pufferzonen oder Zwischenfläche zu anderen benachbarten Ballungsräumen sind, ist deshalb eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur die wirksamste und wichtigste Säule für die Entwicklung der Wirtschaft in unserem Land.

Wenn ich diese Maßstäbe akzeptiere, dann komme ich leider gleichzeitig zu der Feststellung, dass die Politik der Landesregierung diesen Anforderungen in nur ungenügender Weise nachkommt.

Bei den Landesstraßen ist der Investitionsstau mittlerweile beim bestehenden Landesstraßennetz auf rund 560 Millionen Euro angewachsen. Dieser Investitionsstau muss nun sehr mühsam abgebaut werden.

Die von der Landesregierung ursprünglich einmal für den Zeitraum von fünf Jahren zu diesem Zweck vorge-

sehene so genannte DM-Mobilitätsmilliarde wurde dann aufgrund der desaströsen Finanzsituation des Landes so gestreckt, dass sie in diesem Kontext nur noch marginale Wirkungen zeigt.

Jedenfalls die ursprünglich beabsichtigte deutliche Verbesserung des Landesstraßennetzes bleibt aus und wird zum Reparaturpark degradiert.

Die heutige Situation zeichnet sich dadurch aus, dass alle Investitionen des Straßenbaus in diesem Land kreditfinanziert sind. Kein einziger Eurocent steht aus Steuereinnahmen zur Verfügung. Beim Landesbetrieb Straßen und Verkehr wurde mit der Festlegung, den Betrieb mit einer kaufmännischen Buchführung und mit kaufmännischer Rechnungslegung zu errichten, ein prinzipiell richtiger Ansatz gewählt.

Die Erklärungen zur Finanzsystematik, die uns bei der Beratung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen des LSV gegeben wurden, müssen allerdings heute stark relativiert werden. So offenbart die Tatsache, dass der LSV heute die Personal- und Verwaltungskosten zu einem großen Teil über Kredite finanziert, dass mit der eigenen Kreditermächtigung des LSV die Errichtung eines Schuldennebentopfes primäre Absicht war.

Damit hier kein falscher Eindruck entsteht: Wir, die CDU, wollen, dass das LSV-Konzept ernsthaft umgesetzt wird, weil wir darin eine Chance sehen, die schlimme Situation bei den Landesstraßen zumindest mittel- bis langfristig deutlich zu verbessern. Wir fordern und beantragen deshalb, die nicht investive Kreditfinanzierung des LSV umgehend zu beenden.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben die Situation, die sich im gesamten Landeshaushalt noch viel krasser darstellt: Der Wirtschaftsplan des LSV für sich allein genommen – ich weiß, dass dies so keine rechtliche Wertung ist – erfüllt eben nicht die Anforderungen unserer Verfassung an einen einwandfreien Haushalt. In einem Teilbereich wird sehr deutlich, wie in Rheinland-Pfalz Haushaltspolitik betrieben wird, wobei beim LSV noch klar die investiven von den nicht investiven Ausgaben getrennt werden können. Meine Damen und Herren von der Regierung und der Koalition, hier können Sie nicht tricksen. Hier ist dies für jeden deutlich erkennbar.

Meine Damen und Herren, wir fordern darüber hinaus für den LSV ein betriebswirtschaftliches Entwicklungskonzept,

(Heiterkeit des Abg. Schwarz, SPD)

in dem präzise geklärt wird, welche Aufgaben der Betreiber selbst wahrnimmt. – –

(Schwarz, SPD: Ein Entwicklungskonzept!)

- Hören Sie erst einmal zu, Herr Kollege Schwarz. Sie haben es offensichtlich noch nicht verstanden.
- welche Aufgaben der Betreiber selbst wahrnimmt, welche Leistungen eingekauft werden und welches Personal- und Organisationskonzept dem entspricht.

Ich möchte einmal versuchen, mich in das finanzwirtschaftliche Denken der Landesregierung hineinzuversetzen und daraus einen Vorschlag machen, wie man mehr Mittel für den Straßenbau locker machen kann, ohne neue Schulden im Kernhaushalt oder im LSV zu machen

Herr Staatssekretär, Sie haben am Wochenende stolz verkündet, wie viel Landesvermögen wir noch haben und was es dort noch alles zu aktivieren und zu optimeren gibt. Da gibt es die Landesstraßen selbst, die, virtuell gesehen, ein Milliardenvermögen darstellen. Warum nicht auch dieses Vermögen optimieren? – Sie haben doch den Dreh erfunden, Herr Professor Deubel, wie man aus Vermögen dreimal Geld machen kann.

(Mertes, SPD: Sie sind ja richtig konstruktiv heute!)

Sie haben das nur nie erfasst, Herr Kollege.

(Beifall der CDU)

Erstens: Sie verkaufen ein paar Landesstraßen an den Pensionsfonds,

(Schmitt, CDU: Alle!)

holen sich dafür die Schuldscheine zurück und verbuchen das Ganze als Bareinnahme im Haushalt. Schon können Sie zum ersten Mal ein paar Straßen mehr bauen. Dafür zahlen Sie dem Pensionsfonds pauschale Mautgebühren. Diese tauschen Sie im Zinscoupon-Tauschverfahren gegen die alten Schuldscheinzinsen und machen dann einen Ausgleichsvertrag.

(Staatsminister Mittler: Eine gute Idee!)

Dann verkauft der Pensionsfonds die Landesstraßen weiter an eine neu zu gründende GmbH & Co. KG, die dem Land gehört. Der bezahlt die mit billigen Krediten zum Zinssatz Fibor oder Eurobor, zwölf Monate. Von diesem Geld wiederum zahlt der Pensionsfonds dem Land seine Zahlungsverpflichtungen aus dem Ausgleichsvertrag in einem Betrag zurück, und zum zweiten Mal können Sie ein paar Landesstraßen mehr bauen.

Meine Damen und Herren, aber es geht noch weiter.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Nun zahlen Sie die pauschale Landesstraßenmaut an die GmbH & Co. KG und machen wieder einen Zinscoupontausch mit Ausgleichsvertrag. Dann lassen Sie die GmbH & Co. KG Ihre Zahlungsverpflichtungen aus dem Ausgleichsvertrag für – sagen wir einmal – 20 Jahre in einem Betrag vorab auszahlen, und zum dritten Mal können Sie wieder mehr Landesstraßen bauen, und Sie schreiben keinen einzigen Euro mehr Schuldenaufnahme in den Haushalt. Das wäre ein Konzept, wie Sie es machen könnten und wie Sie es auch gemacht haben.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall der CDU) Meine Damen und Herren von der Koalition, wenn Sie das nicht verstanden haben, dann haben Sie auch nicht kapiert, wie Ihre Landesregierung hunderte von Millionen Euro aus dem Hut zaubert, ohne zu sagen, wer dafür wann und wie geradestehen muss.

(Lelle, CDU: Walter, vergiss dein Honorar nicht!)

Aber allen Ernstes: Bei Ihnen bin ich mir auch gar nicht so sicher, ob das, was ich Ihnen gerade vorgeschlagen habe, eine Karikatur bleibt

(Dr. Gölter, CDU: Nein!)

oder ob es nicht doch eines Tages wirklich so gemacht wird; denn auf diesem Weg traue ich Ihnen mittlerweile alles zu, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU – Mertes, SPD: Richtig schön war's!)

Meine Damen und Herren, ein funktionierendes Landesstraßennetz ist unerlässlich für Lebensqualität im ländlichen Raum, ist unerlässlich für die Wirtschaft und mögliche Investoren. Die Landesstraßen sind aber auch besonders wichtig, sei es im Bereich der Landwirtschaft - ich nenne das Stichwort "Agrarverwaltungsreform"-, sei es im Gesundheitswesen beim Vollzug des Landeskrankenhausplans. Notgedrungen werden immer mehr öffentliche Einrichtungen auf wenige Standorte konzentriert und vom flachen Land abgezogen. Dies erfordert für die betroffenen Mitbürger unseres Landes mehr Mobilität. Die kann aber nur über den ÖPNV oder den Individualverkehr mit privaten Fahrzeugen erreicht werden. In beiden Fällen sind dafür zum weitaus überwiegenden Teil Straßen erforderlich, weil das Schienennetz nicht überall im Land dafür entsprechend ausreicht.

Nehmen wir ein anderes Beispiel: Wer nicht in einem städtischen Bereich lebt, der braucht, wenn er oder sie noch Arbeit hat, in mehr als 90 % der Fälle ein Fahrzeug, um zur Arbeit zu kommen, weil der ÖPNV in der Mehrzahl der Fälle diese Funktion nicht erfüllt und auch nicht erfüllen kann. Dies betrifft die Auspendler aus Rheinland-Pfalz - im Saldo sind es 140.000, aber abs olut mehr als 240.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger, die außerhalb des Landes ihre Arbeit haben - ebenso wie alle anderen Personen in diesem Kontext. Dabei rede ich jetzt gar nicht von den ungleichen Belastungen, denen diejenigen ausgesetzt sind, die eben kein ausreichendes ÖPNV-Angebot in Anspruch nehmen können und nicht nur erhebliche Eigeninvestitionen vornehmen müssen, sondern auch noch durch staatliches Handeln wie zum Beispiel die Erhebung der Ökosteuer und den teilweisen Abbau der Pendlerpauschale noch zusätzlich geschröpft werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in allen Fällen sind unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger auf ein funktionierendes und qualitativ zumutbares Straßennetz angewiesen, wovon derzeit aber leider nicht die Rede sein kann. Auch für die Bundesverkehrswege trägt die Landesregierung Mitverantwortung, meine Damen und Herren. Die Länder haben es wesentlich in der Hand, welche Projekte ausgewählt werden und welche Finanzierungsreihenfolge sie erhalten. Sie haben aber auch Einfluss auf die Grundlinien der Verkehrspolitik des Bundes und dessen Prioritäten.

Nach unserem Eindruck wird diese Einflussmöglichkeit in nicht genügender Weise wahrgenommen. Es wird kein Bundesverkehrswegeprojekt realisiert, das innerhalb der Landesregierung oder eines Landes umstritten ist, ohne dass die Landesregierung klipp und klar sagt, was sie will. In diesem Zusammenhang trägt vor allen Dingen die SPD Rheinland-Pfalz schwere Verantwortung für Fehler, Versäumnisse und Uneinigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Der Moselaufstieg bei Trier wurde von SPD-Politikern unseres Landes in Berlin hintertrieben. Die SPD findet kein klares Wort zum durchgehenden vierspurigen Ausbau der B 10 und für den Lückenschluss zwischen Kandel und Lauterburg. Meine Damen und Herren, leider müssen wir daher befürchten, dass, solange die SPD in Rheinland-Pfalz regiert, aus diesen verkehrsinfrastrukturell wichtigen Projekten nichts werden wird.

Welches Machtwort wurde vom stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden in Berlin für die schnelle Bahnverbindung Trier/Luxemburg gesprochen? Welche Hängepartie steht uns denn noch bei der notwendigen Bahnverbindung zum Flughafen Hahn bevor, nachdem es hierzu in der Vergangenheit völlig unseriöse und voreilige Versprechungen gegeben hat?

Meine Damen und Herren, auch die kommunalen Straßen erfüllen in ihrem Bereich eine wichtige Funktion für den Quell- und Zubringerverkehr sowie den ÖPNV. Die Hürden für den Bau kommunaler Straßen werden trotz geringer Aufstockung der Mittel aber andererseits immer höher gelegt. Dies soll geschehen, obwohl allen Beteiligten mittlerweile klar sein dürfte, dass beispielsweise mit der beabsichtigten Erhöhung der Bagatellgrenze die überwiegende Zahl der Kommunen, die zum Teil gerade noch einmal 5 % bis 8 % Prozent ihres Verwaltungshaushalts investieren können – dies in der Vielzahl der Fälle bei nicht ausgeglichenen Haushalten –, nicht mehr in der Lage ist, die durch die Bagatellgrenze betroffenen Projekte mit eigener Kraft allein zu finanzieren.

Das Ergebnis wird sein, dass auch diese kleinen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur wegfallen oder die Projekte künftig so aufgebläht werden, dass die Kriterien stimmen. Wahrscheinlicher scheint es mir aber, dass diese Investitionen insbesondere im ländlichen Raum einen nicht zu unterschätzenden negativen Einfluss auf die Wirtschaft und die Arbeitsplätze nach sich ziehen werden, wenn sie denn wegfallen.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, ich bitte im Interesse der Sache darum, diese Pläne nunmehr dorthin zu befördern, wo sie eigentlich hingehören, nämlich in den Papierkorb; denn dort richten sie am wenigsten Schaden an.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich erklären, dass wir den Gesetzentwürfen zur Änderung des Landesstraßengesetzes und zur Schaffung einer Landesbausparkasse zustimmen werden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Nink das Wort.

Abg. Nink, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zuerst eine kurze Anmerkung zu dem heute mit dem Einzelplan 08 des Doppelhaushalts zu beratenden Gesetzentwurf zum Landesstraßengesetz.

Wie Ihnen bekannt, gilt es nun, die landesrechtlichen Regelungen auf den Weg zu bringen und dabei durch die vorliegenden Änderungen des Landesstraßengesetzes die Vorgaben der EU zu erfüllen.

Faktisch werden mit diesem Gesetzentwurf lediglich bisherige Verfahrensweisen formalisiert. Dabei werden die UVP-pflichtigen Vorhaben in einer übersichtlichen Form dargestellt, Garant für eine praxisnahe Umsetzung.

Wie vorhin der Kollege Anheuser berichtet hat, habe ich für die SPD-Fraktion bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfs vorgeschlagen, auch eine Änderung in § 54 des Landesstraßengesetzes vorzunehmen. Dabei sollten die in der Praxis häufig auftauchenden Zweifelsfragen, ob eine Straße in der Vergangenheit gewidmet worden ist, vermieden werden. Diese Änderung ist zwischenzeitlich als Antrag von allen Fraktionen eingebracht worden.

Ich bin davon überzeugt, diese Ergänzung wird zu einer Verwaltungsvereinfachung führen, wenngleich es schon komisch ist, dass die Begründung für diese kleine Ergänzung, welche lediglich aus einem Satz besteht, einer umfassenden juristischen Begründung bedarf. Ich darf mich von daher für die Unterstützung der Fraktionen bedanken.

Doch nun zum vorliegenden Doppelhaushalt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist unschwer festzustellen, dass die Vorlage dieses Haushalts die Anstrengungen der Landesregierung, die Mobilität in diesem Land weiter auszubauen und zu verbessern, fortführen wird. Es gilt, in schwieriger Zeit Haushaltsmittel, welche für den Um- und Ausbau sowie für den Neubau von Landesstraßen in erheblichem Maße benötigt werden, auch zur Verfügung zu stellen.

Für den Straßenbau in Rheinland-Pfalz bedeutet dies konkret 92 Zuwendungen an Verkehrsträger für den Bau und Ausbau von Verkehrsanlagen des SPNV und ÖPNV mit einem Gesamtvolumen von 48,5 Millionen Euro, 330 Zuweisungen an kommunale Baulastträger zum Bau und Ausbau von Verkehrswegen und Verkehrseinrichtungen mit einem Gesamtvolumen von 116,6 Millionen Euro, 31 Zuweisungen an kommunale Baulastträger zum Bau und Ausbau von Radwegen mit einem Gesamtvolumen von 8 Millionen Euro, ein Sonderprogramm zum Erhalt kommunaler Straßen, Brücken und Stützwände mit einem Gesamtvolumen von 10 Millionen Euro und schließlich 400 Projekte im Landesstraßenbauprogramm mit einem Gesamtvolumen von rund 180,6 Millionen Euro. Insgesamt sind es also fast 364 Millionen Euro, die allein in den kommenden zwei Jahren in den Straßenbau fließen werden.

Ergänzt wird dies noch durch die Maßnahmen aus dem Bundesverkehrswegeplan. Herr Kollege Wirz, wenn Sie den Moselaufstieg Trier angesprochen haben, dann frage ich Sie: Was hat die CDU in der Region Trier getan, als es eine CDU-Bundesregierung gab? Immer gefordert, nie etwas bekommen. Das ist Fakt. Ähnliches gilt für die Eisenbahnbrücke in Konz.

(Beifall bei der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, grundsätzlich sollten für den Landesstraßenbau Finanzierungsmittel künftig so zur Verfügung gestellt werden, dass der Substanzwert der Landesstraßen dauerhaft erhalten werden kann. Bestehende Erhaltungsdefizite müssen mittelfristig beseitigt und Ausbau- und Erweiterungsmaßnahmen bedarfsgerecht durchgeführt werden können.

Aber auch die im Landesstraßenbauprogramm enthaltenen 11 Neubaumaßnahmen – darunter so wichtige wie die Zubringer zum Hochmoselübergang – müssen zur Herstellung der Mobilität in unserem Land zwingend umgesetzt werden.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Spätestens an dieser Stelle wird man von der realitätsfernen Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingeholt.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Realitätsfern! Ach Gott!)

Wer wie Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, mit der Sense wichtige Maßnahmen wegrasieren will und dafür eine einseitige praxisferne grüne Verkehrspolitik installieren möchte, verkennt die wahren Probleme.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Ich möchte ein Beispiel nennen. Sie fordern im Bereich der Zuwendungen an kommunale Baulastträger zum Bau und Ausbau von Verkehrswegen und Verkehrseinrichtungen Einsparungen in Höhe von 25,7 Millionen Euro, also ca. 22 % des im Haushalt vorgesehenen Gesamtvolumens. Haben Sie sich einmal angesehen, welche Maßnahmen davon betroffen sein könnten? Es sind überwiegend Ausbaumaßnahmen in Ortschaften,

Maßnahmen, die dazu dienen, den Menschen dort eine bessere Lebensqualität zu verschaffen.

Davon betroffen wären Gehwegmaßnahmen oder auch Kreisstraßen, jene Straßen also, die in unserem ländlich geprägten Land zwingend zum Erreichen von Schulen und Ausbildungs- und Arbeitsplätzen notwendig sind.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Diese Maßnahmen wollen Sie teilweise streichen, die Mittel zumindest teilweise in Ihre Lieblingskinder, den Bau von Radwegen und die Verbesserung der Attraktivität von Bahnhöfen und Bushaltestellen, investieren.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich schon bei den letzten Haushaltsberatungen hierzu sinngemäß dahin gehend geäußert, dass Sie auf dem Holzweg sind. Wir brauchen nicht nur Radwege, um attraktive Bahnhöfe zu erreichen, nein, wir brauchen hierzu ein intaktes, ein nach den heutigen Erfordernissen ausgebautes Straßennetz. Dazu gehören auch die im Haushalt vorhanden Neubaumaßnahmen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Diese Maßnahmen werden alle auch künftig durch den LSV umgesetzt werden müssen.

Die Forderungen der CDU an dieser Stelle sind unrealistisch. Dies wurde bereits gestern deutlich gesagt. Sie entstammen offensichtlich einem Feindbild der CDU-Fraktion gegenüber dem LSV so, wie wir es aus der Vergangenheit schon zur Genüge kennen. Fakt ist, die Entwicklung zeigt, dass die Kreditaufnahme im LSV mit steigender Tendenz investiv eingesetzt wird. Der LSV ist damit auf einem guten Weg. Ihre Argumentation ist das Zerreden eines erfolgreichen Projekts.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wer in den letzten Wochen in unserem Land unterwegs war, konnte, manchmal auch zu seinem Leidwesen, überall feststellen, wie viel Projekte durch den LSV umgesetzt werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch im Bereich der Schiene sind nun Mittelansätze zur Anbindung des Flughafens Hahn vorhanden. Wenn nach wie vor die Forderung gilt, kein Flughafensystem ohne Bahn, dann muss man Klarheit schaffen, damit die Landesregierung handlungsfähig bleibt. Man muss sich darüber im Klaren werden, wie und wo man investieren will. Die Rahmenbedingungen, zum Beispiel über die Festlegung der Planungsgemeinschaft, müssen festgezurrt werden. Somit verstehen wir die jetzigen Ansätze im Haushalt als ein Signal für weitere Maßnahmen.

Was den übrigen Bereich der Schiene in Rheinland-Pfalz anbelangt, sollte man überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, für diesen Bereich ähnlich wie bei den Straßen einen Investitionsplan zu erstellen. Dies hätte den Vorteil, dass künftig Mittel für den Ausbau der Schienenwege flexibler eingesetzt werden könnten.

(Beifall bei SPD und FDP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, den Bereich des Luftverkehrs und der Wasserstraßen möchte ich heute einmal vernachlässigen. Der Ausbau der kleineren Luftverkehrslandeplätze wird fortgeführt. Im Bereich der Wasserstraßen ist der Ausbau der Moselschleusen in vollem Gang.

Ich kann daher abschließend für die SPD-Fraktion feststellen, dass die in der Koalitionsvereinbarung für die laufende Wahlperiode festgelegten verkehrspolitischen Zielsetzungen nach wie vor eingehalten werden. Die Verkehrswege haben in diesem Land eine hohe Priorität. Bei den gegebenen Möglichkeiten werden wir im Bereich von Straßen, aber auch von Schienen- und Wasserwegen Verbesserungen erreichen. Wir wissen, Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes und somit für die Menschen in ländlich geprägten Räumen zwingend notwendig.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP – Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Frau Kollegin Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will an die Generalaussprache von gestern anknüpfen. Da hat mich besonders die mitreißende Rede des Fraktionsvorsitzenden der FDP beeindruckt. Jetzt ist er leider nicht da. Das war die so genannte Tiger- oder Kater-Rede, wie immer man das sieht.

(Mertes, SPD: Ich werde es ausrichten!)

Sie war übrigens über die Lautsprecher im Abgeordnetenhaus besser als im Plenum zu verstehen, vermute ich.

(Beifall der SPD – Ministerpräsident Beck: Ich werde es über Weihnachten reparieren, wenn ihr das wollt!)

Ich bitte es ihm zu übermitteln, was ich jetzt sage. Herr Kollege Kuhn, das flammende Plädoyer für den Straßenbau war inhaltlich nicht neu. Wirklich beeindruckend finde ich das eingeschränkte Wahrnehmungsvermögen der FDP. Sie haben gestern wörtlich gesagt, dass wir vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jede Straßenbaumaßnahme aus ideologischen Gründen ablehnen würden. Was verstehen Sie unter Straßenbau?

(Dr. Weiland, CDU: Den Bau von Straßen!)

Wir verstehen darunter Neubaumaßnahmen, Umbaumaßnahmen, Sanierung des bestehenden Straßennetzes, Radwegebau, Umgestaltung von innerörtlichem

Straßenraum, zum Beispiel durch Verbreiterung der Fußwege etc. In dieser Aufzählung ist allerdings ein Element dabei, das wir mit Überzeugung ablehnen. Das ist der Straßenneubau.

(Zuruf von der CDU)

Das gilt vor allem, wenn es um Großprojekte geht, deren Sinnhaftigkeit nicht nur für uns sehr fraglich ist, sondern auch in vielen Fällen für die Menschen in den Regionen, die mit den viel gepriesenen neuen Lebensadern für viele Steuergelder beglückt werden sollen. Die Ausnahme sind natürlich das Speditionsgewerbe und die Tiefbaufirmen im Land.

Lehnen wir alle Ortsumgehungspläne im Land ab? Weit gefehlt. Wir lehnen sie dort ab, wo durch ein Aneinanderreihen von Ortsumgehungen eine neue mehrspurige Piste gebaut werden soll, zum Beispiel ohne Rücksicht auf daneben liegende Schienenstrecken. Wir lehnen sie auch dort ab, wo sie die unsinnige Siedlungspolitik einer Gemeinde unterstützt, die direkt neben einer vorhandenen Umgehung ein Baugebiet erschlossen hat. Dessen Bewohner werden in wenigen Jahren lautstark eine neue Umgehung fordern. Sind Sie wirklich der Meinung, dass man solche kommunale Unvernunft noch belohnen soll? Wir sind nicht der Meinung, und zwar auch dann nicht, wenn wir finanziell nicht so mit dem Rücken an der Wand stehen würden wie jetzt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Ministers Bauckhage)

Wir sind allerdings der Auffassung, dass zum Beispiel auch Projekte dieser Art, zum Beispiel Ortsumgehungen im Bundesverkehrswegeplan vorhanden sind, die dringend realisiert werden müssten, weil die Lebensqualität und die Sicherheit der Bewohnerinnen eines Orts zum Beispiel wesentlich durch starken LKW-Durchgangsverkehr beeinträchtigt wird. Dafür setzen wir uns aktiv ein

Fast jedes Straßenbauvorhaben, das einen Radweg neu-, aus-, umbaut oder saniert, wird von uns mit Überzeugung begrüßt. Rad fahren ist nicht nur umweltverträglich, gesundheitsfördernd und macht Spaß, sondern mit mehr sicheren Radwegen kann mehr Alltagsverkehr mit dem Rad abgewickelt werden. Das hätte einen immensen individuellen und volkswirtschaftlichen Nutzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nenne die Konzentration der Straßenbaumittel, die wir nicht im Veränderungsantrag umschichten. Die Sanierung des bestehenden Straßennetzes haben wir bei jeder Haushaltsdebatte gefordert. Wenn Sie das doch endlich im Ministerium Ihres Parteikollegen Bauckhage beherzigen und in Angriff nehmen würden, wären wir dankbar.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Kuhn, jetzt sind Sie da. Wie ist das mit der Ideologie? Ich sehe bei Ihnen ideologische Wahrnehmungsstörungen. Sie möchten uns den Sticker "Feinde

der Mobilität, die den ländlichen Raum abhängen wollen" aufkleben.

(Creutzmann, FDP: Feind des Arbeitsplatzes!)

Und Arbeitsplatzvernichter.

(Creutzmann, FDP: Arbeitsplatzvernichter und andere!)

- Bitte zuhören und danach schimpfen.

Dafür verkünden Sie landauf, landab und hier im Plenarsaal, wir würden aus ideologischen Gründen jede Straßenbaumaßnahme ablehnen. Der Hintergrund ist offensichtlich. Sie verstehen unter Straßenbaumaßnahmen nur Neubauprojekte, die nachher richtig etwas hermachen. Das gilt für die Kostenrechnung und die Dimension. Ich nenne den Hochmoselübergang, Bienwaldautobahn, A1 und B10.

Das sind nicht die Lösungen für die Verkehrsprobleme auf der Straße.

(Kuhn, FDP: Sondern?)

die die Menschen in Rheinland-Pfalz bewegen. Das ist ideologische Verzerrung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen in Rheinland-Pfalz und anderswo wollen in ihrer großen Mehrheit das bestehende Straßennetz in Ordnung gehalten haben, nicht minütlich von Schwerlastverkehr beschallt werden und mehr sichere Fahrradwege oder innerörtliche Fußwege, auf denen auch ein Kinderwagen geschoben werden kann. Wir sehen das genauso pragmatisch. Entsprechend sind unsere Änderungsanträge in diesem Bereich ausgefallen, Herr Kollege Nink.

Wir unterscheiden uns von Ihnen von der FDP nicht nur in der pragmatischen Sichtweise in Bezug auf den Straßenbau.

(Kuhn: Pragmatisch?)

Ja, wir sind pragmatisch, Sie sind ideologisch.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

Wir fühlen uns auch nachfolgenden Generationen verpflichtet, was die natürlichen Ressourcen und das Klima angeht. Deswegen wollen wir mit unseren Anträgen dafür sorgen, dass der öffentliche Personenverkehr, der Umweltverbund seinen Anteil am "Modell Split" in Rheinland-Pfalz vergrößern kann.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der FDP)

Der Weg aus dem Stau, aus dem Stress auf der Straße, aus dem übergroßen Anteil des Verkehrs an den Waldschäden und an der Klimaveränderung geht nur über den beherzten Ausbau des ÖPNV.

Werter Herr Kollege Kuhn, da setzt unser anderer Mobilitätsbegriff an, der uns in der Tat grundlegend von Ihren Auffassungen unterscheidet. Sie reden immer von der Mobilitätsoffensive und meinen Straßenbauoffensive. Sie haben den Landesbetrieb Straße und Verkehr installiert. In Wirklichkeit ist es ein Landesbetrieb Straßen. Das ist alle sehr eindimensional gedacht und bildet in keiner Weise die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen im Land ab. Diese sind wiederum vielfältiger, als Sie sich mit Ihrer ideologischen Brille vorstellen können.

Wer die Alternative hat, sich morgens mit einem bezahlbaren Ticket in einen einigermaßen komfortablen Bus oder eine Bahn zu setzen, dort vor der Arbeit ein Nickerchen zu machen, die Zeitung zu lesen oder etwas vorzubereiten, wird dies dem privaten Pkw immer vorziehen.

(Zuruf von der FDP)

Sorgen wir dafür, dass durch den Ausbau von Bussen und Bahn mehr Menschen diese Möglichkeit haben und wahrnehmen und dass die Straßen, auf denen die Busse fahren, in Ordnung sind und nicht lauter Hubbelstraßen bleiben.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Dr. Schmitz, FDP: Also doch Straße!)

Das ist die Sanierung des bestehenden Straßens ystems.

(Dr. Schmitz, FDP: Busstraßen!)

Das sollten Sie sich einmal merken. Wir haben eine ganze Latte von Vorhaben bezüglich des ÖPNV auf Halde liegen, die wegen vermeintlich fehlender Mittel nicht realisiert werden.

Herr Minister, nicht zögern, sondern im Interesse einer nachhaltigen, umwelt- und sozialverträglichen Mobilität anpacken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil wir den Haushaltsrahmen durch unsere geforderten Investitionen für den öffentlichen Verkehr, andere ökologische Investitionen für Bildung und Wissenschaft nicht sprengen wollen, haben wir nicht nur Straßenbaumittel umgeschichtet. Wir wollen auch die Gießkanne der Flughafenförderung nicht mehr übers Land schicken. Speyer, Zweibrücken und noch der eine oder andere Landeplatz sind zu nennen. Das gilt nicht nur, weil der Luftverkehr die klimaschädlichste Art des Verkehrs ist, sondern auch weil es ökonomisch unsinnig ist, zum Beispiel Zweibrücken zu halten trotz der Nachbarschaft anderer nicht ausgelasteter Flughäfen. Hören Sie auf, immer die Mär von der Kooperation Zweibrücken/ Saarbrücken herzubeten. Selbst wenn es zustande käme, würde für Rheinland-Pfalz nur der laute und dreckige Nacht- und Frachtflug abfallen. So weit waren die Vorverständigungen und das Ergebnis des Gutachtens zu verstehen.

Steigen Sie lieber aus dieser Säule aus und entwickeln Sie gemeinsam mit der Region das ursprüngliche Vier-Säulen-Konzept weiter.

Warum sollte der Flughafen Speyer 9 Millionen Euro Steuergelder bekommen?

(Ministerpräsident Beck: Die Fliegerei war immer Vier-Säulen-Konzept!)

Klären Sie doch einmal abschließend, ob die Coleman-Landebahn zivil mit genutzt werden könnte.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Über den Hahn haben wir schon oft geredet. Für die Freunde der FDP will ich noch einmal speziell eines klarstellen: Wir haben nichts gegen den Passagierflug am Tag.

(Zurufe der Abg. Creutzmann und Dr. Schmitz, FDP)

– Herr Creutzmann, auch Sie können die Ohren aufsperren. Wir haben etwas gemeinsam mit vielen Menschen, die in dieser Region wohnen, gegen den Nachtflug und die Ausweitung auf lauter Frachtmaschinen und gegen die einseitige Abhängigkeit von einer Billigfluglinie, Herr Kollege Mertes.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Der muss man auch nicht unbedingt noch Millionen für Marketing-, Support- und Incoming-Tourismus-Maßnahmen hinterherwerfen. Diese Mittel wären anderswo sinnvoller und nachhaltiger angelegt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte für die Zustimmung zu unseren drei Entschließungen in diesem Bereich werben. Insbesondere möchte ich Ihnen ans Herz legen, dass die Landesregierung im Bundesrat den Vorstoß der Umsetzung der EU-Richtlinie für Umgebungslärm unterstützt. Ich glaube, das hat sie bisher nicht gemacht. Wir können damit Lärmschutzmaßnahmen mit Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz-Mitteln finanzieren. Es wäre gut, Sie würden das unterstützen.

(Ministerpräsident Beck: Das ist schon lange durch!)

Das würde auch den Gemeinden die Möglichkeit geben, Lärmminderungspläne zu machen.

Zum anderen möchte ich Ihnen den Entschließungsantrag zum touristischen Zugverkehr im Norden des Landes ans Herz legen. Es geht darum, ein attraktives Angebot an den Wochenenden zu erhalten und ein wenig – man kann auch sagen "behutsam" – auszubauen.

Zum Schluss: Im Finanzplan, der bei den letzten Haushaltsberatungen vorgelegt wurde, stand noch drin, dass die Verkehrsinvestitionen –gemeint war offensichtlich der Straßenneubau – mit Verweis auf das ausreichende Straßennetz in Rheinland-Pfalz zugunsten der Bildung nun zurückgefahren werden müssten. Im jetzigen Finanzplan findet sich diese Aussage nicht mehr. Ist die Landesregierung hinter ihre eigene Erkenntnis zurückgefallen, oder hatte beim letzten Mal der Koalitionspart-

ner nicht gegengelesen und hat nun auf Streichung gedrängt? Wie auch immer, Herr Mittler, ich kann Sie nur auffordern, lassen Sie sich in dieser Frage nicht vom Partner hineinregieren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Es spricht nun Herr Abgeordneter Creutzmann.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Kiltz, was Sie hier wieder vom Stapel gelassen haben, das hat von grüner Ideologie vom Anfang bis zum Ende getrieft.

(Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um bei dem Hahn zu bleiben, wenn es nach Ihnen gegangen wäre, gäbe es keinen Flugplatz Hahn. Dann hätten wir dort 2.000 Arbeitsplätze weniger.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Frau Kiltz, wenn es nach Ihnen geht – das ist ganz aktuell, und deswegen ist es richtig, wenn wir sagen, wer grün wählt, vernichtet Arbeitsplätze;

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was ein dummes Zeug!)

das sind Ihre Anträge, die Sie stellen –, haben Sie hier den Antrag gestellt, 18 Millionen Euro aus dem Straßenbauprogramm wegzunehmen.

Meine Damen und Herren, man muss wissen, da gibt es eine Berechnung, dass eine Milliarde Euro an öffentlichen Investitionen 10.000 bis 15.000 Beschäftigte in Arbeit bringt oder Arbeitsplätze erhält.

> (Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo haben Sie das denn her?)

Im Straßenbau sind es etwa 15.000 Beschäftigte. Wenn man Ihnen folgen würde und würde die 18 Millionen Euro streichen, dann heißt das, wir haben in Rheinland-Pfalz rechnerisch 270 Arbeitsplätze weniger. Meine Damen und Herren, das müssen Sie draußen den Menschen einmal sagen, weil Rheinland-Pfalz mittelständisch geprägt ist.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das trieft nur so, was Sie da erzählen!)

Straßenbau und die Straßenbaumaßnahmen erhalten und schaffen in unserem Land Arbeitsplätze. Ihre Unverschämtheit, hier immer wieder so zu tun, als würde

die FDP-Fraktion nur einseitig auf den Straßenbau setzen, ist eine Frechheit sondergleichen.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Der Rheinland-Pfalz-Takt ist ein Markenzeichen dieses Landes. Wir sind dort führend. Wer hat denn den Rheinland-Pfalz-Takt in diesem Land etabliert? Doch nicht die GRÜNEN, meine Damen und Herren.

Frau Kiltz, dann sage ich Ihnen noch etwas. Wenn die Menschen alle so viel Zeit hätten wie Sie, wer den ganzen Tag in der Bahn fahren kann, dann könnten wir natürlich Ihren Empfehlungen folgen.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Aber wenn Sie einmal ein bisschen nachdenken würden und auch ökologisch nachdenken würden, dann müsste Ihnen kommen, dass, wenn die Menschen im Stau stehen und die Autos Benzin hinten herausblasen, was unsinnig ist, dies ökologisch nicht förderlich ist und ökonomisch schon gar nicht und es auch ein Stück Freiheitsberaubung ist.

(Beifall der FDP)

Frau Kollegin Kiltz, dies wollen wir nicht.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen setzt dieses Land Rheinland-Pfalz weiterhin maßvoll auf Straßenbau, weil er in einem Land notwendig ist, in dem Mobilität erforderlich ist.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Wenn Sie die Westpfalz weiterhin von den Ballungszentren abhängen wollen,

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie wollen die abhängen!)

wenn Sie die Eifel und den Hunsrück weiterhin abhängen wollen, dann haben Sie auch noch die Frechheit, erst Straßenbaumaßnahmen zu streichen und dann zu sagen, dann müsse man durch Straßen fahren, die Löcher haben.

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, merken Sie denn gar nicht, was Sie sagen? Frau Kiltz, entweder wollen Sie die Straßen ausbessern, was wir im Land Rheinland-Pfalz tun, dann müssen Sie auch die entsprechenden Finanzmittel bereitstellen, oder Sie wollen das nicht.

Nun noch ein Wort zu Ihren Subventionen: Frau Kollegin Thomas hat es gestern wieder gesagt, der Haushalt des Wirtschaftsministeriums enthalte viele Subventionen. Frau Kollegin Thomas, dass Sie das Wort "Subventionen" in den Mund nehmen und nicht rot werden, ist schon erstaunlich, wenn ich dann lese, 1,4 Milliarden Euro Zuschüsse für die Windkraft. Die 14.000 in Deutschland aufgestellten Windräder wurden im Jahr mit

rund 1,4 Milliarden Euro bezuschusst. Damit wird jeder der rund 35.000 Arbeitsplätze in der Windbranche jährlich mit etwa 40.000 Euro subventioniert. Das heißt, das, was wir bei der Kohle an Subventionen abbauen wollen, haben Sie bei der Windkraft wieder aufgebaut.

Wenn dann Herr Clement dieser Tage, als bei Opel die Arbeitsplätze abgebaut wurden, beklagt, dass die Energiepreise bei uns so hoch sind, dann kann ich Ihnen sagen, warum die hoch sind. Allein 40 % der Energiepreise sind über Ökosteuer, Energieeinspeisegesetz usw. generiert worden. Ich will das nur einmal festhalten. Es gibt in diesem Hause nur gute und schlechte Subventionen. Die guten Subventionen kommen von den Gutmenschen, den GRÜNEN,

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr richtig!)

und die schlechten Subventionen kommen von der FDP.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gute Erkenntnis!)

 Das wissen wir mittlerweile. Das ist uns bekannt, aber es muss nicht stimmen, meine Damen und Herren.

Herr Kollege Wirz, ich würde Ihnen doch einmal empfehlen, sich mit dem LSV und dem Wirtschaftsplan zu beschäftigen. Ich habe jetzt nicht die Zeit, Ihnen den Wirtschaftsplan zu erklären, aber auf Seite 103 und auf Seite 102 des Haushalts des Wirtschaftsministeriums können Sie das alles nachlesen. Ihr Rechenbeispiel, das Sie vorher angeführt haben, ist natürlich wieder ein Beispiel dafür, dass Sie von Rechnungswesen und Rechnungslegung überhaupt nichts verstehen.

(Zurufe von der CDU)

Herr Billen, wenn Sie sich hier jetzt schon wieder echauffieren, dass das Land Rheinland-Pfalz, um einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen, Forderungen bzw. Vermögen aktiviert, –

(Billen, CDU: Aktiviert!)

- Ja, natürlich!

 – dann ist das doch nichts anderes als das Modell, das der Finanzminister und diese Landesregierung Ihnen vorgelegt haben.

(Jullien, CDU: Wir waren eben noch beim LSV!)

Das ist nichts anderes, als Vermögen im Haushalt zu aktivieren. So einfach ist das.

Wenn Sie sich das anschauen – das gefällt Ihnen nicht –, dann wurden mit der Schuldenaufnahme in Rheinland-Pfalz auch wieder Vermögen in den letzten Jahren generiert. Das müssen Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Ich sehe ein, viele haben das Modell nicht verstanden. Deswegen empfehle ich, es Ihnen im Haushalts- und Finanzausschuss immer wieder vorzutragen.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, im Wesentlichen ist der Einzelplan 08 durch hohe Drittmittelanteile geprägt. Deswegen möchte ich auch einmal mit der Mär aufräumen, die die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier immer wieder verbreitet, dass wir im Wirtschaftsministerium einen großen Haushalt hätten, der von vielen Subventionen geprägt wäre. Das ist schlicht und einfach falsch. In den Jahren 2005 und 2006 erhöhen sich die Drittmittel gegenüber dem Jahr 2004 um insgesamt 24 Millionen Euro und belaufen sich damit kumuliert auf 1,32 Milliarden Euro.

Dieser erhebliche Betrag entfällt auf folgende Bereiche:

- Regionalisierungsmittel 725 Millionen Euro,
- Bundesmittel 170 Millionen Euro,
- EU-Mittel 146 Millionen Euro,
- FAG-Mittel 138 Millionen Euro und
- GVFG-Mittel 131 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, diese Drittmittel prägen den Haushalt des Wirtschaftsministeriums. Der Anteil dieser Drittmittel am Ausgabenvolumen der Haushaltsstellen Wirtschaft und Verkehr liegt demnach in den nächsten beiden Jahren bei 71 %. Da diese Drittmittel auch von den Drittmittelgebern daraufhin überprüft werden, ob sie entsprechend ihren Richtlinien auch verwendet wurden – ich erinnere insbesondere an die Regionalisierungsmittel –, geht die FDP-Fraktion davon aus, dass in Höhe von mehr als 70 % des Haushalts für Wirtschaft und Verkehr keine Verschwendung von Steuergeldern stattfindet

Man kann allenfalls die Frage stellen, ob die mit Drittmitteln initiierten Programme zielführend sind und das Land Rheinland-Pfalz auf diese verzichten sollte.

Da wir alle wissen, dass sowohl der Bund als auch die Europäische Union in den letzten Jahren ihre Zuschüsse in einzelnen Bereichen drastisch zurückgefahren haben, vertritt die FDP-Fraktion die Auffassung, dass die im Land Rheinland-Pfalz eingesetzten Drittmittel notwendig und für die Entwicklung unseres Landes unabdingbar sind

Um die Märchen der GRÜNEN weiter zu entzaubern, will ich darlegen, wie hoch die tatsächlich verbleibenden Landesmittel im Einzelplan 08 sind, wenn man den zwingenden Ausgabenbedarf aus der Drittmittelfinanzierung und sonstigen rechtlichen Verpflichtungen abzieht.

Die Landesmittel im Einzelplan 08 ohne Personal und Dienststellen betragen in 2005 und 2006 jeweils 97 Millionen Euro. Zieht man davon die zwingenden Ausgabenbedarfe wie die GA-Wirtschaftsförderung in Höhe von jeweils 14 Millionen Euro ab, so verbleiben noch jeweils 52 Millionen Euro für beide Haushaltsjahre. Diese 52 Millionen Euro sind um die sonstigen rechtlichen Vorbelastungen zu vermindern, wie Dienstleistungsvergütung für die ISB, die Zahlungen an die Landwirtschaftskammer, der Defizitausgleich bei Konversion, sodass letztendlich noch jeweils 30 Millionen Euro, also für beide Haushaltsjahre 60 Millionen Euro, frei einsetzbar sind.

Ich frage deshalb die GRÜNEN: Wo sind denn die dreistelligen Millionenbeträge, die Sie im Einzelplan 08 einsparen wollen?

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben wir doch gar nicht vorgeschlagen! Schauen Sie doch einmal in unsere Änderungsanträge!)

 Ich habe Ihre Änderungsanträge gelesen. Sie sind davon geprägt – ich habe es eingangs gesagt –, dass Sie 18 Millionen Euro bei dem LSV streichen und dafür weiterhin in den ÖPNV und SPNV investieren wollen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Frau Thomas, welche denn? Sie wissen doch genau, dass im ÖPNV von einem Euro Ausgaben nur 15 Cent durch die Benutzer hereinkommen. Alles andere sind öffentliche Mittel, die bezahlt werden. Das müssen Sie doch endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen müssen Sie diese Mittel zielgerichtet einsetzen. Sie können nicht weitere Geisterzüge in Rheinland-Pfalz etablieren wollen. Meine Damen und Herren, da werden wir nicht mitmachen.

> (Beifall bei der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Natürlich.

Wir geben im ÖPNV/SPNV jährlich nahezu 400 Millionen Euro aus. Dies wird auf hohem Niveau fortgeführt. Der mit Abstand größte Finanzierungsposten bildet einen Anteil von 51 % des Ausgabenvolumens dieses Haushalts und zeigt, dass der Rheinland-Pfalz-Takt, das Vorzeigemodell rheinland-pfälzischer Verkehrspolitik, auch in den Jahren 2005 und 2006 finanziell voll abgedeckt ist. Während andere Länder vor dem Hintergrund knapper Kassen die SPNV-Angebote reduzieren, zeigt das Land Rheinland-Pfalz mit der Weiterführung des Rheinland-Pfalz-Takts ein klares verkehrspolitisches Signal.

Meine Damen und Herren, dass das Land Rheinland-Pfalz nicht nur einseitig auf den ÖPNV/SPNV setzt, zeigt der Straßenbau. Ich will noch einmal die Daten nennen. Im Bereich des kommunalen Straßenbaus sind die Mittelansätze gegenüber dem Jahr 2004 für die nächsten beiden Jahre um rund 3,2 Millionen Euro erhöht worden und belaufen sich jeweils auf rund 67,4 Millionen Euro. Damit trägt das Land dem erkennbaren Mittelbedarf für die Erhaltung und den Ausbau insbesondere des Kreisstraßennetzes Rechnung.

Herr Kollege Wirz, was Sie vorhin zu den Zuschüssen des Landeszum Kreisstraßenbau gesagt haben, das ist ein Entwurf, und dieser ist noch nicht endgültig. Deswegen will ich es mir versagen, darüber zu sprechen.

(Wirz, CDU: Dass es nicht kommt, sagen Sie es hier klipp und klar!)

Ich bin nicht der Sprecher des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr.

(Schmitt, CDU: Das ist aber neu!)

Ich gehe davon aus, dass der Herr Staatsminister nachher in seinem Redebeitrag dazu etwas sagen wird.

Meine Damen und Herren, mit dieser Mittelbereitstellung ist gewährleistet, dass die Kommunen für eine kontinuierliche Umsetzung der notwendigen Straßenbaumaßnahmen ausreichende Planungssicherheit haben. Aber nicht nur der kommunale Straßenbau genießt in Rheinland-Pfalz höchste Priorität, auch der Landesstraßenbau wird nicht vernachlässigt.

Die Mobilitätsoffensive des Landes im Bereich des Landesstraßenbaus kommt merklich weiter voran. Im Entwurf des Bauprogramms für die Jahre 2005 und 2006 sind für Neu-, Umbau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen sowie für kleinere bauliche Unterhaltungsmaßnahmen rund 90 Millionen Euro pro Jahr vorgesehen. Hinzu kommen Mittel für die Planungen zum Grunderwerb in Höhe von 24 Millionen Euro in den nächsten beiden Jahren. Damit wird das Volumen des Straßenbauhaushalts 2004 in den nächsten beiden Jahren nochmals deutlich übertroffen werden, was von der FDP-Fraktion ausdrücklich begrüßt wird.

Herr Kollege Wirz, der LSV ist so angelegt, dass er in den nächsten Jahren – das haben wir im Wirtschaftsausschuss schon alles diskutiert – auch mit den Pachtentgelten die Investitionen decken wird. Es ist überhaupt keine Frage, Sie würden, wenn der LSV im Haushalt verankert wäre, gar nicht nach der Verfassungsmäßigkeit fragen, weil nämlich klar ist, die Investitionen des LSV und die Investitionen der Haushalte werden insgesamt genommen und der Neuverschuldung entgegengestellt.

Meine Damen und Herren, zur Neuverschuldung des Landes insgesamt gehört auch die Neuverschuldung des LSV hinzu. Deshalb ist es ein Märchen, was Sie immer wieder über die Nichtverfassungsmäßigkeit des LSV erzählen.

> (Beifall des Abg. Kuhn, FDP, und vereinzelt bei der SPD – Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

 Wissen Sie, wenn man nichts versteht -- - Es ist immer das Gleiche. Ich habe keine Lust, Ihnen die Struktur des LSV zum dritten und vierten Mal zu erklären. Herr Wirz, das ist das Problem.

> (Dr. Weiland, CDU: Ein bisschen weniger Arroganz wäre angebracht! – Zuruf des Abg. Billen, CDU)

- Herr Billen, deswegen hat es doch keinen Wert.

(Zurufe von der CDU)

 Lieber Herr Dr. Weiland, wir werden als Koalition für die Konstruktion LSV beschimpft. Herr Kollege Weiland, wenn es jemand nicht versteht, dann lasse ich mich nicht beschimpfen.

(Dr. Weiland, CDU: Das ist eine Frechheit!)

 Das ist das Problem. Verstehen Sie? Da können Sie dreimal Frechheit sagen.

> (Beifall bei FDP und SPD – Zurufe von der CDU)

 Es ist genau das: Sie beschäftigen sich nicht mit den Dingen und sagen hier Dinge, die nicht wahr sind.

> (Zurufe von der CDU – Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Land Rheinland-Pfalz zeigt, dass ihm die Mobilität seiner Bürger auf der Schiene und auf der Straße ein hohes Anliegen ist, um Arbeitsplätze der in Rheinland-Pfalz lebenden Bürgerinnen und Bürger zu sichern, zu erhalten oder zu fördern. Diese Mobilität wird in Zukunft umso wichtiger, weil durch den Bevölkerungsrückgang in den nächsten Jahrzehnten auch ein Strukturwandel in der Volkswirtschaft stattfinden wird.

Neben der Mobilität genießt die Wirtschaftsförderung für die Erhaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze in unserem Land höchste Priorität. Die FDP-Fraktion begrüßt deshalb, dass mit rund 68 Millionen Euro und rund 71 Millionen Euro das bisherige finanzielle Niveau der Wirtschaftsförderung in den nächsten beiden Jahren fortgeschrieben werden kann. Dabei sind die Gemeinschaftsaufgaben "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" und auch die "EU-Strukturfondsförderung" wichtige Säulen in der Wirtschaftsförderung.

In Zeiten knapper Haushaltsmittel gilt es, Schwerpunkte in der Wirtschaftsförderung zu setzen und die Finanzmittel effizient einzusetzen. Rund 80 % der Wirtschaftsförderungsmittel dienen deshalb der Investitionsförderung, wobei jeweils die Hälfte auf private und öffentliche Investitionen entfällt.

Bei den öffentlichen Investitionen handelt es sich im Wesentlichen um die Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen, den Ausbau der Fremdenverkehrsinfrastruktur sowie die Umwandlung von militärischen Liegenschaften in zukunftsweisende Wirtschaftsstandorte.

Die FDP-Fraktion regt an, diejenigen Gemeinden, die interkommunal zusammenarbeiten und gemeinsam Gewerbeflächen ausweisen, in Zukunft stärker zu fördern, um den Landschaftsverbrauch zu verringern und Synergien, sprich Kostensenkungen bei der Erschließung von Gewerbegebieten zu erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Finanzierungshilfen für private Investoren werden zu 90 % für Betriebsneuerrichtungen und -erweiterungen und damit zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen eingesetzt.

Diese Maßnahmen werden von der FDP-Landtagsfraktion ausdrücklich begrüßt, weil sie einen Beitrag zur Verminderung der Arbeitslosenquote in unserem Land leisten.

Immer mehr erlangt die Tourismusförderung in Rheinland-Pfalz für die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor eine erhöhte Bedeutung. Der Anstieg der Übernachtungszahlen in den letzten Monaten zeigt, dass der Tourismussektor nach wie vor eine Wachstumsbranche ist.

Da der Dienstleistungsbereich in Zukunft auch den Abbau von industriellen Arbeitsplätzen teilweise ausgleichen soll, muss das Potenzial im Tourismus weiter ausgenutzt werden. Die FDP-Fraktion denkt dabei zum einen an die stärkere Nutzung des UNESCO-Weltkulturerbes im Mittelrheintal und natürlich für die Pfalz durch das Nutzen der zahlreichen in- und ausländischen Besucher bei den Spielen zur Fußballweltmeisterschaft im Jahr 2006 in Kaiserslautern. Dabei gilt es, durch eine Vernetzung der Kulturangebote in der Pfalz mit diesem sportlichen Großereignis nicht nur die Bes ucherströme in das Land zu lenken, sondern auch potenzielle Urlaubsbesucher für den weiteren Besuch in Rheinland-Pfalz zu gewinnen.

Die Schaffung der neuen Abteilung "Technologie und Energie" beim Wirtschaftsministerium wird von der FDP-Fraktion ausdrücklich begrüßt. Der Technologietransfer ist gerade für mittelständische Unternehmen von existenzieller Bedeutung. Forschung und Innovation allein genügen heute nicht mehr, um ein Unternehmen zukunftsfähig zu machen. Die Umsetzung der in der Forschung erzielten Ergebnisse und die schnelle Markteinführung sind Voraussetzungen für die Nachhaltigkeit erfolgreichen Wirtschaftens.

Durch die Fokussierung auf die Bereiche Technologie und Energie sollen Zukunftsfelder für unser Land noch stärker miteinander vernetzt und die Möglichkeit der Schaffung neuer Arbeitsplätze genutzt werden. Bei der künftig erwarteten Knappheit der Energie ist es wichtig, dass das Land zukunftsweisende Projekte mit besonderem Landesinteresse unterstützt. Ein Beispiel ist die Geothermie. Die FDP-Fraktion hofft, dass sie in Rheinland-Pfalz einen wesentlichen Beitrag zur Nutzung erneuerbarer Energien leisten kann.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Abwarten!)

 Frau Kollegin Grützmacher, es ist schon interessant, dass zum Beispiel weitere Unternehmen abwarten, wie die Pilotprojekte in Speyer und Landau – –

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Rund 10 Jahre!)

– Jetzt warten Sie doch einmal ab. Was heißt "rund 10 Jahre"? Man muss abwarten, ob die Probebohrungen erfolgreich sind. Wenn sie erfolgreich sind, dann kann das relativ schnell umgesetzt werden. Wir hoffen das, weil wir dafür öffentliche Mittel eingesetzt haben.

Genauso wichtig wie die Gewinnung neuer Energiequellen ist der Umgang mit der Nutzung der Energie. Wie wir alle wissen, wird in unseren Haushalten noch zu viel Energie verschwendet. Deshalb begrüßt die FDP-Fraktion, dass das Wirtschaftsministerium weitere Initiativen zur Energieeinsparung starten will und hält die Zuwendungen für die Projekte der Effizienzoffensive "Energie Rheinland-Pfalz" für sinnvoll eingesetzte Gelder.

Meine Damen und Herren, der Mittelstand ist das Rückgrat in unserem Land. Deshalb ist es wichtig, dass die berufliche Bildung und die Förderung des Handwerks vom Ministerium besonders beachtet wird. Auch in den nächsten Jahren wird es aller Anstrengungen bedürfen, den Schulabgängern in der beruflichen Ausbildung eine Zukunftsperspektive zu eröffnen. Deshalb begrüßt die FDP-Fraktion, dass die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung als ein Kernstück des dualen Ausbildungssystems weiter durch das Ministerium gefördert wird. In den überbetrieblichen Lehrlingswerkstätten werden die Kenntnisse vermittelt, die einzelne Betriebe den Auszubildenden wegen geringer Größe nicht vermitteln können.

Da aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage zahlreiche mittelständische Unternehmen nicht mehr oder nur noch eine geringere Zahl Lehrlinge ausbilden, kommt der überbetrieblichen Lehrlingsausbildung zurzeit eine besondere Bedeutung zu. Die Förderung durch das Wirtschaftsministerium eröffnet jungen Menschen eine Zukunftsperspektive in einer Zeit, in der viele Jugendliche an ihren Zukunftschancen zweifeln.

Meine Damen und Herren, damit möchte ich es bewenden lassen

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Gölter.

Abg. Dr. Gölter, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Blick auf die Zeit will ich nur ein paar punktuelle Bemerkungen machen. Eine kurze Bemerkung zu Ihnen, Herr Ministerpräsident und Herr Bauckhage, mit Blick auf die gestrige Debatte.

Herr Ministerpräsident, Sie haben sinngemäß gesagt, dass Sie davon ausgehen, dass wirtschaftliche Belebung und nachhaltige Haushaltspolitik in der Lage seien, die Haushaltsprobleme in der Bundesrepublik Deutschland und im Land Rheinland-Pfalz in den Griff zu bekommen.

(Ministerpräsident Beck: Mittelbis langfristig!)

 Das ist die große Frage. Mich treibt die Sorge um, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland in Bund und Ländern Strukturen geschaffen haben, die selbst bei einer wirtschaftlichen Belebung von 5 % nicht mehr finanzierbar sind.

(Beifall bei der CDU)

weil die alten Regeln nicht mehr stimmen. Wirtschaftliche Belebung und Arbeitsplatzabbau können weiter Hand in Hand gehen. Wenn Herr Hambrecht, der in Rheinland-Pfalz arbeitet, und andere Recht haben, dann steht uns in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Verlust von 2 Millionen industriellen Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2010 der weitere Verlust von 2 Millionen industriellen Arbeitsplätzen ins Haus. Das heißt, die Sozialsysteme geraten weiter unter Druck. Vor allem die Länder müssen wesentlich mehr Geld ausgeben, um die Schwächen unseres Erziehungs- und Bildungssystems und der Familienförderung auszugleichen.

Insofern bleibt das Problem, dass wir die vorhandenen Strukturen nicht unkritisch stehen lassen können. Das, was mich an der gestrigen Debatte und im Übrigen auch an der Debatte im Haushalts- und Finanzausschuss gestört hat, ist, dass alle Positionen und das, was im Haushalt steht, gewissermaßen

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Eingemeißelt!)

mit dem Siegel der Gesetzmäßigkeit versehen werden: Das ist so. Das muss so sein. Das brauchen wir alles. Wer das infrage stellt, der muss sich – vor dem Hintergrund des allgemein im Bundestag ausgebrochenen Patriotismus – den Vorwurf gefallen lassen, dass er mangelnde patriotische oder Landesgesinnung an den Tag legt.

So läuft zurzeit die Debatte. Wer kritisch fragt, der wird in die Ecke gestellt – bitte lesen Sie das Protokoll der Beratung des Einzelplan 08 im Haushalts- und Finanzausschuss –, weil alles sakrosankt ist und nicht hinterfragt werden darf.

(Beifall der CDU)

Es ärgert mich, wenn dann reflexartig wie beim Pawlow'schen Hund reagiert wird. Wenn beispielsweise Frau Thomas die Frage stellt, ob wir uns ganz bestimmte Strukturen auf Dauer leisten können – sie mag vielleicht falsche Vorschläge machen –, dann geht sofort die Metallklappe runter, und das Nachdenken setzt aus. Das finde ich offen gesagt nicht gut. Damit schneiden wir uns auf Dauer ins eigene Fleisch.

Als wir vor zwei Jahren im Wirtschaftsausschuss darüber geredet haben, habe ich den Herrn Wirtschaftsminister gebeten, mir eine Position zu benennen, bei der er in den nächsten zwei Jahren in Schwierigkeiten kommt. Ich habe keine Antwort bekommen. Im Haushalts- und Finanzausschuss habe ich jetzt genau dieselbe Frage gestellt. Dabei habe ich mir gedacht, dass vielleicht einige aufmerksame Mitarbeiter Vorsorge getroffen haben. Ich habe aber wieder keine Antwort bekommen. Meine Damen und Herren, wenn Sie die Haushaltsübersichten – Gesamtübersicht über den Einzelplan 08 nach Schwerpunkten – der vergangenen 10 Jahre nebeneinander legen, dann stellen Sie fest, dass alle wichtigen Positionen gleichmäßig und kontinuierlich nach oben verlaufen. Dann kann es nicht sein, dass Sie sich ernsthaft der Frage gestellt haben, wie Sie mit dem Geld umgehen und wie Sie die Belastungen der Zukunft behandeln. Das haben Sie nicht getan. Sie werden aber nicht daran vorbeikommen, das zu tun und eine Korrektur ins Auge zu fassen.

Ich möchte, dass der wichtige Bereich der deutschen Agrarwirtschaft nicht völlig untergeht. Das scheint mir zu riskant zu sein.

(Schmitt, CDU: Das solltest Du ernst nehmen!)

Meine Damen und Herren, welche wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe haben wir in den nächsten Jahren in Rheinland-Pfalz zu bewältigen? Wir müssen von einer landesbezogenen Betrachtung, die das ganze Land in den Blick nimmt – –

(Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

 Herr Kollege Schwarz, Sie verwirren mich, wenn Sie hinter Frau Kiltz sitzen. Dann kann ich mit den Zwischenrufen nichts anfangen. Das geht nicht. Was zu viel ist, ist zu viel. Hierher oder ruhig sein.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Wir müssen umsteuern hin zu einer stärkeren regionalen und sektoralen Betrachtung. In der Raumplanung werden wir in der Entwicklung der nächsten Jahre verstärkt umstellen müssen auf eine regionale und sektorale Betrachtung. Schade, dass Herr Stadelmaier jetzt nicht anwesend ist. Daran kommen wir nicht vorbei.

Das gilt im Übrigen auch für die Gewerbegebiete. Weshalb dümpeln denn so viele Gewerbegebiete vor sich hin? Wenn wir noch mehr Gewerbegebiete ausweisen, werden noch mehr Gewerbegebiete vor sich hindümpeln.

(Beifall der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die auf kommunaler Ebene Verantwortlichen schaffen es nicht, Gewerbegebiete sektoral gebunden auszurichten. Das ist zweifellos ein zwar schwieriger, aber der richtige Weg. Dabei muss das Ministerium meines Erachtens vorausgehen. Ich möchte auf eine Unterlage hinweisen, die im rheinland-pfälzischen Landtag zu wenig beachtet worden ist. Wir sollten sie nach den Haushaltsberatungen im Wirtschaftsausschuss einmal intensiver diskutieren.

Das große "Accenture"-Gutachten, diese dicke Schwarte, war weitgehend für die Katz, weil in weiten Teilen nur Platitüden festgehalten worden sind. Aber das, was danach gekommen ist, die Studie des Fraunhofer-Instituts für Experimentelles Software Engineering von Rombach und Bomarius zusammen mit Media Systems

von Max Schulze-Vorberg ist das Beste, was ich in den vergangenen Jahren gesehen habe, wie versucht werden muss, über eine regionale und sektorale Cluster-Bildung – in dem Fall mithilfe der Informationstechniken – zu anderen Ansatzpunkten zu kommen. Das ist meines Erachtens zu wenig gesehen worden.

Noch eine ganz kurze Bemerkung zu einem Lieblingsthema von mir, das in den nächsten Jahren bleiben wird. Das ist das leidige und schwierige Thema der Kapitalbeschaffung. Auf diesem Feld ist einiges passiert. Ich sehe durchaus, dass es da einige Bemühungen gab. Ich bin aber der Meinung, dass es bei den Kosten der Zwischenfinanzierung nach wie vor ein großes Defizit gibt.

Es stellt sich die Frage, ob es nicht doch gelingen könnte, in Rheinland-Pfalz Mittelstandsfonds in stärkerem Umfang ins Auge zu fassen und zu installieren, die atypische stille Beteiligungen übernehmen. Jedes Land sucht Alleinstellungsmerkmale. Vielleicht wäre der Weg einer wesentlichen Verbesserung der Mittelstandsfinanzierung in Rheinland-Pfalz angesichts gewaltiger Konkurrenz in unserer unmittelbaren Nachbarschaft ein attraktiver Weg. Vor allem im Osten und im Norden haben wir es schließlich mit Schwergewichten zu tun. Vielleicht wäre das ein Weg, um stärker Wirtschaftsförderung in Rheinland-Pfalz betreiben zu können und das Land noch attraktiver zu machen.

Noch eine letzte ganz kurze Anmerkung. Meine Damen und Herren, das, was beim ÖPNV und SPNV derzeit auf uns zurollt, müssen wir irgendwann einmal anfangen öffentlich zu diskutieren. Im Haushalts- und Finanzausschuss hat die Landesregierung gesagt, dass sie in diesem Jahr bereits wesentlich mehr Geld – eine zweistellige Zahl, die sich irgendwo zwischen 10 Millionen Euro und 20 Millionen Euro bewegt – aus Rücklagen der vergangenen Jahre aufgrund des günstigen Abschlusses mit der DB AG ausgibt, als sie in diesem Jahr vom Bund erhält.

Ich nenne aber Stichworte wie "Ludwigshafen – Worms", "Kaiserslautern – Homburg", "Speyer – Germersheim", "der Lückenschluss nach Wörth", das, was sich im rheinhessischen Bereich tut und die – wenn es gut geht – 12 Millionen Euro jährliches Betriebsdefizit für den Hunsrück-Schnellexpress auf den Hahn. Wenn ich das alles addiere, bin ich heute schon bei einer Größenordnung von 70 bis 80 Millionen Euro an jährlichen Kosten. Dieses Geld werden wir aber nicht bekommen. Da entsteht eine Reihe von Illusionen. Die Regierung und das Parlament haben meiner Meinung nach die Aufgabe, das insgesamt etwas nüchterner zu sehen.

Als Schlussbemerkung möchte ich noch einen Punkt erwähnen, den ich für erfreulich halte. Das, was im Zusammenhang mit der Landesbank Rheinland-Pfalz an Konzeption und Lösung umgesetzt worden ist –daran waren viele beteiligt, die ich im Einzelnen gar nicht nennen will –, halte ich auch mit Blick auf die langfristige Wirtschaftsfinanzierung in Rheinland-Pfalz für gut. Das ist ein erfreulicher Aspekt des zurückliegenden Jahres.

Vor diesem Hintergrund ist es auch richtig, dass die Landesbausparkasse verselbstständigt wird. Auch das ist eine Sache, die meiner Meinung nach auf einem guten Weg ist. Über den Weg mit der Landesbank Baden-Württemberg konnte meiner Ansicht nach ein wichtige Punkt gelöst werden, der gerade für die Struktur des Landes Rheinland-Pfalz in der Zukunft sehr wichtig ist.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Creutzmann für eine Kurzintervention das Wort.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Kollege Dr. Gölter, Sie fordern immer wieder – wir nehmen das zur Kenntnis –, dass gesagt werden soll, wo im Haushalt noch gespart werden kann. Ich habe vorhin in meinem Redebeitrag versucht darzustellen, welch hohen Drittmittelansatz wir in diesem Einzelplan haben.

(Dr. Gölter, CDU: Das weiß ich auch!)

Ich will ein Beispiel nennen. So sollen die Zuschüsse für Werbemaßnahmen zur Leistungssteigerung im Tourismus mit einem Haushaltsansatz von 1,94 Millionen Euro im Jahr 2004 – ausgegeben wurden 1,8 Millionen Euro – um 100.000 Euro auf 1,8 Millionen Euro zurückgefahren werden.

Man kann natürlich darüber streiten, ob das eine oder andere gemacht werden muss. Herr Kollege, dann muss man aber auch konkret Anträge stellen und sagen, wir halten zum Beispiel das, was das Land in der Werbung für Meister macht,

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Für sexistisch! – Vereinzelt Heiterkeit)

nicht für notwendig. Dann muss man schlicht und einfach sagen, wo man sparen will. Sie haben das zwar im Ausschuss beklagt, aber wir haben keine Vorschläge gehört. Dann geht es natürlich an das Eingemachte.

Es ist äußerst schwierig, auf das, was Sie zur Mittelstandsförderung gesagt haben, noch etwas draufzusatteln. Die ISB versucht das. Das Problem der mittelständischen Unternehmen ist die geringe Eigenkapitalquote. Es ist äußerst schwierig, dies zu überwinden.

Herr Dr. Gölter, hochinteressant war der Beifall des Herrn Kollegen Schnabel, als Sie gesagt haben, wir müssen zu einer regionalen Förderung kommen. In meinem Redebeitrag habe ich auch gesagt, dass wir überlegen müssen, ob wir die Gewerbebetriebe nicht mehr pro Kommune fördern, sondern mehr regionalisiert denken. Herr Kollege Schnabel, Sie nicken. Man muss aber wissen, dass dies ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung ist. Wie wenig das leider in der Praxis funktioniert, wird daran deutlich, dass dann, wenn in der

einen Gemeinde einer Verbandsgemeinde ein Gewerbegebiet errichtet wird, auch die andere Gemeinde in der Verbandsgemeinde meint, sie benötige ebenfalls ihr Gewerbegebiet.

Deshalb gebe ich Herrn Kollegen Dr. Gölter Recht – das habe ich vorhin in meinem Beitrag auch angerissen –, dass wir dazu kommen müssen, eine interkommunale Zusammenarbeit mehr zu belohnen als egoistisches Einzeldenken.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Mohr das Wort.

Abg. Frau Mohr, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Gölter, gestatten Sie mir, dass ich mich nach dieser gesellschafts- und politikkritischen Rede, die mehr philosophisch angehaucht war, dem Pragmatismus zuwende; denn in der Politik holt einen der Pragmatismus sehr schnell ein. Die Wirklichkeit holt einen dann spätestens in den Haushaltsdebatten ein. Das werden Sie ebenso wissen.

(Zurufe von der CDU)

Herr Dr. Gölter, auch wir wissen, die gesamtwirtschaftliche Lage ist noch nicht ins Gleichgewicht gekommen, und der Binnenkonsum ist auch noch nicht so in Fahrt gekommen, wie man sich das wünschen würde, auch wenn sich ein Silberstreifen am Horizont zeigt und die Rheinland-Pfälzer –das möchte ich an dieser Stelle einmal vermerken – zu den Sparfüchsen der Nation gehören. Es ist also Geld vorhanden, aber es müsste nur in Umlauf gebracht werden.

Die Steuereinnahmenlücken, die auch andere Länder in vergleichbarer Weise haben, führen bei uns weiter zu einer mehr als angespannten Haushaltslage. Das trifft auch auf den Einzelplan 08 zu, den wir jetzt beraten.

Dieser Einzelplan weist ein beachtliches Volumen auf. Es sind rund 1,073 Milliarden Euro im Jahr 2005 und rund 1,078 Milliarden Euro im Jahr 2006. Dennoch muss man sagen, dass nur noch geringe Gestaltungsspielräume vorhanden sind.

Vieles in diesem Einzelplan verläuft in vorgezeichneten Bahnen; dies nicht zuletzt aufgrund des hohen Anteils an Drittmitteln, die eigentlich durchlaufende Posten in diesem Haushalt sind und für deren Verausgabung in vielen Fällen komplementäre Mittel des Landes erforderlich sind

Hinzu kommen die vielen Verpflichtungsermächtigungen, die wir in diesem Haushalt haben. Das ist insbesondere im Bereich der Wirtschaftsförderung, aber auch im Bereich der Strukturhilfen der Fall. Diese Situation entsteht oftmals dadurch, dass wir nur mittelbare Zi-

wendungen ausreichen. Dabei handelt es sich zum Beispiel um Zinszuschüsse an die ISB, die dadurch in der Lage ist, zinsgünstige Darlehen für den Ausbau und die Gründung selbstständiger Existenzen, aber auch für Maßnahmen des Umweltschutzes zu vergeben. Wir meinen, dieser Weg ist grundsätzlich zu begrüßen; denn er schafft mehr Raum für Fördermöglichkeiten.

(Beifall des Abg. Schwarz, SPD)

Meine Damen und Herren, rund 80 % unserer Mittel aus der Wirtschaftsförderung fließen in den privaten und in den öffentlichen Investitions- und Finanzierungsbedarf.

Das ist auch gut so; denn das ist ein Beitrag zum Wirtschaftskreislauf. Dennoch kommt das Ministerium nicht umhin, in beiden Haushaltsjahren im Einzelplan 08 – zusammen mit der Landwirtschaft und dem Weinbau – globale Minderausgaben in Höhe von 18,8 Millionen Euro einzustellen.

Trotz aller Schwierigkeiten ist es uns in den letzten Jahren gelungen, mittels gezielter Finanz- und Investitionshilfen die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz zu verbessern.

Herr Dr. Gölter, das müssen auch Sie sagen, auch wenn Sie das philosophisch kritisch angegangen sind.

Wenn man sich nach dem, was man gestern und zum Teil auch heute gehört hat, einmal die Änderungsanträge der CDU anschaut – es sind gerade einmal zwei Anträge im Bereich des Einzelplans 08 –, muss man zu dem Schluss kommen, – –

(Zurufe von der CDU)

- Meine Herren, hören Sie doch zu!

 – dass Sie Schaufensterreden gehalten haben und Ihr Wirtschafts- und Aufbruchsprogramm Makulatur ist.

(Beifall der SPD)

Ich bin überzeugt davon, dass Ihnen die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz keine Gelegenheit geben werden, Ihre leeren Worte in Taten umzusetzen.

(Beifall der SPD)

In dieser Haushaltsdebatte hätten Sie ausgiebig Zeit gehabt, zu zeigen, wie – ich zitiere aus der Zeitung "Trierischer Volksfreund" – "eine Umstellung der Wirtschaftsförderung und eine Erneuerung der Wirtschaftspolitik gestaltet werden soll und wie Sie die Rahmenbedingungen für den Mittelstand verbessern".

Was machen Sie daraus? Sie legen gerade einmal zwei Anträge mit der Forderung vor, die globalen Minderausgaben um 10 % und die Pachten für den LSV zu erhöhen. Wenn ich richtig zusammengezählt habe, verbleiben für den Einzelplan 08 rund 15 Millionen Euro mehr, die Sie einfach drauflegen. Wenn das Ihre Form des Sparens ist, verstehe ich die Welt nicht mehr.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren der CDU, statt mit kritischen Sprüchen, konstruierten Zahlen und missmutiger Einstellung unser Land schlechtzureden, wie Sie es auch in der Darstellung Ihres Wirtschaftsprogramms getan haben, sollten Sie sich an den Kommentar des "Trierischen Volksfreunds" erinnern. Ich muss ihn noch einmal zitieren; denn ich habe ihn ganz genau gelesen. Dort steht: "Die CDU wird sich schon einiges Konkretes in den anstehenden Etatberatungen einfallen lassen müssen, um wirtschaftspolitisch Flagge zu zeigen." Das steht dort zu lesen.

Meine Damen und Herren der CDU, ich meine, das ging schlicht und einfach daneben.

Wir haben gestern schon eine Fülle von Daten und Fakten gehört, dass Rheinland-Pfalz objektiv in den letzten Jahren eine zuverlässige und solide Wirtschaftspolitik gemacht hat. Deshalb sind für uns eine bedarfsorientierte Wirtschaftsförderung, die Förderung von Technologie, Energie und Innovation sowie Bildung, Ausbildung und Weiterbildung wichtige Bausteine für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik.

Das Land und die Landesregierung stehen zum ehrgeizigen Ziel, den Anteil an erneuerbaren Energien am Stromverbrauch des Landes auf 12,5 % zu erhöhen und damit bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Auch ich weiß, dass das eine Herausforderung ist.

Wir wissen, dass Rheinland-Pfalz nicht nur im Bereich der Geothermie gute Voraussetzungen hat, sondern auch ein hohes Maß an Biopotenzial ausweist. Beide Energieträger werden neben der Brennstoffzellentechnologie mittelfristig Förderschwerpunkte im Rahmen unserer Energiepolitik sein. Sie können sich zu wichtigen Bausteinen im Rahmen eines Energiemixes aus Wind-, Wasser- und Sonnenenergie entwickeln. Mit den Pilotprojekten im Bereich der Geothermie in Speyer und Landau sind wir ein gutes Stück auf diesem Weg vorangerückt und nehmen bereits eine Spitzenstellung in Deutschland ein.

Herr Braun, im Gegensatz zu Ihnen sind wir nicht der Meinung, dass wir im Land noch zulegen müssen. Die zahlreichen Bundesprogramme dienen der Markteinführung. Es ist nicht notwendig, dass wir aus unserer Sicht Programme gleicher Art landesparallel fahren.

In den neu zusammengefassten Haushaltstiteln wird ein Schwerpunkt auf die Unterstützung von Projekten mit besonderem Landesinteresse gesetzt. Ich meine, das geht genau in die Richtung von Herrn Dr. Gölter. Wir müssen Iernen, unsere Räume sinnvoll zu erschließen und in einer Einheit zu betrachten. Dazu gehört in menen Augen auch die Energiepolitik.

Meine Damen und Herren, ich meine auch, dass die GRÜNEN mit ihren Anträgen, eine Kürzung beim LSV herbeizuführen und den kommunalen Straßenbau zu kürzen, zugunsten der Energiepolitik der Wirtschaftsförderung unseres Landes keinen Dienst erweisen. Wir sind mittelständisch orientiert. Mit Sicherheit wird dieser Beitrag, den Sie sich von den erneuerbaren Energien versprechen, nicht das bringen, was Sie sich erwarten.

Meine Damen und Herren, wir haben trotz restriktiver Ansätze im Haushalt gute Rahmenbedingungen für Investoren geschaffen. Ergänzend dazu möchte ich erwähnen, dass die ISB im Rahmen eines 40-Millionen-Euro-Programms gewerbliche Unternehmen mit zinsgünstigen Darlehen unterstützt, um Investitionen in Forschung und neue Produktionsverfahren sowie auch effiziente und regenerative Energietechniken tätigen zu können.

Wir wissen, dass Rheinland-Pfalz auch weiterhin für den Technologietransfer sorgen muss, um ein guter Standort zu bleiben. Diese Technologietransferzentren, die an unseren Universitäten und Fachhochschulen angesiedelt sind, leisten einen wesentlichen Beitrag, eine Brücke zwischen der Wissenschaft und den Wirtschaftsunternehmen zu bauen. Sie helfen den Unternehmen, notwendige Kontakte herzustellen, die diese benötigen, um neue Techniken, Technologien, aber auch neue Materialien in die Betriebe zu bringen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschafts- und Beschäftigungssituation ist es auch wichtig, dass wir Existenzgründern optimale Bedingungen bieten. Ein wichtiger Punkt dabei ist auch die Sorge um die Finanzierung. Existenzgründer haben immer wieder Schwierigkeiten, eine Geschäftsbank zu finden. Wir erachten es als notwendig, dass die ISB in diesem Zusammenhang im Rahmen eines Programms "Bürgschaft ohne Bank" eine prozentuale Haftungsfreistellung für Darlehen bzw. Kontokorrentkredite übernimmt, bevor man zu seiner Hausbank geht.

(Beifall der Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD)

Mit solch einem Bürgschaftszertifikat wird es sicher für die Existenzgründer und Neuunternehmer leichter werden, eine kredit- bzw. darlehengebende Bank zu finden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss meiner Rede nur noch kurz die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ansprechen. Dank der Entwicklung vielfältiger Initiativen der Akteure vor Ort, dem ovalen Tisch und dem Landespakt für Ausbildung hat sich die Situation zum Jahresende noch einmal verbessert.

Wichtige Umsetzungsschritte stellen dabei auch die Paten und die Ausbildungsakquisiteure sowie die Nachvermittlungsaktion dar, die hauptsächlich von den Kammern getragen wurden. Wir meinen, dass diese Programme fortgesetzt werden müssen und sehen auch einen wesentlichen Beitrag darin, dass schwer zu vermittelnde Jugendliche in diese Betreuungs- und Partnerschaftsprogramme gekommen sind und ein Praktikum in der Arbeitswelt machen können, um besser auf die Aufnahme eines Ausbildungsplatzes vorbereitet zu werden.

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz ist ein Wirtschaftsort, der sich sehen lassen kann. Rheinland-Pfalz zeichnet sich durch eine solide und zuverlässige Wirtschaftspolitik aus. Ich meine, wir haben im Vergleich zu den anderen Bundesländern eine sehr gute Stellung. Das haben auch die Presseartikel und verschiedene

Mitteilungen gezeigt. Dieses Niveau wollen wir weiter ausbauen. Daran werden wir auch in den nächsten Haushaltsjahren zielgerichtet arbeiten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Wirz das Wort.

Abg. Wirz, CDU:

Vielen Dank, Herr Präsident.

Frau Kollegin Mohr, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir einmal sagen könnten, welche Haushaltsstellen im Einzelplan 08 nicht mit anderen gegenseitig deckungsfähig sind und wenn Sie mir dann auch sagen würden, warum die Landesregierung selbst eine sehr hohe globale Minderausgabe in diesem Einzelplan vorgesehen hat. Dann wäre ich Ihnen auch noch sehr dankbar, wenn Sie mir in diesem Kontext auch noch sagen könnten, was bei dieser Fülle von gegenseitigen Deckungsfähigkeiten Einzelanträge bringen, wenn die Landesregierung jeden einzelnen Einzelantrag durch die gegenseitige Deckungsfähigkeit unterlaufen kann und dennoch macht, was sie will.

Zu unserem Wirtschaftspapier muss ich auch klipp und klar fragen: Welche Zahlen und Daten sind dort nicht korrekt? – Ich will Ihnen vielleicht in diesem Kontext auch noch deutlich machen: Wenn wir eine Verbesserung in einem gewissen wirtschaftlichen Bereich wollen, dann hilft uns nur eine korrekte Analyse des tatsächlichen Ist und keine Schönfärberei. Dann ist das auch keine Miesmacherei, wie Sie es hier darstellen. Ich weise dies ausdrücklich als Polemik zurück.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Zur Erwiderung erteile ich Frau Abgeordneter Mohr das Wort.

Abg. Frau Mohr, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wirz, gestatten Sie mir zunächst einmal, dass ich mich zu den Ausführungen Ihres Wirtschaftsprogramms äußere. Es geht mir um das Bruttoinlandsprodukt, das Sie in diesem Wirtschaftsprogramm mit etwas älteren und etwas verfälschenden Zahlen dargestellt haben.

Herr Wirz, auf der anderen Seite meine ich, eine Opposition ist zu konstruktiver Kritik verpflichtet. Mir fehlt dieses Konstruktive in Bezug auf Ihre globalen Minder-

ausgaben. Gestatten Sie mir, dass ich hier meine Meinung äußere. Ich habe das Gefühl, Sie drücken sich vor der Verantwortung.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Es wäre Ihnen unbenommen gewesen, konkrete Vorschläge zu machen. Diese vermissen wir auf weiten Strecken.

Ich möchte auch Herrn Dr. Gölter nicht zu nahe treten. Er weiß selbst mit Sicherheit sehr genau, dass er philosophische Ansätze gebracht hat.

(Dr. Gölter, CDU: Wenn das Philosophie war, oh Gott, oh Gott!)

 Herr Dr. Gölter, das erachte ich sogar als eine Art Würdigung Ihrer Auffassung.

(Heiterkeit bei der CDU)

 Ich sehe das ganz und gar nicht negativ. Man muss gelegentlich auch den Blick vom eigenen Tellerrand heben.

Herr Dr. Wirz!

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

 Entschuldigung. So kommt man zu Doktorehren. Der Hut fehlt noch.

Herr Wirz, ich möchte nur noch einmal sagen, dass ich bei Ihnen vermisse, dass Sie bereit sind, Verantwortung für konkrete Aussagen zu übernehmen.

(Wirz, CDU: Das sind doch Plattitüden!)

Präsident Grimm:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Immer wieder, wenn man nach Herrn Creutzmann redet, muss man sich die grundsätzliche Frage stellen: Soll man auf ihn antworten oder soll man eine ernsthafte Rede versuchen?

Ich will heute versuchen, beides zu verbinden. Herr Creutzmann, Sie haben in Ihrer Rede sehr drastisch noch einmal deutlich gemacht, dass Sie die Asphaltpartei in Rheinland-Pfalz sind und auch bleiben wollen und dass Sie die Antischlaglochpartei sind. Das kennen wir schon. Das ist ein altes Profil von Ihnen. Sie wollten aber auch deutlich machen, dass Sie den ÖPNV fördern. Soweit ich weiß, hat das das Ministerium auch geschafft. Nur, man kann sich nicht auf diesen Lorbeeren ausuhen, die man vor langem erworben hat; denn dann wird auch der Lorbeerkranz irgendwann einmal welk und fällt auseinander.

Deswegen ist es wichtig, sich damit auseinander zu setzen, was wir vorschlagen, nämlich eine Entwicklung in dem ganzen Konzept vorzunehmen, Investition von der Straße zur Schiene hin weiterhin umzulenken. Das ist, glaube ich, ein ernsthafter Vorschlag, dem sich eine moderne Landesregierung, vielleicht eine moderne FDP – diese gibt es nicht in Rheinland-Pfalz – durchaus anschließen könnte, statt immer nur abzublocken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Gölter hat zu Recht gesagt, dass es nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern auch in den angrenzenden Ländern viel zu viele Gewerbegebiete gibt, die ausgewiesen sind, die erschlossen sind, die erschlossen sozusagen schon dort liegen, die nur noch auf denjenigen warten, der dort bauen will.

(Zuruf von der SPD: Ein Philosoph!)

Wir haben das bei uns im Rhein-Neckar-Raum in der Planungsgemeinschaft vor kurzem erst erfahren. Herr Specht von der CDU hat vorgetragen, dass man dort über 1.000 Hektar Bebauungs- und Gewerbegebiet liegen hat, die nicht genutzt werden. Insofern ist es schon richtig - nicht jeder, der schon ein bisschen nachdenkt, ist ein Philosoph -: Wenn man hier ernsthaft nachdenkt, dann ist es doch richtig, dass wir darüber reden, wie wir die Mittel gezielter einsetzen. Das sind doch Mittel des Landes. Das sind doch keine Mittel, die uns von irgendwoher zufließen, manche natürlich von der EU, aber es sind Steuermittel. Mit Steuermitteln muss man sparsam umgehen, und nicht, wenn ohnehin schon Gewerbegebiete vorhanden sind, wir auch noch neue erschließen. Das macht leider dieses Wirtschaftsministerium immer noch, anstatt in Zukunftsinvestitionen die Gelder zu lenken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Creutzmann hat auch die Diskussion geführt, wie wir eine neue Energiepolitik in Rheinland-Pfalz machen können. Frau Mohr, ich weiß nicht, wer Sie dazu gezwungen hat, unsere Vorschläge abzulehnen. Ich glaube, diese wären Ihnen norm alerweise sympathisch.

Herr Creutzmann, die Frage, die wir uns stellen, ist doch: Was machen Sie jetzt mit Ihrer neuen Abteilung. Sie wurde vor mehreren Monaten verkündet. Es gab eine Pressemitteilung: Wir haben 40 Millionen Euro in der neuen Abteilung "Innovation und Energie". Es ist seitdem nichts geschehen. Sie haben auch hier nichts vortragen können. 40 Millionen Euro bedeuten 40 Millionen Euro Kreditmittel und keine Mittel, die direkt gefördert werden können. Es ist nichts passiert. Sie haben keine Richtung.

Dann sagen Sie: Na ja, in Rheinland-Pfalz könnten wir die Geothermie fördern. – Natürlich wollen wir alle die Geothermie fördern. Seien wir doch einmal realistisch. Sie wissen doch, dass in Dudenhofen auch ein geothermisches Kraftwerk gebaut werden soll. Die Tiefengeothermie in Rheinland-Pfalz ist eine Hoffnung, die vielleicht in fünf Jahren, acht Jahren, zehn Jahren oder zwölf Jahren greifen kann, mit der wir dann auch Strom erzeugen können. Aber was machen wir jetzt? Wir ha-

ben doch jetzt konkrete Ziele für das Jahr 2005, für das Jahr 2012. Da nützt es doch nichts, wenn wir auf die Geothermie allein verweisen. Dann müssen wir doch auch die anderen Bereiche fördern, beispielsweise die Biomasse.

Dazu haben wir konkrete Vorschläge gemacht. Dazu ist auch unser Antrag von den 5Millionen Euro pro Jahr, nicht dass wir noch mehr Geld hineinstecken in die Abnahme von Strom, sondern die Leute dazu bringen, dass sie in dem Bereich investieren, dass diejenigen, die wollen, dass die Landwirtinnen und Landwirte in Rheinland-Pfalz beispielsweise, und diejenigen, die das Geld in die Hand nehmen wollen, richtig beraten werden, dass sie günstige Kredite bekommen. Das ist unser Ziel. Nur so entstehen Arbeitsplätze und nicht durch alte Straßensubventionen, Herr Creutzmann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die 270 Arbeitsplätze, die pro 1 Million Euro Investition bei den Straßen entstehen, das ist doch eine Rechnung, die Sie genauso für die erneuerbaren Energien aufmachen könnten.

(Creutzmann, FDP: Leider nicht!)

Da hätten wir dann mehr Arbeitsplätze, Herr Creutzmann. Rechnen Sie neu nach.

Wir wissen, dass durch die erneuerbaren Energien mehrere hunderttausend Arbeitsplätze in Deutschland entstanden sind.

Ich möchte das noch einmal für die FDP erklären: Wir haben keine Subventionen, keine steuerlichen Subventionen bei den erneuerbaren Energien. – Das wissen Sie genau. Sie tun nur immer so, als wäre das so. Wir haben einen festen Einspeisepreis. Dieser feste Einspeisepreis, das erfolgreichste Modell, das es in Europa gibt, wurde in anderen Ländern in Europa nachgemacht, beispielsweise in Spanien, wo der Ausbau erneuerbarer Energien auch gut klappt.

Dieses Modell kommt von der CDU/FDP-Bundesregierung. Wir haben es genauer justiert und gerechter gemacht und nicht nur für die Windkraft, die sie hauptsächlich gefördert haben, sondern für alle erneuerbaren Energien geöffnet.

Deswegen, nicht weil es von Ihrer Regierung kommt, sondern von der Exregierung, die lange genug hoffentlich weiterhin eine Exregierung bleiben wird,

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

weil wir es gerechter gemacht haben, ist es ein gutes Gesetz, und es sind keine steuerlichen Subventionen, Herr Creutzmann.

> (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Da es keine steuerlichen Subventionen sind und es degressive Unterstützung ist, das heißt, von Jahr zu

Jahr weniger, ist es eine Einführungsunterstützung. Wir wollen eine neue Technologie einführen.

(Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Wir haben von vornherein gesagt, diese Unterstützung muss degressiv sein. Alle anderen erneuerbaren Energien müssen irgendwann einmal marktfähig sein.

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

Deswegen machen wir bei Solarenergie jedes Jahr 5 % weniger, bei Windenergie jedes Jahr 2 % weniger Unterstützung. Deswegen kommen wir dann auch, nicht so wie bei Ihnen, dass sich die Schere immer weiter öffnet in Ihren Subventionen, auf den Punkt, bei dem diese erneuerbaren Energien marktfähig werden.

Das ist unser Ziel und damit Arbeitsplätze zu schaffen, neue zu schaffen, alte in Rheinland-Pfalz zu erhalten, aber auch im Export Arbeitsplätze zu schaffen. Genau das ist unser Ziel.

Deswegen wollen wir auch, weil Rheinland-Pfalz diesbezüglich eine große Chance hat, diese 5 Millionen Euro pro Jahr in Rheinland-Pfalz einsetzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An der Stelle muss man immer noch ein Wort zur Ökosteuer sagen, weil Sie immer sagen, der Strom in Deutschland ist so teuer, weil Rotgrün den Strom so teuer gemacht hat.

Die Ökosteuer, die auch den Strom trifft, schafft auch Arbeitsplätze – das sagen alle Wirtschaftsinstitute, aber wirklich alle –, weil sie nämlich die Lohnnebenkosten entlastet. Das ist doch auch Ihr Ziel gewesen. Das ist auch das Ziel der CDU mit der Kopfpauschale.

Nur wir hatten ein anderes Modell und haben gesagt, durch die Ökosteuer entlasten wir die Lohnnebenkosten. Wir haben es geschafft, die Lohnnebenkosten um knapp zwei Prozentpunkte zu entlasten.

Strom zu verteuern – es gibt den alten Spruch –, macht nicht die Menschen arbeitslos, sondern Kilowattstunden arbeitslos. Genau das ist unser Ziel: Nicht die Menschen arbeitslos zu machen, sondern Strom zu verteuern und Arbeit zu verbilligen.

Damit werden mehrere hunderttausend Arbeitsplätze in Deutschland erhalten, so zumindest alle ernst zu nehmenden Wirtschaftsinstitute, natürlich nicht Herr Creutzmann, aber ernst zu nehmende Wirtschaftsinstitute sagen das.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Hohn, FDP)

Ich möchte darauf hinweisen, wenn Sie ernsthaft – Sie können schon Dauerabo auf die Kurzinterventionen machen, Herr Creutzmann – diese Diskussion um uns ere Streichungsvorschläge führen wollen, dann müssen Sie die vorher auch lesen, Herr Creutzmann.

Wenn Sie diese Streichungsvorschläge, die wir haben, lesen, dann werden Sie feststellen, dass wir im Mittelstandsförderungsprogramm keinen einzigen Euro gestrichen haben, weil wir es für wichtig halten, dass der Mittelstand in Rheinland-Pfalz gefördert wird.

Wir haben nicht mit dem Rasenmäher alle Wirtschaftssubventionen gekürzt. Wir wollen sie verringern in den Bereichen, bei denen wir sagen, es ist wichtig, sie zu verringern.

Wir wollen sie dort erhöhen und beibehalten, wo wir sagen, da gibt es neue Arbeitsplätze, da ist eine Innovation in diesem Land, ein Anschub von Innovation in diesem Land möglich.

Deswegen haben wir die Vorschläge gemacht, die zukunftsfähig sind. Ihre Vorschläge sind nicht zukunftsfähig, Herr Creutzmann und Herr Bauckhage.

Ich glaube, wir haben in diesem Land seit langem eine FDP-Führung im Wirtschaftsbereich.

(Staatsminister Bauckhage: Das ist gut so!)

- Herr Bauckhage sagt jetzt leise, das ist gut so.

Genau das Gegenteil will ich jetzt sagen.

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

Das ist natürlich nicht gut so, weil in diesem Land die Blockade ganz klar zu merken ist. Wir wissen, dass es fortschrittliche Kräfte gibt, aber was tun Sie denn im Wirtschaftsministerium im Moment?

Sie kommen doch überhaupt nicht in die Gänge bei den innovativen Möglichkeiten, Rheinland-Pfalz voranzubringen. Sie kommen nicht in die Gänge bei den erneuerbaren Energien.

Aber Sie kommen auch bei anderen Diskussionen, bei der Dienstleistung nicht in die Gänge. Sie haben die Cluster erwähnt, diese regionalen Unterstützungsmuster, die wir machen, die wir aufbauen müssen.

Da sind wir im Moment bei der EDV, bei IT. Aber wir sind noch nicht weitergekommen. Wo sind denn die großen Chancen, die Sie in China und Japan auch gut verkaufen konnten, nämlich die ökologischen Innovationen aus Rheinland-Pfalz, die wir in die Schwellenländer, in die neuen Industrieländer verkaufen können, Herr Ministerpräsident und meine Damen und Herren, die dabei waren?

Wo sind die denn, die Förderungen aus dem Wirtschaftsministerium? Ich kann sie nicht sehen. Deswegen glaube ich, ist es notwendig, die Subventionen im Wirtschaftsministerium zu kürzen und auf der anderen Seite Unterstützung zu bieten für den Außenhandel bei den ökologischen Innovationen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Wort noch zum Umgang und zur Wirtschaftskompetenz innerhalb des Wirtschaftsministeriums. Wir haben

viele Landesbetriebe. Deswegen haben wir auch den Vorschlag gemacht, neue Beteiligungen nicht mehr zu erwerben.

2,358 Millionen Euro stehen im Landeshaushalt für neue Beteiligungen. Wir sagen, das Land muss nicht weitere neue Beteiligungen erwerben. Wir sagen, das Land muss sich aus manchen Beteiligungen zurückziehen.

Deswegen will ich noch einen Satz zum Hafenbetrieb in Ludwigshafen sagen. Wir haben dort einen Landesbetrieb; 75 % Land. Herr Eymael, der Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium, ist dort Aufsichtsratsvorsitzender

Sie wissen alle, was dort passiert ist. Es gab eine Korruptionsaffäre über Jahre hinweg.

Wir sagen, wenn das Land es nicht schafft, richtige und wirksame, vom Aufsichtsrat gesteuerte Instrumente einzusetzen, um die eigenen Betriebe überwachen zu können, um Korruption zu verhindern, dann muss man sich überlegen, wo man sich aus solchen Beteiligungen zurückzieht oder wo man eine richtige Kontrolle macht.

Das ist Herr Eymael – das wissen wir alle – bisher nicht gelungen. Die Aufklärung über diesen Fall ist mehr als dürftig, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Sparkassengesetz, weil das heute mitberaten wird: Wir haben dieses Sparkassengesetz mit eingebracht. Die LBS soll getrennt werden von der Landesbank. Wir halten das in der jetzigen Situation für vernünftig. Es ist der einzige Weg.

Wir können nicht mit der Landesbank allein überleben. Wir brauchen größere Einheiten. Jetzt will ich Ihnen einmal sagen, natürlich traue ich den Schwaben nicht so sehr über den Weg, dass sie kein eigenes Interesse daran hätten.

(Zurufe von der FDP)

Aber wenn wir diesen Vertrag machen und sagen, wir haben dann die Bausparkasse weiterhin in unserer Hand, dann gehen wir diesen Weg mit.

Wir müssen natürlich vorsichtig sein und eigenes Landesinteresse immer wieder wahrnehmen. Es ist nicht die Entwicklung, wie wir sie uns wünschen würden, aber es die, wie sie machbar ist. Von daher unterstützen wir dieses Gesetz.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der höheren Berufsfachschulklasse der Berufsbildenden Schule Rodalben sowie Schülerinnen und Schüler der Klassen 9 a und 9 b der Dualen Oberschule Neuwied. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Creutzmann.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stelle mir vor meinem Auge vor Herrn Dr. Braun als Wirtschaftsminister in diesem Land vor.

(Beifall des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Beck: Wann ist denn das passiert? – Staatsminister Bauckhage: Das wird nicht passieren! – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, es ist nicht passiert. Herr Ministerpräsident, Sie haben natürlich Recht, es übersteigt jedes Vorstellungsvermögen, aber man muss es sich trotzdem einmal vorstellen.

(Heiterkeit bei der FDP)

Wenn dann die Menschen zu Ihnen kommen und Sie dann sagen: Ich habe Subventionen zu vergeben, aber nur gute Subventionen", dann sind das Subventionen, die Ihnen in Ihr ideologisches Weltbild passen, Herr Dr. Braun.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das sind die Subventionen, die abgebaut werden!)

Es wird immer wieder deutlich, wenn Sie sagen, die FDP hätte ein Weltbild, das wäre von gestern. Ihres ist von heute. natürlich.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, genau! Richtig!)

Ihre Wirtschaftspolitik ist von heute. Da haben Sie nichts gesagt, als ich gesagt habe, wenn man Ihren Anträgen folgen würde, dass danach 270 Arbeitsplätze abgebaut würden.

Das, was Sie uns immer erzählen, Ihre virtuellen Æbeitsplätze, die gibt es natürlich bei den erneuerbaren Energien auch, aber Sie erzählen nicht – darüber gibt es auch Ermittlungen –, wie viele Arbeitsplätze Sie über die Verteuerung der Energie in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet vernichtet haben.

Ihre Ökosteuer ist nichts anderes als eine Mehrwertsteuer. Sie nennen sie nur Ökosteuer. Sie ist eine klassische Konsumsteuer.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt doch gar nicht!)

Sie nehmen das Geld aus der Konsumsteuer, um - - -

 Natürlich ist es nichts anderes. Sie könnten genauso Ihre Ökosteuer abschaffen, die Mehrwertsteuer um ein, zwei Prozentpunkte erhöhen, dann hätten Sie genau das Gleiche, meine Damen und Herren.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Meine Güte, Herr Creutzmann!)

Herr Braun, das, was Sie mit der Ökosteuer haben bezwecken wollen, philosophisch, haben Sie gar nicht erreicht.

Sie haben die energieintensiven Betriebe aus der Ökosteuer herausgenommen, weil Sie genau gewusst haben, dass dies weitere Arbeitsplätze gekostet hätte.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Doch, Frau Thomas.

Deswegen tritt die Lenkungswirkung mit der Ökosteuer auch nicht ein. Das Schlimme ist, sie trifft nur die kleinen und mittelständischen Unternehmen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Können Sie sich einmal mit den Realitäten beschäftigen und nicht nur mit Ihren Vorurteilen?)

- Nein, das sind keine Vorurteile!

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Doch, schauen Sie sich doch einmal an, was die Studien über die Wirksamkeit der Ökosteuer gesagt haben! – Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann ich Ihnen belegen, dazu gibt es Untersuchungen, Frau Thomas. Das ist das Problem, das Sie in dem ganzen Energiebereich haben. Keiper will 400 Jobs in der Westpfalz streichen. Dabei machten den Unternehmen insbesondere Preiserhöhungen für Energie und Stahl zu schaffen. Dies ist genau das Problem der Wettbewerbsfähigkeit, und zwar nicht nur der Unternehmen in Rheinland-Pfalz, sondern auch im ganzen Bundesgebiet. Sie haben den Strom mit dem Energieeinspeisegesetz und der Ökosteuer künstlich verteuert und beklagen sich heute, wenn die Unternehmen aufgrund zu hoher Strompreise ins Ausland abwandern und dies in Deutschland und in Rheinland-Pfalz Arbeitsplätze kostet.

Herr Dr. Braun, das ist eine Tatsache, um die Sie nicht herumreden können. Das ist das Hauptproblem, das wir haben. Wir versuchen, Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist aber wahnsinnig, mit öffentlichen Geldern erst Unternehmen zu gründen, die hinterher nicht überlebensfähig sind, weil mit Ihrer Politik ihre Überlebensfähigkeit verhindert wird.

Herr Dr. Braun, ich möchte noch einen Satz zu den Hafenbetrieben und der perfiden Art sagen, mit der das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versucht, dem Kollegen Eymael einen Makel anzuhaften.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der unschuldige Eymael!)

Wenn in Unternehmen Menschen arbeiten, die betrügerisch und korrupt vorgehen, bekommen Sie das in der Regel mit den normalen Mechanismen in einem Unternehmen nicht hin. Es gibt eine Person, die eine Rechnung prüft. Sie gibt sie nach Prüfung zur Zahlung frei. Das ist die erste Unterschrift. Dann gibt es noch einen, der die Zahlung freigibt, und dann wird bezahlt. Wenn derjenige bestochen ist, der die Rechnung geprüft hat und sagt, sie sei in Ordnung, haben Sie das erste Problem. Wenn dieser noch unter einer Decke steckt mit demjenigen, der bezahlt, haben Sie das zweite Problem. Jeder Wirtschaftsprüfungsbericht schließt die Korruptionsprüfung oder Unterschlagungsprüfung aus.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was ist mit den Preisabsprachen?)

– Das können Sie überhaupt nicht ausschließen. Deswegen ist es in einer Art und Weise perfide, Herrn Eymael für die Korruption mitverantwortlich zu machen. Frau Thomas und ich hinterfragen auch immer beim LBB, ob alle Mechanismen in Ordnung sind und ob ordnungsgemäß geprüft wurde. Wenn schließlich doch einmal Korruption eintreten würde, könnten Sie am nächsten Tag fordern, dass Frau Thomas, die im Aufsichtsrat des LBB sitzt, zurücktreten muss. Das haben Sie im Fall von Herrn Staatssekretär Eymael getan. Das ist aberwitzig.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Creutzmann, das ging so tief, dass man kaum noch darauf antworten kann. Ich möchte versuchen, drei Dinge zu sagen.

Ich habe weder den Rücktritt von Herrn Eymael gefordert, noch haben Sie offensichtlich eine Ahnung davon, was die Ökosteuer überhaupt ist. Dann würde ich an Ihrer Stelle auch nicht darüber reden.

Sie haben gesagt, die Ökosteuer sei eine Art Mehrwertsteuer.

(Creutzmann, FDP: Natürlich!)

Das stimmt doch nicht, dass es eine Art Mehrwertsteuer ist. Es ist eine bewusste Steuer auf Energie, die, nachdem sie eingenommen wurde, wiederum die Lohnnebenkosten verringert. Genauso ist sie gestrickt. Das

können Sie nachprüfen, egal wo. Fast 100 % der Ökosteuer gehen in die Senkung der Lohnnebenkosten. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Deswegen ist es keine normale Mehrwertsteuer. Das ist doch völliger Unsinn.

Bisher hatte ich Ihnen wenigstens vertraut, dass Sie von Steuerpolitik in irgendeiner Art und Weise eine Ahnung haben, aber das haben Sie anscheinend nicht, Herr Creutzmann. Die Ökosteuer war erfolgreich. Nach Einführung der Ökosteuer ist der Benzinverbrauch jedes Jahr um 3 % bis 4 % gesunken.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Wir haben zum einen den Effekt, dass der Energieverbrauch sinkt. Genau das war das Ziel der Ökosteuer.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr richtig!)

Zum Zweiten haben wir den Effekt, dass die Lohnnebenkosten dauerhaft gesenkt wurden. Sie wüssten doch ansonsten gar nicht, wie Sie die Arbeitskosten senken können.

Ich glaube nach wie vor, es gibt hinsichtlich der Ziele, die später als Erfolg eingetreten sind, keine so erfolgreiche Steuer in Deutschland wie die Ökosteuer, Herr Creutzmann.

Aber Sie haben anscheinend auch keine Ahnung vom Marktgeschehen.

(Creutzmann, FDP: Natürlich, nur Sie haben eine Ahnung davon!)

Sie sagen, Keiper schließe Standorte, weil die Energieund Stahlkosten zu hoch seien. Es mag sein, dass Keiper dies mit anführt. Aber in diesem Jahr sind die Energiekosten über den Bereich Ökosteuer oder EEG überhaupt nicht gestiegen. Das wissen Sie auch. Die Stahlpreise sind so hoch, weil China eine große Nachfrage nach Stahl hat

(Creutzmann, FDP: Energie!)

Das hat doch mit unserer Ökosteuer und den Energiepreisen in Deutschland überhaupt nichts zu tun. Das hat etwas mit China und den Weltmärkten zu tun.

Ich frage mich nach und nach immer mehr, ob Sie die Realität noch erkennen, oder ob Sie vor einigen Jahren mit irgendeinem Bild in dieses Parlament eingezogen sind und seitdem keine Neuerungen mehr an Ihrem Bild vorgenommen haben, Herr Creutzmann. Es scheint so, als hätten Sie keine Neuerungen mehr vorgenommen, und es scheint auch so, als wären Sie dazu gar nicht mehr fähig.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Creutzmann das Wort.

(Zurufe aus dem Hause: Das geht nicht mehr!)

Abg. Creutzmann, FDP:

Ich habe vorhin in der normalen Redezeit geredet.

Herr Dr. Braun, die Beschimpfung der FDP-Fraktion und auch meiner Person nehmen wir entgegen. Aber dann auch noch unwahre Dinge zu behaupten, das nehmen wir nicht entgegen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was denn?)

Die Ökosteuer ist eine Konsumsteuer, und so soll sie wirken. Sie soll den Konsum verteuern. Soeben haben Sie selbst gesagt, die Preise sind nach oben gegangen, und deswegen fahren die Menschen nicht mehr so viel Auto. Die Ölpreise wurden über die Ökosteuer verteuert. Sie wollen eine Lenkungswirkung erzielen, aber sie ist zu einer reinen Konsumsteuer geworden. Sie können ebensogut die Mehrwertsteuer um 1 % oder 2 % erhöhen. Das hätte den gleichen Effekt. Diese Konsumsteuer nehmen Sie, um die Lohnnebenkosten zu senken. Das ist in Ordnung, aber erzählen Sie doch den Leuten nicht etwas, was nicht wahr ist.

Vielen Dank.

Präsident Grimm:

Zur Klarstellung: Der Redebeitrag von Herrn Creutzmann war vorhin der normale Redebeitrag in der Diskussion. Deswegen war Ihre Kurzintervention die Erwiderung zu Herrn Creutzmann.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich hatte keine! Er hatte eine zu meinem Redebeitrag!)

 Nein, er hatte seine Kurzintervention zurückgenommen, weil er sowieso das Wort hatte. Er war Fraktionsredner, und es war keine Kurzintervention.

Herr Minister Bauckhage redet jetzt.

(Zuruf von der CDU: Und beendet die Verwirrung!)

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau steht für Konstanz, Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit in schwierigen Zeiten. Sie alle kennen die aktuell immer noch schwieri-

ge wirtschaftliche Situation, unter der alle Bundesländer derzeit zu leiden haben. Über die Ursachen der schwachen Konjunktur kann man sicherlich lang und kontrovers streiten, aber das möchte ich mir heute ersparen.

Meine Damen und Herren, unstrittig ist aber, gerade in einer angespannten wirtschaftlichen Lage, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin ohne Zweifel herrscht, müssen wir in der Landeswirtschaftspolitik sozusagen unsere Hausaufgaben machen. Genauso, wie wir es in Rheinland-Pfalz in der Vergangenheit getan haben, werden wir unsere wirtschaftspolitischen Hausaufgaben auch weiterhin erledigen. Wir sorgen für Konstanz, Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit.

Konstanz, Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit sind in der Wirtschaftspolitik hohe Güter, da Wirtschaftspolitik immer auch etwas mit Psychologie zu tun hat, meine Damen und Herren. Deshalb steht der Einzelplan 08 auch in diesem Doppelhaushalt dafür ein. Wir investieren auch weiterhin auf hohem Niveau in die Infrastruktur. Wir investieren weiterhin in die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft. Wir investieren weiterhin in die berufliche Bildung und in eine wettbewerbsfähige und umweltschonende Landwirtschaft. Kurzum: Der Einzelplan 08 ist mit einer Investitionsquote von 35 % weiterhin der Zukunftsmotor für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen möchte ich zur Debatte von gestern noch einmal darauf hinweisen, dass Rheinland-Pfalz eine Investitionsquote von 11 % hat. Das lässt sich im Vergleich der Bundesländer mehr als gut sehen. Dort liegen wir im absoluten Spitzenfeld. Auch das muss einmal erwähnt werden; denn das ist ein wahrer Parameter für die Qualität eines Haushalts.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben mit dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau ein bundesweit einmaliges Instrument, mit dem wir wie in keinem anderen Bundesland Synergien nutzen und zukunftsfähige Strukturen aufbauen können. Zukunftsfähige Strukturen aufbauen bedeutet für ein Ministerium natürlich auch immer, seine eigenen Strukturen auf den Prüfstand zu stellen und immer wieder den neuen Herausforderungen anzupassen. Deshalb haben wir in diesem Jahr die Bereiche Technologie, Energie und Innovation zu einer eigenen Abteilung zusammengeführt. Dadurch wollen wir die Technologie- und Energiepolitik noch stärker miteinander vernetzen und gleichzeitig weiter aufwerten.

Denn diese Felder der Innovation, Technologie und Energie sind Felder, die zusammengehören und auf denen sich die Zukunftsfähigkeit unseres Landes aufbauen kann. Sie sind dafür entscheidend. Deshalb investieren wir hier ganz bewusst.

Investitionen in solche Zukunftsfelder versprechen als Rendite auch hohe innovative und zukunftsfähige Unternehmen und Arbeitsplätze und damit auch die Steuereinnahmen von morgen. In der Technologiepolitik setzen wir dazu weiter auf den bewährten Brückenschlag zwischen Wirtschaft und Wissenschaft – das ist der entscheidende Punkt –, indem wir unsere anwendungsorientierte Forschungsinfrastruktur, den Technologietransfer, innovative Unternehmensgründungen und die Forschung und Entwicklung gerade im Mittelstand gezielt unterstützen.

In der Energiepolitik setzen wir mit dem vorliegenden Doppelhaushalt darüber hinaus einen neuen Akzent. Bislang lag der Schwerpunkt unserer Förderung auf der Unterstützung der breiten Markteinführung erneuerbarer Energien. Meine Damen und Herren, dafür gibt es mittlerweile in ausreichender Zahl Förderangebote. Da müssen wir nicht noch zusätzlich draufsatteln.

(Beifall der FDP)

Deshalb wollen wir uns als Land Rheinland-Pfalz in der Energiepolitik auf die Bereiche konzentrieren, in denen unser Land besondere Wettbewerbsvorteile und besondere Stärken hat, weil wir besondere regionale Ressourcen haben. Das sind vor allen Dingen die Biomasse und die Geothermie. Ich möchte jetzt nicht die Energiedebatte noch mehr lange verzögern, über die Herr Creutzmann und Herr Dr. Braun eben eine kräftige Auseinandersetzung geführt haben.

Herr Dr. Braun, ich bin nicht derjenige, der nur auf konventionelle Energien setzt, damit das klar ist. Wir wollen einen Mix. Aber eines muss man dann bitte zur Kenntnis nehmen. Es ist so schön subtil zu sagen, das sind keine steuerlichen Subventionen. Natürlich wird durch das EEG eine bestimmte Energieerzeugung subventioniert. Das ist gar keine Frage. Sie wird vom Gebührenzahler subventioniert.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Herr Kollege Billen ist jetzt nicht anwesend. Natürlich ist es richtig, dass das bei der Biomasse nicht anders ist. Sonst wären diese Energien nicht wettbewerbsfähig. Es würde kein Mensch in diese Energie ohne dieses EEG hineininvestieren. Ich lasse die Ökosteuer jetzt einmal ganz außen vor. Man muss das zur Kenntnis nehmen.

Gestatten Sie mir zu sagen, deshalb sind diese Ausdrücke, es sei keine steuerliche Subvention, so subtil. Wissen Sie, man muss zugeben, die Energie wird derzeit vom Gebührenzahler, das heißt vom Verbraucher, subventioniert. Das ist so.

Wir haben jetzt ein Problem, das ich schildern möchte. Wir werden in den nächsten Jahren einen erheblichen Erneuerungsbedarf im Kraftwerksbereich haben. Es wird geschätzt, dass es um die 20 bis 25 Milliarden Euro sein werden. Man kann sich vorstellen, was das in der Energiepolitik bedeutet. Sie können jetzt degressiv oder progressiv abschreiben. Das gibt noch einmal einen Sprung bei den Energiepreisen. Das ist ohne Frage so.

Ich nehme jetzt einmal die Netzerneuerungsinvestitionen ganz heraus, die auch noch einmal einen großen Betrag darstellen werden. Man wird sich dann aber überlegen müssen, ob alle Schritte richtig waren, die man getan hat. Ich sage das in aller Nüchternheit und aller Klarheit.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Man kann sich vorstellen, was das bedeutet. Ich bin der Letzte, der sagt, man schiebt jetzt alle möglichen Unternehmensentscheidungen unter Umständen in den Tarifbereich hinein. Dann müssen die Tarifpartner übrigens immer das Problem selbst klären. Man schiebt alle Probleme der Unternehmensentscheidungen auf die Energie- und Stahlpreispolitik. Eines ist aber klar. Man hat bei Opel sehr deutlich gespürt, es gibt einen Riesenpreisunterschied zwischen Schweden und Deutschland bei der Energiepolitik. Das ist für die Unternehmensentscheidung wichtig, das ist gar keine Frage. Sonst wäre mein Kollege Wolfgang Clement nicht auf die glanzvolle ldee gekommen, die er auch verfolgt hat, zu sagen, wir müssen schauen, wie wir den Wettbewerbsnachteil im Energiebereich durch andere Maßnahmen ausgleichen. Das war für Wolfgang Clement der Hintergrund. Das muss man nur sachlich zur Kenntnis nehmen. Man muss schauen, ob man nicht wirklich durch eine Energiepolitik dieser Art dem Standort schadet, sonst nichts. So nüchtern muss man dassehen.

(Beifall der FDP)

Deshalb muss ich sagen, wir setzen nach wie vor auf die Geothermie, weil wir in diesem Bereich ganz spezielle rheinland-pfälzische Vorteile haben und weil die Geothermie einen Riesenvorteil hat, da sie warmes Wasser und Energie erzeugt. Das ist ein Riesenvorteil gegenüber allen anderen Maßnahmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Dr. Braun, ich weiß natürlich, dass auch beispielsweise Fotovoltaikanlagen bei uns im Rahmen der Landwirtschaftsförderung nach wie vor gefördert worden sind. Man muss auch da aufpassen, was man macht. Jedem ist bekanntlich das Hemd näher als die Hose, um einmal den saloppen Ausdruck zu nehmen. Das gilt auch für Leute, die in solche Anlagen investieren und diese installieren.

Meine Damen und Herren, wir werden in den nächsten Jahren eine ganze Reihe von Demonstrationsprojekten fördern, so, wie wir es beispielsweise mit den geothermischen Erkundungsbohrungen im Oberrheingraben bereits getan haben.

Insgesamt umfassen die Haushaltsansätze für die Technologie- und Innovationsförderung über 54 Millionen Euro in den beiden nächsten Jahren. Davon stammen rund 40 Millionen Euro aus Landesmitteln. Meine Damen und Herren, das alles sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Flankiert wird diese Investition durch unser zusätzliches 40 Millionen Euro starkes Darlehensprogramm "Energie und Technologie" der ISB, mit dem unsere Unternehmen zinsgünstige Kredite aufnehmen können und damit auch die Innovationsfähigkeit der Unternehmen stärken und

die Innovationen der Unternehmen entsprechend flankieren. Ich denke, das ist eine sehr intelligente und geschickte Art, wie man Innovation in diesem Land fördert.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Fördermöglichkeiten im Bereich der Technologie und Energie zielgerichtet ergänzt. Deshalb ist es nicht übertrieben, wenn ich hier und heute sage, Rheinland-Pfalz ist in Sachen Innovation, Technologie und Energie gut aufgestellt.

(Beifall bei FDP und SPD)

Gut aufgestellt ist unser Land auch bei der allgemeinen Wirtschaftsförderung, was gerade vor kurzem von unabhängiger Seite noch einmal eindrucksvoll bestätigt worden ist. Lassen Sie mich wiederholen, wie Sie alle wissen, liegt Rheinland-Pfalz mit seiner Wirtschaftsförderung beim Mittelstandsbarometer von Ernst & Young bei allen Bundesländern an erster Stelle.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich möchte jetzt nicht die "Wirtschaftswoche" und andere Institute strapazieren, ich möchte nur noch einmal sagen, auch beim Wachstum liegen wir immer im vorderen Bereich. 2002 hatten wir ein wesentlich höheres Wachstum als alle anderen Bundesländer, weil wir so stark mittelständisch strukturiert sind. Das ist der Hintergrund der Sache. Ich denke, deshalb kann sich die Wirtschaftspolitik in unserem Land sehen lassen. Deshalb müssen wir nicht eigene Argumente finden. Wir können genügend Argumente von Dritten finden, die dies sehr kompetent getan haben. Sie haben uns ein glänzendes Zeugnis ausgestellt.

Meine Damen und Herren, das Ergebnis ist deshalb so herausragend, weil für diese Studie die eigentlichen Adressaten jeder Wirtschaftsförderung, die mittelständischen Unternehmen, gefragt wurden. Deshalb hat das eine besondere Qualität. Es sind nicht Kriterien entwickelt worden, die unter Umständen eine Geschäftsgrundlage darstellen, um ein Ergebnis vorauszuwissen, sondern hier sind die mittelständischen Unternehmen in uns erem Bundesland gefragt worden.

Meine Damen und Herren, wenn uns der Mittelstand das bundesweit beste Zeugnis ausstellt, dann zeigt das nur sehr deutlich, unser Politikansatz ist der richtige.

(Beifall bei FDP und SPD)

Wir geben die richtigen Antworten auf die Fragen der Zeit: Mittelstandsfreundlichkeit, Förderung aus einer Hand und aus einem Guss. – All das zeichnet die Wirtschaftsförderung in Rheinland-Pfalz aus. All das wird die Wirtschaftsförderung von Rheinland-Pfalz auch weiterhin auszeichnen.

Insgesamt sind im Übrigen für die Wirtschaftsförderung für das kommende Jahr 67 Millionen Euro, für 2006 knapp 71 Millionen Euro vorgesehen.

Nun kommt der entscheidende Punkt. Meine Damen und Herren, 80 % davon sind Investitionsförderung.

Jeder Euro, den wir ausgeben, ist sinnvoll angelegt. Die eine Hälfte unserer Investitionsförderung fließt gezielt in die wirtschaftsnahe Infrastruktur, indem wir Industrieund Gewerbeflächen erschließen.

Dazu möchte ich etwas sagen. Ich sage es an Herrn Dr. Gölter und Herrn Dr. Braun gerichtet. Wenn man sagt, dass man Strukturen verändert, bin ich dabei. Man muss Ross und Reiter nennen. Strukturveränderung nach der Devise "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass" geht nicht. Verändern Sie einmal die Strukturen, dann können wir über das Land laufen und alles kritisieren. Das machen wir nicht.

Jetzt kommt der entscheidende Punkt. Herr Dr. Gölter, da liegen wir bei den Gewerbegebieten nicht weit auseinander. Zunächst einmal haben wir einen verfassten Staat. Wir haben eine spannende Diskussion über den Föderalismus. Wir haben eine spannende Verfassungsdiskussion. Wir haben eine kommunale Selbstverwaltung. Es ist sehr schwer, in der kommunalen Selbstverwaltung darauf zu drängen, es anders zu machen und gemeinsame Gewerbegebiete vorzusehen. In den Stadtund Gemeinderäten gibt es ganz andere Diskussionen als hier im Landtag. Teilweise erlebt man die gleichen Leute, die hier sitzen. Sie sitzen in den Stadt- und Gemeinderäten und sagen etwas ganz anderes. Das sage ich, damit man Klarheit hat; denn so einfach ist das Spiel nicht.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Ich bin nah bei Ihnen, da kann man viel machen. Ein Grund für das große Interesse ist die Gewerbesteuer. Das ist eine originäre kommunale Einnahme. Jede Kommune, Stadt und Gemeinde hat natürlich gern diese originäre kommunale Einnahme; da kann man nichts dagegen haben. Ich komme zum eigentlichen Punkt. Bei der Strukturveränderung sind wir nah beieinander. Bei vielen Dingen der Strukturveränderung, die die Landesregierung gemacht hat, sind wir nicht immer beglückwünscht worden. Das habe ich gestern in der Debatte gespürt. Das sind echte Strukturveränderungen, die das Land wesentlich nach vorn bringen. LSV, LBB oder die neue Gesellschaft sind zu nennen. Das ist hochintelligent gemacht, um Ressourcen frei zu machen und handlungsfähig zu bleiben.

Wir fördern Gewerbegebiete erst bei 50 % Belegung, das heißt, wenn 50 % belegt sind. Man kann sehen, es ist nicht eine Förderung mit der Gießkanne, sondern die Förderung macht Sinn.

Das Nächste ist nicht von mir festgestellt. Ich habe es bewusst von einem Dritten evaluieren lassen. Alle Cewerbegebiete sind über 70 % belegt. Es gibt natürlich immer Bereiche, die nicht belegt sind. Das kann ich leider nicht abschalten. Unsere Förderung setzt erst dann ein, wenn die Stadt, die Gemeinde oder die Verbandsgemeinde nachweisen kann, dass die Belegung 50 % beträgt. Ich glaube, das ist ein richtiger Ansatz. Anders ist es auch nicht handelbar; denn handelbar muss es sein.

Allein für 2005 und 2006 erwarten wir als Folge der Fördermittel, die wir unseren Unternehmen zur Verfü-

gung stellen, ein privates Investitionsvolumen von sage und schreibe jährlich 200 Millionen Euro. Damit entstehen jährlich 900 neue Arbeitsplätze. Das sage ich als Erfahrungswert. Es werden Arbeitsplätze in einer Größenordnung von mehreren tausend gesichert.

Es ist derzeit die spannende Frage, wie wir den Æbeitsmarkt beleben. Was können wir dazu beitragen, dass der Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz günstig ist? Ich sage das bewusst in Anführungszeichen. Ich weiß, 7,6 % ist mir viel zu viel. Sachlich muss man anerkennen, dass wir mit diesem Wert im Ranking an dritter Stelle liegen. Man kann lange streiten. Gestern hat mein Kollege Dr. Rosenbauer vorgerechnet, wie viele Erwerbstätigenplätze wir haben. Das ist nicht die entscheidende Frage. Die entscheidende Frage ist, wie hoch die Arbeitslosigkeit ist. Das ist der entscheidende Parameter

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Wir wissen, dass wir im Rhein-Main-Raum leben. Wir wissen, dass wir im Rhein-Neckar-Raum leben. Wir wissen, dass beide Seiten davon partizipieren. Das ist keine Frage. Wir sind nicht diejenigen, die das nicht anerkennen und nicht wissen, wo die wirtschaftlichen Schwerpunkte sind. Ich sage, dafür brauchen wir am Anfang eine gute Verkehrsinfrastruktur, damit wir uns richtig verstehen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Allein im Jahr 2003 haben wir beispielsweise mit unserer Wirtschaftsförderung einschließlich der ISB-Programme fast 8.000 Arbeitsplätze sichern können. Damit ist die Wirtschaftsförderung eine Investition in die Zukunft unseres Landes und eine richtige Politik der Landesregierung. Wer aus ideologischen Gründen oder unter dem Deckmäntelchen der vermeintlichen Konzentration die Axt anlegt, muss sich darüber im Klaren sein, dass er unser Bundesland schädigt.

(Beifall der FDP)

Ich füge hinzu, mit dieser Landesregierung ist das nicht zu machen.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Wir führen unsere Wirtschaftsförderung auf hohem Nveau fort. Das geschieht zielgerichtet und effizient. Das sind die entscheidenden Punkte.

Auch und gerade die Konversion in Rheinland-Pfalz steht für eine zielgerichtete und effiziente Wirtschaftsförderung. Unsere fünf wichtigsten Projekte, der Industriepark Region Trier, der PRE-Park Kaiserslautern, die Flughäfen Zweibrücken und Bitburg und natürlich der Flughafen Frankfurt-Hahn sind für ihre Region und für ganz Rheinland-Pfalz absolute Aktivposten. Bei der Konversionspolitik muss man überlegen, wo wir hergekommen sind. Das schließt die geschickte Konversionspolitik der gesamten Landesregierung mit ein. Herr Kollege Zuber und Herr Kollege Bruch haben eine ganze Menge mitgewirkt. Das ist nicht nur Wirtschaftspolitik. Die Konversionspolitik ist hoch erfolgreich. Kein Bun-

desland war so von der Konversion gebeutelt wie Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei FDP und SPD)

Wir bauen zukünftige Strukturen auf. Schon jetzt sind bei unseren wichtigsten Konversionsprojekten insgesamt erheblich mehr Arbeitsplätze entstanden, als die Stationierungsstreitkräfte jemals an deutschen Zivilbeschäftigten hatten. Wir werden deshalb hier weiter investieren, indem wir beispielsweise die Infrastruktur auf und zum Flughafen Frankfurt-Hahn gezielt weiter verbessern. Der Doppelhaushalt 2005/2006 gibt uns dazu die entsprechenden Möglichkeiten und bietet dazu die Geschäftsgrundlage.

Zukunftsfähige und tragfähige Strukturen aufbauen ist auch das Credo unserer Tourismuspolitik. Wir investieren ganz bewusst in die Tourismusinfrastruktur, weil wir wissen, der Tourismus besitzt gerade für unsere ländlichen Regionen ein enormes Potenzial. Im Hinblick auf die Fußballweltmeisterschaft haben wir zudem zusammen mit der rheinland-pfälzischen Tourismuswirtschaft eine Qualitäts- und Organisationsoffensive gestartet, damit sich unser Land 2006 von seiner besten Seite zeigen kann und damit dies für die Tourismuswirtschaft ein dauerhafter WM-Boom bleiben wird.

Ein weiterer Schwerpunkt der Politik unseres Hauses wird in den kommenden Jahren die berufliche Bildung sein. Mir geht es darum, unser duales Ausbildungssystem, das für mich immer noch zu einer der herausragendsten Erfolgsgeschichten und Errungenschaften unserer sozialen Marktwirtschaft zählt, zu bewahren und wenn nötig, behutsam weiterzuentwickeln. Wir müssen weiterhin in die Köpfe und Karrieren junger Menschen investieren, allein schon, um dem sich in einigen Jahren abzeichnenden Fachkräftemangel vorbeugen zu können. Deshalb unterstützen wir beispielsweise die Lehrstellenakquisiteure, mit denen wir jährlich bis zu 2.000 zusätzliche Ausbildungsplätze gewonnen haben. Aber auch unser Darlehensförderprogramm, das wir zusammen mit der Investitions- und Strukturbank aufgelegt haben, sorgt für neue Lehrstellen. Von Frühjahr bis heute haben wir schon über 300 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen.

Jeweils 1,75 Millionen Euro fließen darüber hinaus in den Ausbau und die Modernisierung der beruflichen Kompetenzzentren, insbesondere im Handwerk. Damit ist gerade für kleinere und mittlere Betriebe die Ausbildung und die Teilhabe am technischen Fortschritt gesichert. Ich füge hinzu, dass man Kritik und die Frage hört, warum man das macht. Das geschieht aus tiefer Überzeugung. Man muss wissen, die Halbwertszeiten des Gelernten werden immer geringer. Es entsteht bzw. besteht ein ständiger Qualifizierungsbedarf. Niemand ist so gut in der Lage, diesen Qualifizierungsbedarf zu erbringen als die Wirtschaft für die Wirtschaft. Deshalb ist es richtig, dass wir die entsprechende Infrastruktur schaffen.

Meine Damen und Herren, schließlich sind für die kommenden beiden Jahre 3,7 Millionen Euro für den Landesanteil am Meister-BAföG eingeplant. Wir stehen damit zum Erfolgsmodell Handwerksmeister und zu unserem Handwerk. Das haben wir nicht nur bei der Handwerksrechtsnovelle gezeigt. Das zeigen wir auch finanziell.

Meine Damen und Herren, bevor ich zum Verkehrsbereich komme, sage ich noch einige Sätze zu einem Thema, das leider immer wieder als ideologische Spielwiese missbraucht wird. Ich spreche vom Verbraucherschutz. Allen, auch grünen, Unkenrufen zum Trotz ist der Verbraucherschutz in Rheinland-Pfalz effizient organisiert. Wir haben in der Landesregierung eine effiziente Arbeitsteilung und klar geregelte Zuständigkeiten. Die Verbraucherunterrichtung und -information haben für uns höchste Priorität.

Es kommt uns nicht darauf an, ob irgendein Ministerium den Titel "Verbraucherschutz" im Namen trägt. So etwas ist vielleicht für irgendwelche dubiosen Vergleichsstudien entscheidend, aber nicht für die Sache, für den Verbraucherschutz.

(Beifall der FDP)

Entscheidend ist vielmehr, wir in Rheinland-Pfalz kürzen nicht wie andere Bundesländer die Mittel für unsere Verbraucherzentrale. Andere Bundesländer haben zwar formal ein Verbraucherschutzministerium, tun aber immer weniger für den Verbraucherschutz. Nicht so in Rheinland-Pfalz, wir fördern die Verbraucherzentrale weiterhin im selben Umfang.

Meine Damen und Herren, das ist ein Bekenntnis zu einer verbraucherorientierten Politik, wie man es sich nicht eindeutiger und klarer wünschen kann.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Ich komme nun zum Verkehrsetat. Der Verkehrsetat steht auch weiterhin konstant und zuverlässig für mehr und sichere Mobilität.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sichere?)

Meine Damen und Herren, Frau Kiltz, wir fahren zudem auch weiterhin ganz bewusst mehrgleisig. Sowohl der Straßenbau als auch der ÖPNV und SPNV werden auf hohem Niveau fortgesetzt. Im Straßenbau haben wir beispielsweise die Haushaltsansätze für die Förderung des kommunalen Straßenbaus gegenüber 2004 um rund 5 % auf 67 Millionen Euro erhöht.

Meine Damen und Herren, da stört es mich nicht, wenn Herr Wirz von der Änderung der Bagatellgrenzen spricht und dann so tut, als ob damit die Kommunen zusammenbrechen würden. Da sind übrigens die übelsten Sachen passiert.

(Wirz, CDU: Sie verkennen die Situation total, Herr Minister!)

 In Gegensatz zu Ihnen kenne ich sie ganz genau und darf im Gegensatz zu Ihnen sagen, dass noch nichts entschieden ist. Herr Wirz, Sie haben viel zu früh gepfiffen. Es ist überhaupt noch nichts entschieden, damit wir Klarheit haben.

(Beifall bei der FDP – Wirz, CDU: Nein, ich habe immer von der Absicht gesprochen!)

Es muss doch erlaubt sein, auch in Zeiten knapper Kassen über alles Mögliche nachzudenken. Es muss auch erlaubt sein, aufgrund einer Verwaltungseffizienz das auf den Prüfstand zu stellen. Meine Damen und Herren, wir reden über Bagatellgrenzen.

(Beifall bei der FDP)

Dann so zu tun, als ob eine Bagatellgrenze für Landkreise von 15.000 Euro im Gespräch wäre, das ist schlicht falsch. Das ist auch ein Stück bewusste Irreführung der Menschen in diesem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD – Billen, CDU: Das ist doch nicht wahr!)

Es bleibt also dabei, Sie können ohne Sorge sein. Herr Wirz, auch wenn Sie jetzt eine Intervention machen, werde ich danach nicht mehr darauf antworten, weil noch nichts entschieden ist.

(Zurufe von der CDU)

In der nächsten Woche hat mein Staatssekretär Günter Eymael Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden. Danach wird entschieden, und nicht früher.

Meine Damen und Herren, Gleiches, also eine Erhöhung der Mittel, gilt für den Landesstraßenbau. In den nächsten beiden Jahren werden jeweils über 100 Millionen Euro in unsere Initiative "Mobilität" fließen und damit über 100 Millionen Euro für die Zukunftsfähigkeit uns eres Landes angelegt. Die Ansätze für die Investitionen im Landesstraßenbau steigen von 85 Millionen Euro im Jahr 2004 auf über 90 Millionen Euro in jedem der nächsten beiden Jahre. Für Grunderwerb und Planung sind weitere 24 Millionen Euro vorgesehen. 130 Um- und Ausbauprojekte können so zu Ende geführt werden. 250 neue Projekte werden ausgeschrieben und begonnen.

Meine Damen und Herren, dieses Bauprogramm ist Ausdruck unserer Politik für mehr und sichere Mobilität.

Gestatten Sie mir noch ein Wort gerade im Zusammenhang mit den Einwürfen von Ihnen, Herr Wirz, als Sie fragten, wie es mit der Bahnstrecke Trier – Luxemburg und dem vierspurigen Ausbau der B 10 stehe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss erstens festhalten dürfen, dass es diese Landesregierung hinbekommen hat, dass dies im Bundesverkehrswegeplan als vordringlicher Bedarf platziert wurde, nämlich die Strecke Trier – Luxemburg. Das halte ich einmal fest. Das war früher nicht so.

Zweitens gibt es eine klare Äußerung vom Ministerpräsidenten dieses Landes und von mir zum vierspurigen

Ausbau der B 10. Eins gibt es allerdings auch. Sie wissen, das Mediationsverfahren läuft. Wir nehmen die Abwägung zwischen Naturnutzung und Naturschutz ernst. Das muss vernünftig abgewogen werden, weil man auch eine entsprechende Akzeptanz braucht. Wenn man zum Bauen kommen will, muss man möglichst dafür sorgen, vorher die Akzeptanz zu erreichen. Ich sage Ihnen eins, man muss natürlich nicht bei jedem Projekt eine Mediation machen, aber bei diesem Projekt war sie richtig und klug, die Abwägung zwischen Naturnutzung und Naturschutz in der Form vorzunehmen, auch mit den Betroffenen und Beteiligten zu sprechen; denn man muss wissen, wir haben ein Planungsrecht, wo es viele Möglichkeiten gibt, über das Planungsrecht das eine oder andere lang zu verzögern oder auszuhebeln. Da lässt die A1/B 50 - Hochmoselübergang grüßen.

Meine Damen und Herren, ich sage auch ganz klar, wer bei jeder Haushaltsdebatte die alte Leier anstimmt, wer den Straßenbau in Rheinland-Pfalz aus ideologischen Gründen immer wieder beschneiden will, der zerstört die wichtigsten Lebensadern unseres Landes.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Der sorgt zuverlässig für den Verkehrsinfarkt und hängt unsere ländlichen Räume von der weiteren Wirtschaftsentwicklung ab. Das ist der entscheidende Punkt. Gerade ein ländlich strukturiertes Land wie Rheinland-Pfalz braucht überregionale gute Verkehrsverbindungen. Dann braucht man auch noch Straßenneubau, nicht um jeden Preis. Das ist gar keine Frage. Sie müssen den Menschen in der Westpfalz klar machen, wie sich die Westpfalz entwickeln soll ohne eine gute Verkehrsverbindung.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Ich füge hinzu, ich erachte es als eine große Leistung, die diese Landesregierung bei der Frage der Bienwaldautobahn erbracht hat. Sie kennen die Hagenbach-Variante. Da waren der Ministerpräsident und ich eigens dabei und haben dies vorgestellt und haben damit eine ganze Menge Emotionen aus der Debatte genommen, weil deutlich spürbar war, dass sowohl die eine Seite der Naturschützer als auch die andere Seite derjenigen, die die Infrastruktur verbessert haben wollen und die auch wollen, dass wir eine vernünftige Verkehrsverbindung nach Frankreich bekommen, berücksichtigt werden. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt haben wir die Hagenbach-Variante auf den Plan gebracht. Ich bin auch offen, über X- und Y-Lösungen zu diskutieren, die vorgeschlagen werden. Es wird geprüft. Wenn das besser ist, dann ist das in Ordnung. Wenn es nicht besser ist, bleiben wir auf unserem Standpunkt stehen. Wir prüfen auch die X- und Y Variante. Das ist gar keine Frage. Das wird derzeit von dem Landrat sehr stark favorisiert. Ich habe das dieser Tage in der Zeitung gelesen. Also wird es geprüft.

Ich sage doch nicht, nur das eine ist der richtige Weg. Wir werden alle Wege prüfen und dann abwägen. Dann muss entschieden werden, wie geplant wird und, dann muss auch entschieden werden, dass gebaut wird. Das ist gar keine Frage. Gegenüber den Nachbarn muss man sich schon fast schämen, dass wir noch nicht so weit sind, wie wir eigentlich sein müssen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wer also diese Verkehrsader nicht will, der sorgt zuverlässig für den Verkehrsinfarkt. Übrigens werden wir auch einen guten und zuverlässigen ÖPNV in Rheinland-Pfalz weiterhin haben. Auch ein guter zuverlässiger ÖPNV braucht sichere Straßen. Das ist gar keine Frage.

(Beifall bei der FDP)

Darüber hinaus braucht der ÖPNV natürlich auch die gezielte Unterstützung durch das Land. Bei uns in Rheinland-Pfalz kommt gerade eine solche gezielte Unterstützung zustande. In den öffentlichen Personennahverkehr auf Schiene und Straße fließen in den nächsten beiden Jahren jeweils knapp 400 Millionen Euro. Insgesamt sind dies 800 Millionen Euro.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bundesmittel!)

Das sind 1,6 Milliarden DM, nur damit wir Klarheit haben. Ich sage noch einmal, wir sind das einzige Bundesland, das die Regionalisierungsmittel genau gesetzesgetreu gezielt nur für SPNV und ÖPNV eingesetzt hat

Meine Damen und Herren, durch diese Investitionen sichern wir unser Erfolgsmodell Rheinland-Pfalz-Takt. Damit investieren wir in die Schieneninfrastruktur, und wir investieren in moderne und leistungsfähige Bahnstationen und Bushaltestellen. Dieses Investitionsförderprogramm führen wir auf hohem Niveau fort. Eine besondere Rolle dabei spielt auch der Ausbau der erfolgreichen S-Bahn Rhein-Neckar in der Westpfalz. Sie sehen, Rheinland-Pfalz wird weiter für Mobilität sorgen auf der Straße und auf der Schiene. Wenn ich mir die weiterhin sehr erfreuliche und extrem dynamische Entwicklung des Passagier- und Frachtaufkommens am Flughafen Hahn anschaue, muss ich sagen, dass das selbstverständlich auch in der Luft der Fall ist.

Ich sage das deshalb, weil der Flughafen Hahn eine Erfolgsgeschichte an sich ist. Es wird hier auch sehr oft über die Anbindung und die Verbindung zum Flughafen diskutiert. Sie wissen, dass wir bei der B 50 unter Hochdruck arbeiten.

Meine Damen und Herren, Sie können sich auch darauf verlassen, wir werden eine Bahnverbindung hinbekommen. Das ist kein leichtes Unternehmen. Ich sage nur all denen, die da meinen, das wäre so einfach, normalerweise muss man auch den Bundesverkehrsminister ins Boot holen. Deshalb muss man auch verhandeln.

Ich füge noch an, alle, die das so mit links abtun, hinzu, man muss sehen, am Hahn werden jetzt fast 3 Millionen

Passagiere transportiert. Rheinland-Pfalz hat 4 Millionen Einwohner. Dort werden auf einem Flughafen 3 Millionen Passagiere transportiert. Es ist eine Binsenweisheit, bei ca. 5 Millionen ist jede Straßenkapazität am Ende.

Deshalb werden wir die Verhandlungen führen und hnen zu gegebener Zeit ein Konzept vorlegen. Das ist doch gar keine Frage. Man muss nur wissen, wer meint, er könnte das eine gegen das andere ausspielen, täuscht sich.

Herr Dr. Braun und Frau Kiltz, wenn man von Effizienz, Kosten und Leistung und Kosten und Nutzen redet – das tue ich jetzt nicht –, dann muss man wissen, welche SPNV-Strecke welchen Auslastungsgrad hat. Das ist gar keine Frage.

Wir machen ganz bewusst eine angebotsorientierte Verkehrspolitik. Man muss auch sehen, welche Strecke sich wie rechnet. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Ich sage das nur einmal. Wenn man jetzt problematisiert, das eine Ding rechnet sich nicht, dann sage ich Ihnen noch einmal: 3 Millionen Passagiere und 4 Millionen Einwohner.

Meine Damen und Herren, wir setzen wie in den Vorjahren den Schwerpunkt für die Unterstützung in diese Verkehrspolitik. Ich glaube, es ist die richtige Verkehrspolitik. Im Übrigen sage ich noch einmal, und darauf bin ich ganz stolz, es hat auch etwas mit Kreativität und damit zu tun, wie man Landesverwaltung und die Investitionen insgesamt organisiert.

Wir in Rheinland-Pfalz sind beim Landesstraßenbau das einzige Bundesland, das zugelegt und den Landesetat nicht zurückgefahren hat. Das muss man einmal sagen dürfen. Ich glaube, von daher gesehen ist diese Geschäftsgrundlage eine gute Geschäftsgrundlage für eine gute Verkehrspolitik. Da haben wir mehr als unsere Hausaufgaben gemacht.

(Beifall der FDP)

Diesen Kurs werden wir fortsetzen.

Herr Dr. Gölter, wenn wir Strukturen verändern müssen, dann reden wir darüber. Dann müssen wir auch über die Kommunalverfassung reden. Da müssen wir über vieles reden. Dann kann man auch Strukturen mit mir verändern. Da muss über vieles gesprochen werden. Nur, dieser Haushalt im Bereich Verkehr und Wirtschaft gibt die richtigen Antworten auf die Fragen der Zeit.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Präsident Grimm:

Für eine Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Wirz das Wort.

Abg. Wirz, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, ich habe den Eindruck, dass Ihnen die öffentliche Diskussion der von Ihnen in die Welt gesetzten beabsichtigten Änderungen der Bewilligungen bei kommunalen Straßen eher unangenehm ist. Aber nicht wir haben diese Dinge in die Welt gesetzt, sondern Sie.

Nicht umsonst hat der Landkreistag mit zwei Rundschreiben auf das Schreiben Ihres Ministeriums vom 10. September dieses Jahres entsprechend reagiert, und die Sorge in den Kommunen ist groß, dass Sie das, was Sie dort mit Zahlen, Ihren Zahlen, angekündigt haben, auch so umsetzen wollen.

Sie dürfen sich auch nicht darüber beschweren, wenn wir das zum Anlass nehmen, um das im Parlament, wo es auch hingehört, zu besprechen. Wenn Ihnen daran gelegen ist, Klarheit in die Sache zu bringen, dann geben Sie eine eindeutige Erklärung dazu ab und nicht ständig so ein Wischiwaschi, wie Sie es machen. Sie beschimpfen uns, dass wir dies aufgreifen, und selbst sind Sie nicht in der Lage, für Klarheit zu sorgen.

Herr Minister, das ist keine Art.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Herr Minister, zur Erwiderung.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Eigentlich hatte ich mir vorgenommen, nicht darauf zu antworten. Aber jetzt muss ich es doch tun.

Herr Kollege Wirz, ich halte es für fair und richtig, dass, wenn man Veränderungen vornehmen will, den betroffen kommunalen Spitzenverbänden sagt, worüber man reden will.

(Wirz, CDU: Dagegen habe ich mich auch nicht gewandt!)

Ich halte es auch für fair und richtig, dass man diesen Zielmarken vorgibt. Dann diskutiert man darüber. Nur, es ist doch die Frage, wer da in der Öffentlichkeit mitspielt. Das ist doch die Frage. In der Öffentlichkeit haben Sie, Herr Jullien und andere gespielt. Das ist doch völlig klar. Ich bin doch nicht derjenige, der keinen Pressespiegel liest

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

 Herr Dr. Gölter, nein, es ist nicht verboten. Es ist doch in Ordnung.

Nur dann den Eindruck zu erwecken, dass diese Zahlen schon sakrosankt seien, ist nicht in Ordnung, weil sie noch nicht abgestimmt sind.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Billen das Wort zu einer Kurzintervention.

Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, wundern Sie sich doch nicht über die Betroffenheit der kommunalen Mandatsträger, wenn Sie solche Zahlen in die Welt setzen. Wenn Sie von der Geringfügigkeitsklausel von 12.500 Euro – –

(Staatsminister Bauckhage: 15.000!)

-25.000 Mark.

(Staatsminister Bauckhage: 15.000!)

- Okay.

Wenn Sie von 15.000 Euro auf 150.000 Euro gehen wollen ---

(Staatsminister Bauckhage: Nee, von 12.500 auf 15.000!)

– Herr Minister, das ist nicht die Wahrheit. Die Wahrheit, die auf dem Tisch liegt, ist, dass die Klausel bei 150.000 Euro liegen soll. Sie sind doch selbst in kommunalen Parlamenten. Ich komme aus einem Kreis, wo sich die meisten Kreisstraßen bewegen.

(Ministerpräsident Beck: Die bewegen sich selten!)

Was bauen Sie denn noch? Sie bauen doch nur noch da, wo Sie es gefördert bekommen. Das andere können Sie nicht mehr machen, weil Sie sich die Eigenmittel, die sowieso nicht vorhanden sind, dann ganz "wegputzen". Insofern ist es nicht mehr als recht und billig, dass jeder Kommunalparlamentarier sich wehrt, so lange er kann, und sagt, Leute, wir können über eine Anhebung der Bagatellgrenze reden, aber doch bitte nicht um das Zehnfache, nicht auf einen Wert, wo wir nicht mehr mithalten können.

Aber Sie haben die Zahl in die Welt gesetzt. Ich wäre Ihnen äußerst dankbar, wenn Sie heute diese Zahl vom Tisch holen und sagen würden, wir wollten einmal darüber reden und es auch erhöhen, aber bei weitem nicht in diesem Maß, weil Sie damit vor Ort die Handlungsfähigkeit im Straßenbau komplett einschränken, bis hin zum Kaputtmachen einschränken.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Zur Erwiderung hat Herr Staatsminister Bauckhage das Wort.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Kollege Billen, ich werde heute nicht das letzte Wort sagen, weil ich anstandshalber und mit Stil erst mit den kommunalen Spitzenverbänden reden will. Das ist doch völlig klar. Ich greife doch einer Verhandlung mit den kommunalen Spitzenverbänden hier nicht vor. Da bin ich doch niemals mehr ein seriöser Verhandlungspartner für die Verbände. Das muss doch klar sein. Das würde ich auch mit Ihnen machen. Ich verweigere Ihnen eine Auskunft oder rede nicht mit Ihnen darüber, aber mit anderen. Das Parlament spielt die erste Rolle. In dem Fall sind die kommunalen Spitzenverbände die Betroffenen.

Jetzt muss mir einmal jemand sagen, wenn man den Ansatz erhöht, dass dabei insgesamt der kommunale Straßenbau leiden wird. Das kann ich nicht ganz verstehen. Da ist bei mir ein Bruch in der Logik. Der Ansatz wird erhöht, und gleichzeitig leidet der kommunale Straßenbau: Das kann ich nicht ganz verstehen.

Mein lieber Michael Billen, ich bitte, zwischen einerseits den Ortsgemeinden – 12.000, 15.000 – und andererseits den Landkreisen zu differenzieren. Man muss also differenzieren. Das werden wir jetzt auch tun. Wir werden in Ruhe mit den kommunalen Spitzenverbänden verhandeln. Ich bin sicher, wir werden ein einvernehmliches Ergebnis erzielen.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich begrüße Gäste im Landtag, und zwar Schülerinnen und Schüler der Klassen 9 a und 9b der Dualen Oberschule Neuwied. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Wir kommen nun zu den Bereichen Landwirtschaft und Weinbau.

Herr Abgeordneter Billen hat das Wort.

Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde viel über den gesamten Haushalt diskutiert, und auch beim Landwirtschaftshaushalt gilt, was für den Gesamthaushalt gilt, kaum eine Veränderung: Einzelbetriebliche Förderung ca. 33 Millionen Euro, 20 % Landesmittel; Flurbereinigung 14 Millionen Euro, 20 % Landesmittel; Ausgleichszulage 17 Millionen Euro, 20 % Landesmittel.

Herr Minister, ich sage Ihnen ganz offen, das sind die drei Schwerpunkte, die auch sein müssen. Wir brauchen eine Bodenordnung, um eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft zu behalten. Wir brauchen die einzelbetriebliche Förderung, um wettbewerbsfähige Strukturen auf-

zubauen. Wir brauchen die Ausgleichszulage wegen der Mittelgebirgslagen, die wir in unserem Land haben.

Wir haben im Haushalt auch eine umweltgerechte Landbewirtschaftung mit ca. 30 Millionen Euro, wenn man alles zusammenfasst.

Da gilt das nicht mit den 20 % Landesmitteln. Da haben wir erheblich mehr Landesmittel drin. Ich gehe davon aus, dass das zum letzten Mal so sein wird, weil sich im Rahmen der Umsetzung der Ergebnisse der GATT-Reform einiges ändern wird und ändern muss.

Die CDU begrüßt ausdrücklich die Einrichtung der Agro-Science gGmbH. Das ist eine Auslagerung der Forschung für Agrarökologie und für die Gentechnik. Das begrüßen wir. Wir fordern Sie aber dringend auf, nicht ganz allein als Landesbetrieb in der gGmbH zu bleiben, sondern Partner zu suchen.

Jetzt könnte man sagen: Alles in Ordnung. Der Landwirtschaftshaushalt ist geregelt. Wir können nach Hause gehen. - Nein, meine Damen und Herren, das können wir nicht. Ich muss dringend etwas zum Weingesetz sagen. Wir wollen nicht über Dinge aus dem vergangenen Jahr reden, die dazu führten, dass sich der Weinpreis - insbesondere der Preis des Dornfelders - steigend entwickelt hat, so wie es die Opposition gesagt hat, aber nicht so, wie es die Regierung gesagt hat. Wir wollen, dass sich die Landesregierung mit dem neuen Weingesetz bemüht, jegliche zusätzlichen Auflagen wegzubekommen. Wir brauchen nicht nur eine Entbürokratisierung. Wir müssen sie machen. Wir müssen diese Entbürokratisierungen in vielen Bereichen machen. Herr Minister, wenn man sich das Ergebnis der Entbürokratisierung bzw. der Agrarverwaltungsreform ansieht, dann stellt man fest, dass das keine Agrarverwaltungsreform war. Das haben wir Ihnen schon vorher gesagt. Das Ergebnis der Agrarverwaltungsreform ist so, dass sich de facto nichts geändert hat.

Sie haben 64 Beschäftigte in den Vorruhestand geschickt. 20 Beschäftigte sind zur ADD – zum Amt für Dichter und Denker – gegangen. 17 Beschäftigte sind zum Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau versetzt worden. 16 Beschäftigte haben zur Landwirtschaftskammer gewechselt. Im Gegenzug wurden vier Beschäftigte von der Landwirtschaftskammer wieder übernommen. Zum LSV Emmelshausen – das ist kein Landesbetrieb – sind 14 Beschäftigte gewechselt. Zehn Beschäftigte sind in der Domäne Mariental verblieben.

(Pörksen, SPD: Sollen die alle entlassen werden?)

Fünf Beschäftigte sind zum Rheinland-Pfalz-Tourismus gewechselt. Ein Beschäftigter ist in der Kreisverwaltung Daun geblieben. Aufgrund einer zwingend erforderlichen Nachbesetzung wurden fünf neue Mitarbeiter eingestellt.

Meine Damen und Herren, die Jahresmiete hat sich gesenkt – wir haben von keinem Landesbetrieb gemietet – um 1,9 Millionen Euro. Wir haben aber neue Gebäude hinzugemietet für 300.000 Euro. Das Ergebnis war, dass man als Löwe sprang und bei der Agrarver-

waltungsreform als Bettvorleger landete und nicht weiterkam.

(Beifall bei der CDU – Pörksen, SPD: Immer diese alten Kamellen!)

Jetzt müssen wir aufpassen, was wir in Zukunft mit diesen Leuten machen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

 Dass Sie immer maulen ohne Kenntnis, das ist mir bekannt. Aber in diesem Fall haben Sie doch Kenntnis, Herr Pörksen. Weshalb sagen sie denn dann so etwas? Weshalb brummen Sie denn wie ein Bär vor sich her? Sie haben doch Kenntnis. Sie wissen doch, dass das die Wahrheit ist

(Pörksen, SPD: Welche?)

- Guten Morgen, Herr Pörksen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Herr Minister, wir haben genügend Mitarbeiter und Beamte. Wir fordern, dass Sie das von Herrn Dr. Brandt aufgelegte Kulturlandschaftsprogramm Mosel, das eigentlich eine Erfindung von meinem Kollegen Dieter Schmitt ist, der das über Parteigrenzen hinweg lang betrieben hat, zumindest in Erwägung ziehen. Jetzt sagen Sie nachher, das koste ein Heidengeld. Um das Heidengeld geht es nicht, sondern es geht um die Konzentration der eingesetzten Mittel.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

– Herr Ministerpräsident, Sie können lachen. Ich weiß nicht, ob Sie etwas von Ihrem eigenen Haushalt verstehen, aber wir fördern doch zum Beispiel den Steillagenweinbau und wollen ihn doch erhalten. Schauen Sie doch einmal, wie viel Geld Sie in bestimmten Weinbauregionen ausgeben, um die Entdrieschung und die Entbuschung hinzubekommen, um Weinbau wieder zu ermöglichen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Das ist Landesgeld, was dort hinwandert. Man kann es umorganisieren und umsteuern, ohne dass es zusätzliches Geld kostet. Sie werden jetzt aber wieder vorrechnen, dass das Millionen kostet.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Wenn einem die Ideen ausgehen, dann ist man reif für den Wechsel, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU)

Um Ihnen klarzumachen, was wir noch tun können: Herr Dr. Braun hat nicht ganz die Wahrheit gesagt bei den regenerativen Energien. Er hat gesagt, sie seien nicht subventioniert. Damit hat er Recht. Aber jeder Strombe-

zieher kann auf seiner Rechnung sehen, wie viel Geld er für die regenerativen Energien zusätzlich aufwendet.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und für den Atomstrom!)

Nein, Frau Grützmacher, er kann sehen, was er zusätzlich für regenerative Energien ausgibt, das er sonst nicht ausgeben würde. Trotzdem sind wir der Meinung, dass es eine große Chance für die Landwirtschaft, für den ländlichen Raum, für den Erhalt der Kulturlandschaft und für eine flächendeckende Landbewirtschaftung gibt, wenn man endgültig eine Informations- und Beratungsoffensive für nachwachsende Rohstoffe, für regenerative Energien, für Biogas und Biomasse macht.

(Beifall der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei gibt es große Chancen. Das Ganze würde sich sogar rechnen über die erhöhten Strompreiszahlungen des Verbrauchers. Es wäre machbar. Es würde dafür sorgen, das Land wieder einen gewissen Preis bekommt. Außerdem würde es dafür sorgen, dass wir eine flächendeckende Landbewirtschaftung haben.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das Zeitfenster wird aber sehr klein sein. Insofern sind wir jetzt aufgefordert, diese Informations- und Beratungsoffensive zu starten. Wir können keinen Bauern zwingen, es zu tun. Das wollen wir auch nicht. Wir wollen auch keinen Winzer zwingen, es zu tun. Wir können sie aber sachgerecht informieren und viele Hemmnisse abschaffen, Hemmnisse, die wir sowieso in der einzelbetrieblichen Förderung haben. Lassen wir die Bauern so bauen, wie sie wollen. Wir müssen dann nur noch kontrollieren, dass sie gebaut haben und dem vorgegebenen Ziel entsprechen. Dann werden wir vorankommen und schneller da sein und die Chancen nutzen können.

Insofern wird es allerhöchste Zeit, sich um Zukunftschancen zu kümmern und Bewegung zu schaffen.

(Glocke des Präsidenten)

Stillstand ist Rückstand. Wir wollen nach vorn schreiten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident Grimm:

Es spricht Frau Abgeordnete Ebli.

Abg. Frau Ebli, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich Herrn Kollegen Billen richtig verstanden habe, wird er zumindest dem Einzelplan 08 zustimmen. Es wird Sie nicht wundern, dass der Einzelplan 08 und der Haushalt insgesamt unsere Zustimmung finden.

Der ländliche Raum macht 70 % der Landesfläche aus, die ungefähr zu 85 % land- und forstwirtschaftlich ge-

nutzt wird. Deswegen ist dieser Bereich von besonderer Bedeutung. Strukturwandel, Globalisierung und Veränderungen der weltweiten Märkte haben spürbare Auswirkungen auf unsere Landwirtschaft. Strukturwandel erfordert vermehrt Spezialisierungen, was sich unter anderem auf die Betriebsgrößen insgesamt auswirkt. Immer weniger Betriebe bearbeiten größer werdende Flächen. Wir haben mittlerweile nur noch unter 30.000 Betriebe in unserem Land, die Landwirtschaft und Weinbau betreiben.

Mit hervorragenden Produkten können sie sich ganz selbstbewusst dem europäischen Wettbewerb stellen. Der ökologische Landbau wächst, zwar langsam, aber das sehen wir nicht als Manko an, vor allem nicht vor dem Hintergrund der existenziellen Bedeutung für die Betriebe, die sich für den ökologischen Landbau entschieden haben. An dieser Stelle erinnere ich an unser gemeinsames Engagement im vergangenen Jahr für das Förderprogramm Umweltschonende Landbewirtschaftung.

Wie keine anderen Unternehmen unterliegen bäuerliche Betriebe nicht nur den harten Marktbedingungen einiger weniger Lebensmitteleinzelhandelsketten, die sie wie keine anderen Unternehmen abhängig machen von klimatischen Bedingungen, die sie nicht immer kalkulieren können, sondern auch dem Glück. Sie brauchen Glück, dass ihre Produkte nicht von irgendwelchen Pestiziden, Insekten oder sonstigen Krankheiten befallen werden. Das Gleiche gilt für die Tierhaltung.

Diese Risiken können unsere Betriebe nicht allein schultern. Da müssen dieser Haushalt und das Ministerium gerüstet sein, um entsprechend reagieren zu können.

Durch die Agrarverwaltungsreform ist es gelungen, Forschung und Beratung zu bündeln, sodass der Landwirtschaft sowohl themen- als auch regionenorientiert eine hohe Kompetenz zur Seite steht.

(Unruhe)

- Es ist sehr laut. Ich kann kaum reden, Herr Präsident.

Die Entwicklung der neuen Gesellschaft Agro-Science gGmbH wird vom Herrn Kollegen Billen unterstützt. Wir werden abwarten, wie sich diese Gesellschaft entwickelt. Das ist eine neue Form, die natürlich hohe Erwartungen weckt. Wir werden sie begleiten.

Wir freuen uns über die mittlerweile hohe eigene Kompetenz der Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter. Dies wird natürlich insbesondere von den jungen Nachfolgerinnen und Nachfolgern getragen. Dass dies so bleiben kann, wird durch die Förderung der Fort- und Weiterbildung in diesem Haushalt ebenso abgebildet wie die Förderung der Junglandwirte.

Wir sind der Meinung, dass wir mit unserer eigenbetrieblichen Förderung im Ländervergleich ganz gut dastehen, Herr Minister Bauckhage.

(Beifall bei SPD und FDP – Staatsminister Bauckhage: Bestens!)

Mit der Aufstockung des Grundplafonds werden Ausgleichszahlungen für Ackerkulturen, die insbesondere durch frühere Agrarreformen benachteiligt wurden, mitfinanziert und gefördert.

Die EU-Agrarreform ist von unserer Seite grundsätzlich als Chance für unsere Betriebe zu bewerten, wobei die Vorschläge der EU-Kommission zur Reform der Zuckermarktordnung von uns nicht akzeptiert werden können. Das sage ich mit aller Deutlichkeit. Die Zuckerrübenproduktion ist für viele Betriebe ein Stützpfeiler für die gesamte Betriebsorganisation.

(Schweitzer, SPD: So ist es!)

Preis- und Bodenkürzungen gefährden nicht nur die Betriebe der Landwirtschaft, sondern auch die verarbeitenden Betriebe. Dabei geht es in unserem Land um rund 500 Arbeitsplätze. Das ist nicht in Ordnung.

Herr Minister Bauckhage, zu diesem Thema möchte ich gern eine Bitte an Sie weitergeben. Ich habe gerade zu den Zuckerrüben gesprochen. Ich habe gesehen, dass Sie gerade etwas abgelenkt waren. Bitte machen Sie dazu Ihren Einfluss bei Ihrem Vorgänger in Berlin geltend. Ich will das aus Zeitgründen nicht vertiefen. Tun Sie dies aber unserem Land und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie den Betrieben in unserem Land zuliebe. Nach dem, was ich gelesen habe, dient das Engagement der FDP in Berlin uns nicht.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Bei der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer in Bad Kreuznach war eine durchweg positive Resonanz zu hören. Das freut uns natürlich. Allerdings war auch das Klagen nicht zu überhören. Herr Dr. Böhr ist gerade hinausgegangen. Er hat sich solidarisch an die Seite der Klagenden gestellt. Das kam gut an.

(Schmitt, CDU: Das war richtig!)

Ich möchte aber noch einmal ganz deutlich sagen, dass die Kürzung von Steuervorteilen beim Agrardiesel von uns weder begrüßt noch unterstützt wird.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Das möchte ich in aller Deutlichkeit und in aller Freundschaft zu Herrn Minister Eichel sagen. Meine Damen und Herren, jammern allein nützt nichts. Wir müssen Alternativen aufzeigen, die es gibt.

(Schmitt, CDU: Wie soll da die Wettbewerbsfähigkeit hergestellt werden? Welche Alternativen gibt es dazu?)

Warum sagen wir nicht, dass die Chance, Biodiesel zu nutzen, auch Existenzen von Berufskollegen, von landwirtschaftlichen Betrieben, sichert, die sich darauf spezialisiert haben und die davon leben wollen und auch könnten, wenn andere dieses Angebot nützen würden.

(Schmitt, CDU: Aber das löst das Problem nicht!)

Es würden auch Arbeitsplätze in dem Bereich geschaffen, indem das Dieselkraftstoffangebot ausgebaut wird. Darüber sollte man informieren. Man sollte die Bauern und die landwirtschaftlichen Betriebe da mit ins Boot nehmen

Man sollte auch darüber informieren, dass für die Betriebe, die unter Glas produzieren, dieser Steuervorteil zumindest bis Ende 2006 weiter gilt.

Lassen Sie mich noch einen Punkt ansprechen. Wenn es um Wettbewerbsnachteile geht, wird immer gern über die Landesgrenze gesehen. Insbesondere in der Pfalz geschieht das nach Frankreich. Es wird aber nicht dar- über geredet, dass dort die Bauern für ihre Saisonkräfte einen Tarif zahlen müssen, der bei 7,61 Euro liegt und dort die Saisonkräfte nur 35 Stunden arbeiten dürfen. Bei uns werden zwischen 4 Euro und 5,10 Euro bezahlt. Die Saisonarbeitskräfte arbeiten natürlich auch mehr als 35 Stunden. Das sollte man auch sagen, wenn man beim Klagen ist.

Man sollte auch zur Kenntnis nehmen, dass die französischen Bauern ebenfalls über unsere Bauern klagen. Sie sagen, dass die Salate und die Tiefpreise die französischen Bauern in die Krise stürzen. Auch das sollte man bei allen Diskussionen um eine Wettbewerbsverzerrung nicht aus dem Auge verlieren.

Wir vertreten die Auffassung, dass dieser Haushalt den Anforderungen und Herausforderungen für den ländlichen Raum und die landwirtschaftlichen Betriebe gerecht wird. Sei es die Spezialisierung, die Modernisierung oder die Nutzung nachwachsender Rohstoffe sowohl zur Energiegewinnung als auch der Landwirt als Energiewirt. Er wird Traditionen gerecht und ist für die Zukunft eines wachsenden Europas bestens gewappnet.

Danke schön.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Billen für eine Kurzintervention das Wort.

Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ebli, ich bin Ihnen außerordentlich dankbar, dass Sie die wegweisenden Worte unseres Fraktionsvorsitzenden bei der Landwirtschaftskammer, in der er die Landwirtschaftspolitik beschrieben hat, von der er etwas versteht, dargestellt haben.

Jetzt kommen wir aber zum Agrardiesel. Sie können natürlich nicht sagen, wir sind dagegen, aber gleichzeitig wird das beschlossen. Im Bundesrat muss man dann, wenn man wirklich dagegen ist, auch wenn der Minister sagt, dass die Zweidrittelmehrheit nicht erreichbar war – sie war nach meiner Auffassung erreichbar –, zumindest die Hand heben und nicht sagen, dazu bekennen wir uns nicht.

Jetzt reden wir einmal über diese Agrardieselgeschichte. 80 % der Traktorenleistung oder der Häckslerleistung oder der Mähdrescherleistung erfolgt auf dem Feld. Das ist die Begründung für die Einführung eines Agrardiesesteuersatzes, weil man gesagt hat, dass sie die Straßen nicht belasten. Einverstanden, es gibt eine Minimalgrenze der Bearbeitung, aber es gibt auch eine Obergrenze von 10.000 Litern. Das ist doch Unsinn hoch zehn. Entweder das gilt pro Hektar landwirtschaftlicher Flächennutzung, oder das gilt überhaupt nicht und man schafft es ab. Es ist aber doch der Tod der Landwirtschaft, einen Zwitter in der Form zu schaffen, dass bis 10.000 Liter ein bisschen befreit wird und darüber eine Befreiung nicht erfolgt. Das ist vor allem der Tod für die Betriebe, die in der Zukunft als wettbewerbsfähige Betriebe existieren wollen. Das war der erste Punkt.

> (Ministerpräsident Beck: Schon wieder Tod der Landwirtschaft! Hier wird dauernd gestorben!)

Zweiter Punkt: Frau Kollegin Ebli, Sie haben gesagt, Frankreich würde uns auch um den einen oder anderen Punkt beneiden. Das stimmt. Das ist gar keine Frage. Es sind aber europaweit Pflanzenschutzmittel zugelassen, die in Deutschland zusätzlich verboten sind. Wir sind zum Beispiel nicht mehr in der Lage, die Sauerkirschen von Würmern frei zu halten. Da gibt es nur eine Möglichkeit. Entweder wir schaffen ein neues Produkt, nämlich Sauerkirsche mit Fleischeinlage, und wir bekommen den Verbraucher dazu, dass er das will, oder die Sauerkirschen werden im Ausland produziert und wir kaufen sie hier.

Das gilt für all das, für das wir Sonderauflagen haben und wo wir uns selbst hemmen. Mit jeder Produktion, die wir in Deutschland kaputtmachen, essen wir das, was aus dem Ausland kommt.

Ich nenne ein schönes Beispiel. Eber dürfen bei uns nicht geschlachtet werden. Eber werden dann bei uns gekauft, nach Belgien gefahren, in Belgien geschlachtet, dort zu Dauerwurst verarbeitet, die nach Deutschland gebracht und hier als Delikatesse gegessen wird. Mir soll einer sagen, was das für einen Sinn macht. So gehen Frau Künast und die Bundesregierung einen Schritt nach dem andern, um uns Bauern kaputtzumachen. Das kann keinen Sinn machen.

(Glocke des Präsidenten)

Frau Ebli, dann hätte ich gern ein bisschen mehr gehört – die SPD ist mit in der Regierung – als nur, die SPD ist dagegen.

(Beifall der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Frau Abgeordneter Ebli für eine Erwiderung das Wort.

Abg. Frau Ebli, SPD:

Herr Billen, ich habe nichts anderes erwartet. Ich habe vorhin gesagt, dass es punktuell Anlass für Klagen gibt. Das sehen wir auch so.

Ich habe auch darum gebeten, entsprechende Alternativen aufzuzeigen. Dazu sind Sie nicht bereit. Sie wissen, dass es Alternativen beim Pflanzenschutz gibt und in unserem Land die Ausnahmeregelung – ich glaube, es ist § 18 a – ausreichend genützt und großzügig geregelt wird.

(Vizepräsidentin Frau Hammer übernimmt den Vorsitz)

Sie klagen nur und schauen nicht, was verändert und für unsere Umwelt, beispielsweise beim Agrardiesel, getan werden kann. Es gibt Alternativen. Ihre Berufskollegen befassen sich mit diesem Thema und machen Angebote, und Sie sind nicht bereit, durch die Umstellung dazu beizutragen, den Arbeitenden im ländlichen Raum und in der Landwirtschaft eine Existenzsicherung zu geben, die dazu noch der Umwelt dient.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Billen, Frau Künast macht die Bauern kaputt, dass ich nicht lache. Das waren ihre Vorgänger. Diese wurden in erster Linie von Ihrer Partei gestellt. Sie kam leider viel zu spät dran und muss jetzt schauen, was nach dem Höfesterben noch übrig geblieben ist, das in Bonn lang durch die CDU begleitet wurde.

Ich komme zu dem, was ich eigentlich sagen wollte. Ich möchte mit einer Schnittmenge zwischen den Themen "Verkehr" und "Agrarpolitik" beginnen.

Das Institut für Ernährungswissenschaft der Universität Gießen hat eine Untersuchung über die Gütertransporte im deutschen Ernährungssektor vorgelegt. Wie wir alle wissen, haben sich die Industrieländer 1997 mit dem Kyoto-Protokoll gemeinsam verpflichtet, die Emission der klimawirksamen Gase deutlich zu senken.

Die deutsche Regierung hält an ihrem weit reichenden Ziel fest, die CO₂-Emission bis zum Jahr 2005 im Vergleich zu 1990 um 25 % zu verringern. Das ist auch gut so. Angesichts dieses Ziels ist es notwendig, die Quellen der Emissionen klimarelevanter Gase möglichst vollständig zu erfassen.

Die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" – Sie erinnern sich alle daran –, die von BUND/Misereor 1996 vorgelegt wurde, hat deutlich gemacht, dass ein Fünftel sämtlichen Material- und Energieverbrauchs in Deutschland auf den Sektor Ernährung zurückzuführen ist. Das Institut der Universität Gießen hat sich näher mit diesem Anteil beschäftigt und ist zu nachfolgenden Ergebnissen gekommen.

Herr Billen, vielleicht ist es nicht schlecht, sich das einmal anzuhören, weil die Studie ein Licht darauf wirft,

woher die Güter kommen, die hier verzehrt werden. Außerdem trifft sie in Bezug auf den europäischen Binnenmarkt, den Weltmarkt, die Globalisierung und den Wettbewerb eine Aussage.

Von der transportierten Gütermenge – die Bezugsgröße ist das Jahr 1996 – wurden etwa 87 % im Inland, knapp 10 % aus anderen europäischen Staaten und nur knapp 4 % von Übersee nach Deutschland transportiert. Insgesamt sind für die Versorgung der in Deutschland lebenden Bevölkerung ca. 270 Tonnenkilometer für den Transport von etwa 450 Millionen Tonnen Gütern erforderlich.

Die inländische Verkehrsleistung transportiert zwar die größte Menge, macht aber nur ein Viertel der Verkehrsleistung insgesamt aus. Zum Vergleich: Transporte aus außereuropäischen Ländern – 3,5 % der gesamten Transportmenge – machen aber zwei Drittel der gesamten Transportleistung aus, das heißt, auch mit den entsprechenden Emissionen. Das ist noch ein weiterer Anreiz dafür, beim Einkaufen den Wahlspruch "Regional ist erste Wahl" zu beherzigen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

"Regional ist erste Wahl" ist nicht nur für die Wertschöpfung in der Region und die Einkommenserlöse der Erzeugerinnen und Erzeuger gut. "Regional ist erste Wahl" ist auch gut für das Klima.

Herr Minister Bauckhage, die Förderpolitik der Landesregierung

(Staatsminister Bauckhage: Ist auch gut für das Klima!)

sollte sich darauf ausrichten. In der Vergangenheit war die Förderung der regionalen Vermarktung nicht besonders erfolgreich.

Regionale Vermarktungseinrichtungen, wie Hunsrück-Marketing und andere, haben zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel Förderung bekommen. Daraus konnte nichts Richtiges werden. Deswegen fordern wir Sie in einem Entschließungsantrag "Öko und regional statt gentechnisch verändert und global" – ich glaube, die Überschrift trifft es gut – auf:

(Zuruf von der SPD)

– Ich habe noch mehr Talente, die im Verborgenen schlummern!

(Zuruf von der SPD: Die sind aber gut verborgen!)

1. Lassen Sie die vorhandenen Verarbeitungsmöglichkeiten und Vermarktungswege und die Potenziale regionaler Märkte in Rheinland-Pfalz untersuchen! Sie geben immer so viel Geld für Untersuchungen aus, warum nicht auch einmal für etwas Vernünftiges.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2. Setzen Sie vorhandene Fördermittel zur Stärkung der regionalen Verarbeitung und Vermarktung zielorientiert und effektiv ein!

Wir haben wunderbare Beispiele, an die wir anknüpfen können. Renate Künast, die von Herrn Billen immer zu Unrecht geschmäht wird, hat mit ihrem Projekt "Regionen aktiv" zum Beispiel in der Eifel ein wunderbares Modell ins Leben gerufen. Die Dachmarke "Eifel" für die dortigen Lebensmittel, die im Übrigen gentechnikfrei bleiben sollen, wie man von dort hört, trägt zur Wertschöpfung bei.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Sie können uns gern einmal einen Vortrag darüber halten. Das hören wir viel lieber als einige andere Sachen.

Diese Betonung der Regionalität stärkt das Wir-Gefühl der Regionen, den ländlichen Raum und bringt Erzeugerinnen und Erzeuger sowie Verbraucherinnen und Verbraucher wieder näher zueinander. Das wollen wir doch.

Wir haben auch einen Antrag zum Thema "Einkommensalternativen" gestellt.

Herr Minister Bauckhage, Sie haben in Ihrer letzten Regierungserklärung zur Agrarpolitik das Thema "Förderung von Einkommensalternativen für Landwirte" zu einem Schwerpunkt erhoben. Wir wissen aber, dass gerade dieses Programm innerhalb des ZIL so gut wie nicht abgerufen wurde.

Herr Minister, hier ist noch einiges zu tun. Unser Entschließungsantrag gibt Ihnen dafür eine Richtung und zeigt konkrete Vorschläge auf. Hier sollte nicht nur investiv gefördert werden, sondern auch Beratungstätigkeiten im Vorfeld, Marktanalysen und Kooperationsbegleitung müssen förderfähig werden.

Es gibt ein breites Spektrum von Tätigkeitsfeldern, das nur darauf wartet, erschlossen zu werden. Ich möchte nicht nur den Urlaub auf dem Bauernhof, sondern auch die soziale Dienstleistung und nachwachsende Rohstoffe nennen. Über Biodiesel und Biomasse ist bereits hinreichend gesprochen worden. Das sind Felder, die zu erschließen sind und die den ländlichen Raum und die Landwirtschaft stärken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch etwas zum Thema "gentechnikfreie Zonen" sagen.

(Schweitzer, SPD: Das haben Sie letztes Mal schon!)

 Ich will es noch einmal in Erinnerung rufen. Wir wissen doch, dass wir die Lästigkeitsschwelle gerade bei Ihnen noch nicht überschritten haben.

Wir wollen die Option auf gentechnikfreie Erzeugung in Rheinland-Pfalz erhalten, weil sie der Landwirtschaft einen Marktvorteil sichert und wir sie nicht brauchen. Wir haben deshalb in einem Änderungsantrag Geld aus Ihrem Ministerium, Herr Bauckhage, umgeschichtet, das letztes Jahr sowieso nicht für einen Ernährungskongress ausgegeben wurde. Wir hätten gern, dass Sie mit diesem Geld ein Institut beauftragen, die Landwirtschaft dabei zu begleiten, gentechnikfreie Zonen in Rheinland-Pfalz zu schaffen. Ich weiß, dass die FDP in dieser Frage ideologisch verbohrt ist. Ich möchte nicht näher darauf eingehen.

Spannend ist, dass von der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer geredet wurde, – –

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

- Herr Kollege, ich musste kurzfristig absagen.

 – auf der der alte und neue Hoffnungsträger der CDU offenkundig ein fulminantes Referat gehalten hat, in dem viele Versprechungen gemacht wurden.

(Kuhn, FDP: Teure!)

 Ja, teure, genau. Er hat auch etwas zur Gentechnik gesagt.

Der Vorsitzende des Bauernverbandes des Kreises Bad Kreuznach, Herr Kessel – völlig grünen-unverdächtig und, soweit ich weiß, FDP-Mitglied –, konventioneller Bauer und nicht öko-angehaucht, hat gesagt – das war in der örtlichen Presse nachzulesen –, dass er insbesondere die Position Böhrs bei der Entwicklung der grünen Gentechnik nicht mitträgt. Seinem Empfinden nach hätten die Bauern im Kreis nichts davon, wenn sie die Gentechnik unterstützen. Böhrs Meinung, mit einer gentechnikfreien Zone werde auch der Forschungsstandort Deutschland beschädigt, wollte Kessel nicht teilen. Dazu müssten nämlich nicht Flächen in ganz Deutschland bereitstehen.

Der Mann ist vernunftbegabt und kann 2 und 3 zusammenzählen. Er sagt weiter: "Er sehe bei der Gentechnik ohnehin die Industrie als mögliche und einzige Gewinner." Dem will ich nichts Weiteres hinzufügen, außer dass wir in einem Änderungsantrag bzw. Umwidmungsantrag die Gelder, die in die neue Gesellschaft Agro-Science gGmbH fließen sollen, nicht für Gentechnikforschung ausgeben wollen. Diese wollen wir für die Forschung im Bioanbau und für Forschung in Bezug auf die Verwendung nachwachsender Rohstoffe ausgeben. Dort sind sie zukunftsfähiger angelegt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zum Schluss: Unsere Anträge zielen auf die Unterstützung einer nachhaltigen und umweltverträglichen Landwirtschaft, auf verbraucherorientierte Erzeugung, auf die Stärkung des ländlichen Raums, auf Einkommensicherung für Menschen, die in der Landwirtschaft und damit verwandten Bereichen arbeiten. Ich kann Sie nur auffordern: Stimmen Sie dem

Außerdem tragen Sie durch Ihr Essverhalten zur Stärkung der Landwirtschaft bei. Das können Sie heute, morgen, jeden Tag tun, am Besten bio, regional und saisonal. Das ist gut für Ihre Gesundheit, für die Land-

wirtschaft und den Weinbau in Rheinland-Pfalz und fürs Klima.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Meine Damen und Herren, ich möchte weitere Gäste im Landtag begrüßen, und zwar Studenten der Politikwissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität Mainz sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des "Offenen Kanals Südwestpfalz/Studio Zweibrücken". Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Geisen das Wort.

Abg. Dr. Geisen, FDP:

Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Neben der Versorgung und der Sicherheit der Bevölkerung mit heimischen Nahrungsmitteln und der Erzeugung hervorragender Weine leisten unsere Bauern und Winzer auch entscheidende Beiträge zum Wohlergehen der Bürger unseres Landes. Dazu gehören:

- Die Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft,
- die Voraussetzung für das Funktionieren der vorund nachgelagerten Bereiche,
- das Pulsieren von Handwerk, Handel und Gewerbe,
- die Lust auf Leben und Wohnen auf dem Land und
- die Erhaltung der Urquellen für Tradition, Kultur, Bildung und Freizeitgestaltung.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor diesem Hintergrund und vor den großen Herausforderungen, vor denen die rheinland-pfälzische Landwirtschaft in den kommenden Jahren stehen wird – zu nennen sind hier vor allem die EU-Osterweiterung und die Umsetzung der EU-Agrarreform – werden unsere landwirtschaftlichen Unternehmen mit dem vorliegenden Doppelhaushalt zielgerichtet unterstützt.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die FDP-Fraktion begrüße ich es, dass die Landesregierung hierbei den Schwerpunkt auf die Unterstützung der aktiven Unternehmen setzt. Als Liberale wollen wir nämlich die Sicherung einer wettbewerbsfähigen und marktorientierten Land- und Weinwirtschaft. Wir wollen eine Landwirtschaft absichern, die nachhaltig und res-

sourcenschonend wirtschaftet und hochwertige Nahrungsmittel erzeugt.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Auch das kommt noch.

Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von Landwirtschaft und Weinbau steht dabei im Vordergrund. Deshalb begrüßt es die FDP-Landtagsfraktion ausdrücklich, dass im Agrarinvestitionsförderprogramm weiterhin mit knapp 21 Millionen Euro gerechnet werden kann. Besonders positiv zu erwähnen ist, dass die Niederlassungsprämie für Junglandwirte auch in den kommenden beiden Jahren wieder zu einem Höchstbetrag von 20.000 Euro gefördert werden wird.

Meine Damen und Herren, dank des hervorragenden Ausbildungsangebots unserer Dienstleistungszentren im ländlichen Raum, Herr Minister, sowie der Fachhochschule für Agrarwirtschaft in Bingen haben wir eine hohe Anzahl gut ausgebildeter Nachfolger in den Höfen, denen durch gezielte Förderungsmaßnahmen die Hofübernahme erleichtert werden muss. Ohne Hofnachfolger gibt es keine Landwirtschaft, und damit würde auch die funktionsfähige Infrastruktur im ländlichen Raum zusammenbrechen.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft ist der wirtschaftliche Kern, um den sich die gesamte Infrastruktur im ländlichen Raum aufbaut.

Neben den eben genannten Maßnahmen des Staates kommt vor allem den Maßnahmen zur Verbesserung der Marktstruktur eine entscheidende Bedeutung zu. Gerade im nachgeordneten Bereich der Vermarktung haben die deutschen und rheinland-pfälzischen Landwirte hohe Defizite gegenüber ihren Kollegen in dem europäischen Ausland, in der Europäischen Union. Aus diesem Grund stellen die im Doppelhaushalt vorgesehenen Fördermaßnahmen für uns eine ganz wichtige Maßnahme dar.

Meine Damen und Herren, trotz großer Anstrengungen des Landes sind wir in Rheinland-Pfalz immer noch von optimalen Flurstrukturen entfernt. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind unsere Landwirte wegen der kleinen Flurstrukturen im Wettbewerb eindeutig benachteiligt. Äcker mit nur vier Hektar Größe sind auch im deutschen Vergleich weit entfernt vom Optimum. Noch nachteiliger wirken sich auf betrieblicher Ebene klein strukturierte Flächen in den Grünlandgebieten aus. Das heutige Wegenetz ist für den Einsatz moderner schlagkräftiger Großmaschinen nicht tauglich. Aus diesem Grund, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, stoßen Ihre Änderungsanträge "Zuschüsse zur Förderung der Flurbereinigung" auf vehemente Ablehnung. Wir wollen keine Schnittlauchpolitik.

(Beifall bei der FDP)

Übrigens, regionale Produkte werden seit Jahren in Rheinland-Pfalz forciert und gefördert. Das ist gut so. Ich sage Ihnen, was gut ist, setzt sich durch.

Sowohl die Förderung der Flurbereinigung als auch die Förderung des landwirtschaftlichen Wegebaus sind Investitionen in die Zukunft des Landes. Jeder, der hier ohne Maß aus ideologischen Gründen kürzen will, muss wissen, dass er sich damit an der Wettbewerbsfähigkeit und damit an der Zukunftsfähigkeit unserer Bauern und Winzer auf immer versündigt.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ungeachtet der angeführten Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Verbesserung der Agrarstruktur sind unsere Landwirte in den Höhengebieten der Eifel, des Hunsrücks, des Westerwalds und der Westpfalz zum Ausgleich ihrer naturgebundenen Bewirtschaftungserschwernisse weiterhin auf einen finanziellen Ausgleich angewiesen.

In Rheinland-Pfalz wird und muss daher die Landwirtschaft in den benachteiligten Gebieten auch zukünftig mit der Ausgleichszulage bedacht werden. Die Bauern in den Höhengebieten von Rheinland-Pfalz haben es aufgrund der naturgegebenen Nachteile ungleich schwerer, ein auskömmliches Einkommen zu erzielen als ihre Berufskollegen in den Gunstlagen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Sie müssen aber auch vom Einkommen leben können, wozu die natürlichen Verhältnisse – plus Lust und Liebe – allein nicht ausreichen.

Die Ausgleichszulagen helfen nicht nur den Bauern in benachteiligten Räumen, sondern sie dienen der Erhaltung und der Funktion der wunderschönen Kulturlandschaften unseres Landes.

Meine Damen und Herren, durch das Förderprogramm Umweltschonende Landbewirtschaftung ist es gelungen, umweltschonende Verfahren der Pflanzenproduktion auf breiter Ebene in die landwirtschaftliche Praxis zu transferieren. Auch wir befürworten die Beibehaltung der Zuckermarktordnung, Frau Ebli, wenn auch modifiziert. Ich habe auch eine gewisse Hoffnung. Ich will die Begründungen nicht alle nennen, die bis in weltweite Argumentationen gehen.

Beratung und Förderung in Sachen "Nachwachsende Rohstoffe", "Biomassestrom" gibt es schon seit Jahren in unseren Dienstleistungszentren. Diese Förderung gibt es schon seit Jahren in Rheinland-Pfalz. Das befürworte ich auch weiterhin.

(Beifall des Abg. Kuhn, FDP)

Meine Damen und Herren, im Rahmen der Agrarumweltmaßnahmen wird der Steil- und Steilstlagenweinbau in vorbildlicher Weise von der Landesregierung berücksichtigt. Die FDP-Landtagsfraktion wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die nicht am Markt abgegoltenen Leistungen der Steillagenwinzer entsprechend ihrer Leistung für die Gesamtgesellschaft honoriert werden.

Das integrierte Entwicklungskonzept Wein-Kulturlandschaft Mosel, das seit 1997 vom Weinbauministerium gestartet wurde, trägt bereits viele Früchte in verschiedenen Ihnen bekannten Facetten.

(Billen, CDU: Überhaupt keine!)

Dies gilt es weiterzuführen.

(Billen, CDU: Ja! Ja!)

Das ist das Kulturlandschaftsprogramm.

(Beifall der FDP und der SPD)

Zur Lösung des Drieschenproblems wird zurzeit ein Konzept entwickelt. Auch dies ist in den Griff zu bekommen. Das wird die Landesregierung in Kürze im Griff haben.

Meine Damen und Herren, bei allem wird deutlich, dass die Rolle der Landwirtschaft und des Weinbaus als Bestandteil eines integrierten Gesamtkonzepts im ländlichen Raum gesehen werden muss. Einer zukunftsfähigen und demnach prosperierenden Landwirtschaft kommt auch eine strukturpolitische Bedeutung zu.

Meine Damen und Herren, auch der demografische Wandel geht an der Landwirtschaft nicht vorbei. Dies wird bei der Einzelbetriebsförderung und den Bodenordnungsmaßnahmen besonders bedacht.

Zum Zweiten ist es richtig, die Benachteiligungen in Topographie, Bodenqualität, Klima usw. auch weiterhin auszugleichen und zu kompensieren.

(Glocke der Präsidentin)

- Noch einen Satz.

Es ist richtig, der Ausbildung junger Landwirte und der Beratung unserer Betriebe weiterhin einen hohen Stellenwert einzuräumen. In diesem Zusammenhang ist die zügige effektive Agrarverwaltungsreform zu loben.

Wir unterstützen auch die Haushaltsansätze für die Zukunftsforschung wie bisher, aber auch durch die Einrichtung der Agro Science gGmbH.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend dem Herrn Minister und seinen Mitarbeitern für ihre hervorragende Arbeit im vergangenen Jahr danken. Ich bin sicher, dass wir in Rheinland-Pfalz mit dem heute zu verabschiedenden Haushalt im Bereich Landwirtschaft und Weinbau auch in Zukunft auf dem richtigen Weg sind

Vielen Dank für Ihre Geduld.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Frau Kollegin Baumann.

Abg. Frau Baumann, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Rheinland-Pfalz ist das Weinland in Deutschland.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Weil das so ist, möchte ich noch ein paar Sätze zum Weinbau sagen. Wer dem rheinland-pfälzischen Weinbau weiterhin eine gute Zukunft geben will, muss auch gute Weinbaupolitik machen. Die machen wir.

(Beifall der SPD und der FDP)

Der politische Schwerpunkt im Haushalt wurde schon vom Kollegen Dr. Geisen skizziert. Ich denke, das ist auch richtig so.

Wenn ich mir den Haushalt einmal anschaue, die Transparenz – – Vielleicht sagen manche, es fehle die Transparenz, aber auch ein Mosaik ergibt ein klares Bild, dann, wenn man – –

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch.

-- einen Schritt zurücktritt und das Ganze sieht.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen das Beispiel Steillagenweinbau nennen, das uns allen am Herzen liegt. Es gibt dafür im Haushalt drei Förderansätze.

Erstens die Direktförderung, zweitens eine Förderung umweltschonender Mechanisierungssysteme, drittens eine Förderung für Rationalisierungsinvestitionen.

Aber darüber hinaus – das hat Herr Kollege Dr. Geisen auch deutlich gemacht –, wenn man jetzt die neuen Bodenordnungsverfahren gerade an Mosel und Mittelrhein nimmt – –

Herr Kollege Billen, fahren Sie doch einmal an die Untermosel und reden Sie mit den Winzerinnen und Winzern dort. Die werden Ihnen etwas ganz anderes erzählen als das, was Sie uns immer wieder bieten.

(Frau Ebli, SPD: Interessiert ihn doch gar nicht wirklich!)

Sehr verehrter Herr Kollege Bauckhage, was dort nämlich geschieht, das ist in Ordnung. Das ist auch gut so.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will kurz auf die Vorschläge des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingehen. Zum einen Respekt, dass Sie ganz konkret Vorschläge machen; denn die andere Oppositionspartei lässt das vermissen.

Doch was fordern Sie? Sie wollen im Prinzip auf Marketingaktivitäten des Landes verzichten, also kein Geld für Messen, Ausstellungen, kein Geld für die Verbesserung der Marktpositionen der Weinbaubetriebe, kein Geld für die Werbung.

Aber dieser Verzicht ist fatal; denn die Weinwirtschaft, die jetzt auf einem schweren Weg zu einem besseren Weg ist, braucht weiterhin ein gutes Marketing.

Ich glaube, da ist das Geld gut angelegt; denn beim Marketing – wer es nicht weiß, der muss es vielleicht lernen – kann man nicht kleckern, sondern da muss man klotzen, damit auch wirklich eine Außenwirkung erzeugt wird.

(Zuruf aus dem Hause: Sehr richtig!)

Wo es keinerlei Gemeinsamkeiten auch mit den GRÜ-NEN gibt, das ist bei der Kürzung der Flurbereinigung. Da habe ich kein Verständnis dafür; denn wir wissen, wie wichtig geordnete Grundstücksstrukturen sind.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da brauchen wir nur einmal in unsere Nachbarländer zu schauen. Ich nehme das Elsass oder unsere Partnerregion Burgund. Da sieht es nämlich negativ aus. Wir sind auf einem guten Weg. Das sollten wir auch nicht einfach abbrechen, sondern das soll weitergehen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich möchte noch ein Wort zum Kulturlandschaftsantrag der CDU verlieren.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Besser nicht!)

Es ist ja kein neuer Antrag; denn es ist ein absolut aufgewärmter Antrag.

Was ich der CDU vorwerfe, das ist, dass sie überhaupt nichts zu den Kosten sagt. Lieber Kollege Billen, ich habe es schon einmal an dieser Stelle erwähnt: Sie haben im "Pfälzischen Merkur" 2.500 Euro pro Hektar Anbaufläche gefordert.

Ich habe es schon einmal gesagt: Wenn man alles zusammen nimmt, wären das 160 Millionen Euro. Wenn Sie nur die Mosel nehmen, sind es noch 20 bis 25 Millionen Euro.

Liebe Zeit, dann sagen Sie einmal, wo das Geld herkommen soll. Das ist ein Schaufensterantrag. Ich denke, bei den Haushaltsberatungen hat der nichts, aber auch gar nichts zu suchen.

Zum Schluss: Ich denke, politisches Handeln sollte man vom Output her betrachten, also fragen, was kommt denn hinten dabei heraus.

(Glocke der Präsidentin)

 Lassen Sie mich noch ganz kurz einen Satz dazu sagen. Ich denke, es ist wichtig zu wissen, dass die Preise gerade im Weißweinbereich angezogen sind.

Ein Beispiel ist die Rivaner-Initiative, hervorragend gestartet, wunderbar angenommen.

(Beifall der Abg. Frau Ebli, SPD)

Ich rate allen, die skeptisch sind, probieren Sie. Ich kann nur sagen " Zum Wohl". Es schmeckt.

(Beifall der SPD und der FDP – Staatsminister Bauckhage: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Kollege Schmitt das Wort.

Abg. Schmitt, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte heute zur Humanisierung des Arbeitsplatzes bewusst auf eine Rede verzichtet, weil man in der Haushaltsdebatte nicht tief einsteigen kann.

Mir geht es allerdings um zwei Bereiche, wenn ich mir erlauben darf, die anzusprechen, nicht mehr um die Frage: Ist ein Haushaltsansatz ausreichend oder nicht?

Frau Kollegin, wenn es uns nicht gelingt – dann würde ich Sie gern beim Wort nehmen, um mehr geht es mir dabei heute nicht –, dass wir ein Kulturlandschaftsprogramm in ganzheitlicher Form, so wie wir ihn 1993 eingebracht haben, gemeinsam beschließen.

Der jetzige ist lediglich ein Antrag, in dem wir gesagt haben, lasst uns gemeinsam das, was bei der Anhörung – dieser Ausschuss hat eine Anhörung durchgeführt – gefordert wurde, umsetzen.

Ansonsten werden wir an der Mosel exakt dasselbe erleben. Wir können über Weinbau diskutieren, wie wir wollen, wir werden dann dasselbe erleben, was wir am Mittelrhein haben.

Am Mittelrhein drehen wir jetzt – was ich für richtig halte – das Rad wieder zurück, wo Winzer mit den Füßen – auf Deutsch gesagt – abgestimmt haben und nicht mehr tätig sind.

Wir haben dort Drieschen und Brachland. Jetzt wollen wir wieder Weinbau dort betreiben, damit die Touristen kommen, nicht allein wegen der Schönheit der Region oder dem guten Essen. Die kommen allerdings auch wegen dieser Kulturlandschaft und beides zusammen.

Jetzt ist noch Zeit, dass zum Beispiel an der Mosel dieses Rad zurückgedreht bzw. gestoppt werden kann und wir dort ein Programm beginnen, ein Kulturlandschaftsprogramm, das den Namen verdient.

Ich bin gern bereit – – Deshalb bin ich offen und sage, was alles dort hineinkommt. Ich habe es satt, dass wir

nach zehn Jahren dieselben Diskussion an der Mosel führen, wie wir sie am Mittelrhein jetzt führen müssen.

Das ist der Ansatzpunkt der Haltung einer Region, wo sie lebens- und zukunftsfähig ist. Es geht weit über den Weinbau hinaus. Es hat mit Winzern nur bedingt etwas zu tun.

Im Boot sitzen Winzer, die Gastronomie, der Tourismus, die Kommunen und die Gemeinderäte. Es geht darum, dass wir diese vier Punkte als ein ganzheitliches Konzept zusammenbringen. Ein normaler Mensch kann eigentlich nicht dagegen sein.

Deshalb haben wir es auch so vorsichtig formuliert, weil wir es nicht gleich mit Geld versehen wollen. Entschuldigung, wir werden dann hinterher – – – Wenn es heißt, es kostet so viel, gehört es dazu, dass man sagt, wo es herkommt.

(Staatsminister Bauckhage: Das habe ich gestern erlebt!)

Deshalb ist dieser Antrag so formuliert. Wer dem nicht zustimmen kann, der wird nachher auch die Verantwortung tragen, dass er im ländlichen Raum in gewissen Regionen eine Struktur herbeigeführt hat, die man jetzt noch korrigieren kann.

Heute über kleinkarierte Anträge oder Haushaltsdebatten zu reden, das ist nicht mehr mein Punkt. Ich halte das für nicht wichtig.

Ich hatte mich nur deshalb gemeldet, um zu sagen, lasst uns zumindest da konsensfähig sein und nicht einfach sagen, was Regierung sagt, ist richtig, was Opposition sagt, kann nicht richtig sein.

Denkt ab und zu ein bisschen daran, wir sind für Rheinland-Pfalz und nicht nur für die Parteien verantwortlich.

(Beifall der CDU – Zuruf des Ministerpräsidenten Beck – Frau Klamm, SPD: Das sagt der Richtige!)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zur Erwiderung hat Frau Kollegin Baumann von der SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Frau Baumann, SPD:

Herr Kollege Schmitt, Sie haben eben an uns appelliert, nicht zu kleinkariert zu denken. Aber genau das tun Sie.

Was tut die Landesregierung? Was tut das Ministerium?

Es wurde ein neues Programm aufgelegt, das auf Einheitlichkeit gerichtet ist und alle Akteure im Blick hat.

(Schmitt, CDU: Das hat mit Kulturlandschaftsprogramm überhaupt nichts zu tun! – Billen, CDU: Was tut die Landesregierung?) Herr Billen, fahren Sie an die Untermosel und schauen Sie sich an, was dort geleistet wird und wie die Akteure dort zusammenarbeiten. Das wissen Sie nicht, sonst würden Sie so etwas nicht sagen.

> (Ministerpräsident Beck: Das ist immer die gleiche Leier! – Zurufe des Abg. Billen und des Abg. Schmitt, CDU)

– Ja, ich glaube, Sie kennen sie nicht gut genug, Herr Schmitt. Gehen Sie einmal an die Mosel, und seien Sie nicht so kleinkariert. Wenn Sie nun in den neuen Herbstbericht hineinschauen und sehen, wie dort gearbeitet wird, gewinnen Sie einen ganz anderen Eindruck. Dort heißt es, dass die Akteure auf dem Markt ein höheres Niveau haben, was den Vertragsanbau anbelangt, dass sie Kooperationen eingehen und mittlerweile auf einem Weg sind, der hervorragend ist und der von der Politik, also auch von Ihnen, unterstützt werden muss. Das vermisse ich schon seit Jahren.

> (Beifall der SPD und der FDP – Schmitt, CDU: Sie haben noch immer nicht verstanden, worum es geht!)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Herr Staatsminister Bauckhage hat das Wort.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal darf ich sagen, dass sich die Landesregierung natürlich darüber bewusst ist, dass sie für dieses Land tätig ist. Das ist keine Frage. Das bestätigen im Übrigen ab und zu die Wählerinnen und Wähler.

(Beifall der Abg. Frau Ebli, SPD)

Die Landesregierung versteht sich im Übrigen auch nicht so, dass sie nur für eine Partei da ist, sondern für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

Ich bin der Meinung, man sollte auch parteiübergreifend staatspolitische Dinge gemeinsam auf den Weg bringen. Dazu muss man auch in schwierigen Zeiten die Gemeinsamkeit halten. Wenn es darum geht, Mittel zu kürzen und woanders einzusetzen, muss man auch bereit sein zu sagen, woher die Mittel kommen sollen. Dann habe ich damit kein Problem. Aber so zu tun, als wolle die Landesregierung nur ihre Parteiinteressen, nicht aber die Landesinteressen vertreten, ist nicht richtig, Herr Schmitt. Das weise ich an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit zurück.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

 Herr Schmitt, wenn Sie es nicht so gemeint haben, ist es in Ordnung. Ich muss es nur sagen; denn es ist nicht so, dass die Landesregierung nicht die Landesinteressen im Blickpunkt hätte. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landwirtschaft hat eine hohe Bedeutung für unser Land. Es wurde bereits richtig gesagt, die Kulturlandschaft und der ländliche Raum werden maßgeblich von der Landwirtschaft geprägt. Von daher setzen wir unsere Politik auch weiterhin mit einem Schwerpunkt auf die Unterstützung der Landwirte und Winzer als Unternehmer fort. Wir haben dabei insbesondere eine flächendeckende wettbewerbsfähige und marktorientierte Land- und Weinwirtschaft im Blick sowie eine Landwirtschaft, die nachhaltig und ressourcenschonend wirtschaftet und hochwertige Nahrungsmittel erzeugt.

Dies sage ich aus tiefem Bewusstsein und voller Überzeugung. Es ist schade, dass Frau Kiltz gerade nicht anwesend ist. Ich bin es langsam leid, dass Sie immer so tun, als erzeuge nur die Biolandwirtschaft hochwertige Nahrungsmittel, nicht aber die konventionelle Landwirtschaft. Das sage ich mit aller Klarheit.

(Billen, CDU: Jawohl! – Beifall der FDP und der SPD)

Damit erweist man der breiten Landwirtschaft einen Bärendienst. Es bleibt dabei: Die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz – ob konventionell oder nicht konventionell – erzeugt hochwertige Lebensmittel.

Meine Damen und Herren, die Grundsäulen für die Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums sind die Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum – ZIL – mit jährlich 42 Millionen Euro EU-Mittel sowie die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" mit jährlich rund 66 Millionen Euro an Bundes- und Landesmitteln. Der Mitteleinsatz konzentriert sich auf folgende Bereiche:

- auf die einzelbetrieblichen Investitionen,
- auf den landwirtschaftlichen Wegebau,
- auf die Marktstrukturverbesserung und
- auf die Junglandwirte.

Dank unserer Förderprogramme hat Rheinland-Pfalz die höchste Niederlassungsprämie für Junglandwirte aller Bundesländer. Ich halte diese Förderschwerpunkte deshalb für so wichtig, weil sie für die Existenz der Landwirte von entscheidender Bedeutung sind und insbesondere die Junglandwirteförderung ein wichtiges Signal für junge Menschen darstellt, sich auch weiterhin in diesem Beruf zu engagieren und die Nachfolge auf dem Hof zu übernehmen.

Zu der Marktstrukturverbesserung muss ich nicht viel erläutern. Ich nenne nur beispielhaft den Zusammenschluss der Molkereien Hochwald, Eifelperle und Starmilch zu einem Unternehmen mit einer Umsatzgröße von mittlerweile 1 Milliarde Euro. Dieses Unternehmen ist sehr wettbewerbsfähig. Ich denke, das kann man auf die Milch-Union Hocheifel übertragen. Wir in Rheinland-Pfalz haben belegt, dass wir marktfähige Strukturen schaffen können und sehr viel besser als andere Bundesländer wettbewerbsfähige Strukturen auf den Markt gebracht haben.

(Beifall bei der FDP)

Daran kann man im Übrigen ersehen, dass der Milchauszahlungspreis hoch ist.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt des Haushalts für Landwirtschaft und Weinbau ist unser Förderprogramm Umweltschonende Landbewirtschaftung – FUL – sowie die Förderung des Steillagenweinbaus. Dies sind ganz konkrete Investitionen in unsere Kulturlandschaft, die – denken Sie an die positiven Auswirkungen – einer intakten Kulturlandwirtschaft auf dem Gebiet des Tourismus mittel- und langfristig eine hervorragende Rendite bringen.

Darüber hinaus haben wir die ländliche Bodenordnung zu einem modernen Instrument des Flächenmanagements entwickelt. Wir sind damit Trendsetter für ganz Deutschland. Ich erinnere beispielhaft an die nun auch bundesweit eingeführte integrierte ländliche Entwicklungskonzeption.

Herr Schmitt, gestatten Sie mir nun, etwas zu Ihrem alten Hobby des Kulturlandschaftsprogramms Mosel zu sagen. Was geschieht dort derzeit?

Wenn man es mit vielen Mitteln verbinden will, muss man sagen, woher diese Mittel kommen sollen. Aber man muss auch aufpassen, dass die Akzeptanz für die Landwirtschaft nicht geringer wird. Es gibt auch eine Bevölkerung, die das etwas anders sieht. Ich sehe das nicht so, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen.

An der Mosel findet eine gezielte Steillagenförderung statt

(Billen, CDU: Das ist genauso wie an der Nahe!)

– Natürlich! – Soll ich denn dem Winzer am Mittelrhein sagen, bei ihm sei keine Steillage, oder wie soll ich das erläutern?

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

 Ja, wir sind in diesem Punkt nah beieinander. Wir machen auch an der Mosel eine gezielte Steillagenförderung.

Herr Schmitt, ich lasse keine Zwischenfragen mehr zu. Wir beide haben noch genug Zeit, uns später einmal darüber zu unterhalten. Der Einzelplan 08 ist ohne Frage der bedeutendste Haushalt in diesem Land.

(Heiterkeit im Hause)

Das werden mir alle meine Kolleginnen und Kollegen gleich bestätigen. Herr Mittler schaut schon etwas

(Staatsminister Mittler: Missmutig!)

erstaunt. Er hat natürlich den allerwichtigsten Einzelplan.

Wir müssen auch einmal sehen, wie viel Zeit wir für diese Debatte schon verbraucht haben.

(Mertes, SPD: Das geht auf keine Kuhhaut!)

Zum Zweiten fördern wir die Entwicklung von Steillagen-Vollerntern. Dies ist mehr Wettbewerbsfähigkeit, wenn ich an einer Steillage einen Vollernter einsetze.

Zum Dritten fördern wir die Maschinenringe, die speziell beraten, Herr Kollege Licht. Darüber hinaus gilt die einzelbetriebliche Förderung wie in jedem Gebiet, wobei die Schwerpunkte bei der einzelbetrieblichen Förderung im Weinbau auf den landwirtschaftlichen Betrieben liegen. Des Weiteren fördern wir auch dort die regenerativen Energien. Herr Kollege Billen, ich sage Ihnen zu, wir werden gern eine gute Beratung in den Dienstleistungszentren für den ländlichen Raum machen.

Meine Kollegen aus dem Ministerium des Innern und für Sport haben ein Dorferneuerungsprogramm mit einem Schwerpunkt Mosel aufgelegt. Wenn man ein Dach darüber zimmert, erhalten wir ein schönes Kulturprogramm für die Mosel, Herr Kollege Schmitt. Darüber sind wir uns schnell einig. Aber wenn man ein Kulturprogramm will, muss man auch einmal die eigenen Akteure fordern, also die Bürgermeister, die Landräte. Warum geschieht dies nicht aus der Region heraus? - Man muss zunächst einmal in der Region ein Konzept entwickeln. Das ist im Übrigen in der Eifel hervorragend gelungen. Ich mache keinem Land einen Vorwurf, aber ich sage, es sind auch die Akteure in der eigenen Region einmal gefordert; denn eine Kulturlandschaft reicht hinsichtlich seiner strukturellen Entwicklung bis hin zum Straßenbau.

Wir meinen deshalb, die Anstrengungen der Landesregierung sind nicht zu unterschätzen und sind die richtigen Antworten auf die Fragen, die an der Mosel derzeit gestellt werden.

(Schmitt, CDU: Das sind nur Einzelmaßnahmen!)

 Sie werden immer Einzelmaßnahmen haben. Sie können ein Programm machen, wie Sie es wollen, Sie werden immer Einzelmaßnahmen haben.

(Schmitt, CDU: Nein! Aber das schlüssige Gesamtkonzept fehlt!)

Sie können doch nicht sagen, ich mache jetzt eine Maßnahme ohne den Vollernter oder mache eine Maßnahme ohne ISM, ohne die Dorferneuerung. Was soll das denn sein? Sie können doch kein abstraktes Programm fordern. Sie müssen schon das Programm mit Inhalten füllen. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei FDP und SPD)

Bei der Flurverfassung hat das natürlich eine große Bedeutung. An der Mosel machen wir exakt diese Veränderung der Flurverfassung und der Bodenordnung. Von daher gehen viele Ihrer Zielrichtungen ins Leere.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir noch ein paar Worte zu sagen, was ich für äußerst wichtig halte, einmal zu Ihnen, Frau Kiltz, zu Agro Science und zur Frage der grünen Gentechnik. Man kann nur sagen, in einem Punkt muss ich meinem Freund Joachim Mertes natürlich Recht geben, als er gesagt

hat, eine Marlboro wäre schädlicher als eine gentechnisch veränderte Pflanze.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das weiß er doch gar nicht!)

Ich sage das in aller Klarheit. Ich möchte jetzt auch nicht mehr die Bundeslandwirtschaftsministerin kritisieren. Man muss aber wissen, dass man die Forschung und Entwicklung in diesem Land nicht damit befördert, wenn man in der Realität versucht auszuschließen, gentechnisch veränderte Produkte zu produzieren bzw. Forschung dafür zu betreiben. Das ist doch gar keine Frage. Dann schließt man diesen wichtigen Zukunftsforschungsbereich aus.

Frau Ebli, ich möchte noch etwas zur Zuckerrübe und zur Zuckerrübenverordnung sagen. Da sind wir völlig einer Meinung. Da muss ich auch nicht meinen Freund Rainer Brüderle bewegen. Er hat sich genauso geäußert, wie ich mich jetzt äußere. Man kann in diesem Punkt unterschiedlicher Meinung sein. Nur eines müssen die Zuckerrübenbauern und die Zuckerindustrie in diesem Land wissen. Wir stehen hinter ihren Forderungen. Diese Landesregierung steht hinter ihren Forderungen. Dieser Herr, der hier vor Ihnen steht, steht hinter Ihren Forderungen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Natürlicherweise muss man wissen, man wird nicht die Welt verändern können. Dahinter steckt eine ganze Menge WTO und Wettbewerb dahinter. Man muss nur wissen, dass wir den Gleitflug anstreben. Es darf kein Sturzflug werden. Ich sage dies auch vor dem Hintergrund, dass den AKP-Staaten damit nicht geholfen ist. Ihnen ist damit nicht geholfen. Von daher stehen wir hinter der Zuckerrübe.

Ein Wort noch zur Agrarverwaltungsreform. Herr Kollege Billen, es ist schön, wenn man zur ADD sagt: Amt für Dichter und Denker. Das belegt, dass wir eine richtige Reform gemacht haben.

(Billen, CDU: Na, na, na!)

 Wenn Sie die als Dichter und Denker bezeichnen, dann sind das besonders intellektuell hochwertige Menschen, die dort beschäftigt sind.

(Schmitt, CDU: Das war doch sehr positiv!)

 Ich sage das doch so positiv. Ich könnte das natürlich auch so negativ sagen, aber ich möchte Ihnen jetzt nicht in der Mittagsstunde die Suppe versalzen.

(Schmitt, CDU: Wir brauchen die praktische Arbeit!)

Meine Damen und Herren, wenn man darüber redet, muss man fair damit umgehen. Dort sind auch Menschen beschäftigt. Bei diesen Menschen kann man sagen, der Staat entlässt sie, wenn sie denn entlassbar sind. Das haben wir nicht getan. Wir sind bewusst nicht den Weg der betriebsbedingten Kündigung gegangen

und mussten dann den Schritt gehen, die Menschen in anderen Behörden periodisch zu beschäftigen. Deshalb geht die Kritik etwas ins Leere.

Die Agrarverwaltungsreform war insgesamt eine richtige Entscheidung. Sie werden erleben, die Ergebnisse werden gut sein.

Gestatten Sie mir, zum Schluss noch einiges zum Weinbau zu sagen, weil Frau Baumann das noch einmal so schön dargestellt hat, insbesondere auch die Weinwerbemaßnahmen. Man muss zunächst einmal wissen, dass der deutsche Wein – in diesem Zusammenhang ist der rheinland-pfälzische Wein zuerst zu nennen – heute absolut in der Champions-League spielt. Von der Qualität her sind es absolut die besten Weine der Welt, ob rot oder weiß. Ob weiß oder rot, in der Spitze können wir uns mit jedem messen.

Nur haben die Winzerinnen und Winzer ein Problem. Sie haben das Problem, dass wir kleingliedrige Strukturen haben, also kleine Betriebsstrukturen. Sie müssen auf diesem Weltmarkt, der ein Weltmarkt ist, mithalten. Man muss schauen, wo die Mitbewerber sind, in Chile, in Südafrika, in Neuseeland mit 1.000-Hektar-Betrieben. Wenn hier ein Betrieb einmal groß ist, dann hat er 13 Hektar,15 Hektar oder 20 Hektar, die großen 100 Hektar. Das ist dann schon die absolute Obergrenze.

Sie stehen im Weltmarktwettbewerb auch mit diesen Riesenbetrieben. Man kann das dann nur kompensieren, indem man sagt, wir als Land sind bereit, im Interesse einer guten Kulturlandschaft und im Interesse einer Weinkulturlandschaft – dahinter steckt ein Stück Lebensstil und mehr Kultur dahinter – ein Stück Imagewerbung zu betreiben. Das machen wir.

Ob man jetzt klotzen oder kleckern muss, ob das alles richtig ist, ist die zweite Frage. Nur, man musssehen, es gibt kein deutsches Bier als offizielles Weltmeisterschaftsbier, aber es gibt deutschen Wein. Das ist ein Riesenerfolg. Zwei Jahre Vermarktungsmöglichkeiten mit dem FIFA-Emblem sind ein Riesenerfolg.

Dass das nicht ohne staatliche Begleitung geht, muss doch jedem klar sein. Ich halte viel davon, dass wir gerade diese Qualitätsphilosophie auch als Staat weiter begleiten und weiter betreiben; denn man muss sehen, dass diese Imagewerbungsaktivitäten nur funktionieren, wenn dahinter ein hervorragendes Produkt steht.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Richtig! Das ist eine gute Erkenntnis!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb halte ich diese Werbeaktivitäten für richtig, auch beispielsweise diese Idee zum Mosel-Rivaner. Frau Baumann, ich war selbst da, ich glaube, Sie auch. Es schmeckt auch gut. Es war eine gute Idee, die Weinwirtschaft mitzunehmen, also früh in den Markt zu kommen. Das muss nicht Beaujolais sein, das können auch andere sein. Das war eine gute Idee.

(Mertes, SPD: Spätburgunder, jawohl!)

Ich glaube, wir sind da auf dem richtigen Weg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf festhalten, für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft ist Folgendes entscheidend:

- 1. Wie sieht die einzelbetriebliche Förderung aus, also Investitionen? Sie ist gut.
- 2. Haben wir die benachteiligten Gebiete im Blickpunkt? Das haben wir.
- 3. Wie sieht die Junglandwirteförderung aus? Das bleibt so.
- 4. Wie gehen wir mit diesen Programmen um, die es auf europäischer Ebene gibt, also Integration der ländlichen Räume mit der Landwirtschaft? Herr Schmitt, auch das ist auf gutem Weg.

In der Weinwirtschaft werden wir auch weiterhin darauf setzen, dass Qualität die erste Rolle spielt.

Ich sage jetzt noch einmal etwas zur Frage des Weingesetzes. Ich habe den Weinbauverbänden angeboten, ich würde sie für die Verordnungen beleihen. Also können sie die Verordnungen selbst machen. Ich bin gespannt, ob man Ja sagt. Der erste Eindruck war nicht so.

> (Schmitt, CDU: Das können sie nicht selbst machen! Können Sie einen Vorschlag machen, wie das gehen sollte?)

 Das wäre eine Riesenentrümpelung, Herr Kollege Schmitt. Sie könnten es selbst machen. Das bedeutet aber auch Eigenverantwortung, die so hoch gehalten wird.

(Schmitt, CDU: Das können die doch gar nicht!)

Das heißt auch, dass man im Zweifel niemand hat, den man kritisieren kann. Man muss sich selbst kritisieren. Das ist das ganze Problem. Sie können sofort von uns beliehen werden, das ist gar keine Frage. Wenn sie sagen, wir machen es, dann werden sie dafür beliehen. Wir schaffen ein Rechtskonstrukt, das ist kein Problem. Dann können sie alle ihre Verordnungen selbst machen. Dann machen wir nur noch einen Rahmen als Weingesetz

(Schmitt, CDU: Über das Weinwirtschaftsgesetz, oder?)

– Das muss ich Ihnen doch nicht erläutern, dass das Weingesetz in Brüssel und Berlin gemacht wird. Da spielen wir doch nur eine untergeordnete Rolle. Das mit den Verordnungen überlasse ich ihnen gern. Sie können das gern selbst machen. Dann können wir schauen. Ich bin sicher, wir werden genauso qualitativ hochwertige Weine erzeugen und werden eine Riesenentrümpelung des Weinrechts haben. Wir werden eine klare Etikettierung und klare Aussagen auf den Etiketten haben. All das ist möglich. Ich verspreche Ihnen, das werden wir tun. Es bleibt dabei. Wir werden diese erfolgreiche Weinbaupolitik, diese erfolgreiche Landwirtschaftspolitik im Interesse unseres Landes und im Interesse der Kulturlandschaft unseres Landes fortsetzen.

Abschließend möchte ich eines zur GAP-Reform sagen. Sie wissen, die GAP-Reform ist gehoben worden. Jetzt muss man wissen, aus welcher Position Rheinland-Pfalz kam. Bei der Landwirtschaftskammer habe ich eine lange Diskussion mit meinem Freund Norbert Schindler in der Sache geführt. Ich reklamiere für Rheinland-Pfalz nicht, dass wir diejenigen waren, die diese GAP-Reform so beeinflusst haben. Jedenfalls haben wir alles dafür getan, dass der rheinland-pfälzische Landwirt heute jährlich 16,5 Millionen Euro mehr als früher zur Verfügung hat. Ich meine natürlich nicht den einzelnen Landwirt, sondern die Landwirtschaft insgesamt. Ich glaube, das ist ein Datum, das sich bei der Umstellung von einem System auf das andere sehen lassen kann.

(Beifall bei FDP und SPD)

Man muss sehen, wir kamen aus einer Position, bei der wir im Ländervergleich an zweitletzter Stelle lagen. Nur das Saarland lag noch hinter uns. Dann kann man sehen, wie gute Verbündete man hat. Wir hatten nicht die Verbünde der starken, sondern nur der schwachen Länder. Ich glaube aber, das Ergebnis kann sich sehen lassen, sodass wir sagen können, wir werden das tun, was wichtig ist, damit wir eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft erhalten und ausbauen, darüber hinaus eine Kulturlandschaft erhalten und diese verbessern.

Ich darf abschließend sagen, für die Landesregierung ist es von zentraler Bedeutung, dass dieses Land Rheinland-Pfalz so lebens- und liebenswert bleibt, wie es ist. Die Kulturlandschaft spielt dabei eine große Rolle.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Aufgrund der Redezeit des Minister hat jede Fraktion noch eine Redezeit von 18 Minuten.

(Schmitt, CDU: Sollen wir es nutzen?)

Lassen Sie mich zunächst weitere Gäste begrüßen. Wir begrüßen im Landtag ehemalige Abiturienten des Gymnasiums Bad Bergzabern sowie Mitglieder des SPD-Ortsvereins Bad Bergzabern. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Gibt es weitere Wortmeldungen?

(Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

Ich erteile Frau Kollegin Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich habe nur zwei Anmerkungen zu machen.

Herr Minister, Sie haben zum wiederholten Mal behauptet, dass wir "konventionell" und "biologisch" gegeneinander ausspielen. Das ist nicht so. Ich stelle das noch einmal klar.

(Minister Bauckhage: Das glaube ich Ihnen jetzt!)

Wir bewerten es unterschiedlich. Regional, saisonal und als Steigerung biologisch ist unsere Reihenfolge. Sie sollten sich merken, biologisch wird durch regional erst richtig ökologisch. Ich habe eben etwas über Transporte gesagt.

Ich komme zu den Molkereien. Sie haben eben die erfolgreiche Zusammenlegung gepriesen. Sie sind so erfolgreich, dass sie es sich nicht einmal leisten können, eine Ökoschiene für Milch einzuziehen. Das haben wir jetzt im Saarland. Ich wollte ein bisschen Wasser in den Wein gießen.

Ich komme zum letzten Punkt. Herr Kollege Mertes wurde mit dem Malboro-Risiko zitiert.

(Mertes, SPD: Es waren Rothändle, um es korrekt zu sagen!)

Das Gentechnikrisiko wäre nicht größer als das Rothändle-Risiko. Ich sage Ihnen den Unterschied. Das Rothändle-Risiko ist bekannt. Die Risikoforschung bei der Gentechnik ist völlig unterentwickelt. Ich betone noch einmal, bislang ist kein Versicherungsunternehmen bereit, die Risiken dieser Gentechnik zu versichern. Warum ist das so? Die Branche verdient doch sonst gern an allen möglichen Risiken. Machen Sie sich Ihre Gedanken darüber.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mertes, SPD: Das hat uns echt weitergebracht!)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Herr Kollege Dieter Schmitt hat das Wort.

(Abg. Schmitt, CDU: In Anbetracht dessen, was ich vorhin gesagt habe, verzichte ich und rede mit dem Minister anschließend!)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Lassen Sie mich zum Abschluss dieses Punktes der Tagesordnung den Hinweis geben, dass die zweite Beratung des Landesstraßengesetzes und des Gesetzes über die Errichtung der Landesbausparkasse bis nach den Abstimmungen über das Landeshaushaltsgesetz unterbrochen wird.

Ich rufe auf:

Einzelplan 14 – Ministerium für Umwelt und Forsten –

Die Redezeit beträgt 20 Minuten. Herr Abgeordneter Licht hat das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Vielleicht hätte es sich gelohnt, die den Fraktionen noch zur Verfügung stehenden 18 Minuten für einen tieferen Einstieg in das zu nutzen, was beim Disput zum Wortbeitrag des Herrn Dr. Gölter gesagt worden ist. Frau Kollegin Mohr ist leider nicht mehr im Saal. Wir hätten dort vielleicht noch etwas tiefer über die Frage reden können, was Philosophie ist und was grundsätzlich an Philosophie in einer Haushaltsdebatte notwendig ist, um Grundsätzliches zu begreifen. Das gehört zur Eröffnung der Debatte des Einzelplans 14.

(Ministerpräsident Beck: Sie ist vielleicht mit dem Herrn Dr. Böhr philosophieren gegangen!)

Das, was Herr Kollege Dr. Böhr in seiner Eröffnungsrede als Begriff genannt hat, ist zu nennen.

(Ministerpräsident Beck: Essind beide nicht da, es könnte sein, dass sie philosophieren gegangen sind!)

 Es mag sein, dass es notwendig ist, Herr Ministerpräsident. Er hat den Begriff der Nachhaltigkeit aufgegriffen und hat Sie zitiert. Lassen Sie mich einleitend einiges dazu sagen, weil es zum Etat passt.

Meine Damen und Herren, nachhaltige Entwicklung ist die Einsicht, dass Umwelt und Entwicklung thematisch eng miteinander verknüpft sind. Nachhaltige Entwicklung ist auf den Schutz und die dauerhafte Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen ausgerichtet und verfolgt dabei das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit für die jetzt lebenden und künftigen Generationen. Nachhaltige Entwicklung gründet auf dem Ausgleich wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Interessen.

Nicht umsonst hat die internationale Staatengemeinschaft 1992 in Rio in der Agenda mit weit reichender Substanz diesen Begriff der nachhaltigen Entwicklung beschrieben. Das, was in diesem Begriff beschrieben ist, wird weit reichend diskutiert. Dies ist ein 3-Säulen-Prinzip. Neben den ökologischen Interessen sind in gleichrangiger, sich abstimmender und verbindender Form die wirtschaftlichen und die sozialen Interessen zu betonen. Das gehört zum Grundverständnis einer Haushaltsdebatte; denn sonst kommt es zu solchen Wortmeldungen, wie sie Frau Mohr unpassend nach meiner Meinung versucht hat darzustellen.

Meine Damen und Herren, es ist wichtig zu sagen, wird eine der drei Säulen vernachlässigt, kommt jede nachhaltige Entwicklung ins Wanken. Das gilt für den gesamten Hauhalt. Das gilt für den Einzelplan Umwelt und Forsten.

Die politische Gesamtbilanz der Politik dieser Landesregierung stellt diesen Nachhaltigkeitsgedanken geradezu auf den Kopf. Das ist das Ergebnis dessen, was wir in den Debatten feststellen müssen. Ich will fünf Indikatoren nennen. Dazu gehört ein Haushalt, der die Verfassungsgrenze in mehreren Jahren wiederholt schrammt ohne entscheidende, umfassende und einschneidende

Reaktionen. Das ist ein Haushalt, der nach Kriterien anderer Bundesländer längst die Verfassungsgrenze überschritten hätte. Dazu gehört ein Ministerpräsident, der offensichtlich vor diesen schwierigen Situationen die Zukunft nicht in der richtigen Form im Auge behält.

(Stretz, SPD: Auch durch Wiederholen wird es nicht richtig!)

Der Finanzminister formulierte noch am 6. Oktober, wir können es uns eigentlich nicht leisten.

(Stretz, SPD: Wie geht es weiter?)

 Es geht so weiter: Dazu gehört ein Fraktionsvorsitzender, der die Haushaltsberatungen mit folgendem Satz begleitet, für die SPD bedeutet Sparen, das Geld nur mit einer Hand aus dem Fenster herauszuwerfen.

Das sind die Indikatoren, die zusammenfassend dazu führen, was wir heute vorfinden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, dabei bildet der Einzelplan 14 – Umwelt und Forstem – keine Ausnahme. Andernfalls wird ein Ausgleich von wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Interessen auf Kosten Dritter versucht.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Das geschieht zulasten der Kommunen, Privater, der Umweltverbände und der Umwelt, wie ich das noch beschreiben werde. Zudem wird dem Konnexitätsprinzip nach wie vor auch in diesem Etat und in diesem Ministerium mit seinen Auswirkungen nicht Rechnung getragen.

(Hartloff, SPD: Dann erzählen Sie einmal wo und was ---)

Ich nenne das Stichwort "Landeswassergesetz". Deswegen haben wir dem nicht zugestimmt. Zwei Milliarden werden in Zukunft auf alle Beteiligten zukommen. Sie sind nicht in der Lage gewesen, das Wie zu beschreiben und wer die Kosten trägt. Am Schluss müssen es die Kommunen vor Ort ohne vernünftige Regelung tragen. So viel direkt zu dieser Antwort.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

 Wenn Sie Konnexität beschreiben, dann müssen Sie konkret zu dieser Frage eine Aussage machen. Diese sind Sie schuldig geblieben.

> (Beifall der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich sage es ganz deutlich, den einzelnen Abteilungen und nachgeordneten Dienststellen will und kann ich keinen Vorwurf machen. Sie haben hervorragende Abeit geleistet. Das geschah in vielen Fällen sogar weit darüber hinaus. Das kann ich in vielen Gesprächen mit der Wasserwirtschaft feststellen. Das kann ich bezüglich des Landesuntersuchungsamtes feststellen. Dazu zäh-

len die Diskussionen vor Ort mit dem Forst über Hochwasserschutzprojekte.

Ich könnte jetzt vieles mehr aufzählen – darum geht es nicht –: Forderungen und Wünsche und auch im Einzelnen betrachtet sehr viel Sinnvolles. Nicht das ist das Problem, meine Damen und Herren. Das Problem ist eine politische Inkompetenz zum Handeln angesichts der vielen Fragen.

(Beifall bei der CDU – Stretz, SPD: Jetzt langt's aber!)

 Herr Stretz, das Problem – wir werden das gleich erleben, wenn Sie in die Haushaltsdebatte einsteigen – sind fehlende politische Vorgaben der gewählten Spitze in die und aus den einzelnen Ressorts.

(Fuhr, SPD: Jetzt sind es die fehlenden Vorgaben, letztes Jahr waren es zu viel!)

Das ist das Problem.

Meine Damen und Herren, das Geheimnis des Könnens liegt im Wollen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich will Ihnen noch nicht einmal unterstellen, dass Sie es nicht können – das will ich gar nicht machen –, aber Sie wollen noch nicht einmal.

(Beifall der CDU – Ministerpräsident Beck: Er wollte den Böhr loswerden, aber er konnte nicht!)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion sieht im Einzelplan 14 eine Menge Reserve, im Sinn des 3-Säulen-Prinzips eine nachhaltige Entwicklung zu steuern. Wir schlagen eine drastische Anhebung der globalen Minderausgabe vor. Zu einem kleinen Teil müssten auch die nachgelagerten Behörden ihren Beitrag leisten. Wir wollen eine Anhebung der korrespondierenden Mittel, der zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben von Ausgleichszahlungen bzw. Leistungen der landespflegerischen Kompensationsmaßnahmen, wobei in den Ausgaben durchaus noch einiges draufgepackt werden kann. Warum wollen wir das?

Meine Damen und Herren, auch das will ich Ihnen sagen. 5,77 Millionen Euro hat die Landesregierung hier geparkt, lediglich 75.000 Euro je Jahr als Ausgabe im Plan. Die Prognose ist leicht. Im Jahr 2006 werden dort etwa sechs Millionen Euro geparkt und auf Kante gelegt.

(Stretz, SPD: Überhaupt nicht!)

Diese Gelder fehlen zweckgebunden der Verwendung im landespflegerischen Bereich. Für die Umwelt zweckgebundene Mittel werden zur Haushaltsverbesserung eingesetzt. Es ist ein umweltpolitischer Skandal, Herr Stretz,

(Stretz, SPD: Was denn?)

dort Mittel vorzuhalten, die Zinsen für den Haushalt zu verwenden und nicht einzusetzen. Wissen Sie, das ist etwa so, als wenn der Kassierer von Mainz 05 die Mittel nimmt, sie anlegt und aus den Zinsen eigene Kredite finanziert. So ist das, meine Damen und Herren.

(Stretz, SPD: Können Sie das noch einmal wiederholen?)

Das ist umweltpolitisch ein Skandal. Das sage ich Ihnen.

Meine Damen und Herren, die CDU schlägt weiter vor, zum Freiwilligen Ökologischen Jahr dort weitere 20 Stellen vorzusehen. 20 weitere Plätze im Freiwilligen Ökologischen Jahr würden bedeuten, dass wir mehr Jugendlichen die Möglichkeit bieten, dort eine Chance zu erfahren und sich dort weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Der nächste Punkt ist die Verwendung der Abwasserabgabe. Dieser Vorschlag lässt mit den denkbaren Veränderungen des Rahmens einiges mehr zu, als Sie, die regierungstragenden Fraktionen, offensichtlich begreifen. Auch hier sage ich, das Geheimnis des Könnens liegt im Wollen.

(Stretz, SPD: Sie haben doch auch gewollt und nicht gekonnt!)

Sie wollen nicht. Ich sage es Ihnen noch einmal. Wir haben schon darüber debattiert. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre und der Ausschöpfung der bundesgesetzlichen Möglichkeiten kann man den effektiven Einsatz verbreitern.

(Fuhr, SPD: Haben Sie das Gesetz einmal gelesen, ausnahmsweise einmal?)

Andere Länder tun das beispielsweise. Ein Nachbarland verwendet dort zusätzlich fünf Millionen Euro. Das ist ein kleineres Nachbarland. Bei uns könnten das die Summen sein, die wir dort neu einsetzen wollen.

Ich hätte gern einen Ansatz zur Förderung von regenerativen Energien, die den Namen "Grundlastersatz" verdienen, mit diesem Haushalt verstärkt, aber ich will auch hier gar nicht zusätzlichen Konflikt in die beiden regierungstragenden Fraktionen hineintragen.

(Schwarz, SPD: Das ist aber rücksichtsvoll! Lichtgestalt!)

So rücksichtsvoll bin ich, meine Damen und Herren.
 Ich will Ihnen dies an dieser Stelle deutlich machen und wiederhole den Standpunkt der CDU-Fraktion zur Entwicklung der Windkraft: Meine Damen und Herren, 16 % Wirkungsgrad bei nicht planbarem Abruf bei dichter Besiedlung und gravierender Veränderung unseres Landschaftsbildes. – Angesichts dieser Punkte muss

endlich Schluss sein mit dem Ausbau dieser verschwenderischen Art von Ressourcen in unserem Land.

(Beifall der CDU – Rösch, SPD: Sagst Du das auch in Morbach?)

Ich sage das überall.

(Rösch, SPD: Das wundert mich!)

Meine Damen und Herren, ich weiß, wovon ich rede.

(Hartloff, SPD: Das ist der reinste Populismus! Da springt man hin und her!)

Konzentrieren wir uns auf unsere Möglichkeiten zum Ausbau der Geothermie, der Nutzung von Erdwärme, der Biogasentwicklung, der Energieeffizienz, der Einsparung in allen Bereichen.

Meine Damen und Herren, ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Initiativen der CDU-Fraktion. Da ist einiges deckungsgleich, was Biogas angeht, was auch die Geothermie angeht. Wir werden uns in einer breiten Anhörung damit weiter beschäftigen. Ich bin auch dankbar, dass Herr Minister Bauckhage heute Morgen ein paar klarstellende Dinge auch in Richtung der GRÜNEN in diesem Bereich gesagt hat. Ich würde mir nur wünschen, dass er FDP-Parteitagsbeschlüsse, beispielsweise die Windkraft betreffend, endlich auch einmal im Kabinett umsetzen könnte, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU – Frau Mangold-Wegner, SPD: Die Windkraft ist Ihr Steckenpferd!)

Zur globalen Minderausgabe will ich durchaus einiges sagen. Erstens ist der halbe Haushalt seit Jahren Zug um Zug für gegenseitig deckungsfähig erklärt worden. Das, was sich im Haushalt des Wirtschaftsministeriums widerspiegelt, ist in anderen Bereichen durchaus nachzuvollziehen. Im Übrigen wird ein eigener Vorschlag dort nur von uns verstärkt. Sie machen es selbst und können uns deswegen das auch nicht in der Form vorwerfen, wie Sie es an anderer Stelle schon getan haben.

Noch konkreter: Zahlreiche Titel haben das denkwürdige Kleingedruckte: "Aus diesem Titel können auch entsprechende Maßnahmen des Landes finanziert werden". – Wenn man das alles immer gegenseitig deckungsfähig macht, dann wird am Schluss addiert. Was herauskommt, sind dann weitere Hochglanzbroschüren.

(Stretz, SPD: Zeig doch mal eine!)

Nein sagen wir dazu oder antworten mit dem Wort des Finanzministers: "Wir können es uns eigentlich gar nicht mehr leisten".

(Beifall der CDU)

Wir sagen auch Nein zu den 500.000 Euro im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft im Umweltetat. Meine Damen und Herren, was haben die dort verloren? Die

Energie, die zur WM-Klimaschutzkampagne eingesetzt wird, sollten wir, wenn man die Kampagne spart, einsetzen. Das wäre ein Beitrag zum Klimaschutz, und nicht diese Mittel, wie sie hier vorgesehen sind.

Nehme ich mir nur die circa zehn bis zwölf Titel des Umwelthaushalts, die ich unter Selbstdarstellung oder Werbung insgesamt einstufe, und lasse das Ist des Jahres 2003 gelten, dann kommt das, was der Kollege gestern dazu schon gesagt hat, dazu, und dann kann ich in den beiden Jahren 2005 und 2006 addiert ca. 2,7 Millionen Euro einsparen. Wenn ich beim Ist einspare, heißt das, ich werde die Dinge überhaupt nicht komplett gestrichen haben. Ich brauche nur beim Ist zu bleiben. Das heißt, es geht, meine Damen und Herren.

(Stretz, SPD: Ja, ja, wenn man will!)

Ich stelle kritisch das Ausufern an Gutachten fest. Weniger wäre manchmal mehr. So ganz dumm sind die eigenen Leute auch nicht. Gutachten, die beispielsweise die Umsetzung von Windkraftanlagen in Waldgebieten, in Naturschutzgebieten, in Naturparks vorbereiten sollten, werden zu aus dem Fenster herausgeworfenem Geld, wie es Herr Mertes umschrieben hat, um bei diesem Beispiel zu bleiben.

(Schwarz, SPD: Das ist so etwas Banales! – Fuhr, SPD: Zitieren Sie doch einmal den eigenen Fraktionsvorsitzenden, oder fällt Ihnen da nichts ein?)

Die globale Minderausgabe, die durch ca. 33 Titel möglich ist – ich könnte Ihnen sogar jeden einzelnen Titel nennen; das heißt, ich habe mir die Mühe einmal gemacht, nicht einfach so blind jeden Titel –,

(Stretz, SPD: Das könnte man bezweifeln!)

könnte umgesetzt werden, wenn man sich am Ist von 2003 nur orientiert und gar nicht völlig einstellt. Man müsste sogar keinen einzigen Cent beim Hochwasserschutz oder beim Grundwasserschutz einsparen. Auch hier sage ich, das Geheimnis des Könnens liegt im Wollen. Sie wollen nicht. Sie wollen die grundsätzlichen Debatten, die Schwierigkeiten, wie dieser Gesamthaushalt aufgestellt ist, nicht begreifen.

(Stretz, SPD: Das ist der Unterschied, wir können und Sie wollen!)

- Offensichtlich können Sie auch nicht.

(Schwarz, SPD: Sie wollen nur und können nicht!)

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Wochen den Waldschadensbericht Rheinland-Pfalz diskutiert. Lassen Sie mich dies als Überleitung benutzen, um noch einige Punkte zu nennen.

Einer der wichtigsten Bausteine eines jeden auch wirtschaftlich wirkenden Konzepts muss die Identifikation des Försters mit seinem Wald sein und auch bleiben. Das können ihm Spezialisten nicht abnehmen.

Eine Forstreform war notwendig. Sie kann auch nicht stehen bleiben. Weitere Schritte sind angekündigt bzw. eingeleitet, um nur das Stichwort "Revierreform" zu nennen.

Fehler in den Reformschritten werden sich leider wie ein Nebel festsetzen. Es war ein großer Fehler, die Forstreform ohne die Beteiligung der maßgeblich Betroffenen im Landesforst, des Kommunalwaldes und des Privatwaldes anzugehen.

(Beifall der CDU)

Die besondere Kompetenz dieses Vorgehens unterstrich der SPD-Fraktionsvorsitzende mit dem Satz – ich will ihn hier noch einmal nennen –: Wenn du einen Sumpf austrocknen willst, dann darfst du nicht die Frösche fragen. – So sein Kommentar.

(Stretz, SPD: Das ist ein kluger Satz!)

 Ist das ein kluger Satz? Na ja, gut. Ich wundere mich, warum dann die SPD inkonsequent blieb und beim Umsetzen nur die "Oberfrösche" des Ministeriums – um in seinem Jargon zu bleiben – gefragt hat.

> (Beifall der CDU – Billen, CDU: So ist es!)

Das ist doch dann inkonsequent. Es ist nicht meine Wortwahl. Ich würde dies auch in der Form nicht so verwenden.

Meine Damen und Herren, das ist inkonsequent, und das Ergebnis ist, vier zusätzliche A16-Stellen im Ministerium, die sich zum Teil ideologischen Zielen widmen, beispielsweise dem Ausbau der Windkraft. Das könnte man völlig vergessen, weil es Unsinn ist.

Meine Damen und Herren, das Ergebnis waren Standortentscheidungen ohne nachvollziehbare Begründung, die weitere notwendige Entwicklungen unter Einbeziehung des Kommunalwaldes erschweren.

Meine Damen und Herren, das Ergebnis ist ein Holzmarkt, dessen Konzentration dem Kartellamt nicht standhalten wird.

(Unruhe im Hause)

- Meine Damen und Herren, hören Sie genau zu.

Infolgedessen werden die Verträge mit den Gemeinden null und nichtig. Wir werden uns Anfang des Jahres darüber zu unterhalten haben. Hier wird wieder einiges zurückgenommen werden müssen. Es ist ein Ergebnis, das von vielen Beteiligten als kritisch betrachtet wird.

Die beabsichtigte Änderung des Landeswaldgesetzes und eine hieraus resultierende Neuregelung des Abrechnungsverfahrens für die Revierdienstkosten steht jetzt an. Im Mitteilungsblatt des Gemeinde- und Städtebunds wurde es ausführlich behandelt.

Meine Damen und Herren, die dort geäußerten Erwartungen und beschriebenen Konsequenzen reflektieren

meine Vorwürfe. Über ein neues Umlagesystem sollen Kommunen gezwungen werden, Leistungen des Staates zu zahlen, obwohl sie diese nicht in Anspruch nehmen.

Meine Damen und Herren, auch wieder ein falscher Weg. Die Gemeinden werden auch dann in der vorgesehenen Neuregelung zur Zahlung der Revierdienstkosten gezwungen, und zwar für Leistungen, die sie an private Dritte vergeben. Das steuert auf eine Haushaltsanierung in diesem Teilbereich hin, den andere wieder bezahlen sollen. Nein, so kann es nicht gehen. Haushaltssanierung ja, in dieser Form nein.

(Beifall der Abg. Frau Schneider-Forst, CDU)

Meine Damen und Herren, im Sinn des Ausgleichs alle am Sparen beteiligen, ist okay. Im Sinn nachhaltiger Entwicklung, sich auf Notwendiges zu konzentrieren: auch dazu sage ich ja. Aber Sie verlagern die Probleme. Sie lösen sie nicht.

Die CDU-Fraktion sagt Nein zu diesem Haushalt.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Wir begrüßen zunächst weitere Gäste im Landtag, und zwar Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses "Sozialkunde" der 13. Klasse der David-Röntgen-Schule Neuwied. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Stretz das Wort.

Abg. Stretz, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen von der CDU-Fraktion, wir lassen Ihnen Ihre Vorurteile, weil wir es längst aufgegeben haben, daran etwas zu verändern. Es macht keinen Sinn, mit Ihnen weiterhin darüber zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Licht, in Ihrem Kampf gegen Windmühlen entwickeln Sie sich zusehends zu dem Ritter von der traurigen Gestalt.

(Itzek, SPD: Don Quichotte!)

Sie wissen genau, dass für uns, für die Landesregierung die Windenergie ein Teil des Mix ist, den wir uns vorstellen und was wir nach vorn treiben wollen. Es ist ein Teil, und da macht es überhaupt keinen Sinn, wenn man sich darauf stürzt und den Teufel an die Wand malt.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Ich sagte vorhin schon, ich habe das Gefühl, Sie werden nachts schweißgebadet wach und träumen von Windenergie, den Rädern, die um Sie herum nur Schatten

verursachen, und vielleicht werden noch ein paar Vögel erschlagen. Ansonsten kann ich mir nicht vorstellen, wie Sie zu diesem Horrorbild kommen können, das Sie heute auch wieder aufgezeigt haben.

(Beifall bei der SPD)

Wer sich den Haushaltsplan 14 des Ministeriums für Umwelt und Forsten anschaut und sagt, es wäre von Nachhaltigkeit nichts zu sehen, ist blind. Wer sich die Pläne der letzten Jahre anschaut und sagt, es wäre nichts passiert, ist einfach blind. Es tut mir Leid. Ich schenke Ihnen so ein Ding mit den drei Punkten. Vielleicht kommen wir dann ein kleines Stückchen weiter.

(Heiterkeit bei der SPD)

Herr Kollege Licht, was die Unverschämtheit in hohem Maß ist – Herr Kollege Bracht hat es gestern schon ebenso gemacht –: Wenn Sie behaupten, im Bereich der Öffentlichkeit dieses Ministeriums werden weit über 2 Millionen Euro in Ansatz gebracht, ist zu sagen, wir haben uns das noch einmal angeschaut. Selbst wenn wir die Wasserstandsmeldungen hinzurechnen und die Unwetterwarnungen berücksichtigen, kommen wir nie in diese Größenordnung. Vielleicht können Sie uns bei Gelegenheit die einzelnen Titel, Zahlen und Seiten sagen, dann rechnen wir gemeinsam, um vielleicht ein bisschen mehr Erhellung zu bekommen.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Ich sage nichts Negatives über Hopfen und Malz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, kaum ein Land hat so viel schützenswerte Natur wie unser Land Rheinland-Pfalz. Ca. 17 % der Landesfläche gelten als besonders wertvoll und sind auch geschützt nach EU-Kriterien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Naturschutz mit den Menschen vor Ort heißt Naturschutz durch schonende Nutzung.

Ca. 21 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche konnten mit dem FUL-Programm auf eine umweltschonende Nutzung umgestellt werden. Das ist ein gemeinsamer Erfolg, auf den wir auch stolz sein können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Natur als Heimat, Kulturlandschaft und Ort der Erholung wird mit einem neuen Naturschutzgesetz Rechnung getragen. Die Gemeinden erhalten ein flexibles Instrument als Ausgleich für Eingriffe in die Natur, Lebensräume in ihrer Gemarkung gezielt zu erhalten und weiter zu gestalten.

Natur- und Kulturlandschaft sind die wichtigsten Grundlagen für attraktive Naherholungs- und Tourismusräume. Kein anderes Land bietet größere Räume für die naturnahe Erholung, für Freizeit und für Natursport.

Es gibt bei uns allein sechs Naturparke einschließlich des grenzüberschreitenden Biosphärenreservats. Mit insgesamt 460.000 Hektar sind damit rund 23 % der Fläche von Rheinland-Pfalz Naturparke.

Besonders erwähnen will ich in diesem Zusammenhang an das 1996 von der Landesregierung gemeinsam mit Frankreich ins Leben gerufene grenzüberschreitende Biosphärenreservat Nordvogesen/Pfälzerwald. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Reservat umfasst das größte zusammenhängende Waldgebiet ganz Westeuropas.

Versickern, renaturieren und rückhalten sind drei Kernpunkte des Hochwasserschutzkonzepts. Dieses Konzept von Rheinland-Pfalz hat internationale Anerkennung gefunden und war Vorbild für den Hochwasseraktionsplan Rhein. Allein 150 Millionen Euro sind für die Hochwasserrückhaltung am Oberrhein eingeplant, 40 Millionen Euro davon bereits investiert.

2011 werden die Rückhaltungen fertig gestellt sein. Bis 2010 werden weitere 150 Millionen Euro in die Ertüchtigung der Rheindeiche investiert, und örtliche Hochwasserschutzmaßnahmen werden weitere 60 Millionen Euro kosten.

Mit diesem Finanzvolumen belegt unser Land unter den Bundesländern einen Spitzenplatz in der Hochwasservorsorge.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen die absolute Priorität der Hochwasservorsorge für den Hochwasserschutz.

Auch in den kommenden Jahren, 2005 und 2006, ist die Mittelveranschlagung im Haushalt so vorgenommen, dass die voraussichtlich realisierbaren Maßnahmen bei Deichen und Retentionsräumen auch umgesetzt werden können, so, wie das in der Vergangenheit auch der Fall war

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Naturschutz bedeutet aber auch, Heimat- und Lebensräume für unsere Kinder zu erhalten. Im Rahmen des "Aktionsprogramms Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz" werden daher naturnahe Spiel- und Erlebnisräume für Kinder und Jugendliche nach dem Leitbild der Agenda 21 geschaffen. Bisher sind mehr als 200 Projekte realisiert, und aus den Erfahrungen mit diesen Projekten entstand die Handlungsanweisung "Die Spielleitplanung".

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die politischen Schwerpunkte im Einzelplan 14 lassen sich in der Landespflege, der Wasserwirtschaft, dem Hochwasserschutz und in den Landesforsten erkennen. Diese Schwerpunkte machen allein 193 Millionen Euro von 334 Millionen Euro bzw. 200 Millionen Euro von 339 Millionen Euro im Haushalt des Ministeriums aus.

Im Bereich der Abfallwirtschaft gehen die Ansätze stark zurück. Der Grund liegt darin, dass erhebliche Mittel für die Sanierung der ehemaligen Mülldeponie in Sprendlingen erforderlich waren und wir im Jahr 2006 so weit sind, dass hierfür nur noch geringe Mittelansätze notwendig sind.

Im Bereich der Abfallwirtschaft will ich auf ein ganz aktuelles Thema eingehen. Sie wissen, dass DSD verkauft ist. Wenn man sich einmal die Zahlen anschaut, dass ein Unternehmen für wenig mehr als 800 Millionen Euro

ein anderes Unternehmen einkaufen kann und dafür weit mehr an Einnahmen erzielt, weil der Kontostand dieses Unternehmens mit 836 Millionen Euro über dem Verkaufspreis liegt, dann muss man sich schon fragen, ob das wirklich alles in Ordnung war. Wir wussten, dass der "Grüne Punkt" ein Unternehmen war, der keinen Gewinn machen durfte. Wenn es aber möglich war, in den Jahren, in denen DSD funktioniert hat, diesen Betrag quasi auf die Seite zu legen, dann stellt sich die Frage, ob nicht der Verbraucher in dem einem oder anderen Fall über den Tisch gezogen wurde.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige Anmerkungen zu den Änderungsanträgen der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen. Die CDU-Fraktion beantragt zu Kapitel 14 02 Titel 549 01 - Globale Minderausgaben - einen Betrag von 6 Millionen Euro bzw. 7 Millionen Euro. Dazu muss man wissen, dass die in den Hauptgruppen vier bis acht der Kapitel 14 01 und 14 02 veranschlagten Mittel fast ausschließlich gebunden bzw. kurzfristig überhaupt nicht gestaltbar sind. Somit verbleibt lediglich ein Rest von etwa 7 Millionen Euro. Das ist genau der Betrag, den Sie nun einsparen wollen. Wenn man das machen würde, dann könnten in weiten Bereichen des Umweltschutzes überhaupt keine Maßnahmen mehr fortgesetzt werden. Ich nenne einige Arbeitsfelder, die davon betroffen wären: Der Bodenschutz, die Luftreinhaltung, der Lämschutz, der Strahlenschutz, die Hochwasservorsorge, der Tierschutz, die Umsetzung der AGENDA21, die Förderung des Ehrenamtes usw.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wollen Sie das wirklich? Ich kann Ihnen sagen, dass wir das nicht wollen. Wir wollen diese Mittel, damit wir auch in diesem Bereich Maßnahmen weiter verfolgen können.

(Beifall bei der SPD)

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will – so können wir es den Deckblättern entnehmen – umweltpädagogische Maßnahmen mit Titel 686 04 stärker fördern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu muss man feststellen, dass diese Förderung aus dem Titel 633 03 zu erfolgen hat. In den Erläuterungen zu Titel 633 03 steht, dass diese Maßnahmen mit diesem Titel gefördert werden sollen.

Bei Titel 892 01 wollen Sie durch zusätzliche Mittel den Zuwendungsbedarf in den Naturparken besser absichern. Das Land förderte in den vergangenen Jahren verstärkt Projekte der Naturparke. Es ist aber festzustellen, dass in nicht wenigen Fällen die personellen Kapazitäten der Naturparkverwaltungen begrenzt sind. Außerdem werden verstärkt Projekte aus den EU-Programmen INTERREG und LEADER+ gefördert.

Wenn man sich die Positionen der beiden Oppositionsparteien anschaut, dann kann man feststellen, dass wir auf der einen Seite viel zu viel tun und deshalb ein großes Einsparpotenzial vorhanden sei, wie Herr Kollege Licht meinte, und dass wir auf der anderen Seite viel zu wenig tun. Das werden wir nachher noch von Herrn Kollegen Braun erfahren. Ich meine, wenn wir uns genau

in der Mitte bewegen, dann machen wir wahrscheinlich vieles gar nicht so schlecht, wie versucht wird, den Eindruck zu erwecken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushalt des Umweltministeriums, in den aufgrund der permanent wachsenden Anforderungen die Europäische Union praktisch hineinregiert – das erleben wir bei den Programmen, die aufgelegt werden, und bei den Vorschriften die ergehen –, ist von Nachhaltigkeit und dem Willen geprägt, trotz eines sehr engen Finanzrahmens unter Berücksichtigung entsprechender Prioritäten aktive Umweltpolitik zu gestalten. Dafür sprechen wir Ihnen, sehr geehrte Frau Ministerin Conrad, und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ihres Hauses unseren herzlichen Dank aus.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Herr Kollege Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin! Herr Stretz, es ist jedes Jahr Ihr gleicher Schluss: Die CDU will Kürzungen, und wir wollen einen erhöhten Haushalt im Umweltbereich. Daraus ziehen Sie den Schluss, dass Sie die richtige Politik machen. Logisch ist dieser Schluss zwar unzulässig, aber vielleicht können Sie trotzdem dabei bleiben und sind glücklich damit.

Ich möchte vorab – normalerweise setzt man sich zinächst mit dem Haushalt des Ministeriums auseinander – noch ein paar Worte zur CDU sagen. Herr Licht, was Sie vorgetragen haben, ist eine Bankrotterklärung für die Umweltpolitik der CDU.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das habe ich so von Ihnen noch nie erlebt. Entweder haben Sie sich als umweltpolitischer Sprecher völlig gedreht oder Sie stehen in Ihrer eigenen Fraktion so unter Druck, dass alle Einsparungen aus dem Umweltministerium kommen müssen. So kann man eine nachhaltige Politik aber nicht machen. Eine nachhaltige Politik bedeutet, dass man in die Zukunft investiert. Gerade in der Umweltpolitik ist eine Investition in die Zukunft meistens eine lohnende Investition, Herr Licht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Sie haben an drei verschiedenen Stellen vorgeschlagen, globale Minderausgaben im Umwelthaushalt zu tätigen: Einmal 20 Millionen Euro, einmal 6 Millionen Euro und einmal 1 Millionen Euro. Dieser Haushalt würde es nicht verkraften, wenn man diese Maßnahmen umsetzen würde. Da Sie das selbst wissen, haben Sie den Trick der globalen Minderausgabe gewählt, weil Sie nicht wissen, in welchen Bereichen Sie einsparen können.

Wenn Sie es wüssten, dann hätten Sie es sagen können. Dann hätten wir uns darüber unterhalten können. Aber die globalen Minderausgaben – – –

(Abg. Licht hält Unterlagen hoch)

 Ich weiß nicht, was sie zeigen, aber wenn das konkrete Vorschläge sind, dann bin ich daran interessiert.

> (Ministerpräsident Beck: Er will den Hochwasserschutz an der Mosel einstellen!)

Wenn Sie konkrete Vorschläge hätten, dann könnten wir darüber diskutieren. Dann könnten wir überprüfen, ob die Vorschläge nachhaltig sind. Wenn Sie sich auf die Nachhaltigkeit aber nur noch im finanziellen Bereich beziehen, dann mag das für einen haushaltspolitischen Sprecher durchaus nachvollziehbar sein, aber für einen umweltpolitischen Sprecher, der für seinen Bereich kämpfen müsste – das heißt nicht nur, dass man mehr Geld in den Bereich stecken muss –, damit dieser Bereich für die Zukunft fähig ist, ist das ein Armutszeugnis, Herr Licht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Zum Haushalt des Landes lässt sich sagen, dass im Umweltbereich in letzter Zeit überproportional viel eingespart worden ist, beispielsweise bei der Abfallwirtschaft. Bei der Abfallwirtschaft können wir natürlich im Bereich der Neuinvestitionen einsparen, weil das, was Umweltministerin Frau Martini noch vor zehn oder fünf Jahren verkündet hat, dass wir noch mehrere neue Müllverbrennungsanlagen im Land brauchen, schon lange her ist. Dass wir neue Planungen brauchen, ist wahrscheinlich auch klar, außer in bestimmten Bereichen, wo das Trockenstabilat noch etwas unsicher ist. Das Verfahren beispielsweise in Mertesdorf und in Trier ist dann hinfällig, weil wir wissen, dass wir im Jahr 2005 mit den Planungen so weit sind, dass die Anlagen tatsächlich stehen. Es war ein weiter Weg dorthin. Das Bundesumweltministerium hat dazu beigetragen, dass es zu einer Lösung kommt, sodass nach dem Jahr 2005 Hausmüll nicht mehr direkt deponiert werden darf. Ich halte das für eine umweltpolitisch große Leistung, die jetzt knallhart umgesetzt werden muss und die wahrscheinlich auch knallhart umgesetzt werden wird. Ich bin sehr optimistisch, dass auch unsere Umweltministerin in Rheinland-Pfalz daran arbeiten wird.

Wir brauchen aber auch Geld, um Altlastensanierungen zu betreiben. In einem Land der Chemieindustrie wie Rheinland-Pfalz brauchen wir natürlich viel Geld für die Altlasten. In der jetzigen desolaten Haushaltssituation können die Kommunen das nicht mehr schultern. Die Kostenabschätzung eines Projekts in Ludwigshafen bewegt sich zwischen 15 Millionen Euro und 118 Millionen Euro, je nachdem, was man mit dem Müll macht und was man aus dem ehemaligen Industriegelände herausholt.

Daher bin ich der Auffassung, dass die Kommune Ludwigshafen und andere Kommunen – in Hallschlag gab es eine ähnliche Situation – das nicht selbst tragen kön-

nen. Deshalb muss das Land die Führung übernehmen bei der Erkundung von Altlasten, aber auch bei der Sanierung von Altlasten. Wir müssen die Altlasten sanieren. Wir können sie nicht einfach so liegen lassen und hoffen, dass nichts passiert.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen wollen wir in diesem Bereich nicht kürzen. Die CDU hingegen sagt, da sei noch viel Luft und man könne noch viel in andere Bereiche umlenken. Dem ist nicht so. Das Geld benötigen wir bei der Altlastensanierung. Das ist nicht nur in Gerolsheim und in Sprendlingen so, sondern das ist an anderen Stellen genauso.

(Zuruf von der SPD)

 Ist und war. In Sprendlingen ist das noch, da in Sprendlingen nachsaniert werden muss, weil die alte Sanierung anscheinend nicht so erfolgreich war, wie man sich das erhofft hatte.

Meine Damen und Herren, unsere Anträge gehen aber vor allem in die Richtung, dass wir den originären Umweltschutz, den Naturschutz stärken wollen. Da muss man sich natürlich mit dem Konzept der Ministerin auseinander setzen, die nun überall durch die Gegend zieht und überall auch verkündet, dass Naturschutz nur durch Nutzung möglich sei, wenn ich das richtig sehe. So lautete zumindest die pauschale Ankündigung der Ministerin.

Wir sagen – da ist meiner Meinung nach eine differenzierte Diskussion durchaus wichtig –, in bestimmten Teilen kann man Naturschutz tatsächlich nur durch Nutzung erreichen. Wir wollen schließlich, dass bestimmte Situationen gleich bleiben, dass beispielsweise Wiesen weiter genutzt werden und die nicht in Wälder umgewandelt werden, wenn da niemand mehr irgendetwas tut. Deshalb brauchen wir auch die Nutzung. Deshalb brauchen wir natürlich auch eine landwirtschaftliche Nutzung.

Lassen Sie uns aber das doch ehrlich in die Richtung diskutieren, dass eine landwirtschaftliche Nutzung nur dann auf Dauer naturverträglich ist, wenn es sich um eine ökologische Landwirtschaft handelt. Deshalb können wir durchaus unterschreiben, ökologische Landwirtschaft ist eine Nutzung, die dem Naturschutz entgegenkommt und die auch Naturschutz widerspiegelt.

Aber zur normalen Landwirtschaft, die wir in Rheinland-Pfalz betreiben und die vielleicht sogar gentechnisch veränderte Produkte in den Umlauf bringen will, die mit Pestiziden und mit entsprechenden Düngemittel arbeitet – wir haben immer wieder im Waldsterbensbericht, dass es durchaus negative Auswirkungen in der Landwirtschaft gibt –, können wir nicht pauschal sagen, Naturschutz kann nur durch Nutzung stattfinden. Naturschutz kann manchmal eben nur dadurch stattfinden, dass nicht mehr genutzt wird. Das muss man mit berücksichtigen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss man eben auch im Biosphärenreservat Pfälzer Wald, berücksichtigen. Vielleicht ist Biosphärenre-

servat der falsche Name. Manche wollen nicht in einem Reservat wohnen. Vielleicht haben wir da eine falsche Diskussion angestoßen. Das ist aber nun einmal der internationale Name, der ins Deutsche übersetzt wurde. Manchmal hat man den Eindruck, die Bevölkerung und die Kommunen wehren sich mehr gegen den Namen als gegen die Tatsachen, die umgesetzt werden sollen.

Die vom Ministerium vorgeschlagene Kernzone von 2,1 % der Fläche, die nicht mehr weiter genutzt werden soll, ist wahrlich machbar. Dafür müssen sich die Leute vor Ort, auch die Landtagsabgeordneten, doch einsetzen können und vor Ort für vernünftige Beschlüsse sorgen.

(Itzek, SPD: Vor allem Pfälzer!)

egal ob das von der CDU oder der SPD kommt.

(Fuhr, SPD: Wir machen das doch!)

– Herr Fuhr, ich weiß, Sie machen das, aber von der CDU habe ich ein solches Engagement noch nicht gehört. Wenn das vom Landtag so kommt, bin ich der Meinung, dass man vor Ort diese vernünftigen Beschlüsse dann auch umsetzen kann, damit wir tatsächlich eine touristische Chance haben, den Pfälzer Wald als Biosphärenreservat, als Naturgebiet mehr zu nutzen. Das kann sich dann irgendwann auch ökonomisch rechnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb unterstützen wir eine offensive Diskussion um das Biosphärenreservat Pfälzer Wald. Das neue Landesnaturschutzgesetz sieht sogar vor, dass man einen Nationalpark in Rheinland-Pfalz einrichten könnte. Ich sage ausdrücklich, dass ich damit nicht die Diskussion eröffnen will, das Biosphärenreservat in einen Nationalpark umzuwandeln, aber es gibt durchaus zu anderen Gebieten von Rheinland-Pfalz die Möglichkeit, die Diskussion zu führen, ob man nicht in der Zukunft auch in Rheinland-Pfalz einen Nationalpark entwickeln könnte und sollte.

Das ist auch der wichtigste Punkt, den wir im neuen Landesnaturschutzgesetz unterstützen. Zu anderen Punkten haben wir noch Kritik vorzubringen, die wir aber an anderer Stelle noch entsprechend vorbringen werden.

Die Naturschutzverbände und die Umweltverbände in Rheinland-Pfalz leisten Großes. Das ist so wie bei allen Ehrenamtlichen. Deshalb kann man auch sagen, sie brauchen die entsprechende finanzielle und ideelle Unterstützung.

Oft ist es so, dass Ehrenamtliche im Bereich der Feuerwehr oder im Bereich des Katastrophenschutzes überall gern gesehen werden. Zu denen im Naturschutz heißt es immer, die machen unsere Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der Kommune kaputt und die wollen nicht, dass wir das und das und das alles umsetzen können. Ich sage Ihnen, die Ehrenamtlichen im Naturschutz leisten eine wichtige und nicht zu ersetzende Aufgabe.

Es gilt deshalb auch unser Dank den Ehrenamtlichen im Naturschutz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei SPD und FDP)

Wenn wir nicht nur einen brotlosen Dank verteilen wollen, sondern auch eine Arbeitsmöglichkeit festigen wollen, sollte man das in den Landeshaushalt einfließen lassen und nicht allgemein eine Förderung erhöhen – das wollen wir gar nicht –, sondern man sollte die Projekte, die im Naturschutz laufen und die von den Verbänden angestoßen sind, entsprechend stärker unterstützen. Deshalb haben wir einen entsprechenden Antrag gestellt. Auch wenn das schon bei einer anderen Haushaltsstelle geschieht, bringt und nützt das etwas, wenn wir das zusätzlich machen, weil die Ehrenamtlichen durchaus die Kapazität haben, das auch umzusetzen.

Insgesamt wollen wir die Naturparks stärken; dies auch wegen der touristischen Nutzung, aber auch wegen der regionalen Vermarktung und wegen der ökonomischen Situation, die wir dann vor Ort haben. Wir sehen in Rheinland-Pfalz eine durchaus große Chance, Ökonomie und Ökologie gerade in diesem Bereich in einer sanften touristischen Nutzung zusammenzubringen, die in die Zukunft hinein für Rheinland-Pfalz Arbeitsplätze sichert und über die diese Arbeitsplätze auch auf Dauer gesichert werden können, ohne dass es Nachteile in der Ökologie gibt.

Die neuen Schutzgebiete nach Natura 2000, die – so hat man den Eindruck – uns ursprünglich von der EU aufgedrückt wurden, weil so richtig umsetzen das im Land niemand wollte, sind eine große Chance für Rheinland-Pfalz und für den sanften Tourismus in Rheinland-Pfalz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir führen natürlich auch eine Diskussion um den Wald. Dabei geht es nicht um die Waldschäden, sondern um die Forstreform in Rheinland-Pfalz. Wir haben schon gesagt, dass wir einerseits durchaus mit Sympathie und andererseits natürlich kritisch die eine Stufe der Reform mittragen können. Das gilt für die Stufe der Reform, die zum Großteil umgesetzt wurde, dass die Forstämter zusammengelegt werden, sodass es weniger Forstämter gibt.

Nun sind wir aber auf einer anderen Schiene und einer anderen Ebene angelangt. Sie wollen auch dahin kommen, immer mehr die Forstreviere zusammenzulegen. Das beobachten wir natürlich kritisch; denn je mehr vor Ort die Forstreviere zusammengelegt werden, je mehr Funktionsstellen wir schaffen und je weniger Förster wir vor Ort haben, die sich in ihrem Wald auskennen, desto schwieriger ist die Situation, wenn wir einen großen Waldschaden haben, wenn beispielsweise die Gefahr eines Käferbefalls besteht oder wenn die Gefahr besteht, dass dem Wald Schaden droht. Wenn niemand da ist, der sich auskennt, kann man dann nicht mehr so schnell vor Ort eingreifen.

Mit den Funktionsstellen allein werden wir die Möglichkeiten eines schnellen Eingriffs – es geht manchmal um Stunden oder Tage – nicht schultern können. Deshalb sagen wir, dass wir das sehr kritisch sehen. Wir können nicht im Wald die Spardose für das restliche Ministerium errichten und immer wieder die Rücklagen des Waldes aufbrauchen. Deshalb sehen wir das Aufbauen dieser Rücklagen auch sehr kritisch.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe schon einmal gesagt, die Rücklagen im Wald sind für Notsituationen, für Naturkatastrophen, für Stürme und auch für Käferkalamitäten.

(Zuruf des Abg. Fuhr, SPD)

aber sie sind nicht für Notsituationen im Haushalt oder für Herrn Mittler vorgesehen, sondern sie sind für die Förster vorhanden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Fuhr, SPD: Sie müssen auch die Unterlagen lesen, die Sie anfordern!)

Wenn wir also nicht an die Spardose gehen wollen, die sich der Landesforst zu Recht zugelegt hat – dies gerade bei den Holzpreisen, die äußerst schwach sind und außerordentlich stark diesen Forsthaushalt belasten –, müssen wir mehr Geld in den Forsthaushalt hinein geben. Deshalb haben wir den Vorschlag gemacht, dass wir im Landesforst mehr Geld einsetzen, sodass wir die Nachhaltigkeit dort bewahren können, indem wir nämlich nicht die wertvollen Bäume herausschlagen und nicht mehr Wert entnehmen, als nachwächst. Es ist ein Unterschied, ob wir mehr Wert oder mehr Holz entnehmen, als nachwächst. Im Moment wächst mehr Holz nach, als entnommen wird. Wir wollen aber nicht, dass die wertvollen Bäume aus dem Wald herausgeholt werden und die "wertlos eren" bleiben.

Eine große Chance für die Forstwirtschaft und für die Landwirtschaft ist die Entwicklung der Biomassenutzung in Rheinland-Pfalz. Da hätte das Ministerium meiner Meinung nach große Chancen, noch mehr Druck zu machen und noch mehr an Information und Beratung zu geben und dies natürlich auch in der eigenen Kommunikation im Forstbereich umzusetzen, sodass wir zu einem verstärkten Einsatz vor allem von Wärme, aber in der Kraft-Wärme-Kopplung auch zu Stromerzeugung durch Biomasse kommen.

Auf unsere Anregung hin wurde schon über die Biomassestudie diskutiert. Wir wollen, dass die Biomassestudie nicht in den Schubladen liegen bleibt, sondern umgesetzt wird. Das hat die Ministerin leider bisher noch nicht geschafft. Wir fordern Sie auf: Geben Sie in dem Bereich Gas! – Man kann dies wirklich sagen, weil es auch um Biogas geht. Setzen Sie diese Studie um, machen Sie Rheinland-Pfalz unabhängiger, und schaffen Sie dadurch Arbeitsplätze!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen – das ist der letzte Punkt, den ich aufgreifen will – aber auch im originären Naturschutz noch einmal mehr Geld zur Kartierung unserer wertvollen Gebiete einsetzen. Wir haben immer wieder gemerkt, dass im

originären Naturschutz, und zwar im Ankauf und in der Pflege von Schutzgebieten und in der originären Grundlagendatensammlung, die Ansätze zurückgehen. Wir wollen nicht, dass diese Ansätze permanent zurückgehen. Sie sind Jahr für Jahr zurückgegangen.

Wir wollen diese auf dem alten Niveau belassen, und zwar nicht, weil wir demgegenüber treu dastehen, sondern es eine Notwendigkeit ist, Grundlagendaten zu sammeln, sonst können wir die entsprechenden Beschlüsse nicht umsetzen und haben nicht die Fakten, mit denen wir argumentieren können. Notwendig ist auch, mehrere Grundstücke anzukaufen, weil manchmal Naturschutz auch dadurch funktioniert, dass man bestimmte Teile der Landschaft aus der Nutzung herausnimmt.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Hohn das Wort.

Abg. Hohn, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man mit knappen Mitteln erfolgreiche und in die Zukunft gerichtete Politik machen will und es mit einem Haushalt zu tun hat, der eine Mehrzahl komplexer und ganz unterschiedlicher Politikfelder mit schwierigen Aufgabenbereichen enthält, muss man innovative Ideen und Phantasie haben, aber auch eindeutige politische Prioritäten setzen, entsprechende Entscheidungen treffen und diese auch umsetzen.

Meine Damen und Herren, es kommt selten vor, dass ich dem Kollegen Braun, wenn es um Umweltpolitik geht, Recht gebe, aber seine Einschätzung zu dem Beitrag des Kollegen Licht, der von einem Armutszeugnis sprach, kann ich voll und ganz unterstützen.

(Beifall der FDP und der SPD – Zuruf des Abg. Licht, CDU)

 Herr Kollege Licht, wenn Sie Parteitagsbeschlüsse zitieren, müssten doch gerade Sie wissen, wie das mit Parteitagen ist.

(Beifall der FDP und der SPD)

Es gibt Landesparteitage, die tun sich bei der Findung ihres Spitzenkandidaten schwer. Die müssen vorher noch eine Mitgliederbefragung durchführen, um nicht hinterher baden zu gehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Herr Kollege Licht, das war sehr dürftig, was Sie vorgetragen haben.

(Unruhe im Hause)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den Haushalt des Einzelplans 14 kann man mit Recht als einen Nachhaltigkeits- und Investitionshaushalt bezeichnen. Eine weitere Besonderheit dieses Haushalts besteht in der Intensität der Einbindung in internationale Rahmenvorgaben der Europäischen Union – das wurde auch schon vom Kollegen Stretz betont–, welche die rheinlandpfälzische Landesregierung umsetzen muss.

Beispiele dafür sind die NATURA-2000-Gebiete, das Veterinär- und Lebensmittelrecht, das Chemierecht und die Wasserrahmenrichtlinie.

31 % der Gesamtausgaben entfallen auf Investitionen. Das sind 87 Millionen Euro. Es fällt nicht leicht, im Haushalt des Umweltministeriums die für alle Einzelpläne geltende Effizienzrendite von rund 1,8 % zu erwirtschaften. Das Personalkorsett ist sehr eng, und die Wiederbesetzungssperre muss auch in 2005 aufrechterhalten werden.

Unsere Fraktion trägt diese Maßnahme mit, gibt aber zu bedenken, dass in dem einen oder anderen Fachbereich des Ministeriums eine wirklich sehr enge Personalausstattung vorliegt.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich einigen konkreten Bereichen zuwenden, so der Energiepolitik, insbesondere wenn es um erneuerbare Energien geht.

Die Energiefrage ist in der jüngsten Zeit zu einer Schicksalsfrage für die gewerblichen Nutzer geworden. Wir haben das heute Morgen schon eingehend diskutiert. Sie nimmt aber auch im privaten Sektor zunehmend eine Schlüsselrolle ein. Die Gründe dafür sind bekannt:

- undurchsichtige F\u00f6rder- und Bereitstellungspolitik des \u00f6ls.
- stark ansteigende Preise, die befürchten lassen, dass sich Energie zu einer Konjunkturbremse entwickeln könnte und
- weltweit rasant steigender Energieverbrauch.

Meine Damen und Herren, Energie ist nach den Arbeitskosten der größte Kostenfaktor in der Wirtschaft. Die prognostizierte Kostenentwicklung bei der Energie ist sehr problematisch zu beurteilen. Das Bestreben uns erer Partei ist deshalb darauf gerichtet, einseitige Abhängigkeiten von begrenzten Energieressourcen, die noch dazu zu einem großen Teil in politisch sensiblen Regionen lagern, zu vermindern.

Meine Damen und Herren, unsere Fraktion unterstützt grundsätzlich regenerative Energien und ihre ordnungspolitisch vertretbare Förderung.

(Beifall der FDP und der SPD)

Sowohl die Erschließung aller Potenziale der erneuerbaren Energien als auch eine umfassende Energieeinsparung und Effizienzsteigerung hält die FDP-Fraktion für wesentliche Voraussetzungen, um den Bedürfnissen einer wachsenden Weltbevölkerung nach Energie entsprechen zu können.

Durch die grüne Umweltpolitik in Berlin ist die Gleichrangigkeit der Ziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit sowie Umwelt- und Sozialverträglichkeit verloren gegangen.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, Markt und Wettbewerb müssen wieder greifen. Staatliche Regulierungen und Subventionen gehören ausnahmslos auf den Prüfstand. Ein Glaubensbekenntnis der FDP lautet: Energie ist Standortpolitik.

Deshalb fördert Wirtschaftsminister Bauckhage den weiteren Ausbau von effizienteren regenerativen Energien

Herr Kollege Braun, es wäre besser, wenn Sie beherzigen würden, dass Ökologie nicht ohne Ökonomie funktionieren kann. Darüber haben wir schon sehr häufig diskutiert. Jeder Euro, den Sie zum Teil für Ihre ökologischen Ideologien ausgeben wollen, muss erst verdient werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Doch, ich habe sehr gut zugehört. Herr Minister Bauckhage hat heute Morgen schon einmal versucht, Ihnen zu erklären, dass Sie nicht auf der einen Seite gerade bei den erneuerbaren Energien und der Windenergie die Einzelprojektförderung und auf der anderen Seite über Einspeisevergütungen noch einmal eine Doppelförderung haben können. Auch die Einspeisevergütung muss letztendlich der Verbraucher bezahlen. Ich denke, deshalb sollten wir auf erneuerbare Energien mit den entsprechenden Förderbedingungen setzen, die sich letztendlich auch am Markt durchsetzen.

Meine Damen und Herren, ich greife gern noch einmal auf, was unser Fraktionsvorsitzender Werner Kuhn bereits gestern zu den Wirkungen der Umweltpolitik der Bundesregierung gesagt hat: Nicht ohne Grund wird in verschiedenen Gutachten klar, dass die Politik von Umweltminister Trittin in Berlin Deutschland jedes Jahr 0,5 % an Wirtschaftswachstum kostet.

Bei einem Gesamtjahreswachstum von ca. 1,5 % ist ein negativer Beitrag von 0,5 % viel. Er wiegt schwer und belastet unsere Volkswirtschaft und den Arbeitsmarkt.

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz ist in der glücklichen Lage, in den Bereichen der Biomasse und der Tiefengeothermie klare Standortvorteile gegenüber anderen Ländern zu besitzen, die entsprechend genutzt werden müssen. Auch das wurde von den Vorrednern unterstrichen.

Die Energie- und Förderpolitik von Wirtschaftsminister Bauckhage hat deswegen besonders die Energiegewinnung aus Biomasse und Geothermie im Blick, nicht zuletzt auch deswegen, weil diese Energieformen im Gegensatz zur Wind- und Solarenergie grundlastfähig sind und damit zuverlässige Energiequellen darstellen.

Meine Damen und Herren, ein Bereich mit besonders hoher Investitionsquote ist der Hochwasserschutz. Er ist dies trotz einer Einsparauflage von 12,4 Millionen Euro bei der Förderung der Wasserwirtschaft. Die Rückführung von Finanzhilfen bei Wasserversorgungsanlagen und bei der Abwasserbeseitigung ist politisch vertretbar, weil die Versorgung flächendeckend bereits so gut wie vollständig ist.

Trotz dieser Rückführung wird ein Investitionsvolumen von ca. 29 Millionen Euro im Bereich des Hochwasserschutzes realisiert. Meine Damen und Herren, mit dem Haushalt der Wasserwirtschaft müssen auch die Aufgaben, die sich aus der EU-Wasserrahmenrichtlinie ergeben, bewältigt werden. Hier geht es zunächst um eine Bestandsaufnahme und dann um eine landesweit naturnahe Wiederherstellung der Qualität der Gewässer. In die Finanzierung dieser Aufgabe werden auch Mittel aus der Abwasserabgabe einbezogen. Der diesbezügliche Entschließungsantrag der CDU ist insoweit zwar nicht falsch, aber er geht ins Leere, weil der Inhalt des Entschließungsantrags bereits in der Planung und in der Agenda der Landesregierung vollständig enthalten ist. Aus diesem Grund wird unsere Fraktion diesen Antrag ablehnen.

Meine Damen und Herren, von großer Aktualität ist das geplante Hochwasserschutzgesetz. Dieser Gesetzentwurf wendet sich massiv gegen die Interessen zahlreicher landwirtschaftlicher Betriebe und beeinträchtigt auch die Belange vieler betroffener Kommunen. Die Landesregierung hat nach Auffassung unserer Fraktion den richtigen Standpunkt vertreten und hält mit großer politischer Konsequenz an ihrer Überzeugung fest.

Unbeschadet der grundsätzlichen Berechtigung des Gesetzentwurfs ist das Ackerbauverbot und die flächendeckende Ausweisung von Überschwemmungsgebieten unverhältnismäßig, praxisfremd, kurzum falsch. Die Erosionsgefährdungen, die als Begründung von der Bundesregierung dafür herangezogen werden, gehen an der Realität weit vorbei. Diese Regelung soll nach dem Gesetzentwurf von 2013 an wirksam werden. Meine Damen und Herren. Gott sei Dank sieht es so aus. dass der Protest aus Rheinland-Pfalz und aus anderen Bundesländern, im Übrigen auch aus Brandenburg, das Gesetzesvorhaben von Bundesumweltminister Trittin verhindern wird. Ich hoffe, es bleibt dabei, dass die rotgrüne Koalition eine Zweidrittelmehrheit im Bundesrat gegen das Gesetz im Deutschen Bundestag nicht mehr überstimmen kann.

Meine Damen und Herren, das Projekt "Quasi-Landesbetrieb Landesforsten", das im Jahr 2002 gestartet wurde, läuft Ende dieses Jahres aus. Das Experiment ist geglückt, und die Landesforstverwaltung wird ab 1. Januar 2005 als Landesbetrieb nach § 26 der Landeshaushaltsordnung geführt.

Entsprechend der spezifischen Aufgabenstellung von Landesforsten unterscheidet sich dieser Landesbetrieb wesentlich von anderen Landesbetrieben, wie zum Beispiel der LBB oder der LSV.

Er unterscheidet sich dadurch, dass der Landesbetrieb Landesforsten in der Organisation der Landesverwaltung eingebunden bleibt und er politisch durch das Ministerium für Umwelt und Forsten geführt wird. Diese Lösung war für unsere Fraktion ein großes Anliegen, und wir sind jetzt damit zufrieden, dass in dem Konzept des Landesbetriebs Landesforsten das Herzstück der Forstverwaltung, nämlich das Gemeinschaftsforstamt, unverändert erhalten bleibt.

Unsere Fraktion begrüßt es auch sehr, dass in dem Haushalt 40 Hebungen von Planstellen von A11 nach A12 vorgenommen werden können und damit ein weiterer Schritt in Richtung des technischen Dienstes getan wird.

Meine Damen und Herren, im Übrigen spreche ich der Landesregierung, insbesondere Ihrem Haus, Frau Ministerin Conrad, meine Anerkennung dafür aus, dass die Umsetzung der Forstorganisation reibungslos läuft, und bei den Betroffenen auf hohe Akzeptanz stößt.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, aus dem Wirtschaftsplan Landesforsten möchte ich nur eine Zahl herausgreifen, nämlich die Rücklage, die derzeit eine Größe von rund 26,5 Millionen Euro aufweist. In den kommenden beiden Jahren ist zwar ein gewisser Betrag zur Entnahme aus der Rücklage vorgesehen, es besteht aber die Hoffnung, die Ministerin Conrad bereits im Haushalts- und Finanzausschuss angedeutet hat, dass es sich beim Haushaltsvollzug als nicht notwendig erweisen wird, die vorgesehene Entnahme aus der Rücklage tatsächlich in Anspruch zu nehmen.

Meine Damen und Herren, gerade im Forstbereich kann man zu keinem Zeitpunkt Naturkatastrophen, Schädlingsbefall und Markteinbrüche beim Holz ausschließen. Die Rücklage dient als gute Vorsorge. Das sollte sie nach unserer Auffassung auch bleiben.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend möchte ich zu den Landesforsten Rheinland-Pfalz bemerken, dass uns ein Blick in andere Bundesländer, und zwar in alle Himmelsrichtungen, in Rheinland-Pfalz erst bewusst macht, eine wie gute, eine wie solide und eine die in die Zukunft gerichtete Organisationslösung bei den Landesforsten Platz gegriffen hat. Auch hierfür gilt es Dank zu sagen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Bereich Naturschutz und Landespflege muss mit knappen Mitteln ein breites Aufgabenfeld bearbeitet werden. Beim Aufbau des europäischen Gebietsnetzes "NATURA 2000" geht es in den nächsten Jahren darum, die Bewirtschaftungspläne und die Managementpläne einschließlich eines Monitoring-Verfahrens und der Berichtspflichten gegenüber der EU-Kommission umzusetzen.

Unsere Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass die Beeinträchtigung der Eigentümer auf das notwendige Mindestmaß beschränkt wird und, wo das nicht möglich ist, finanziell ausgeglichen wird. Weitere Schwerpunkte sind das Naturschutzgroßprojekt Bienwald, das Biosphärenreservat Pfälzerwald und das Mittelrheintal.

Die Naturparkverordnung befindet sich in der Anhörung. Im Gesetzgebungsverfahren befindet sich das Landesnaturschutzgesetz als Nachfolger des Landespflegegesetzes.

Meine Damen und Herren, es hat sich als kluge politische Entscheidung herausgestellt, dass zunächst eine Vorschaltnovelle zum Landesnaturschutzgesetz verabschiedet wurde. Damit sind alle Fragen der Gebietskulisse ebenso abschließend geklärt wie das Problem der Entschädigungen. Sie wissen, dass dieses Problem der FDP besonders am Herzen gelegen hatte.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion hält die Aufstockung der Mittel für Zwecke der Lebensmittel- überwachung für zweckdienlich und sachgerecht. Die Lebensmittelkontrolleure hatten in zahlreichen Schreiben und auch Besuchen in den anderen Fraktionen auch bei uns wiederholt um Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten nachgesucht, um dadurch neuen Untersuchungsanforderungen und Untersuchungsstandards gerecht werden zu können.

Unsere Fraktion ist froh darüber, dass dieser berechtigten Bitte der Lebensmittelkontrolleure im Haushalt 2005/2006 nunmehr entsprochen werden kann.

Meine Damen und Herren, ich will eine abschließende Bemerkung zur Verpackungsordnung machen und möchte das Thema eigentlich lieber als Pfandchaos bezeichnen. Es kann keinen Zweifel mehr geben, dass die Sache jetzt endlich beendet werden muss, aber nicht um jeden Preis; denn es sind immer noch einige Fragen offen

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Doch, Herr Kollege Braun, das ist so.

So ist es nach Auffassung unserer Fraktion nicht damit getan, dass man zum Beispiel alle Insellösungen über einen Kamm schert und sie abschafft, sondern es gibt herstellerunabhängige Insellösungen, deren Beibehaltung durchaus berechtigt ist. Gerade von dem PET-System sind viele rheinland-pfälzische Sprudelhersteller, im Hochwald, in der Eifel unmittelbar betroffen. Deshalb, denke ich, sollte man das sehr abwägen und sehr sorgsam mit diesem Thema umgehen.

Die Landesregierung hatte im Bundesrat bereits einen Antrag in diese Richtung gestellt, der leider seinerzeit nicht mehrheitsfähig gewesen ist. Es sind auch immer noch nicht alle Zweifel ausgeräumt, zum Beispiel, ob die Pfandregelung letztendlich europarechtskonform ist.

Das gestern ergangene Urteil des Europäischen Gerichtshofs bringt hier Klarheit. Leider kenne ich seinen Inhalt im Detail noch nicht. Ich möchte aber auch nicht weiter darauf eingehen.

Meine Damen und Herren, vor einem Jahr, im Dezember 2003, hat der Landtag bei der Diskussion des AGENDA-21-Programms der Landesregierung zum Ausdruck gebracht, dass Nachhaltigkeit keine sektorale Betrachtung erlaube. Nachhaltigkeit seit der Rio-Konferenz von

1992 bezieht praktisch alle Politikfelder mit ein und vernetzt sie zu einem Ganzen.

Beispiele dafür sind die Energieversorgung, die wasserwirtschaftliche Infrastruktur, die Komplexe Bauen und Wohnen sowie die Nachhaltigkeit im Raum.

Glücklicherweise – darüber müssen wir alle froh sein – ist inzwischen das Kyoto-Protokoll auch von Russland unterzeichnet worden und kann somit in Kraft treten.

(Schweitzer, SPD: Nur nicht von den USA!)

 Ich hoffe, die USA können irgendwann diesem Beispiel folgen.

Umweltpolitik erfährt zunehmend eine wachsende Internationalisierung.

Meine Damen und Herren, ein Großteil der Aufgaben des Ministeriums für Umwelt und Forsten sind Pflichtaufgaben. Bei der Finanzierung sowohl der Pflichtaufgaben als auch der freiwilligen Aufgaben ist der Kofinanzierungsanteil ziemlich hoch.

Daraus ergibt sich, dass der haushaltsmäßige Bewegungsspielraum relativ eingeschränkt ist und nur 41 Millionen Euro von 334 Millionen Euro beträgt.

Unsere Fraktion ist davon überzeugt, dass der Haushalt des Einzelplans 14 die richtigen Schwerpunkte und Lösungen aufzeigt, die den gegebenen Herausforderungen auch in einer zugegeben schwierigen Zeit gerecht werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Abgeordneter Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zwei Dinge muss ich auf jeden Fall aufklären.

(Creutzmann, FDP: Sie sind der große Aufklärer!)

Herr Hohn, Sie hatten genauso wie Herr Bauckhage wieder betont, wir würden zu den Einspeisevergütungen bei der Windkraft noch einmal etwas draufsatteln wollen. Ich will noch einmal klar machen, das ist nicht so.

Wir haben ein Programm für 5 Millionen Euro pro Jahr vorgeschlagen, um die Akteure zu beraten, um die Investoren zusammenzubringen und dann zu den Maßnahmen innerhalb der nächsten Jahre zu kommen.

Es wurde schon gesagt, das Zeitfenster ist sehr klein, in dem wir die Biomasseförderung schnell voranbringen können. Deswegen brauchen wir zusätzlich Unterstützung. Darauf zielt unser Programm.

Unser Programm ist nicht eine zusätzliche Förderung, weder von Geothermie noch von Solarenergie noch von Biomasse oder Wind. Das war nicht so, das haben wir auch nicht so gewollt, und es wird auch nicht so sein.

Herr Kuhn, Sie dürfen ruhig klatschen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Von daher ist auch die alte Förderung, die in diesem Ministerium früher so gelaufen ist, nämlich dass die Windenergie direkt unterstützt wurde mit Krediten oder sonstigen Zahlungen, nicht unser Konzept. Vielleicht verwechseln Sie das immer noch.

Da Sie und Herr Minister Bauckhage das immer noch verwechseln, wäre es vielleicht angebracht, dass die Energiepolitik ins Umweltministerium wechselt. Ich sage das nicht zum ersten Mal.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Eben!)

Aber da versteht man vielleicht etwas davon. Dann kann man es vielleicht dort auch voranbringen und lässt es nicht beim FDP-Ministerium.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die zweite Sache, die ich noch erwähnen möchte, ist die Hochwassergesetzgebung. Ich habe das schon bei der Einbringung des Hochwassergesetzes damals gesagt, als das Kabinett dieses Hochwassergesetz beschlossen hat.

Wir sind sehr wohl der Auffassung, dass es Kompromisse geben muss bei der HQ-100-Festlegung, also bei der Hochwasserlinienfestlegung. Dass wir die in fünf Jahren nicht schaffen, hatte ich damals gesagt, das ist durchaus nachvollziehbar. Da muss es Kompromisse geben.

Soweit ich informiert bin, gibt es diese Kompromisse. Vielleicht weiß die Frau Ministerin das und kann uns nachher sagen, was gestern in der Arbeitsgruppe im Bundesrat herausgekommen ist und ob wir ein Gesetz bekommen, das tatsächlich akzeptabel ist.

Auch das absolute Ackerbauverbot ist schon längst vom Tisch, Herr Hohn. Ich nehme an, das weiß Ihr Ministerium, und das wissen Sie auch.

Das Einzige, warum diskutiert wird, ist noch die Bebauungsentwicklung. Soweit ich mich erinnern kann, waren damals alle Fraktionen der Meinung, dass in Hochwassergebieten nicht zusätzlich gebaut werden soll. Das wollen wir auch auf jeden Fall einhalten. Ich glaube, das können wir auch von Rheinland-Pfalz aus unterstützen. Ich halte das für richtig.

(Vizepräsident Creutzmann übernimmt den Vorsitz)

Die Entwicklung ist weiter, als Sie das anscheinend wussten, Herr Hohn. Ich glaube, es ist auch akzeptabel im Moment.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Creutzmann:

Zur Erwiderung hat Herr Abgeordneter Hohn das Wort.

Abg. Hohn, FDP:

Herr Kollege Braun, gehen Sie einmal davon aus, dass wir den aktuellen Stand sehr wohl kennen. Ich denke, es ist insbesondere Rheinland-Pfalz und der Umweltministerin Frau Conrad zu verdanken, dass überhaupt in diesen Bereich Bewegung hineingekommen ist. Wir wissen schon alle, von was wir reden.

(Beifall der FDP und der SPD – Pörksen, SPD: Wie wahr!)

Aber wenn Sie noch einmal die Doppelförderung ansprechen. Heute Morgen waren Sie es oder Ihre Kollegen, die noch einmal dezidiert die Einzelprojektförderung verlangt haben.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was?)

Das ist im Zusammenhang mit Einspeisevergütung eine Doppelförderung. Sie können nicht sagen, Sie verlangen das nicht.

Im Übrigen werden Sie natürlich verstehen, dass wir Ihrer Auffassung nicht folgen können. Die Energiepolitik ist bei Minister Bauckhage schon in richtigen Händen.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Fuhr.

(Schweitzer, SPD: Ein guter Mann!)

Abg. Fuhr, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss mich am Anfang doch an den Kollegen Licht wenden.

Wenn ich Ihrer Rede so zuhöre: Sie haben es so mit dem Wollen und dem Können. Da ist mir ein Spruch meines alten Kunstlehrers eingefallen. Der hat immer gesagt: "Kunst kommt von Können. Wenn es von Wollen käme, würde es Wunst heißen."

In dem Sinn kann man bei Ihren Haushaltsanträgen höchstens von Haushaltswunst und nicht von Haushaltskunst reden.

(Beifall der SPD und der FDP – Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Mir ging es auch schon wie meinem Vorredner, dass ich mich bei der Vorberatung des Haushalts gefragt habe: "Ist er noch der umweltpolitische Sprecher oder schon der haushaltspolitische Sprecher, oder bewirbt er sich darum?"

(Zuruf des Abg. Licht, CDU – Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Das zweite Jahr hintereinander, dass Sie angesichts der Haushaltsrede Ihres Fraktionsvorsitzenden versuchen, am zweiten Tag noch etwas zu reißen und zu verändern. Aber das gelingt Ihnen beim umweltpolitischen Haushalt nicht.

(Beifall der SPD und der FDP – Schweitzer, SPD: Was will er denn reißen?)

Ich will Ihnen das an zwei Punkten nachweisen. Zum Thema "Forstreform" will ich heute das ganz kurz halten. Der Kollege Hohn hat das Wesentliche schon gesagt.

(Schweitzer, SPD: Schade!)

Ich denke, Ihr Verhalten bei dieser ganzen Reform, wie sie eingeleitet wurde aufgrund veränderter Rahmenbedingungen – – Sie stellen sich jedes Mal an das Pult, am Anfang haben Sie die Forstämter beklagt, als sie zusammengelegt wurden, dann haben Sie beklagt, die Beteiligung hat nicht stattgefunden, und dannsind es die ominösen vier Stellen im Haushalt.

Mehr haben Sie zu diesem ganzen Bereich nicht zu sagen. Mehr bringen Sie auch in die Haushaltsberatungen nicht ein.

(Beifall der SPD und der FDP)

Das ist jedes Jahr dasselbe, dass Sie nur auf diesen Punkten herumreiten und das zu einer Reform, die in einem atemberaubenden Tempo innerhalb von zwei, drei Jahren so eine große Veränderung gebracht hat, wie wir sie jetzt vorfinden und dabei eine höchste Zufriedenheit bei den Mitarbeitern findet.

(Licht, CDU: Reden Sie mit den Leuten!)

Es ist nicht so, Sie wünschen sich das doch, dass diese Unzufriedenheit vorhanden wäre. Aber sie ist es nicht. So viel Veränderung in so kurzer Zeit mit so hoher Zufriedenheit bei Mitarbeitern und auch bei den Kunden, wie man immer mehr fes tstellt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Sie haben nichts anderes zu sagen als das, was ich genannt habe.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Wie der Kollege Hohn gesagt hat, wir sind sehr froh. Das war auch unser politischer Wille, dass die Landesforstverwaltung Teil der hoheitlichen Verwaltung bleibt.

Das wird zum 1. Januar umgesetzt, ein erneuter Schritt in diesem ganzen Prozess. Wir begleiten diesen Prozess positiv und finden ihn richtig so.

(Beifall der SPD)

Herr Kollege Licht, noch besser wird es, wenn man Ihre Haushaltsanträge liest. Wir haben die gestern gezeigt bekommen.

Sie können sicher sein, dass in Ihrer Fraktion anscheinend niemand die Anträge liest, aber bei uns müssen Sie schon voraussetzen, dass wir die Anträge lesen.

(Beifall bei der SPD – Schweitzer, SPD: Sehr richtig!)

Da lesen wir in Ihrem Entschließungsantrag zur Abwasserabgabe, Sie fordern uns auf, die Landesregierung aufzufordern, ein Gesetz vorzulegen, das die Zweckbestimmung des Landesgesetzes mit der des Bundesgesetzes uneingeschränkt identisch macht.

Jetzt holen wir uns den Text des Landesgesetzes. Da steht: "Das Aufkommen aus der Abwasserabgabe ist im Rahmen der Zweckbindung des § 13 AbwAG und nach Maßgabe des Haushaltsplanes bevorzugt zu verwenden...."

Sie fordern uns auf, ein Gesetz dahin gehend zu ändern, dass wir das hineinschreiben, was schon drinsteht. Das ist wirklich sinnvoll.

(Beifall der SPD – Zurufe von der SPD: So ein Unsinn!)

- Ja, ja. Das geht noch weiter, keine Sorge.

Der § 16 des Landesgesetzes nennt bevorzugt fachliche regionale und sektorale Schwerpunkte, aber immer in dem Rahmen, dass die Verwendungsmöglichkeiten der Generalklausel des § 13 des Bundesgesetzes entsprechen müssen, dass es sich um Maßnahmen handeln muss, die der Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte dienen. Also ist im Landesgesetz das Bundesgesetz auch hinsichtlich der Zweckbestimmung voll enthalten. Dazu brauchen wir das Gesetz nicht zu ändern, wie Sie es vorgelegt haben.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU – Beifall der SPD und der FDP)

- Ja, das ist einfach so.

Aber Sie verfolgen einen anderen Zweck: Sie wollen eine zweckgebundene Sonderabgabe, die auch nur zweckgebunden eingesetzt werden kann, für Aufgaben

einsetzen, die durch allgemeine Steuermittel finanziert werden müssen. Das ist Ihr Problem. Das dürfen Sie nicht. Sie wollen an einer Haushaltsstelle Gelder kürzen und diese Gelder in eine andere Haushaltsstelle schieben, die Sie dafür eigentlich gar nicht verwenden dürfen. Das nennen Sie Haushaltspolitik. Ich sage Ihnen, dazu kann man nur Haushaltswunst sagen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Das wird auch nicht dadurch gerechtfertigt, dass Sie immer wieder auf die Haushaltsausgabenreste hinweisen. Das hat Ihnen Frau Ministerin Conrad in den letzten Jahren in jedem Ausschuss ausführlich erklärt, weshalb an dieser Stelle Haushaltsausgabenreste stehen. Diese Haushaltsausgabenreste haben mit Bewilligungen zu tun und damit, dass die Mittel je nach Baufortschritt abfließen. Daher kann man diese Haushaltsausgabenreste nicht als Begründung dafür heranziehen, dass man das Geld von der einen Seite auf die andere Seite schieben will

(Licht, CDU: Das haben Sie letztes Jahr gemacht! Sie haben das letztes Jahr gemacht! Haben Sie es gemacht oder nicht?)

Aber selbst wenn es irgendwie rechtlich möglich wäre, sind Ihre Anträge auch politisch falsch. Herr Kollege, Ihre Anträge sind auch politisch falsch.

(Beifall der SPD und der FDP)

Durch die Umsetzung Ihrer Deckblätter würden wir die Gelder für Wasserversorgung und Abwasserbehandlung reduzieren. Wir würden diese Gelder, die in die Kommunen fließen, um Investitionen zu unterstützen, reduzieren. Die CDU legt Anträge vor, die eine Kürzung von Investitionsgeldern bedeuten. Dies nenne ich in dieser Zeit sehr sinnvolle Haushaltsanträge.

(Beifall der SPD)

Sie würden die Gefahr eingehen, dass vor Ort Abgaben und Gebühren erhöht werden müssten. Sie gehen bewusst mit Ihren Anträgen die Gefahr ein, dass der Gestaltungsspielraum des Umwelthaushalts verkürzt wird. Deswegen frage ich Sie: Sind Sie denn umweltpolitischer Sprecher? - Sie haben selbst die Wasserrahmenrichtlinie und das Landeswassergesetz angesprochen. Sie wissen ganz genau – auch dies hat Ihnen Frau Ministerin Conrad nun schon zum zweiten Mal im Ausschuss erklärt –, dass in Absprache mit dem Landesrechnungshof auch Gelder der Abwasserabgabe zur Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie in Rheinland-Pfalz verwendet werden sollen. Durch eine Kürzung an dieser Stelle gehen Sie bewusst das Risiko ein, dass dieses Projekt scheitert und wir es nicht erfolgreich umsetzen können,

(Pörksen, SPD: Das wollen die doch nur!)

um dann wieder zu den Kommunen zu gehen und zu sagen: Es wurden keine Mittel zur Verfügung gestellt, um euch bei dieser Aufgabe zu helfen.

(Beifall der SPD)

Die Logik dieser Haushaltspolitik kann ich wirklich nicht mehr nachvollziehen. Sie können nicht so tun, als hätten Sie sich mit dem Haushalt beschäftigt. Wir lehnen Ihre Anträge ab.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP – Schweitzer, SPD: Er hat den Licht vernichtet! Das Licht wurde ausgeknipst!)

Vizepräsident Creutzmann:

Das Wort hat nun die Ministerin für Umwelt und Forsten, Frau Margit Conrad.

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Umweltpolitik der Landesregierung schützt die natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen und fördert eine nachhaltige Entwicklung. Sie stellt sich den globalen Herausforderungen durch konsequentes und verantwortliches Handeln zum Beispiel im Klimaschutz. Sie bedeutet mehr Sicherheit für Verbraucher und Verbraucherinnen und für die Menschen, die vom Hochwasser betroffen sind. Sie ist ein konsequenter und positiver Standortfaktor, schafft Arbeitsplätze, attraktive Lebensverhältnisse und fördert Innovation.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin insbesondere den Vorrednern der Koalitionsfraktionen dankbar, dass sie darauf verwiesen haben, dass unser Land über hoch attraktive Natur- und Kulturräume verfügt. Gerade sie tragen zu erheblicher Lebensqualität der Menschen in unserem Land bei, und sie fördern natürlich auch eine positive Entwicklung im Bereich Tourismus und Naherholung. Wir haben dies ausführlich auch in Verbindung mit dem Etat des Kollegen Bauckhage diskutiert.

Wir haben sechs Naturparks – das ist richtig –, und zwei weitere sind in der Entwicklung. Wir wollen auch die neuen Naturparks fördern. Auf 17 % der Landesfläche sind seltene oder schützenswerte Arten und Lebensgemeinschaften vorhanden, die wir in ein europäisches Netz N ATURA 2000 einbringen. Darauf können wir stolz sein.

(Pörksen, SPD: Das sind wir auch!)

- Vielen Dank!

Mit dem Biosphärenreservat Pfälzer Wald/Nordvogesen und dem Weltkulturerbe Mittelrheintal verfügt Rheinland-Pfalz über zwei von der UNESCO ausgezeichnete Kulturlandschaften von internationaler Bedeutung. Hinzu kommt, dass wir den Bienwald mit der Unterstützung des Bundesamtes für Naturschutz zu einem Schwerpunkt nachhaltiger Entwicklung machen wollen. Allein 1,4 Millionen Euro stehen in den nächsten beiden Haus-

haltsjahren hierfür zur Verfügung. Im weiteren Projektverlauf sollen ab 2007 weitere 8 Millionen Euro in diese Region für eine nachhaltige Entwicklung fließen.

Ein moderner Naturschutz – Herr Dr. Braun, in diesem Punkt unterscheiden wir uns in der Tat – trennt nicht zwischen Schutzgebieten und den restlichen Flächen.

(Beifall der SPD)

Es geht vielmehr um eine umwelt- und naturverträgliche Bewirtschaftung in der gesamten Fläche. An diesem Prozess arbeiten wir weiter. Dazu dient auch unser Programm Umweltschonende Landbewirtschaftung, das auf über 20.000 Hektar extensive Bewirtschaftungsformen ermöglicht und über 4.000 Landwirten zugute kommt. Es ergänzt damit sinnvoll das Projekt des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau über die Agrarstrukturprogramme. In unserem Titel stehen 5,5 Millionen Euro auch in den nächsten Jahren zur Verfügung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass es mir damit sehr Ernst ist, den Naturschutz ins 21. Jahrhundert zu bringen, wie ich es manchmal etwas salopp formuliere, belegt auch die Tatsache, dass ich es unter dem Begriff "Naturschutz durch Nutzung" zusammenfasse. Dies unterstreicht auch der Entwurf eines neuen Landespflegegesetzes, welches künftig als Landesnaturschutzgesetz oder als Gesetz für eine nachhaltige Entwicklung von Natur und Landschaft die rechtlichen Grundlagen legen soll. Der Gedanke der nachhaltigen Entwicklung zieht sich wie ein grüner Faden durch dieses Gesetz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Rheinland-Pfalz macht enorme Fortschritte im Klimaschutz. Wir wollen damit unseren Beitrag leisten und eine regionale Antwort auf die wohl größte Herausforderung geben, der sich unsere Welt sozial und ökologisch gegenüber sieht. Energie einsparen, Effizienztechnologie fördern, erneuerbaren Energien eine Chance geben und Zukunftstechnologien unterstützen, sind die wesentlichen Säulen dieses Konzeptes. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es versteht sich von selbst, dass eine solche Aufgabe nie die Aufgabe eines einzigen Ressorts ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

Bei dieser Aufgabe – an diesem Konzept – arbeiten alle Ressorts, die davon betroffen sind, sehr eng miteinander zusammen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wenn das wenigstens so wäre!)

Das ist so. Auch das Innenministerium und das Wirtschaftsministerium sind eingebunden. Es ist eine Gemeinschaftsaufgabe, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der Unterstützung des Kompetenzzentrums für nachhaltiges Bauen und Sanieren der Handwerkskam-

mer Trier oder mit unserem Modellprojekt "Kostenlose Energieberatung in Ein- und Zweifamilienhäusern" setzen wir bei dem nach wie vor größten Potenzial der Energieeinsparung an; denn immer noch werden 40 % der Energie für die Heizung in unseren Gebäuden gebraucht. In Rheinland-Pfalz sind schätzungsweise 120.000 Heizungsanlagen sanierungsbedürftig. Durch den Austausch dieser Anlagen entstünde ein Investitionsvolumen von ca. 1 Milliarde Euro. Anders ausgedrückt: ca. 2.500 Installateure wären ein Jahr lang beschäftigt, um diese Heizungsanlagen in moderne Heizungsanlagen umzurüsten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Energieeinsparungen rechnen sich für die Bürgerinnen und Bürger, für das Handwerk und für die Umwelt. Wir werden die Beratungsleistungen in diesem Bereich ausbauen, damit Hemmnisse, die nach wie vor bestehen, abgebaut werden können.

Rheinland-Pfalz ist mit einem Anteil von lediglich 30 % Eigenproduktion ein Stromimportland. Dies hat historische Gründe. Es ist heute unsere Chance, auf der Grundlage heimischer Ressourcen in vielen dezentralen Anlagen Wärme und Strom zu produzieren. Mittlerweile haben die erneuerbaren Energien bereits einen Anteil von 25 % an der Stromproduktion in Rheinland-Pfalz. Wir setzen auf einen Mix erneuerbarer Energien. Ich bin dankbar auch für diesen deutlichen Hinweise.

Herr Licht, Sie werden sich immer noch mit den Windrädern im Wald beschäftigen, die dort gar nicht stehen, wenn wir schon lange bei der Biomasse oder bei der Geothermie angelangt sind.

(Beifall bei SPD und FDP – Licht, CDU: War das jetzt ein Ausstieg?)

Wir setzen auf einen Energiemix, wobei die Biomasse zurzeit einen enormen Boom in unserem Land erreicht. Holz, nachwachsende Rohstoffe aus der Landwirtschaft, biogene Abfälle bieten eine Riesenreserve und Riesenressourcen, dies ökonomisch und auch ökologisch. Für die Forstwirtschaft bedeutet es, dass ein neues Segment aufgetan worden ist: Energieholzgewinnung und -vermarktung.

Ich möchte an dieser Stelle auch eine Null-Emissions-Initiative des Landkreises Kaiserslautern erwähnen. In einem, wie Sie wissen, relativ strukturschwachen Raum der Westpfalz werden Rohstoffe der Land- und Forstwirtschaft genutzt, um CO₂-neutrale Energieproduktion aufzubauen. Dies stabilisiert die Landwirtschaft in diesen Grenzertragsstandorten. Dies fördert die Holzwirtschaft. Dies fördert regionale Wertschöpfung, stärkt die regionale Wirtschaft, das Handwerk und die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Vor allen Dingen bleiben Ressourcen, auch die finanziellen, in diesem Raum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein großes Kompliment ist dem Kreis und seinen Verbandsgemeinden zu machen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich freue mich auch an dieser Stelle, dass die Städten und Gemeinden mit ihren kommunalen Gebäuden, den

Schulen und den Rathäusern Vorreiter für moderne und klimaverträgliche Energietechnologien auf der Basis der Biomasse geworden sind. Im Übrigen gibt es auch eine Vielzahl von Schulen – es sind mehr als die, die es nicht haben –, die heute bereits Solaranlagen auf ihren Dächern haben. Wir wollen die Kommunen auf diesem Weg der regenerativen Energienutzung weiter unterstützen.

Rheinland-Pfalz ist im Übrigen das erste Land, das mit einer Biomassestudie eine umfassende Potenzialanalyse für die Nutzung der heimischen nachwachsenden Rohstoffe vorgelegt hat. Diese Studie zeigt, kurzfristig sind vier Prozent unseres Primärenergiebedarfs bereits über Biomasse darstellbar. Das heißt, wir sind insgesamt durch die vielfältigen Aktivitäten unserem Ziel, welches der Landtag selbst formuliert hat, nämlich 12,5 % des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien im Jahr 2010 zu decken, mit einem Anteil von heute bereits über 8 % einen erheblichen Schritt nähergekommen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Lassen Sie mich noch einen Satz zur Geothermie sagen. Ich freue mich natürlich über die breite Zustimmung, die die Geothermie in diesem Haus erfährt. Aber auch an dieser Stelle möchte ich durchaus selbstbewusst sagen, wenn man nicht ständig diese Projekte begleitet und sieht, wo es hakt und wo weitere Unterstützung notwendig ist, dann sind sie als eine der Technologien, die durchaus auch aufgrund ihrer Geologie und aufgrund der speziellen Technologie noch als Risikotechnologien zu bezeichnen sind, riskant für die Unternehmen; nicht riskant für die Umwelt, um das deutlich zu sagen. Sie bedürfen weiterhin unserer Begleitung. Ich bin dankbar, dass wir eine Risikoabsicherung aus dem Haus übernommen haben, um unternehmerisches Risiko abzumidern.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Dennoch sind diese Projekte auf dem Vormarsch. Auch wenn der Weg zur Marktreife ein Stück weit weg ist, heißt das, dass wir heute alle Anstrengungen unternehmen müssen, diese enormen Energiepotenziale für die Zukunft nutzbar zu machen.

Das Kompetenzzentrum "Brennstoffzelle" gehört ebenfalls in die Palette der Programme, die wir heute unterstützen, um Perspektiven für die Zukunft zu sichern.

(Beifall bei der SPD)

Energie- und Ressourceneffizienz – das heißt, mehr Wachstum mit weniger Ressourcenverbrauch – ist die wichtigste Antwort auf ein weltweites Wirtschaftswachstum, welches heute bereits die Grenzen der Belastung der natürlichen Lebensgrundlagen bei weitem überschritten hat. Schauen Sie nach Asien oder insbesondere nach China, aber auch nach Indien oder Korea. Effizienztechnologien und erneuerbare Energien werden – ja sie sind es bereits heute – Exportschlager.

Es macht deswegen Sinn, ihnen auch im eigenen Land eine Chance zu geben. Dazu tragen zum Beispiel auch

solche Projekte wie der Solarpark Lilienthal in Neustadt an der Weinstraße auf einer Konversionsfläche bei.

(Beifall des Abg. Schweitzer, SPD)

In einem gemeinsamen Projekt des Landes Rheinland-Pfalz, der Pfalzsolar, der Pfalzwerke und von RWE Schott-Solar – wir haben auch Unternehmen im eigenen Land, die sich in diesem Geschäftsfeld der erneuerbaren Energien engagieren – entstand mit einem Investitionsvolumen von acht Millionen Euro die größte Solaranlage in unserem Land.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zum Thema "Energiepreise" sagen. Es ist richtig, sie sind heute durch einen Mechanismus bestimmt, den die Ökonomen nie leugnen konnten, nämlich einfach durch den Zusammenhang zwischen Angebot und Nachfrage. Der Riesenenergiehunger auf der Welt. insbesondere in den Bereichen der Schwellenländer und der Länder in Asien, hat zu einer solchen Nachfrage geführt, dass ungeachtet anderer Faktoren, die dabei immer noch eine zusätzliche Rolle spielen, dies der dominante Faktor für die Energiepreise der Zukunft ist und bleiben wird. Deswegen macht es auch ökonomisch Sinn – deshalb bin ich auch Herrn Hohn und anderen dankbar, die dies deutlich gemacht haben -, dass wir uns unabhängiger machen, auch in einem anderen Energiemix der Zukunft, welcher uns auch Ressourcen heimischer Energien nutzen lässt und vor allem die enorme Importabhängigkeit von im Wesentlichen zwei Energieträgern, die in nicht besonders stabilen Räumen der Welt gewonnen werden, mindert und für die Zukunft zurückschraubt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Deswegen ist Energie- und Klimaschutzpolitik weit mehr als Umweltpolitik.

Lassen Sie mich noch einige Sätze zum Hochwasserschutz und zur Hochwasservorsorge sagen. Sie haben im Doppelhaushalt weiterhin höchste Priorität. Wir halten an unserem Ziel fest – wenn sich die Zeiten etwas verschoben haben, dann schlichtweg deshalb, weil wir durch Klageverfahren unsere Projekte vor Ort nicht so schnell umsetzen können, wie wir das gern wollen –, bis 2012 die Hochwasserrückhaltemaßnahmen am Oberrhein und die Deichertüchtigung abzuschließen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ein Investitionsvolumen von ca. 30 Millionen Euro kann in den nächsten zwei Jahren in diesen beiden Bereichen umgesetzt werden. 87 Kilometer von 150 Kilometern Rheinhauptdeiche sind bereits auf dem neuesten Stand der Bautechnik. Nicht nur am Rhein, sondern auch an der Mosel, der Nahe, der Lahn und den kleineren Flüssen, auch zum Beispiel Queich, wollen wir durch örtliche Hochwasserschutzmaßnahmen vorsorgen. Dies wird dann ganz konkret den hochwassergeplagten Anliegern eine deutliche Entlastung und mehr Lebensqualität bringen, auch wenn es manchmal nur einen zehn- oder fünfzehnjährigen Hochwasserschutz bedeutet.

(Beifall bei SPD und FDP)

Weil es angesprochen worden ist, lassen Sie mich einige Sätze zum aktuellen Hochwasserschutzgesetz der Bundesregierung sagen. Die Verhandlungen sind ausgesprochen mühsam, weil wir dabei drei Ziele verfolgen. Wir wollen, wie wir das auch versprochen haben, estens, dass wir in Zukunft nicht mit einem Ackerbauverbot flächendeckend in Überschwemmungsgebieten reagieren müssen. Ich bin zuversichtlich, dass wir dieses Ziel erreichen können.

(Beifall bei SPD und FDP)

Zweitens wollen wir aber auch durch unsere Interventionen das Gesetz so verändern, dass es wirklich die Ressourcen in praktischen und nicht in theoretischen Hochwasserschutz lenkt, in dem wir nur noch Planungen besiegeln.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich mache es Ihnen deutlich. Davor können sich die GRÜNEN nicht drücken. Würde das Gesetz aus dem Hause Trittin, so wie es vorgelegt worden ist, in Rheinland-Pfalz umgesetzt werden, dann könnte ich mehr als die Hälfte unserer investiven Mittel für den Hochwasserschutz der nächsten fünf Jahre dazu verwenden, Planung zu machen und zu bedienen, ohne dass sie irgendeine Konsequenz für den Hochwasserschutz hätten. Deswegen werde wir an dieser Stelle vehement für eine Änderung sorgen.

Ich komme zum Dritten, dem Bauen und den Baugebieten. Herr Dr. Braun, da gebe ich Ihnen Recht. Gestern habe ich einen lancierten Bericht aus Berlin im "SPIE-GEL" gelesen. Es ist unredlich zu behaupten, dass wir als Länder das Bauverbot aufweichen wollten. Wir wollten es nur praktikabel machen. Das soll mit den strengen Regeln geschehen, die wir in Rheinland-Pfalz haben. Das ist ein Angebot.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es können auch andere sein. Ich bin auch einverstanden, wenn wir die Regeln von Bärbel Höhn und Michael Vesper aus Nordrhein-Westfalen nehmen; diese bleiben hinter denen aus Rheinland-Pfalz deutlich zurück.

(Beifall bei SPD und FDP – Zuruf von der SPD: Weit hinter uns!)

Um es deutlich zu sagen, wir wollen keine neuen Baugebiete in Überschwemmungsgebieten. Wir wollen die Handlungsspielräume an der Stelle, an der sie auch aus verfassungsrechtlichen Gründen gegenüber den Kommunen vorhanden sind, nutzen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Also doch!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach wie vor bin ich zuversichtlich, dass wir zu vernünftigen Lösungen kommen. Kompromisse müssen wir auch machen. Dazu sind wir bereit. Es ist angesprochen worden. Ehe sich irgendwelche Parolen halten, gebe ich diesen Zwischenstand. Wir stehen zu unseren Zusagen, die Problematik der Grundwasserhochstände in einigen Teilen der Vorderpfalz im Einzugsgebiet von Isenach-Eckbach anzugehen. Ein Konzept wurde mit unserer Unterstützung vorgelegt. Die ersten Baumaßnahmen sind bereits umgesetzt; weitere sind in Vorbereitung.

(Beifall des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

Zur Verbesserung der Wasserqualität in unserem flussreichen Land und zum Hochwasserschutz trägt die "Aktion Blau" bei. Sie wird im Übrigen zehn Jahre alt. Sie ist eine Erfolgsgeschichte. Knapp 70 Millionen Euro sind an und in die Gewässer an ca. 4.000 Flusskilometern zur Verbesserung des Wasserrückhalts und des ökologischen Zustands unserer Gewässer geflossen. Dass bereits mehr als die Hälfte unserer Gewässer die höchsten Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinien erfüllen, ist auch ein Ergebnis dieser früheren Aktivitäten. Ich sage es, weil wir im Bundesvergleich ausgesprochen gut liegen. Das ist auch ein Ergebnis des hohen Standards an Abwasserbehandlungsanlagen in uns erem Land.

Lassen Sie mich zwei Sätze zur Strukturreform der Landesforsten sagen. Ich bin den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen dankbar, dass sie dieses Konzept und diesen Reformansatz sehr konsequent und engagiert vor Ort umsetzen und mittragen. Die nächsten Reformschritte wie größere Reviere und Neuorganisation der Holzproduktion werden in der ersten Gruppe der Forstämter bereits umgesetzt. Herr Licht, gerade wo Gemeindewald betroffen ist, machen wir das sehr intensiv im Dialog mit den Kommunen und mit den Privatwaldbesitzern. Im Übrigen würden wir ansonsten gegen das Landeswaldgesetz verstoßen. Der Waldeigentümer bestimmt über die Reviergröße, und er bestimmt damit auch über die Geschwindigkeit.

(Beifall bei SPD und FDP – Licht, CDU: Unter Dialog verstehe ich etwas anderes!)

In Bezug auf die Neuorganisation und die Neuzuschnitte der Revierdienstkosten, die neu berechnet werden müssen, haben wir uns davon leiten lassen, diesen Prozess zu stabilisieren. Wir wollen für die Kommunen weiter ein verlässlicher Partner sein und bleiben.

Das vor zwei Jahren vorgeschlagene Modellprojekt Landesbetrieb war erfolgreich. Die Mitarbeiterzufriedenheit war sehr hoch. Aus diesem Grund schlagen wir vor, das Modell Landesforsten ab 2005 als Landesbetrieb zu führen, in dem hoheitliche und betriebliche Aufgaben und Aufgaben des Allgemeinwohls wahrgenommen werden. Er soll in der Fläche präsent sein und sich als Dienstleister für Bürger und Bürgerinnen und die Kommunen verstehen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, die Umweltpolitik unterstützt den Wirtschafts-und Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Ich will nicht auf die Vielzahl unserer Projekte mit den Universitäten und Fachhochschulen an dieser Stelle eingehen, weil es die Zeit nicht hergibt. Ich will zwei Sätze zum Thema "Verbraucherschutz" sagen. Gestern

sind von Herrn Bracht Summen angesprochen worden, die kein Mensch nachvollziehen kann. Das kann noch nicht einmal meine Haushaltsabteilung. Ausgerechnet mein Ministerium soll enorme Mittel für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung haben.

Es gibt kaum ein Ministerium, das aufgrund gesetzlicher Vorgaben Verbraucherinformationen darstellen muss. Denken Sie an das Umweltinformationsrecht. Denken Sie an die umfassenden Rechte der Bürger und Bürgerinnen nach Umweltinformation und Verbraucherinformation, die mit diesen Mitteln zu machen sind.

Man kann sich nicht hinstellen und bei einer Gentechnikdebatte verlangen, dass wir offensiv in Veranstaltungen mit diesem Thema umgehen und im nächsten Moment Haushaltsmittel anprangern, die dazu zur Verfügung gestellt werden sollen. Das ist nicht seriös.

(Beifall der SPD und der FDP)

Verbraucherschutzpolitik heißt, die Interessen der Verbraucher und Verbraucherinnen durch bessere Aufklärung und Information zu stärken. Eine Qualitätsoffensive der Lebensmittelüberwachung ist gestartet und auf den Weg gebracht worden. Kontinuierliches Qualitätsmonitoring ist bereits aufgebaut.

Lassen Sie mich zum Schluss zwei Sätze zum Ehrenamt sagen. Ich bin dankbar, dass es hier angesprochen worden ist. Natur und Umwelt erhalten erhebliche Unterstützung durch ehrenamtlich Tätige. In erster Linie sind natürlich unsere Aktivistinnen und Aktivisten der Naturschutzverbände dabei. Es gibt allein über 700 Bachpaten, darunter viele Schüler und Schülerinnen. Ich möchte an dieser Stelle allen ganz herzlich Dank sagen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das Ehrenamt im Naturschutz unterliegt enormen Veränderungen. Die Bedürfnisse an das Ehrenamt haben sich heute sehr stark geändert. Ich glaube, ich habe mit dem Naturschutzbund bundesweit ein einmaliges Projekt aufgelegt, welches insbesondere eine Ansprache an junge Menschen und ihre Bedürfnisse an das ehrenam tliche Engagement vorhält.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hatte vor, noch zu den unglaublichen Anträgen von der CDU Stellung zu nehmen.

(Lewentz, SPD: Besser nicht, Frau Ministerin!)

Zwei Bemerkungen kann ich mir nicht verkneifen. Herr Licht, ich werde es mir für die Zukunft merken. Sie können nicht hingehen und mit mir auf der MS Burgund auf der Mosel fahren und den eingeladenen Kommunalpolitikern erklären, dass wir möglichst schnell den Hochwasserschutz an der Mosel umsetzen sollten und gleichzeitig 20 Millionen Euro Kürzungen in der Wasserwirtschaft fordern.

(Lewentz, SPD: Ertappt!)

Das passt nicht. Das machen wir nicht mit, Herr Licht.

(Beifall bei SPD und FDP)

Es ist zu nahe liegend. Sie haben gesagt, das Geheimnis des Könnens liegt im Wollen. Das war der wesentliche programmatische Satz der Umweltpolitik der CDU; so hatte ich es verstanden. Ohne den Koalitionsfraktionen vorgreifen zu wollen, bin ich ziemlich sicher, dass Sie vielleicht wollen, aber die Koalitionsfraktionen dafür sorgen werden, dass Sie es nicht können dürfen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Umweltpolitik und der dieser zugrunde liegende Einzelplan folgt
dem Ziel: Sicherheit für die Menschen. Wir wollen dazu
beitragen, dass sich unser Land positiv weiterentwickelt.
Wir wollen dazu beitragen, dass sich die Menschen in
unserem Rheinland-Pfalz im Sinne eines Wohlfühllandes
auch weiterhin wohl fühlen. Ich glaube, in diesem Sinn
sind wir gut gerüstet.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Den Fraktionen steht noch eine Redezeit von jeweils sechs Minuten zur Verfügung.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Licht das Wort.

(Lewentz, SPD: Erzähl uns doch einmal von der MS Burgund!)

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Es ist schon interessant mitzuerleben, dass Sie auf weitere kritische Punkte, die ich auch nannte, überhaupt nicht eingehen.

(Lewentz, SPD: Wie war das mit der Burgund? Wir wollen das mit der MS Burgrund erfahren!)

– Ich will dazu auch noch kommen. Zu den Dingen, was Hochwasserschutz angeht, habe ich auch selbst in menen Ausführungen zur globalen Minderausgabe gesagt, dass es Ihnen möglich ist, wenn ich bei dem Ist von 2003 ungefähr bleibe, selbst dann diese Maßnahmen auszusparen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das habe ich getan, weil ich erwartet habe, dass Sie zu dem Bereich etwas sagen.

Meine Damen und Herren, was die Selbstdarstellungsmittel angeht, lassen Sie mich nur zwei Dinge herausgreifen. Allein ein Titel wird bescheiden im Ist 2003 bei

ungefähr 64.000 Euro liegend auf 180.000 beispielsweise in 2006 erhöht, verdreifacht sich also.

(Lelle; CDU: Hat mit Wahlkampf nichts zu tun!)

- Hat mit Wahlkampf überhaupt nichts zu tun.

(Lewentz, SPD: Denkt mal an Eure Broschüren, die Ihr gedruckt habt! Fußball, nix Politik!)

Oder denken Sie nur – das sage ich durchaus – an die 400.000 Euro, die mit der Klimaschutzkampagne zur Fußballweltmeisterschaft verbunden sind.

Die Leute wollen hierher kommen und Fußball sehen.

(Zuruf von der SPD: Eben!)

Ich bin davon überzeugt, in diesem Bereich werden Sie mehr Energie verschwenden, als sie dort an Positivem bewirken.

Meine Damen und Herren, auch das kann man möglicherweise sinnvoll anders einsetzen. Ich denke, in einer so schwierigen Zeit, die wir insgesamt in den letzten Wochen und Monaten auch hier betrachtet haben, muss man das auch zur Diskussionstellen.

Wenn der Finanzminister hingeht und seine Haushaltsrede mit den Worten umschreibt "Wir können es uns eigentlich nicht mehr leisten" dann muss man doch genau diese Frage bei vielen einzelnen Titeln einfach stellen.

Meine Damen und Herren, bemerkenswert ist beispielsweise, was Sie zu diesem Vorwurf, dass Sie diese 5,77 Millionen Euro, die auf 6 Millionen Euro wahrscheinlich im Jahr 2006 angestiegen sind, die Sie zweckgebunden parken, bei dem das, was Sie jährlich an Zinsen dort einnehmen, nicht einmal dazu ausreicht oder abdeckt, was Sie dort an Ausgaben einplanen, sagen. Das hätte mich einmal interessiert; denn auch da sind Sie außen vor geblieben.

Frau Ministerin, am meisten hat mich Ihre Bemerkung amüsiert, was Sie zur Windkraft im Wald gesagt haben. Das hat mich fast begeistert; dem offensichtlich sind Sie da jetzt ausgestiegen.

(Kuhn, FDP: Nein, nie eingestiegen! Das ist kein Ausstieg!)

– Herr Kuhn, die FDP hatten wir immer in dem Punkt auf unserer Seite. Das ist völlig klar. Nur warum sollte man eine Potenzialstudie machen, die exakt untersucht, welche Möglichkeiten im Wald bestehen, wenn ich chnehin nicht vorhabe, sie dort hinzusetzen? Dann ist doch das Geld wirklich aus dem Fenster hinausgeworfen. Das hätte ich mir dann doch sparen können, wenn ich ohnehin nicht vorhabe, dort einzusteigen.

Meine Damen und Herren, die Regionalpläne zeigen dort wohl ein Umsteuern. Der Wald ist in diesem Punkt

auch wieder schützenswert. Das ist richtig. Ich denke, das ist auch durch unser Zutun mit erreicht worden.

(Beifall der CDU – Stretz, SPD: Und was war mit der Burgund?)

Vizepräsident Creutzmann:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich rufe auf:

Einzelplan 01 – Landtag –

Die Fraktionen haben eine Redezeit von fünf Minuten vereinbart. Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Jochen Hartloff das Wort.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten den Einzelplan 01– Landtag –. Ich habe mir in den letzten Jahren immer etwas zur Gewohnheit gemacht, mir einmal ausrechnen zu lassen, was der Landtag pro Kopf unsere Bevölkerung kostet. Das sind im Jahr 2005 7,18 Euro und im Jahr 2006 7,85 Euro.

(Lewentz, SPD: So viel wie eine Pizza!)

Das ist seit Jahren etwa der gleiche Betrag. Wenn wir über die Frage diskutieren, was uns Demokratie bzw. Landtagsarbeit wert ist, dann sollte man das im Hinterkopf haben, wenn man über Dimensionen spricht.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, bei der Besprechung des Landtagshaushalts Dank zu sagen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtags, stellvertretend an Herrn Steinmetz. Wir sind gut betreut hier. Sie machen gute Arbeit. Wir verabschieden den Haushaltsplan des Landtags. Herzlichen Dank, dass wir diese gute Betreuung erfahren können!

(Beifall im Hause)

Dieser Dank geht natürlich auch an die Institutionen des Landtags, nämlich an den Bürgerbeauftragten und an den Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Wir haben uns darauf verständigt, dass wir bei der Beratung des Landtagshaushalts auch über die Frage des Abgeordnetengesetzes und die vorgeschlagene Erhöhung sprechen. Die Fraktionen der FDP, CDU und SPD schlagen eine Erhöhung der Diäten für das Jahr 2005 mit 1,8 % und 2006 mit 1,5 % vor. Ich weiß, dass es in diesen Zeiten bei der Bevölkerung als schwierig angesehen wird, wenn Abgeordnete Diäten erhöhen. Das hängt damit zusammen, dass es in vielen gesellschaftlichen Bereichen Schwierigkeiten gibt und die Angst vor der Zukunft verbreitet ist, natürlich auch, weil die Nachrichtenlage mit den schlechten Nachrichten oft mehr dominiert als die guten Nachrichten. Allerdings entspricht das nicht den Werten, die wir über die Ge-

haltsentwicklungen vorliegen haben. Sie wissen, dass wir immer anlässlich der Haushaltsberatungen über die Frage der Ordnung der Bezüge selbst entscheiden müssen und dass wir im Vorfeld darüber sprechen. Wir haben das auch dieses Mal getan und haben im Gegensatz zu den zwei Nullrunden, die wir in den vergangenen beiden Jahren und auch in der Vorzeit öfter eingelegt haben, diesmal die Auffassung, dass wir eine angemessene Erhöhung der Abgeordnetendiäten für notwendig erachten, damit die Bezüge der Abgeordneten nicht im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Gruppen letztlich abrutschen.

Ich weiß, dass die GRÜNEN andere Vorstellungen dazu haben, und ich will auch noch einen Satz dazu gleich sagen, weil die Zeit ein wenig fortläuft. Ich könnte bei Sicht in die Protokolle der letzten Sitzungen natürlich wiederholen, was die Einzelnen dann auch zu den umfassenderen Veränderungen sagen. Nur so viel natürlich, liebe Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, was die Zustimmung zu einer Veränderung der Diäten anbelangt, habe ich, wenn ich richtig geschaut habe, das letztmalig im Jahr 1994 gefunden, und – ein Schelm, wer Böses dabei denkt – damals wurden auch die Oppositionszuschläge bei den Veränderungen im Fraktionsgesetz erhöht. Das ist natürlich nur rein zufällig, dass solche Veränderungen dann gleich lautend waren.

Wir alle sprechen seit Jahren darüber: Lassen sich insgesamt die Abgeordnetenbezüge neu ordnen, die Renten neu ordnen? – Vieles spricht dafür, dass man das macht. Da sprechen die Kommissionen in Schleswig-Holstein, in Nordrhein-Westfalen, in Stuttgart und an anderen Orten davon, wie Modelle entwickelt werden, nämlich dass man es mehr freien Berufen angliedert, mehr entsprechend gegenüber dem Bild des Abgeordneten regelt, das eigentlich mehr aus dem Beamtenbereich kommt, so wie die Regelungen sind.

Allerdings muss man da ganz offen einräumen, zum einen würde es zunächst eine ganze Menge mehr an Geld kosten.

(Itzek, SPD: Kosten! Ja natürlich!)

Keiner in diesen Parlamenten hatte bislang den Mut und auch die Chance, angesichts der Öffentlichkeit das auch durchzustehen.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ist das bei den meisten Sachen!)

Das gehört zu dieser Ehrlichkeit dazu. Ich meine, wir müssen mit den Kolleginnen und Kollegen im Bundestag und in anderen Parlamenten schauen, wie wir in Zukunft diese Bezüge neu ordnen, um dem mehr gerecht zu werden.

(Itzek, SPD: 10.000 Euro)

Ich darf aber auch in Erinnerung rufen, dass es Rentenansprüche erst ab dem zehnten Jahr gibt. Wer kürzer im Parlament ist, und das soll es auch geben, hat keinerlei Rentenbezüge. Da sind Ihre Gedanken durchaus richtig, dass man sagt, man kann das linear machen. Wir wollen aber nach den gemeinsamen Vorgesprächen dies jetzt noch nicht beginnen und halten die vorgeschlagene Änderung ausschließlich bei den Abgeordnetenbezügen, bei allen anderen nicht, auch nicht bei den Fraktionszuschüssen trotz gestiegener Kosten, für angemessen.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Gesetzesvorschlag.

(Beifall der SPD, bei CDU und FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Jullien das Wort.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch für meine Fraktion darf ich an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung ein Wort des Dankes sagen. Ich erwähne hier niemanden namentlich, sondern tue das an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung.

Meine Damen und Herren, wir beraten heute das Landesgesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, ein Gesetz, ein Thema das mit Sicherheit mehr Emotionen hervorruft, als ihm gebührt und zusteht. Es ist aber auch ein Gesetzentwurf, der nicht nur und vor allen Dingen nicht für polemische und populistische Vorgänge geeignet ist und hier im Plenum mit der gebotenen Sachlichkeit und dem gebotenen Augenmaß diskutiert werden sollte. Um diese sachliche Diskussion zu führen, muss man sich einmal vergegenwärtigen, was die Ausgangssituation und wie die Ausgangssituation ist.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, diese Ausgangssituation wird nun einmal vom Bundesverfassungsgericht beschrieben, und zwar führt das Bundesverfassungsgericht aus, dass die Entschädigung der Abgeordneten nach der Rechtsprechung der Bedeutung des Amtes unter Berücksichtigung der damit verbundenen Verantwortung und Belastung und des diesem Amt im Verfassungsgefüge zukommenden Ranges gerecht wird.

Wenn man diese Ausführungen ernst nimmt und dann den weiteren Hinweisen des Bundesverfassungsgerichts folgt, die da lauten, das Bundesverfassungsgericht hat darauf hinzuweisen, dass die Freiheit des Mandats gefährdet werden kann, wenn die Entschädigung im Gefolge der wirtschaftlichen Entwicklung allmählich die Grenze der Angemessenheit unterschreitet, wird man mit Sicherheit nicht zu der Auffassung gelangen, dass über das, was wir heute diskutieren, eine Anhebung der Abgeordnetenbezüge im Jahr 2005 in Höhe von 1,8 % und eine Anhebung im Jahr 2006 von 1,5 % als unangemessen und überzogen zu bezeichnen ist.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass genau mit diesen Ansätzen die Grundsätze der Angemessenheit beachtet sind, wir auch den wirtschaftlichen Problemen, vor denen wir stehen, mit diesen Ansätzen gerecht werden und wir auch berücksichtigen sollen, dass nach nunmehr zwei Nullrunden in den Jahren 2003 und 2004 diese Anhebung verteilt auf insgesamt vier Jahre eine durchschnittliche Anhebung von 0,8 % ausmacht und damit mit Sicherheit unter den Tarifabschlüssen in der freien Wirtschaft und auch im öffentlichen Dienst liegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer über die Anhebung der Diäten diskutiert, muss auch darüber Bescheid wissen, dass eine Anpassung an gesamtwirtschaftliche Entwicklungen vorgenommen werden muss und es hier gerade für Abgeordnete keine Abkopplung geben kann. Es ist natürlich immer sehr interessant und auch sehr aufmerksam für die Öffentlichkeit, wenn dann, wie die GRÜNEN es tun, Vorschläge unterbreitet werden, die natürlich von weiteren Nullrunden sprechen und insbesondere auch Vorschläge beinhalten, die sich damit befassen, eine Neuregelung bei der Altersversorgung und beim Sterbegeld vorzunehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind mit Sicherheit Maßnahmen, die zu überlegen sind. Das sind mit Sicherheit Maßnahmen, die auch in Zukunft Berücksichtigung finden müssen. Nur, wenn wir eine Neufassung, eine Neugestaltung, der Abgeordnetenbezüge wollen, dann können wir dies nicht partiell tun, sondern müssen dies in einer Gesamtregelung, in einer Gesamtmaßnahme umsetzen und nicht nur einen Punkt herauspicken, wie Ihre Fraktion dies getan hat, Frau Thomas

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sehen, wie die Diskussion in anderen Bundesländern verläuft. Es wird in Nordrhein-Westfalen über eine Neuregelung der Abgeordnetenbezüge diskutiert. Es war Thema in Schleswig-Holstein gewesen. Ich bin mir auch sicher, dass es weiterhin Thema im rheinlandpfälzischen Landtag sein wird.

Lassen Sie mich zum Abschluss kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das rheinlandpfälzische System der Abgeordnetenentschädigung ist transparent, klar und präzise. Es ist nachvollziehbar und verfassungsrechtlich gedeckt. Die Diäten sind angemæsen und nicht überhöht. Insoweit erkläre ich auch für meine Fraktion die Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

Lassen Sie mich aber auch noch ein Wort zu einem vorliegenden Entschließungsantrag meiner Fraktion sagen, der sich mit der Änderung des Ministergesetzes befasst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Sie wissen, liegt Ihnen ein entsprechender Entschließungsantrag vor, der davon ausgeht, dass, wenn über diese Änderung des Ministergesetzes abgestimmt wird, wir auch hier nachdenken sollten, ob und in welcher Weise es nicht angebracht wäre, eine Gleichschaltung mit der Regelung der Versorgungsbezüge für die Abgeordneten zu erreichen. Ich sehe keinen vernünftigen Grund und keine Veranlassung, warum bereits ein Minister oder eine Ministerin und der Ministerpräsident nach fünf Jah-

ren Zugehörigkeit und Ausübung des Amtes eine Versorgungsregelung von 71,75 % erhalten soll,

(Glocke des Präsidenten)

während bei Abgeordneten die Versorgungsregelung erst bei 20 Jahren mit einem Prozentsatz von 68 % eintritt.

(Itzek, SPD: Über 20 Jahre! 20 Jahre stimmt nicht! – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich glaube, auch hier sind wir gefordert, dass wir diese Gleichbehandlung zwischen Ministern und Abgeordneten herbeiführen. Insoweit wäre ich den Regierungsfraktionen dankbar, wenn Sie dem vorliegenden Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Ihre Zustimmung erteilen würden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Selbstverständlich danken auch wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtags. Es wird viel Arbeit, viel qualitativ gute Arbeit geleistet.

Ich möchte vorausschicken, der Landtag ist sein Geld auch wert, egal, ob 7,25 Euro oder 8,43 Euro. Es wäre wohl zu unterstellen, dass der Landtag seine Aufgabe auch erfüllt.

Wir werden nicht für die Erhöhung der Diäten stimmen – das hatten wir angekündigt –, und zwar aus dem Grund, dass es im Moment wahrlich nicht in die Landschaft passt.

(Bischel, CDU: Wann hat es einmal gepasst?)

 Herr Bischel, ganz ruhig. Erst einmal die Argumentation hören.

(Bischel, CDU: Ich wollte nur einmal fragen!)

Da sind wir besonders in der Pflicht, auch als regierungstragende Fraktion im Bund, dass wir Änderungen durchgesetzt haben, die Kürzungen durchaus nicht nur bei den Beamtinnen und Beamten, sondern bei der gesamten Bevölkerung zur Folge hatten, beispielsweise beim Sterbegeld, Herr Lewentz, bei anderen Punkten auch. Auch im Landtag haben wir entsprechende Beschlüsse gefasst. Ich glaube, deswegen ist es falsch, wenn wir im Moment sagen, wir wollen die Diäten anhe-

ben. Ich glaube, wir können es als Landtagsabgeordnete auch von der Höhe der Diäten her verkraften, die Diäten nicht anzuheben.

Darüber hinaus wollten wir weitere Vorschläge unterbreiten. Uns war bekannt, dass Ihre Argumentation so sein würde, eine Gesamtreform mit der Abschaffung der Pauschalen usw. könne nicht auf den Weg gebracht werden. Das Argument wird schon seit zwei Legislaturperioden vorgebracht, also schon so lange, wie ich im Landtag bin. Davor war es wahrscheinlich auch schon so

Deswegen haben wir gesagt, dass wir die gesamte Reform zwar im Auge behalten wollen, wir aber dennoch ohne die Gesamtreform Maßnahmen angehen können. Das ist eine Angleichung des Rentenalters an die normalen Verhältnisse, nämlich erst ab 65 Jahren eine entsprechende Altersversorgung zu bekommen. Außerdem betrifft das eine andere Steigerung bei der Altersversorgung. Wir haben eine Steigerung um 2,5 % pro Jahr vorgeschlagen, aber nicht erst nach zehn Jahren. Das würde bedeuten, dass man die volle Altersversorgung von 68 % nach 27,5 Jahren erhalten würde.

Außerdem sind wir der Meinung, dass das Sterbegeld sofort gestrichen werden könnte, weil wir das auch dem Rest der Bevölkerung zumuten. Ich meine, das sollte auch für uns gelten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden Sie weiterhin zu Gesprächen über dieses Thema einladen. Wir sind der Auffassung, dass wir das in dieser Legislaturperiode auf die Reihe bekommen müssen, weil wir in der nächsten Legislaturperiode genau das gleiche Problem haben werden. Es wird neue Abgeordnete geben, die von einem Gesetz betroffen sein werden, das wir wieder besprechen müssen. Deshalb haben wir die Befürchtung, dass es in den kommenden fünf Jahren auch nicht vorwärts geht.

Eine Sache möchte ich noch erwähnen, nämlich die Diskussion über die Nebeneinkünfte. Ich meine, auch das ist wichtig. Der Ministerpräsident dieses Landes hat gefordert, die Nebeneinkünfte stärker in die Öffentlichkeit zu bringen, dass sie also veröffentlicht werden sollten. Auch dabei ist es wichtig, einen Kodex zu entwikkeln; denn wir wollen nicht, dass es uns geht wie manch anderen, die nach und nach ihre Nebeneinkünfte aufdecken müssen. Ich denke, es ist wichtig, dass die Bevölkerung weiß, von wem Abgeordnete sowie natürlich auch Ministerinnen und Minister Geld erhalten.

Noch ein Satz zum Schluss zum Antrag der Fraktion der CDU. Wir hätten uns natürlich gewünscht, dass Sie einen richtigen Änderungsantrag vorgelegt hätten. Sie haben uns hingegen einen Entschließungsantrag vorgelegt. Man kann sich dem – so banal wie es ist – nicht entziehen. Deswegen werden wir ihm zustimmen. Es gibt wirklich keinen Grund dafür, weshalb Minister eine höhere Altersversorgung haben sollten als Abgeordnete.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Creutzmann:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kuhn.

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Anhebung der Abgeordnetenentschädigung um den bekannten Betrag – 1,8 % und 1,5 % – ist in der Tat angemessen und moderat. Ich weise darauf hin, dass sich die Abgeordnetendiät seit vielen Jahren nach unten von der allgemeinen Einkommensentwicklung abkoppelt. Ich weise nochmals darauf hin, dass diese Erhöhung diese Abkoppelung nicht stoppt, sondern höchstens verlangsamt. Das sollten wir auch wissen.

Die Zeiten sind nun einmal so, dass dies zu ertragen sein muss. Das haben wir in der Tat zu akzeptieren. Es muss aber auch in den richtigen Kontext gestellt werden. Dazu ist schon einiges gesagt worden: keine Erhöhung der Pauschalen, keine Erhöhung der Fraktionszuschüsse.

Meine Damen und Herren, zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinsichtlich einer Neuordnung haben wir bereits Stellung bezogen. Es ist in der Tat so, dass sie an kleinen Schräubchen im alten System drehen. Die Versorgung der Abgeordneten ist in der Tat viel zu sehr angelehnt an die Versorgung der Beamten. Davon sollten wir uns generell verabschieden und einen Neubeginn in Angriff nehmen.

Weshalb hat das bisher in Rheinland-Pfalz nicht zu ersten Ergebnissen geführt? Ich werde zwei Dinge dazu sagen, damit auch die Öffentlichkeit das versteht. Zum einen hatten wir eine besondere Situation in Schleswig-Holstein. Ich erinnere mich an eine Zeitung, die ihren "Bildungsauftrag" sehr ernst nimmt. Ich sehe heute noch die Fahndungsfotos unserer Kollegen in Schleswig-Holstein vor mir.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die haben auch alles falsch gemacht, was man falsch m achen konnte!)

 Das war mit Sicherheit zum Teil ungeschickt. Man sieht, wie sensibel ein solches Thema ist. Deswegen müssen wir sorgfältig hinschauen. Nun ist die Situation neu zu bewerten.

Wir kommen in Nordrhein-Westfalen, in Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein zu Ergebnissen, die für uns in Rheinland-Pfalz mit Sicherheit beachtenswert sind. Wenn wir es schaffen würden, gemeinsam mit den Kollegen in den anderen Landtagen zu einer Neuordnung zu kommen, dann hätten wir die Chance, der Bevölkerung dieses neue Versorgungssystem etwas geschickter klarzumachen, es transparent zu machen und um Verständnis zu werben.

Aus diesem Grund sind wir nicht der Überzeugung, im Jahr 2004 noch einmal an einem Schräubchen zu drehen. Lasst uns Abschied nehmen von der alten Versorgungskonzeption hin zu einer ganz einfachen neuen Konzeption. Im Prinzip heißt das, der Abgeordnete sorgt

selbst für seine Altersversorgung. So einfach kann das sein. Dass das mit einer entsprechenden Erhöhung der Diät verbunden sein muss, ist natürlich klar.

Aus diesem Grunde lehnen wir diesen Vorstoß ab, der zum Teil aber etwas hat. Die lineare Anhebung halte ich persönlich auch für überzeugender als den Sprung nach zehn Jahren. Daran ist schon etwas. Bitte lasst uns aber jetzt nicht unsere Zeit damit vergeuden, dieses marode System zu modifizieren. Lasst uns das neue System in Angriff nehmen.

(Beifall der Abg. Frau Morsblech, FDP – Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann fangen Sie doch einmal an!)

Aus diesem Grund lehnen wir den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. Vielleicht noch ein Wort zur Versorgung der Minister. Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen wir aus voller Überzeugung ab. Es verdient Respekt, was der Ministerrat beschlossen hat, was die Selbstbeschneidung für die Zukunft anbelangt. Wir werden sehr schnell eine Grenze erreichen, dass Männer und Frauen, die für eine solche Position infrage kommen, künftig zum Teil nicht mehr zur Verfügung stehen. Es geht nicht nur um Geld, sondern um einen großen Lebensabschnitt. Es wird dann interessanter sein, Staatssekretär zu werden, als Minister zu werden. Wir müssen aufpassen, dass wir diesen Weg nicht gehen.

Danke.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsident Creutzmann:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen nun zum

Einzelplan 10 – Rechnungshof –

Gemäß Absprache im Ältestenrat wird dieser Tagesordnungspunkt ohne Aussprache behandelt.

(Hartloff, SPD: Ohne Abstimmung abgelehnt!

Dann kommen wir zum

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern und für Sport –

Außerdem rufe ich Punkt 11 der Tagesordnung auf:

Landesgesetz über gefährliche Hunde (LHundG) Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 14/3512 – Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Innenausschusses – Drucksache 14/3672 – Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Lammert, das Wort.

Abg. Lammert, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 10. November 2004 ist der Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 14/3512 – an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen worden

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 17. Dezember 2004 beraten. Dabei lag noch ein Änderungsantrag vor. Der Innenausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Vertreter der SPD, der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Der mitberatende Rechtsausschuss hat sich dieser Empfehlung angeschlossen.

Danke schön.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Creutzmann:

Wir kommen jetzt zur Aussprache. Die Fraktionen haben eine Redezeit von 20 Minuten vereinbart. Ich erteile Herrn Abgeordneten Hörter das Wort.

Abg. Hörter, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Staatsminister Mittler hat in seiner Rede zur Einbringung des Doppelhaushalts betont, dass ein – Zitat – "eindeutiger Schwerpunkt auch auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit" gesetzt worden sei. Er hat auf die – Zitat – "großen Anstrengungen für die Innere Sicherheit" hingewiesen.

Zwei Punkte hat Minister Mittler in seiner Rede dann hervorgehoben: 250 Neueinstellungen und eine Verpflichtungsermächtigung mit Fälligkeit im Jahr 2007 – wir beraten jetzt den Doppelhaushalt 2005/2006 – in Höhe von 5 Millionen Euro für die Einführung des Digitalfunks.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn dies für Sie schon große Anstrengungen sind, dann dokumentiert das nur – damit wird das ganze Ausmaß Ihrer verfehlten Finanzpolitik deutlich –, dass Sie die Kernaufgaben des Staats nicht mehr bewältigen können.

(Beifall der CDU)

Sie schaffen es nicht, die notwendigen Mittel für die Innere Sicherheit zur Verfügung zu stellen, weil Sie in der Vergangenheit für alles und alle immer genug Geld hatten. Sie hatten es natürlich nicht, aber Sie haben es natürlich ausgegeben.

(Beifall der CDU)

Dabei hätten Sie aus der Entwicklung der Straftaten in den vergangenen Jahren erkennen können, dass auf Sie ein großes Problem zurollt. Da man mit Ihnen darüber aber nicht diskutieren kann, weil Sie sich konsequent weigern, die Realität anzunehmen und jeden, der Sie darauf aufmerksam macht, gleich der Panikmache bezichtigen, haben Sie weder die Entwicklung wahrgenommen noch sind Sie in der Lage, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen.

Es hat nämlich nichts mit Panikmache zu tun, wenn man auf einige wenige Daten in der Entwicklung hinweist. So ist in den vergangenen 13 Jahren eine Zunahme über alle Straftaten von 42 % festzustellen.

In einzelnen Bereichen stellt sich die Zunahme der Kriminalität noch wesentlich schlimmer dar. Gewaltkriminalität plus 82 %, Hoheitsdelikte plus 115 %, gefährliche und schwere Körperverletzung plus 96 % und bei Delikten mit Schusswaffen gibt es fast ein Plus von 300 %. Ich will dies nur einmal deutlich machen und sagen, dass es nicht um Panikmache, sondern um die Beschreibung objektiver, die Situation in unserem Land kennzeichnende Fakten geht.

(Beifall der CDU)

Dazu gehört auch, dass immer weniger, immer ältere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten einer stetig steigenden Zahl von Straftätern gegenüberstehen. Die tatsächliche Einsatzstärke der Polizei in Rheinland-Pfalz beträgt 7.964 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. So lautet die Auskunft der Landesregierung vom 14. Mai dieses Jahres, die in der Drucksache 14/3138 nachgelesen werden kann.

Nun ist in diesem Haus mehrfach die Polizeidichte diskutiert worden. Diese Zahl gibt Auskunft über das Verhältnis von Einwohnerzahl zu Polizeibeamten. Rheinland-Pfalz bildet im bundesweiten Vergleich hier das absolute Schlusslicht. Nirgendwo in Deutschland kommen auf einen Polizeibeamten oder eine Polizeibeamtin mehr Einwohner als in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Mit einem Verhältnis von 1 zu 457 hält Rheinland-Pfalz die rote Laterne in der Hand. Ganz offensichtlich haben Sie sich so daran gewöhnt, dass Sie diese auch nicht mehr aus der Hand geben wollen. Sie unternehmen auf jeden Fall nichts, damit sich die Situation in unserem Land bessert.

(Beifall der CDU)

Die geplante Neueinstellung von 250 Anwärterinnen und Anwärtern wird noch nicht einmal den Bestand der einsatzbereiten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sichern. Deshalb ist unser Antrag, zusätzlich weitere 100 Einstellungen im Anwärterbereich vorzunehmen, nicht nur folgerichtig, sondern auch zwingend geboten.

(Pörksen, SPD: Scheinheilig!)

Dies auch und gerade im Hinblick auf die zusätzlichen Aufgaben, die auf die Polizei unseres Landes zukommen. Ich nenne nur ein Stichwort in diesem Zusammenhang: die Weltmeisterschaft 2006.

Ich sage das ganz bewusst; denn um die Aufgaben dort zu erledigen, werden Sie gar nicht anders agieren können, als aus allen anderen Landesteilen die Polizei in den Raum Kaiserslautern zusammenzuziehen. Die Folgen dieses Manövers liegen jetzt schon auf der Hand: zusätzliche Sicherheitslücken in allen anderen Landesteilen, zusätzliche Überstunden über das jetzt schon nicht mehr verkraftbare Maß an über 1,3 Millionen Stunden hinaus.

Der erste Verlierer der WM 2006 steht heute schon fest. Das ist jeder Polizeibeamte und jede Polizeibeamtin dieses Landes. Auf deren Rücken wird die Fußballweltmeisterschaft ausgetragen.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, wer am Sonntag die vorzeitige Beendigung eines Fußballspiels in Madrid am Bildschirm verfolgt hat, der muss doch begreifen, dass eine solche Bombendrohung – sie ist noch die harmloseste Variante denkbarer Szenarien – ein Vorgeschmack von dem ist, was im Zusammenhang mit der WM auf uns zukommen kann.

Alle erwarten ein Höchstmaß an Sicherheit von uns, angefangen von der FIFA bis hin zu jedem einzelnen Besucher. Sie vermitteln aber nicht den Eindruck, als hätten Sie den Ernst der Lage begriffen. Diese Lage lässt sich eben nicht mit weniger Polizei bewältigen.

Wir brauchen aber gar nicht bis Madrid zu gehen. Am vergangenen Wochenende war zur Unterstützung der rheinland-pfälzischen Polizei bei einem Zweitligaspiel in Trier eine Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit der saarländischen Polizei im Dienst.

(Pörksen, SPD: Ja und?)

Dies muss auch gar nicht verwundern; denn das bestätigt die Aussage des Trierer Polizeipräsidenten gegenüber den Medien, dass ihm 100 Beamte fehlen.

(Pörksen, SPD: Haben Sie etwas gegen Saarländer?)

Das ist ein Beleg für den alltäglichen Polizeinotstand in unserem Land.

(Beifall der CDU)

Ich gehe davon aus – Herr Kollege Pörksen schreibt schon fleißig mit –,

(Pörksen, SPD: Nee, nee, nee!)

dass er gleich die Gelegenheit wahrnehmen wird, die "großartigen Leistungen" der Landesregierung zu rühmen. Das ist eine Aufgabe, um die ich ihn nicht beneide, da er gezwungen ist, vieles wider besseren Wissens auszuführen.

Er wird wahrscheinlich die hohe Aufklärungsquote der rheinland-pfälzischen Polizei loben. In diesem Punkt will ich ihm noch nicht einmal widersprechen. Das ist aber doch kein Verdienst der Landesregierung, sondern dem hohen Ethos der Polizeibeamtinnen und -beamten zu verdanken, die trotz schlechter Bedingungen einen vorzüglichen Dienst leisten. An dieser Stelle möchte ich namens der CDU-Fraktion allen Beamtinnen und Beamten ausdrücklich für ihren Einsatz und ihre Arbeit danken.

(Beifall der CDU)

Er wird dann vielleicht auch auf die anderen Bundesländer verweisen –vornehmlich auf CDU-regierte – und sich zu der Aussage verleiten lassen, dass dort alles noch schlimmer ist als in Rheinland-Pfalz.

(Pörksen, SPD: Meine Rede!)

 Dafür braucht man keine prophetische Gabe, sondern man muss sich nur die Protokolle der letzten Debatten ansehen. Da passierte das immer nach dem gleichen Schema.

(Pörksen, SPD: Sie werden sich wundern!)

Jetzt machen Sie einmal etwas Neues. Da bin ich einmal gespannt.

(Pörksen, SPD: Langweiler!)

Ach Herr Kollege Pörksen.

(Pörksen, SPD: Entschuldigung!)

Gut. Ich will auf die anderen Bundesländer kurz eingehen.

(Pörksen, SPD: Dann brauche ich das nicht!)

 Eben. Sehen Sie, deshalb will ich es Ihnen erklären, damit es wenigstens richtig kommt, Herr Kollege Pörksen.

(Pörksen, SPD: Danke schön!)

Abgesehen davon, dass sich die Frage des Sicherheitsgewinns für die rheinland-pfälzische Bevölkerung nur schwerlich daraus ableiten läst, ob woanders Polizei abgebaut wird, muss man mit solchen Vergleichen sehr vorsichtig sein.

(Pörksen, SPD: Mit nicht gezogenen Vergleichen!)

Wenn in einzelnen Ländern Polizei abgebaut wird, gehören zu einer redlichen Diskussion auch die Ausgangszahlen, von denen diese Reduzierungen ausgehen. Wenn die Polizeidichte in einem Bundesland unter 400, unter 300 und, meine Damen und Herren Kollegen, in einem Einzelfall sogar unter 200 liegt, macht es schon einen Unterschied.

Es macht auch einen Unterschied, ob ein Bundesland wie Bayern 2006 seine Finanzen in Ordnung hat und

trotzdem unverändert seine Aufgaben erfüllt oder wie hier der Marsch in die Verschuldung weiter geht, aber eine der Kernaufgaben des Staats, für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen, nicht richtig erfüllt wird.

(Schweitzer, SPD: Das sehen die CDU-Oberbürgermeister ganz anders in Bayern!)

Die Gleichung ist deshalb so einfach wie richtig: Anstieg der Kriminalität plus Reduzierung der Polizei gleich weniger an Sicherheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist die Bilanz dieser SPD-geführten Landesregierung zur Inneren Sicherheit in unserem Land. Dabei müsste die Diskussion angesichts der Bedrohung, die von einem weltweit agierenden Terrorismus ausgeht und die auch für Deutschland längst nicht mehr abstrakt ist, auf einer völlig anderen Ebene geführt werden. Das ist aber nicht möglich, weil die einfachsten Grundvoraussetzungen, wie beispielsweise eine ausreichende Anzahl von Polizeibeamtinnen und -beamten, nicht gegeben sind.

Dass die Gefahr terroristischer Anschläge sehr konkret ist, ist mit der Festnahme von Tatverdächtigen Anfang dieses Monats in Berlin deutlich geworden. Sie hatten einen Anschlag auf den irakischen Präsidenten vorbereitet. Auch die Ereignisse in den Niederlanden lassen die Terrorgefahr dicht an uns heranrücken, und in London – ebenfalls in diesem Monat – ist durch die Sicherheitskräfte ein Anschlag verhindert worden, der in etwa die Dimension des Anschlags von Madrid hatte.

Meine Damen und Herren, die Einschläge kommen näher. Ob die vom Bundesinnenminister gewählte Form der beiden Informations- und Analysezentren zielführend ist, wird sich noch erweisen. Sie ist Bestandteil der nach dem 11. September 2001 geforderten Maßnahmen. Zu kritisieren ist heute schon der lange Zeitraum bis zu ihrer Realisierung.

Ich habe trotzdem Zweifel, ob diese Konstruktion mit je einem polizeilichen und einem nachrichtendienstlichen Informations- und Analysezentrum wirklich die erhoffte Verbesserung bringt. Im Kampf gegen den islamistischen Terror muss der Informationsfluss zwischen der Polizei und den Geheimdiensten wesentlich verbessert werden. Gleiches gilt für die befreundeten Dienste außerhalb Deutschlands.

Ich gehe trotz aller Kritik an der geschaffenen Organis ationsform davon aus, dass die rheinland-pfälzischen Behörden in beiden Zentren kompetent vertreten sein werden. Der 11. September 2001 in den USA und der 11. März dieses Jahres in Madrid haben nicht nur die Verwundbarkeit der freiheitlichen Demokratien offen gelegt, sondern auch die Mängel in unseren Sicherheitsstrukturen.

Dazu gehört auch – damit bin ich wieder bei uns –, dass die geplante Rücknahme der polizeilichen Befugnisse, wie etwa bei der Wohnraumüberwachung (§ 29 POG), nicht mehr, sondern weniger Sicherheit schafft. Wenn man die Frage nach Panikmachern stellt, sind sie genau

an dieser Stelle am Werk, weil sie nämlich den Menschen suggerieren, sie würden bald in einem Überwachungsstaat leben.

(Pörksen, SPD: Wir?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mein Kollege Schnabel wird noch auf die Finanzen der rheinlandpfälzischen Kommunen eingehen.

(Pörksen, SPD: Noch so eine Rede!)

Lassen Sie mich angesichts der Art, wie Sie mit dem Verfassungsauftrag, für eine ausreichende und entsprechende Finanzausstattung der Kommunen Sorge zu tragen, umgehen, mit einem Satz auf diese Situation eingehen: Nachdem Sie den rheinland-pfälzischen Kommunen die Hosen ausgezogen haben, wollen Sie, dass sie nun auch noch den Gürtel enger schnallen. Das geht bekanntlicherweise nicht.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich darf Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen. Wir freuen uns über die Senioren 60plus des SPD-Kreisverbands Altenkirchen und Schülerinnen und Schüler der Klosterberg-Hauptschule Cochem. Herzlich willkommen im rheinland-pfälzischen Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Pörksen das Wort.

Aba. Pörksen. SPD:

Meine Damen und Herren, lieber Herr Kollege Hörter! Ihre Rede hat mir Angst und Schrecken eingejagt. Ich überlege, ob es nicht Zeit wird auszuwandern. Wenn Sie solche Reden halten – vor vier Wochen war genau die gleiche Situation –, frage ich mich ernsthaft, wie wir in einen Dialog eintreten sollen.

Sie haben gesagt – das habe ich mir aufgeschrieben –, wer Bombendrohungen noch als harmlos betrachtet, den frage ich ernsthaft, was er als nicht harmlos betrachtet.

Sie sagen, wir müssen uns auf die WM vorbereiten. Was schlagen Sie vor? Schlagen Sie vor, dass wir jetzt 100, 1.000, 2.000 oder 3.000 Polizisten einstellen, die für die WM eingesetzt und danach wieder nach Hause geschickt werden? Machen Sie Vorschläge!

Dieser lächerliche Entschließungsantrag ist auch noch unehrlich. Sie hätten besser ein Deckblatt hereingereicht und gesagt, wir wollen 50 Anwärter mehr.

(Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

– Ich habe es gelesen. Ich komme gleich noch darauf zu sprechen. Dann sagen Sie, in der Haushaltsstelle wollen wir das Geld bereitstellen. Nach der Rede des Herrn Böhr von gestern können Sie das gar nicht. Das geht gar nicht.

(Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

 Sie brauchen keine Angst zu haben. Ich komme auf Sie noch zurück, obwohl es sich eigentlich nicht so sehr lohnt. Ein paar Sätze muss ich doch dazu sagen.

Dieser Haushalt ist das Spiegelbild der finanziellen Möglichkeiten des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2005 und 2006. Wenn Sie durch Ihren Fraktionsvorsitzenden gestern erklärt haben, in den Haushalten sei geklotzt worden, frage ich mich, wie Ihre Ausführungen zu dieser Äußerung des Oppositionsführers passen. Haben Sie geteilte Rollen?

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich mehr mit meiner nicht gehaltenen Rede als mit den Inhalten des Haushalts beschäftigt. So funktioniert das nicht. Das lassen wir nicht zu. Wenn Sie mit den Betroffenen reden, werden diese Ihnen nicht gesagt haben, dass in diesem Haushalt, der zu 75 % aus Personalausgaben besteht, geklotzt worden ist.

(Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

Entweder sagen Sie Herrn Böhr, er soll nicht solche Reden halten, oder Sie passen sich der Rede von Herrn Böhr an. Beides geht nicht. Das ist für mich unehrlich.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss immer wieder Herrn Böhr zitieren. Wo ist in diesem Einzelplan 03 der Spielraum für das Sparen? Dazu habe ich bisher kein Wort gehört. Er beträgt zirka 1,3 Milliarden Euro. Wenn das, was hier behauptet wird, stimmt, muss man auch in diesem Haushalt Sparpotenziale haben. Das sagen Sie nicht. Im Gegenteil, Sie fordern noch mehr. Sie halten Reden. Wenn man diesen folgen würde, müsste man eine Vielzahl von Polizisten und Mitarbeitern im Verfassungsschutz einstellen.

Legen Sie ein Deckblatt vor, dann reden wir darüber. Sie können nicht eine Rede halten und sich anschließend hinsetzen wie das Kind beim Dreck. Das funktioniert bei uns nicht. Ich komme auf die Polizei noch einmal zurück.

Ich möchte auf einen Punkt ganz kurz eingehen. Bei diesem kann ich ein bisschen ruhiger werden. Herr Kollege Lammert hat über das Landesgesetz über gefährliche Hunde gesprochen. Das ist eigentlich ein ungefährliches Thema. Bis auf die GRÜNEN war eine große Einheitlichkeit im Ausschuss festzustellen. Insofern werden wir wahrscheinlich morgen dieses Gesetz in großer Einmütigkeit beschließen. Ich habe die Hoffnung, dass dann das Verschicken von E-Mails bestimmter Leute aufhört. Noch nie waren so viele E-Mails in meinem Computer wie aus diesem Bereich.

Zurück zur Polizei. Herr Kollege, entgegen Ihrer Rede genießt die Innere Sicherheit hohe Priorität. Darüber

haben wir schon oft, vielleicht sogar zu oft, in diesem Hause diskutiert. Wenn Sie wollen, werden wir dies auch weiterhin tun.

Gerade in der letzten Plenarsitzung, als es um die Frage der Zukunft der Polizei ging, ist das genau das zentrale Thema in diesem Haus gewesen.

(Zuruf von der CDU)

 Natürlich haben wir das beantragt, aber dann kann Herr Hörter nicht dieselbe Rede halten. Das muss doch nicht sein. Da muss man sich etwas Neues einfallen lassen, es sei denn, es fällt ihm nichts ein.

(Beifall bei der SPD)

Sie hat doch geärgert, dass wir die 250 Polizisten eingestellt haben. Das hat Sie gestört, weil Sie geglaubt haben, Sie könnten uns mit einer Diskussion überziehen, die uns in eine bestimmte Ecke stellt.

(Hörter, CDU: Sie liegen immer noch 50 unter der eigenen Koalitionsvereinbarung!)

Sie kennen die Zahlen ganz genau. Wir haben gesagt: Im Schnitt 9.000 Polizisten. – Das haben wir Jahr für Jahr aufgelistet. Wenn Sie wollen, können wir Ihnen das noch einmal geben. Ich möchte mich heute nicht noch einmal darauf einlassen. Ich muss mich nicht immer wiederholen.

Wenn Sie sagen, wir behandeln die Polizei schlecht, dann haben Sie selbst die Antwort gegeben, dass wir das nicht tun; denn die Polizei ist motiviert, sie hat hohe Aufklärungsquoten. Warum wohl? Weil natürlich eine Vielzahl von Dingen für die Polizei gemacht worden sind, ob das Altersteilzeit ist, ob das Angestelltenprogramme sind, ob das die Aufstiegsausbildung ist. Wir haben 22.000 Beförderungen innerhalb eines kurzen Zeitraums durchgeführt. In welchem Land gibt es das überhaupt noch?

(Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

Dann die Erhöhung der Dienstbezüge. Schauen Sie sich doch einmal die Entwicklung der Gehälter bei der Polizei an. Dann wissen Sie, woher die Motivation der Polizisten kommt. Hier so zu tun, als wenn wir die Polizei noch schlecht behandeln würden, das ist geradezu lächerlich.

(Beifall bei SPD und FDP)

Natürlich wissen wir auch, dass wir mehr Polizisten haben könnten.

(Hörter, CDU: Müssten!)

Wir können sie aber nicht finanzieren. Wenn Sie das anders sehen, dann sollten Sie die Quellen für das Geld nennen, dann würden wir darüber reden können.

Die Beförderungen in diesem, im nächsten und auch im übernächsten Jahr werden erfolgen. Die Fortbildung wird angehoben usw.

Natürlich haben wir ein Problem – aber auch da lassen Sie natürlich die Wirklichkeit beiseite – mit dem Digitalfunk. Sie wissen so gut wie ich, dass das nicht am Land Rheinland-Pfalz liegt.

(Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

– Sie haben es in den Raum gestellt. Dann denken die Leute: Aha, Rheinland-Pfalz ist zu blöd, das voranzubringen. – Wir hätten das gern vorangebracht, weil wir es zur WM 2006 gern gehabt hätten. Aber es funktioniert noch nicht. Wir werden erst im Jahr 2007 das notwendige Geld brauchen. Im Jahr 2006 ist bereits heute der Betrag zur Vorbereitung des Digitalfunks eingestellt. Das liegt also nicht an uns. Ich finde das auch keine glückliche Lösung, dass rundherum die Länder bereits den Digitalfunk eingeführt haben, einschließlich Polen.

(Hörter, CDU: Tschechien, alle!)

Wir hängen hintendran. Aber Sie wissen um die Ursachen. Dann nennen Sie diese auch hier, und tun Sie nicht so, als wenn wir an dieser Entwicklung schuld seien.

Sie haben gerade das POG angesprochen. Ich weiß nicht, was Sie gemeint haben; denn noch liegt kein Vorschlag auf dem Tisch. Aber wenn ich Sie richtig verstanden habe, kritisieren Sie das Bundesverfassungsgericht. Haben Sie sich das gut überlegt? Ich weiß es nicht. Wenn das Bundesverfassungsgericht von einem Kembereich spricht, der zu schützen ist, dann haben wir das zu akzeptieren, ob uns das passt oder nicht.

(Beifall bei der SPD)

Dann kann man immer noch der Auffassung sein, dass das unpraktikable Regelungen, was die Wohnraumüberwachung betrifft, nach sich ziehen kann. Darüber werden wir in absehbarer Zeit diskutieren. Ich hoffe, nicht streitig. Ich glaube, darüber kann man diskutieren, gerade weil auch der Artikel 13 GG selbst zweigeteilt ist. Darüber werden wir sicher an diesem Ort in absehbarer Zeit – ich denke im Frühjahr nächsten Jahres – diskutieren.

Wir müssen, denke ich, auch als Rheinland-Pfälzer das Verfassungsgericht beachten. Darum kommen wir nicht berum

Einen weiteren wichtigern Bereich sprechen Sie gar nicht an. Das spielt auch keine Rolle, das ist Ihr Problem. Das ist der Bereich der 60.000 Ehrenamtlichen in unserem Land. Das ist der Brand- und Katastrophenschutz. Dazu kein Wort von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Mir hat gerade eben mein Kollege Lewentz einen Artikel in die Hand gedrückt – nur zur Erinnerung –: Rauchmeder im Schlafzimmer bald Pflicht. – Wo? In Hessen.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

– Ich weiß, Sie meinen den Produktbetrüger. Den wollen wir uns nicht gerade zum Vorbild nehmen. Ich hoffe,

dass die Hessen dann auch darauf achten, dass man einen solchen Mist nicht kauft und dann in den Läden verbreitet.

Zu dem Bereich des Feuerwesens haben wir schon die erste Lesung hinter uns. Dazu sagen Sie keinen Ton. Warum wohl? Weil Sie keine Lorbeeren gewinnen können und nichts zu kritisieren haben, allenfalls wenn Sie sich mit der Leitstelle in Koblenz befassen. Aber dann würden Sie sich in die Nesseln setzen, deshalb sagen Sie dazu nichts. Das ist mir klar.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß schon, warum Sie gewisse Themen auslassen. Das ist mir klar.

Wir sorgen dafür, gerade wegen der Ehrenamtlichkeit und gerade der jetzt in den kleinen Feuerwehren beginnenden Diskussion über die Frage der Auswirkung demografischer Entwicklungen – das treibt die inzwischen schon um, gerade bei den Dorffeuerwehren, wenn Sie sehen, dass die Zahl derjenigen, die bereit sind, zur Feuerwehr zu gehen, nicht gerade ansteigt –, dass die Bedingungen gut und noch besser werden. Genau das tut das neue Gesetz, über das demnächst die Anhörung stattfinden wird.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen möchte ich darauf auch nicht weiter eingehen. Ich denke aber, ansprechen muss man es, gerade weil wir die Feuerwehren nicht nur als Brandschützer sehen, sondern auch als wichtige gesellschaftliche Einrichtungen in unseren Dörfern. Deshalb die große Unterstützung für die Ehrenamtlichen in diesem Bereich.

Dabei haben wir auch erklärt – das erklären wir immer wieder –, dass wir die Feuerschutzsteuer in vollem Umfang für diesen Bereich einsetzen werden.

(Schnabel, CDU: Stimmt nicht!)

Dann gehe ich einmal ganz kurz auf andere Länder ein. Das stimmt natürlich. Wenn Sie die Feuerwehrschule in Koblenz herausnehmen, die genau für diesen Bereich gemacht worden ist, dann kommen Sie natürlich zu dem richtigen Ergebnis, wie Sie es sehen. Wir haben diesen Punkt auch bereits in der Anhörung bei der ersten Lesung gehört. Es wird nicht dadurch richtig, dass Sie das fünfmal wiederholen, Herr Kollege Schnabel.

Im Bereich des Rettungsdienstes wird es einige Veränderungen geben, die heute ganz kurz angesprochen werden sollten. Es bleibt bei der bisherigen Regelung, was die Frage des Rettungsdienstes betrifft, bis auf eine kleine Änderung im Bereich der Klinikverbünde.

Ein weiterer Bereich, den man auch immer wieder ansprechen muss, weil er ein vorbildhaftes Verfahren ist, wie man die Verwaltung modernisiert, das ist die Kataster- und Vermessungsverwaltung. Dazu sagen Sie auch kein Wort.

(Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

Warten Sie den Bericht ab, er kommt Ende des Jahres. Dann können wir wieder darüber diskutieren. In diesem Bereich ist vorbildhaft vorgegangen worden. Das führt dazu, dass in dieser Verwaltung dann junge Menschen wieder eine Chance bekommen sollen. Deswegen die Öffnung durch einen Korridor, damit wir dort Leute im Ausbildungsbereich einstellen können. Ich denke, das muss man hier ansprechen.

(Beifall bei der SPD)

Zur Fußballweltmeisterschaft vielleicht nur so viel: Sie haben alle die ergänzende Mitteilung aus dem Ministerium bekommen, in welchen Bereichen was vorgesehen ist. Herr Kollege Hörter, natürlich – das wissen Sie doch auch – bereiten wir uns seit längerer Zeit auf die Fußballweltmeisterschaft vor. Aber was hilft uns denn ein solcher Quatsch, den Sie hier verbreiten? Was hilft es, von Bombendrohung und Ähnlichem zu reden? Was hilft es, davon zu reden, dass man dort mit Attentätern zu rechnen hätte? Wem hilft eigentlich so etwas? Können Sie mir das einmal erzählen? Den Leuten, die dort arbeiten sollen? Uns, die wir darüber entscheiden sollen? Solche Reden können Sie vielleicht in Koblenz im Stadtrat halten, aber nicht hier.

Ein weiteres Gebiet wurde von Ihnen auch nicht ewähnt, der Sport. Findet der bei Ihnen nicht statt?

(Zuruf von der SPD: Schau' dir ihn doch an!)

Bei ihm persönlich, das weiß ich nicht.

In dem Bereich Sport werden in den Jahren 2005 und 2006 in jedem Jahr knapp 40 Millionen Euro über den Landeshaushalt ausgegeben.

(Zuruf von der CDU)

 Wenn wir Ihrem Fraktionsvorsitzenden folgen würden, dann würden wir diesen Bereich drastisch zusammenstreichen. Was würden Sie dann machen? Dann würden Sie zu den Sportfunktionären sagen: Diese bösen Koalitionsfraktionen streichen eure Mittel zusammen. – So verhalten Sie sich doch bei solchen Dingen. Deswegen spreche ich das hier an.

(Beifall bei der SPD)

Die Sportfunktionäre, die eher Ihrer Couleur angehören als unserer, sind doch geradezu dankbar, dass wir bei der Stange bleiben und nicht wegbrechen, wie anderswo. Wo wollten denn die Sportvereine demonstrieren oder sogar streiken? Das war doch nicht Rheinland-Pfalz. Das war doch in Baden-Württemberg.

Herr Kollege Hörter hat schon vorsorglich auf andere hingewiesen. Ich tue das jetzt in meiner Rede, ohne von ihm darauf hingewiesen zu sein. Schauen Sie doch einmal, was in Baden-Württemberg passiert.

Ich glaube, Sie haben wenig Grund, solche Kassandra-Reden zu halten, wenn Sie gleichzeitig nicht entsprechende Vorschläge für solche Bereiche machen. Wir hätten auch vorschlagen können, die Investitionskosten im Sportstättenbereich oder den Zuschuss für Kaiserslautern zusammenzustreichen. Das wäre eine Möglichkeit gewesen, dazu Stellung zu nehmen. Was machen Sie? Sie sagen dazu kein Wort. Typisch CDU, kann ich da nur sagen.

(Frau Spurzem, SPD: Ja!)

Ein weiterer Bereich, der auch Erwähnung finden sollten – Sie sagen dazu gar nichts, warum, weiß ich nicht –, ist sicher der Bereich Asyl, der auch einen erheblichen Umfang in unserem Haushalt einnimmt. Da muss man feststellen, dass durch die rückläufigen Fallzahlen natürlich dann die zu leistenden Beträge rückläufig sind.

Das stimmt uns sicherlich nicht zu traurig. Was mich ein bisschen unangenehm berührt, ist das Verhalten von Frau Grützmacher. Frau Grützmacher fordert seit Jahr und Tag die Schließung der Einrichtung Birkhausen und der Einrichtung in Ingelheim.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann fragt sie ganz scheinheilig, muss ich schon sagen, in dem zuständigen Ausschuss, was denn mit den Beschäftigten in Birkhausen geschehen solle.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, natürlich!)

Das ist mir eine schöne Methode, erst dafür sorgen zu wollen, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren und dann scheinheilig zu fragen, was mit ihnen passiere.

(Beifall bei der SPD)

Das müssen Sie sich vorher überlegen, wenn Sie solche Anträge stellen.

Sie haben sie wieder gestellt. Es ist auch der Antrag gestellt, die Einrichtung in Ingelheim aufzulösen. Wenn wir das machen würden, würden Sie anschließend fragen, was mit den armen Beschäftigten passiere.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese geteilten Rollen durch eine Person lassen wir Ihnen nicht durchgehen, Frau Kollegin.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben unseren Antrag nicht richtig gelesen! – Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Kaum ist sie hier, fängt sie schon an zu meckern. Das verstehe ich übrigens auch nicht, Frau Kollegin. Das kenne ich nur aus dem Tierreich, aber nicht von Ihnen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider lässt es die Zeit nicht zu, auf das Thema "Ruanda" zu sprechen zu kommen. Sicherlich wäre das auch noch ein paar Worte wert.

Habe ich die Zeit schon überzogen?

(Hörter, CDU: Reden Sie weiter!)

Vizepräsident Creutzmann:

Sie haben noch drei Minuten.

Abg. Pörksen, SPD:

Noch drei Minuten hat der Kollege. Die drei Minuten genügen dem Herrn Kollegen Schweitzer auf alle Fälle, um auf den Kollegen Schnabel zu antworten. Da bin ich ganz sicher.

(Schnabel, CDU: Das glaube ich nicht!)

Lassen Sie mich zum Abschluss eines sagen. Ich habe in der Zeitung diese beiden Berichte gelesen vom Ministerpräsidenten und von Herrn Böhr über Gebietsreform oder Ähnliches.

Ich bin sehr gespannt, ob Sie demnächst in die Schublade des Herrn Böhr schauen dürfen, Herr Kollege Hörter. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie dabei einen Blick darauf werfen und uns verraten können, was dort drin ist. Ich habe das dumpfe Gefühl, sie ist leer.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Grützmacher.

Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Es hat sich bei Herrn Pörksen herausgestellt, dass der Haushalt des Innenministers nicht nur aus Polizei besteht, wie wir am Anfang gedacht hatten. Er ist ein sehr weites und heterogenes Feld, wenn man sieht, dass Sport, Kommunalpolitik, aber auch Ausländer- und Asypolitik dabei sind.

Sie werden natürlich auch verstehen, dass wir dabei unsere grünen Schwerpunkte in diesem Bereich setzen. Die sind zum Beispiel beim ersten Thema "Innere Scherheit" anders, vor allem anders als das, was die CDU sich vorstellt.

(Hörter, CDU: Das glauben wir Ihnen gern! Das sehen wir in Berlin!)

Das ist in einer Demokratie richtig, dass man die Unterschiede deutlich heraushebt.

Es ist so, dass seit dem 11. September 2001 dieses Thema "Innere Sicherheit" ganz oben auf der politischen Agenda steht. Ich möchte betonen, dass wir GRÜNEN uns von Beginn an vernünftigen Vorschlägen im Umgang mit der neuen Terrorismusbekämpfung nie verweigert haben.

Meine Damen und Herren, wir haben uns aber vehement gegen überzogene Überreaktionen gestemmt. Ich glaube, das haben wir in Berlin mit einigem Erfolg getan.

Es kann nicht sein – da spreche ich jetzt besonders die Damen und Herren von der CDU an –, dass Grundwerte, auf denen unsere Republik nach Hitler, nach der Nazizeit und nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurden, hier zur Disposition stehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang steht auch die Diskussion um das Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG) oder das geänderte POG. Obwohl seit letztem März klar ist, dass dieses Gesetz in seiner neuen Form, wie es ein paar Tage vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts verabschiedet wurde, nicht den Vorgaben des Urteils des Verfassungsgerichts entspricht, liegt immer noch kein Änderungsantrag vor.

Sie haben uns auf das Frühjahr vertröstet, Herr Pörksen.

(Pörksen, SPD: Nee, nee! Wir machen das, keine Angst!)

Na gut.

Es hieß erst, dass es noch in diesem Jahr kommt. Ich finde es wichtig, dass das möglichst bald kommt.

Es gibt nur Äußerungen des Innenministers, dass das neue POG im Sinn des Bundesverfassungsgerichts anzuwenden ist, aber angesichts des hohen Stellenwerts, den das Urteil dem absolut geschützten Kernbereich privater Lebensgestaltung beimisst, erscheint doch die Untätigkeit der Landesregierung oder der sie tragenden Fraktionen schon fast eine Missachtung dieses bedeutsamen Urteils zu sein.

(Pörksen, SPD: Wie bitte?)

- Immerhin war dieses Urteil letzten März, Herr Pörksen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Meine Damen und Herren, es kommt noch dazu, dass jetzt die eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten vor der schwierigen Aufgabe stehen, nun selbst zu entscheiden, wann es sich beim Abhören um den Eingriff in den Schutzbereich menschlicher Privatsphäre handelt, wann sie das Abhören unterlassen und wann sie wieder einschalten.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Meine Damen und Herren, hier brauchen sie Rechtssicherheit durch gesetzliche Vorgaben. Das fordern wir ein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Bereich der Inneren Sicherheit gehören natürlich auch das Landeskriminalamt und der Verfassungsschutz. Auch hier sind viele Vorschläge und Diskussionen nach dem 11. September 2001, nach dem Anschlag in New York, in die falsche Richtung gelaufen, ganz zuletzt und ganz aktuell in dem Zusammenhang mit der Föderalismusdebatte.

Meine Damen und Herren, ich sage es sehr deutlich. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Rheinland-Pfalz und auch anderswo treten dafür ein, dass Polizei, Landeskriminalamt und Verfassungsschutz grundsätzlich Ländersache bleiben müssen.

Allerdings steht und fällt dies alles mit einer gut organisierten und effektiven Zusammenarbeit zwischen den Ländern und vor allem zwischen Bund und Ländern. Diesbezüglich wurde schon auf die technischen Probleme hingewiesen.

Aber nicht nur an technischen Problemen hat es in der letzten Zeit bei der Zusammenarbeit gelegen, sondern – man könnte sagen – in einem kleinstaaterischen Besitzstandsdenken wurden, gerade was den Verfassungsschutz anging, verheerende Fehler gemacht. Ich meine damit das Agieren der Verfassungsschützer und -dienste bei dem Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht.

Herr Bruch, ich glaube Ihnen, wenn Sie sagen, dass aus Rheinland-Pfalz kein V-Mann in das Verbotsverfahren sozusagen eingeschleust wurde, wie andere Bundesländer das leider gemacht haben. Aber auch wir in Rheinland-Pfalz tragen schwer an den Folgen dieser Missachtung des Bundesverfassungsgerichts durch die Verfassungsschützer der Länder.

Jetzt versammeln sich, nachdem dieses Verbotsverfahren gescheitert ist, unter dem Deckmantel der NPD inzwischen auch Neonazis. Die rechtsextremistische Szene hat einen ziemlichen Aufschwung genommen. Die Landtagswahlen in Sachsen haben das gezeigt.

(Pörksen, SPD: Reden Sie von Rheinland-Pfalz?)

Nein. Ich komme aber auch zu Rheinland-Pfalz. Warten Sie, der nächste Satz ist es schon, Herr Pörksen.

Auch wir in Rheinland-Pfalz müssen befürchten, dass es bei den Landtagswahlen 2006 zu Absprachen unter den rechtsextremistischen Parteien kommt. Das würde ratürlich die "Erfolgsaussichten" dieser Parteien enorm steigern.

(Pörksen, SPD: Dann halten Sie die entsprechenden Reden!)

 Bevor ich diese Rede gehalten habe, waren ja wohl Kommunalwahlen, Herr Pörksen. In diesem Jahr, im Juni 2004, haben die Republikaner überall dort, wo sie angetreten sind, es auch in die Räte geschafft. Ich denke, das ist ein Alarmzeichen für alle demokratischen Parteien.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in Rheinland-Pfalz muss sich die Polizei für das Jahr 2006 noch einmal ganz besonders mit der Herausforderung der rechtsextremistischen Szene auseinandersetzen; denn – das müssen wir auch erkennen – eine Fußballweltmeisterschaft bringt nicht nur fußballbegeisterte friedfertige Fans aus aller Welt nach Kaiserslautern, sondern leider findet sich bei sdchen Events immer auch eine unheilvolle Mischung von Randalierern, Hooligans und Rechtsextremisten ein.

Meine Damen und Herren, die Herausforderung besteht unserer Meinung nach besonders darin – da unterscheiden wir uns auch wieder diametral von dem, was Herr Hörter gesagt hat –, dass trotzdem die Weltoffenheit bei dieser WM nicht unter die Räder kommen darf.

Das ist allerdings kein Problem, das die Polizei lösen kann, sondern da sind ganz andere gesellschaftliche Gruppen gefragt, zum Beispiel die Arbeit mit den Fangruppen, ob das nun Kaiserslautern oder Mainz 05 ist.

Diese Gruppen leisten in den Fußballvereinen wertvolle Arbeit. Unsere Unterstützung haben sie sicher verdient; denn hier geht es ganz konkret um die Problemgruppen, bei denen rechtsextremistisches Gedankengut und rassistische Parolen immer wieder durchkommen.

Ein kleines Aperçu am Rande vielleicht für die Fraktionen der SPD und FDP. Vielleicht können Sie unserem Änderungsantrag zustimmen, in dem wir ein bisschen mehr – ich glaube, es sind 51.000 Euro – für den Fanclub von Mainz 05 fordern.

Mainz 05 ist inzwischen in die Oberliga - - -

(Zurufe aus dem Hause)

– in die Erste Bundesliga! – Entschuldigung! – Ich bin halt zu alt!

(Pörksen, SPD: Anträge stellen und nicht wissen, wo sie sind!)

Mainz 05 ist in die Erste Bundesliga aufgestiegen und kann nun mehr Zuschüsse vom Goldenen Plan erwarten. Es wäre sehr schön, wenn auch das Land den entsprechenden Zuschuss erhöhen würde.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine nicht den Goldenen Plan, das ist etwas anderes. Das ist ein Fundus, aus dem diese Fanclubs bezahlt werden und der sich besonders im Zuge der Bekämpfung von Rechtsextremismus auf Bundesebene gebildet hat.

(Pörksen, SPD: Kaiserslautern bezahlt das selbst!)

 Ja, das ist richtig. Aber ich glaube, es hat auch einen guten Grund, weshalb Mainz 05 dazugehört. Dazu muss man nämlich viele Kriterien erfüllen.

Meine Damen und Herren, das wichtigste Mittel, um gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit immun zu werden, ist – das ist immer wieder klar geworden – das Kennenlernen des anderen und des Fremden. Darum ist Fremdenfeindlichkeit paradoxerweise gerade dort am größten, wo es die wenigsten Fremden und die wenigsten Ausländer gibt. Deswegen ist es auch besonders schädlich, dass sich die so genannten Parallelgesellschaften entwickelt haben. Dass Deutsche und Ausländer beispielsweise bei uns in Wörth, aber sicherlich auch in anderen Kommunen in Rheinland-Pfalz nebeneinander herleben, ohne sich kennen zu lernen, ist eine bittere Konsequenz aus einer nicht vorhandenen Zuwanderungs- und Integrationspolitik bis auf den heutigen Tag.

(Pörksen, SPD: Das muss bei Ihnen liegen!)

Meine Damen und Herren, wer sich wie die CDU jahrzehntelang dem Faktum verweigert hat, dass es Zuwanderung in Deutschland gibt, der sollte nun wirklich nicht über mangelnde Integration Krokodilstränen vergießen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

 Frau Kohnle-Gros, Sie von der CDU verweigern die Integration – Stichwort "Deutschland ist kein Einwanderungsland" –,

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

dann verweisen Sie die Migrantinnen in desolate Stadtviertel, dann wirft man dies den Migrantinnen vor und bedauert die Entstehung von Parallelgesellschaften. Meine Damen und Herren, dies ist Heuchelei. Damit kommen Sie in der Integrationspolitik nicht voran.

Meine Damen und Herren, erst mit dem Zuwanderungsgesetz von Rotgrün ist eine Basis für eine wirkliche Integrationspolitik geschaffen worden. Bei allem Unbehagen, das wir GRÜNEN in diesen Kompromiss gesetzt haben, aber dies ist eine Chance, den ersten Schritt auf dem Weg in eine multikulturelle Gesellschaft zu tun.

(Keller, CDU: Fragen Sie einmal Herrn Schily, was er dazu sagt!)

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, Integration vollzieht sich konkret vor Ort. Es ist also vor allem eine Aufgabe der Kommunen, und es geht um kommunale Integrationspolitik. Aber auch das Land kann unterstützend wirken. Es geht darum, Ziele zu definieren und die Kommunen bei dieser Aufgabe zu unterstützen sowie die Voraussetzungen für neue Wege zur kommunalen Teilhabe und Mitsprache von Migrantinnen und Migranten zu schaffen. Die Landesregierung muss sich insbesondere bei den Kommunen dafür einsetzen und sie darin unterstützen, dass sie neue Formen der politischen Teilhabe auf der kommunalen Ebene entwickeln wie beispielsweise kommunale Ämter für Integration, kom-

munale Integrationsbeauftragte, Ausschüsse für Integration usw.

Meine Damen und Herren, da diese Aufgaben gerade vor dem Hintergrund des ab 1. Januar 2005 geltenden Zuwanderungsgesetzes sehr viel Einsatz besonders von den Kommunen fordern, in denen besonders viele Zuwanderinnen und Migrantinnen wohnen, ist es nur recht und billig, dass die Landesregierung diese Kommunen ebenso finanziell unterstützt, wie sie auch Kommunen unterstützt, in denen besonders viele Aussiedlerinnen und Aussiedler wohnen. Dies möchten wir mit unserem Änderungsantrag befördern. Ich denke, dies ist eine gute Möglichkeit, Integration in den Kommunen auch auf Landesebene zu unterstützen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, im November fanden die Ausländerbeiratswahlen statt. Es gab eine alarmierend geringe Wahlbeteiligung bei diesen Wahlen. 1994 sind noch 23,5 % all derjenigen, die wählen dürfen, zu dieser Wahl gegangen, 1999 waren es nur noch 10,1 % und 2004 nur noch 9 %.

(Dr. Schiffmann, SPD: Aber sehr unterschiedlich ausgeprägt!)

 Ich denke, man muss darüber nachdenken, wie es zu diesen Unterschieden kommt. Das ist sicherlich sehr interessant.

Dies hatte zur Folge, dass in 22 der 55 rheinlandpfälzischen Kommunen kein Ausländerbeirat zustande gekommen ist. Dies zeigt aber auch, dass wir andere Wege beschreiten müssen. Es hat sich unsere Befürchtung bestätigt, dass die Änderung der Kommunalverfassung kein Beitrag zur Stärkung der Beteiligung von Ausländerinnen war. Sie wissen, dass nach der Änderung nur noch einmal gewählt wird,

(Pörksen, SPD: Das hat überhaupt keine Auswirkung!)

und wenn nicht 10 % der Wahlberechtigten wählen, dann muss die Wahl nicht wiederholt werden.

(Dr. Schiffmann, SPD: Wäre dann die Wahlbeteiligung höher gewesen?)

Meine Damen und Herren, dies war kein Signal zur Stärkung. Es war kein Signal, das den Leuten suggeriert hätte, dass man sie beteiligen will, sondern es ist vielmehr als ein Signal verstanden worden, dass man hinterher eine Entschuldigung sucht, um zu sagen: Na ja, ihr seid letztendlich selbst daran schuld. Warum seid ihr nicht wählen gegangen? – Meine Damen und Herren, ich finde, so kann man Integrationspolitik nicht machen.

(Dr. Schiffmann, SPD: An vielen Stellen hat man sich deswegen besonders bemüht!)

Es ist klar, dass Integrationspolitik eindeutige Ansprüche formulieren muss. Es müssen Kriterien für die Integration definiert werden. Zentral ist dabei – das sagen auch

wir – die Anerkennung der Werte des Grundgesetzes und natürlich auch die Kenntnis der deutschen Sprache. Integration richtet sich aber nicht allein an die zugewanderte Bevölkerung; sie ist keine Einbahnstraße, sondern sie bezieht sich natürlich auch auf uns, auf die Bevölkerungsmehrheit, auf die Deutschen. Eine Fehlleistung in der alten Ausländerpolitik sehen wir darin, dass sie uns Einheimische ungenügend auf die Normalität von Migration vorbereitet hat und sie unsere Integrationsbereitschaft und unsere Integrationsfähigkeit nicht gefördert und unterstützt hat.

Meine Damen und Herren, auch in Rheinland-Pfalz ist Integration eine wichtige Zukunftsaufgabe. Wir vermissen, dass sich eine solche Politik der Zukunft in diesem Haushalt niederschlägt. So wurden zwar die zusätzlichen Aufgaben, die auf die Landesbeauftragte zukommen, in einer entsprechenden Vorlage aufgezählt –es gibt also eine Reihe zusätzlicher Aufgaben, die sich aus dem Zuwanderungsgesetz ergeben –, aber dann heißt es lapidar: "Es wird derzeit davon ausgegangen, dass der Aufgabenanstieg aus den vorhandenen Personal-, Sach- und Haushaltsmitteln bewältigt werden kann."

Meine Damen und Herren, da sind wir anderer Meinung. Die große gesellschaftliche Herausforderung der nächsten Jahre erfordert auch, dass Institutionen und Initiativen, die sich schon lange für Integration und gegen das Ausbilden von Parallelgesellschaften eingesetzt haben, nun auch personell und finanziell in die Lage versetzt werden, diese Aufgaben effektiv und erfolgreich zu bearbeiten. Dazu haben wir unsere Änderungsanträge eingereicht.

Meine Damen und Herren, zum Schluss komme ich noch auf das zu sprechen, was auch Herr Pörksen am Schluss seines Beitrags ausgeführt hat, nämlich auf den Umgang mit Flüchtlingen in dem Abschiebegefängnis in Ingelheim und im Ausreisezentrum in Trier. Ich finde, wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass Menschen ins Gefängnis gesteckt werden – und Ingelheim ist ein Gefängnis –.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

deren einziges Vergehen es ist, dass sie trotz As ylablehnung nicht ausreisen, und zwar oft deshalb – das ist natürlich nicht immer so, aber doch sehr oft –, weil sie in dem Land, in das sie abgeschoben werden sollen, nicht sicher sind und weil sie sich dort bedroht fühlen.

(Pörksen, SPD: Das sind die wenigsten Fälle!)

Meine Damen und Herren, um nicht missverstanden zu werden: Ein Land muss in der Lage sein, Menschen, die rechtmäßig zur Ausreise aufgefordert sind, abschieben zu können. Aber diese Menschen wie Straftäter zu behandeln, das ist und bleibt inhuman, und daran werden wir und wollen wir uns nicht gewöhnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz besonders nachdrücklich fordern wir aber die Landesregierung auf, das Ausreisezentrum in Trier zu schließen. Das Konzept ist nicht nur Menschen verachtend, sondern es hat auch sein Ziel völlig verfehlt. Es trägt im Gegenteil dazu bei, Menschen in die Illegalität zu treiben. Das zeigen die Zahlen: Nur ein Drittel der aus den Kommunen angemeldeten Personen taucht wirklich im Ausreisezentrum auf. Es ist schon zynisch, wenn die Landesregierung dann behauptet, die restlichen zwei Drittel seien wohl ausgereist. So einfach kann man sich der Verantwortung für diese Menschen nicht entziehen, meine Damen und Herren.

(Pörksen, SPD: Sie machen es sich besonders einfach!)

Wir fordern Sie noch einmal eindringlich auf, das Ausreisezentrum zu schließen. Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen und von der Landesregierung, dies sind rund 600.000 Euro, die Sie in den Kommunen mit – zugegebenermaßen – oft schwierigen Fällen, was Abschiebung angeht, zur Verfügung stellen können.

(Pörksen, SPD: Da werden sie sich freuen!)

Dann sollte das Innenministerium teilweise auch das Know-how für schwierige Ausreisefälle den Kommunen zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich noch auf die Eckpunkte eingehen, wie eine Härtefall-kommission in Rheinland-Pfalz aussehen soll, die uns heute gerade neu auf den Tisch geflattert sind.

Meine Damen und Herren, um es vorweg zu sagen, so, wie wir die Eckpunkte, die wir aus der Presseerklärung kennen, vor uns sehen, findet das nicht unsere Zustimmung. Wir sind auch nicht der Meinung, dass dies dem Geist, der in § 23 des Zuwanderungsgesetzes ausgedrückt wurde, entspricht.

(Mertes, SPD: Jetzt sind wir aber einmal gespannt!)

Wir glauben, dass die Zusammensetzung in diesem Fall nicht die richtige ist. Es gibt zum Beispiel auf der einen Seite den Staatssekretär und einen Referenten aus dem Bereich Ausländerrecht. Auf der anderen Seite heißt es aber, diese Härtefallkommission ist unabhängig und nicht an Weisungen gebunden. Wie passt denn das zusammen, ein Referatsleiter, der unabhängig ist und nicht an Weisungen gebunden ist?

Dann soll mit Zweidrittelmehrheit entschieden werden. Das heißt, es gibt eindeutig eine Sperrminorität gegenüber denjenigen, die aus den humanitären Institutionen, aus den Kirchen, aus der Liga der Wohlfahrtsverbände, aus amnesty international usw. kommen. Ich denke, es kann nicht sein, dass es sozusagen für diese Personen eine Sperrminorität gibt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Schiffmann, SPD: Das erhöht doch die Legitimation!)

Meine Damen und Herren, wir stellen uns vor, dass das ein Instrument ist, mit dem Härtefälle wirklich human und unserer demokratischen Grundordnung entsprechend entschieden werden können. Wir sehen es so, wie es jetzt aussieht, noch nicht. Aber vielleicht ist es möglich, in den Anhörungen noch zu Verbesserungen zu kommen, sodass wir letzten Endes das, was wir uns vorstellen, auch wiederfinden. Das wenigsten wünschen wir uns.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Pörksen, SPD: Dafür sorgen Sie dann direkt mit Ihrer Presseerklärung!)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Mertes das Wort zu einer Kurzintervention.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte deshalb eine Kurzintervention abgeben, weil Frau Kollegin Grützmacher einen Eindruck hinterlässt, der beim besten Willen nicht haltbar ist.

Wir richten freiwillig eine Härtefallkommission ein.

Wenn Sie zwischen den Menschen unterscheiden, die beruflich damit zu tun haben, und jenen, die in Organisationen tätig sind, dann ist das eine Wertung, die vollkommen unzulässig ist. Sie ist vollkommen unzulässig.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir akzeptieren sie einfach nicht. So einfach ist das. Wir akzeptieren nicht, dass Sie einem Beamten sagen, er hätte weniger Gewissen als jemand aus einer Flüchtlingsorganisation. Das akzeptieren wir nicht.

(Beifall der SPD – Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das hat sie doch gar nicht gesagt!)

Die Zusammensetzung, wie wir sie jetzt gewählt haben, ist in der Tat ein entscheidender Vorsprung vor vielen anderen Ländern. Man muss wirklich sagen, nur weil Sie Ihre Gefühle an unterschiedlichen Berufsbezeichnungen austoben wollen, sind wir nicht bereit, das zu ändern.

Wir haben jetzt eine Kommission, die ihre Arbeit aufnehmen wird. Mit solchen Argumenten helfen Sie niemandem.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Schon die Debatte, die Sie eben geführt haben zwischen gut und böse in dieser Frage, geht vollkommen an der Realität vorbei.

Viele Landräte und viele Oberbürgermeister haben sich sehr darum bemüht, insbesondere auch Innenminister Walter Zuber, mit diesen Fragen gerecht und humanitär umzugehen. Immer wieder den Eindruck zu erzeugen,

(Glocke des Präsidenten)

das Gegenteil wäre die Realität, halte ich für schlecht.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Zur Erwiderung erteile ich Frau Abgeordneter Grützmacher das Wort.

Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Mertes, ich spreche einem Beamten überhaupt nicht das Gewissen ab. Das wäre das Letzte, was ich tun würde. Sie haben das gerade gesagt.

Ich sage aber, dass ein Beamter aus dem Ministerium weisungsgebunden ist. Ich kann mir nicht vorstellen, wie er das mit der Unabhängigkeit seines Gewissens überein bekommt.

(Pörksen, SPD: Das liegt dann aber an Ihnen!)

Das habe ich nur gesagt. Es geht nicht an die Person, sondern an die Funktion. Ich glaube, da gerät ein solcher Mensch in ziemliche Gewissenskonflikte.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hohn das Wort.

Abg. Hohn, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt des Innenministeriums ist dadurch geprägt – übrigens ebenso wie die anderen Haushalte auch –, dass Einnahmen und Ausgaben zum Teil weit auseinander klaffen. Obgleich auf der Einnahmenseite mit einem Plus von 1,3 Millionen Euro auf 55,2 Millionen Euro in den beiden kommenden Haushaltsjahren eine leicht ansteigende Entwicklung gegenüber den Ansätzen für das Jahr Haushaltsjahr 2004 zu verzeichnen ist, stellt sich die Diskrepanz zu den Gesamtausgaben mit 1,135 Milliarden Euro im Jahr 2005 bzw. 1,147 Milliarden Euro im Jahr 2006 nach wie vor erheblich dar.

Dennoch ist es gelungen, in dem Haushalt des Innenministeriums wesentliche politische Schwerpunkte zu setzten, die aus Sicht unserer Fraktion für die Zukunft des Landes Rheinland-Pfalz von zentraler Bedeutung sind.

Meine Damen und Herren, mit dem Haushalt des hnenministeriums werden die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass im Interesse unseres Landes und unserer Bürgerinnen und Bürger auch über die Haushaltsjahre 2005 und 2006 hinaus erstens die Innere Sicherheit weiter gestärkt, zweitens ehrenamtliche Arbeit weiter unterstützt, drittens die Situation der kommunalen Haushalte verbessert wird und viertens die Verwaltungsstrukturen zukunftsfähig gestaltet werden können.

Meine Damen und Herren, ich möchte der Landesregierung dafür nicht nur meinen herzlichen Dank, sondern auch ein besonderes Lob aussprechen. In Zeiten knapper Kassen war dies wahrlich nicht einfach.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, im Folgenden auf die jeweiligen Schwerpunkte des Einzelplans 03 einzugehen. Die FDP-Fraktion misst der Gewährleistung der Inneren Sicherheit in Rheinland-Pfalz oberste Priorität ein. In Sicherheit zu leben, ist ein Grundbedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger. Diesem Grundbedürfnis wird für die Menschen in Rheinland-Pfalz in höchstem Maße Rechnung getragen, Herr Hörter.

(Beifall bei FDP und SPD)

Unsere rheinland-pfälzische Bevölkerung lebt in einem sicheren Land, in einem der sichersten Bundesländer in Deutschland, Herr Hörter. Das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, ist in Rheinland-Pfalz deutlich geringer als in anderen Bundesländern.

Mit einer jährlichen Aufklärungsquote von jeweils knapp unter 60 % nimmt das Land Rheinland-Pfalz einen Spitzenplatz im bundesweiten Vergleich ein und liegt damit Jahr für Jahr über dem Bundesdurchschnitt.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, im letzten Jahr ist es gelungen, gerade für das subjektive Sicherheitsgefühl so empfindliche Deliktsbereiche wie Wohnungseinbrüche oder die Straßenkriminalität nachhaltig zurückzudrängen. Dass dies ein wesentlicher Verdienst unserer rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ist, ist uns allen bewusst.

Trotz neuer Formen der Kriminalität, einer steigenden Gewaltbereitschaft und insbesondere einer neuen Dmension des weltweiten Terrorismus, haben sie mit großem Engagement und hoch motiviert ihre ihnen anvertrauten Aufgaben wahrgenommen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Hierfür möchte ich mich stellvertretend für unsere Fraktion ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei SPD und FDP – Pörksen, SPD: Dem schließen wir uns an!)

Meine Damen und Herren, erklärtes Ziel unserer Fraktion ist es, die Innere Sicherheit auch künftig auf höchstem Niveau zu gewährleisten. Wir sind uns im Klaren, dass sich dieses Ziel nur dann erreichen lässt, wenn die rheinland-pfälzische Polizei technisch und personell optimal ausgestattet ist.

Zur technischen Ausstattung der Polizei in Rheinland-Pfalz bedarf es, so denke ich – Herr Kollege Pörksen hat es schon angedeutet –, keiner großen Ausführung.

(Pörksen, SPD: Das stimmt!)

Meine Damen und Herren, in diesem Bereich sind wir in Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich ebenfalls mit führend. Dank hierfür gebührt vor allem dem Innenministerium, das in den letzten Jahren erheblich in die Sachmittelausstattung, in eine leistungsfähige und auch moderne Informations- und Kommunikationstechnologie bei der Polizei investiert hat.

Auch in den beiden kommenden Jahren wird sich hieran nichts ändern. Der hohe Standard der technischen Ausstattung wird mit dem Haushalt des Innenministeriums gesichert, in Teilbereichen s ogar noch weiter verbessert.

Auch wenn nach den derzeitigen Planungen nicht davon auszugehen ist, dass die Einführung des digitalen Sprech- und Datenfunksystems der Behörden und Oganisationen für Sicherheitsaufgaben vor Ende 2006/Anfang 2007 erfolgen wird – Herr Kollege Hörter hat es eben schon angedeutet –, so wurden im Haushalt des Innenministers dennoch Vorkehrungen dafür getroffen, dass in unserem Bundesland eine Umsetzung zeitnah erfolgen kann.

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz hat seine Hausaufgaben gemacht. Unsere Fraktion erwartet, dass, nachdem nunmehr eine Ausschreibung erfolgte, endlich auch eine Einigung zwischen dem Bund und den Ländern über die Aufteilung der Kosten für die Einführung dieses Systems erzielt wird.

In den letzten Jahren wurde die Personalstruktur in der rheinland-pfälzischen Polizei deutlich verbessert. Dennoch war und ist es erklärtes Ziel unserer Fraktion, den Personalstand stetig zu verbessern. Ich denke, da sind wir uns in den Fraktionen einig, Herr Kollege Pörksen.

Mit der Anhebung der jährlichen Einstellungsquote von 200 auf 250 Bewerberinnen und Bewerbern im Mai dieses Jahres wurde dieser politischen Vorgabe entsprochen. Der Haushalt des Innenministers sieht auch in den beiden kommenden Jahren die Einstellung von jeweils 250 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärtern in die rheinland-pfälzische Polizei vor. Diese jährliche Einstellungsquote trägt dem von den beiden Regierungsfraktionen erklärten Ziel, eine Mindeststärke von rund 9.000 Beamtinnen und Beamten vorzusehen, Rechnung. Ich mache keinen Hehl daraus, dass auch unsere Fraktion gern das alljährliche Einstellungskontingent weiter aufgestockt hätte. Die schwierige Haushaltslage lässt dies allerdings derzeit nicht zu. Dies müssen Sie endlich einsehen, meine Damen und Herren von der CDU.

Wenn ich Ihren Entschließungsantrag lese – Drucksache 14/3676 –, in dem Sie die Landesregierung auffordern, 100 zusätzliche Stellen für Polizeianwärterinnen und -anwärter gegenüber dem Haushaltsplan vorzusehen,

dann sehen Sie mir es bitte nach, wenn ich sage, das ist unredlich.

(Staatsminister Bauckhage: So viel zum Thema "Sparen"!)

Sie reden auf der einen Seite vom Sparen, auf der anderen Seite stellen Sie Forderungen. Sie erwähnen noch nicht einmal, wie Sie es finanzieren wollen. Das ist schon starker Tobak. Ich lese in der Begründung, die aktuelle Sicherheitslage, die Unterbesetzung der Polizeidienststellen vor Ort, das zu hohe Durchschnittsalter, die enorme Überstundenbelastung des Polizeidienstes und die zukünftigen Herausforderungen müssen durch junge qualifizierte Polizeibeamte verbessert werden. Das ist Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit.

Herr Kollege Hörter, hier machen Sie mit den Ängsten der Menschen in unserem Bundesland Politik. Das wird Ihnen nicht gelingen. Das haben die Menschen in Rheinland-Pfalz durchschaut.

(Beifall bei FDP und SPD)

Viele Aufgaben bei der Polizei können von Angestellten, Arbeitern und Verwaltungsbeamten erledigt werden.

(Zurufe der Abg. Frau Kohnle-Gros und Hörter, CDU)

Ich denke beispielsweise an die Bereiche Technik, Verwaltung und Service. Durch eine sukzessive Herausbsung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten aus diesen Aufgabenbereichen können demnach mehr Polizeikräfte für ihre eigentliche Arbeit freigesetzt werden.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Deshalb tritt unsere Fraktion weiterhin für die Entlastung der Polizei dort, wo möglich, durch zusätzliches Tarifpersonal ein.

(Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

Meine Damen und Herren, unter dem Oberbegriff "Innere Sicherheit" ist auch das Landeshundegesetz zu sehen. Das wird laut der Tagesordnung heute mit dem Einzelplan des Innenministeriums mitberaten. Das Abstimmungsverhalten im Innenausschuss vor einer Woche hat gezeigt, dass das Gesetz auf eine breite parlamentarische Mehrheit gestützt ist. Insofern erspare ich mir weitere Ausführungen zu dem Landeshundegesetz und kündige bereits heute für unsere Fraktion an, dass wir trotz der zahlreichen, teils diffamierenden Schreiben, die Tag für Tag bei uns eingehen – Herr Kollege Hörter, ich denke, Ihnen geht es nicht anders –, dem Gesetzentwurf unsere Zustimmung erteilen werden.

(Beifall bei FDP und SPD – Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum zweiten eingangs aufgezeigten Schwerpunkt des laufenden Haushalts kommen. Das ist die Förderung der ehrenamtlichen Arbeit unserer Bürgerinnen und Bürger. Für

unsere Fraktion hat die Förderung des ehrenamtlichen Engagements eine hohe politische Priorität. Wir begrüßen es deshalb, dass mit dem Haushalt des Innenministeriums die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass sich Ehrenamt und freiwilliges Engagement in Rheinland-Pfalz weiter entfalten kann. Unsere Gesellschaft ist auf das freiwillige Engagement und das solidarische Verhalten seiner Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Deshalb müssen wir an die in den letzten Jahren erreichten Verbesserungen für Ehrenamtliche, wie die Ehrenamtsversicherung und die Verbesserung der Mitspracherechte auf kommunaler Ebene, um nur einige Beispiele zu nennen, anknüpfen und in den nächsten Jahren Anreize schaffen, damit sich unsere Bürgerinnen und Bürger weiterhin in dem hohen Maß wie bislang für das Allgemeinwohl einbringen.

Mit den Änderungen im Brand- und Katastrophenschutzgesetz, wonach künftig den ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen für die Teilnahme an Einsätzen, Übungen und anderen Veranstaltungen ein gesetzlicher Anspruch auf Fortzahlung der Arbeitsentgelte und Dienstbezüge eröffnet werden soll, sind wir auf dem richtigen Weg. Gleiches gilt für die künftige Schwerpunktbildung, im Ausbau der Aus- und Fortbildung der ehrenamtlich Tätigen.

Meine Damen und Herren, sportliche Freizeitaktivitäten würden ohne ehrenamtlich Aktive für viele Bürgerinnen und Bürger unerschwinglich. Mit seiner Sportförderung trägt das Land dafür Sorge, dass auch künftig jeder Rheinland-Pfälzer sich nach Herzenslust sportlich betätigen kann. Trotz finanziell schwieriger Zeit wird dies in den beiden kommenden Haushaltsjahren auf nahezu gleich hohem Niveau des letzten Jahres fortgesetzt.

Den vielen tausend ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, Trainern und Übungsleitern, die den Sportbetrieb in unserem Land aufrechterhalten, wird damit ein wichtiges Zeichen ihrer Wertschätzung entgegengebracht.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Meine Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich noch auf den Themenbereich "Finanzsituation unserer Kommunen und zukunftsfähige Gestaltung kommunaler Strukturen in unserem Land" eingehen. Nicht nur die sich zunehmend verändernden sozialen Rahmenbedingungen stellen die rheinland-pfälzischen Kommunen vor große Herausforderungen. Ich denke in diesem Zusammenhang insbesondere an die Umsetzung der ab 1. Januar nächsten Jahres geltenden Arbeitsmarkt- und Sozialreform, allen voran Hartz IV. Auch die demographische Entwicklung gehört dazu.

Unsere Kommunen brauchen deshalb einen verlässlichen Partner an ihrer Seite, wenn es darum geht, ihre Finanzausstattung und Handlungsfähigkeit zu sichern. Mit der rheinland-pfälzischen Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen haben sie diesen Partner an ihrer Seite. Die Kommunen in Rheinland-Pfalz profitieren von dem bundesweit einmaligen Beistandspakt des Landes, der den Kreisen, Städten und Gemeinden bis zum Jahr 2006 1,6 Milliarden Euro als verstetigte Ein-

nahme garantiert. Das ist unabhängig davon, wie es um die Steuereinnahmen des Landes bestellt ist. Dieser Beistandspakt für die Kommunen wird durch den Stabilisierungsfonds ab 2007 ergänzt und weiterentwickelt.

Herr Kollege Hörter, wenn Sie sagen, die Landesregierung ziehe den Kommunen die Hosen aus, dann muss ich sagen, das ist nicht nur vollkommen an der Sache vorbeigeredet, sondern führt mich zu der Feststellung, Sie haben von Kommunalpolitik keine Ahnung.

(Heiterkeit bei der CDU – Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ich frage Sie Folgendes: Was wäre die Alternative gewesen? Wenn Sie die vorhandenen Einnahmen 1 zu 1 an die Kommunen weitergegeben hätten, dann wären in vielen Gemeinden heute schon die Lichter ausgegangen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Durch diesen Beistandspakt sind die Schmerzen gelindert worden. Zu diesem Zeitpunkt hat niemand davon ausgehen können, dass sich die Steuermindereinnahmen über Jahre auf die Kommunen so auswirken. Ins ofern finde ich diesen Solidaritätsfonds ab 2007 den richten Weg. Bereits ab 2005 garantiert das Land Mehreinnahmen für die Kommunen von 1 % pro Jahr.

Wer sagt, die Landesregierung ziehe den Kommunen die Hosen aus, der – mit Verlaub – weiß nicht, wovon er redet.

(Pörksen, SPD: Das sind des Kaisers neue Kleider!)

Meine Damen und Herren, ich bin selbst davon betroffen in meiner Kommune wie einige Kolleginnen und viele Kollegen hier in diesem hohen Hause. Ich sage es aber noch einmal: Was wäre die Alternative gewesen?

(Kuhn, FDP: Richtig!)

Meine Damen und Herren, was wir brauchen – ich denke, darüber sind wir uns alle einig –, ist nach wie vor eine umfassende und grundlegende Gemeindefinanzreform, die diesen Namen auch verdient. Unsere Fraktion hat hierzu schon wirklich umfassende Vorschläge gemacht. Wir hoffen, dass diese auch irgendwann einmal mehrheitsfähig sind.

Meine Damen und Herren, eine weitere strukturelle Verbesserung zugunsten der kommunalen Haushalte erwarte ich mir von der Verankerung des Konnexitätsprinzips in der rheinland-pfälzischen Verfassung. Dieser Änderung der Landesverfassung gingen intensive Beratungen in der Enquete-Kommission "Kommunen" voraus. Wie man sieht, waren diese letztendlich von Erfolg gekrönt. Insofern appelliere ich an die Kolleginnen und Kollegen der Enquete-Kommission, schnellstmöglich wieder zu einer konstruktiven Arbeit zurückzufinden; denn die Entwicklung der kommunalen Haushalte erfordert schnelle und zeitnahe Problemlösungen.

Meine Damen und Herren, spürbare Entlastung der kommunalen Haushalte erwarte ich mir auch durch Reduzierung kommunaler Standards.

(Schnabel, CDU: Sehr gut!)

Deshalb begrüßt es unsere Fraktion ausdrücklich, dass mit dem Entwurf zum ersten Standardflexibilisierungsgesetz im kommunalen Bereich ein erster Schritt gemacht werden soll, um die Kommunen schrittweise von Aufgaben und Kosten zu entlasten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Kommunen müssen sich im Hinblick auf die demografische Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten auf eine zahlenmäßig schrumpfende und vor allem auch ältere Bevölkerung einstellen. Unsere Kreise, Städte und Gemeinden stehen in Bezug auf bürgernahe soziale Leistungen, öffentliche Infrastruktur und flächendeckende kommunale Einrichtungen vor einer großen Herausforderung. Um diese zu meistern, benötigen sie die Unterstützung der Politik. Diese muss zukunftsfähige Strukturen schaffen, damit die Kommunen mit dem tief greifenden Bevölkerungswandel zurecht kommen. So müssen familienfreundliche Strukturen ausgebaut und eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht werden.

Auch muss es uns gelingen, mittelbaren Einfluss auf die Erhöhung der Geburtenzahlen zu nehmen. Anderen Ländern ist dies bereits gelungen. Lassen Sie uns dies als Beispiel nehmen.

Meine Damen und Herren, Bürgermeister und Landräte müssen künftig besser kooperieren. Von der Einrichtung der Bauhöfe bis hin zum Unterhalt von Schwimmbädern muss zusammengearbeitet werden.

Schließlich müssen wir uns auch fragen, ob wir die heutige Zahl der bestehenden Verwaltungsebenen brauchen oder ob man hier in Zukunft nicht auch über andere Zuschnitte nachdenken sollte.

(Beifall des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Meine Damen und Herren, zusammenfassend möchte ich für unsere Fraktion festhalten, dass mit dem vorgelegten Doppelhaushalt eine solide Grundlage dafür geschaffen wird, die politischen Ziele der Koalition umzusetzen. Im Laufe des Haushaltsvollzugs wird unsere Fraktion die Landesregierung hierbei tatkräftig unterstützen und mit eigenen Vorschlägen und Impulsen versuchen, einen Beitrag für ein sicheres, modernes und bürgerfreundliches Rheinland-Pfalz zu leisten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Vizepräsident Creutzmann:

Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Schnabel das Wort. Die CDU-Fraktion hat noch eine Redezeit von fünf Minuten.

Abg. Schnabel, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu drei Themen, die der Kollege Pörksen angesprochen hat, muss ich doch noch einige Sätze sagen, weil er gemeint hat, wir hätten den Brandschutz vergessen.

(Pörksen, SPD: Soll ich meine blaue Karte herausholen?)

Den hatte ich hier mit auf dem Papier, und zwar allein aus der Sicht, dass wir derzeit das Landes-Brand- und -katastrophenschutzgesetz beraten und auch in der Anhörung sind. Deswegen ist es sicherlich auch nicht hier am Platz, dass wir darüber endgültig diskutieren, wobei wir schon sagen können – das ist auch bekannt –, dass wir die Feuerwehren vor Ort unterstützen wollen, insbesondere was die Altersgrenze angeht und verschiedene andere Dinge noch mehr, sodass im Grunde genommen uns das mehr als am Herzen liegt.

Aber in der Frage des Brandschutzes haben Sie ganz vergessen, dass es da einen Investitionsstau gibt, dass wir also Millionen haben – – –

(Pörksen, SPD: Ja Vorschlag! – Mertes, SPD: Was sollen wir denn sparen, damit wir es da ausgeben können?)

Ja, die Vorschläge kommen schon.

Zum einen kommen diese Investitionsstaus auch daher, dass Sie die Feuerschutzsteuer nicht ganz weitergeben.

(Schweitzer, SPD: Das stimmt doch nicht! Erzählen Sie doch keine Märchen!)

Das, was Sie gesagt haben, stimmt nämlich nicht. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage – sie können das nachlesen – steht ganz konkret geschrieben, dass gerade die Feuerschutzsteuer nicht allein für den operativen Bereich im Brandschutzwesen genommen wird. Das ist eine sehr deutliche Aussage gerade zu diesem Thema.

(Schweitzer, SPD: Das ist völlig falsch!)

 Herr Pörksen, das steht in der Antwort auf die Kleine Anfrage. Dann ist die nicht richtig beantwortet. Suchen Sie es sich bitte heraus. Ich habe es im Moment zumindest von der Drucksache her nicht in Erinnerung.

(Pörksen, SPD: Das hättest du besser getan!)

 Da komme ich gleich noch dazu, wenn es um die Finanzierung der Kommunen geht.

Sport ist auch ein Thema gewesen. Im Sport gibt es zum Glück keine Änderungen. Sie haben daraus gelernt, dass Sie sich vor zwei Jahren gerade den Unmut von allen Sportfunktionären zugezogen haben. Sie haben damals nachgeben müssen und sind dadurch schlauer geworden. Dafür kann man Ihnen im Grunde genommen gratulieren.

(Pörksen, SPD: Danke schön!)

Aber letztendlich war dies der Ausfluss dessen, was Sie vor zwei Jahren verkehrt gemacht haben.

Sie haben auch noch eine weitere Vorlage in Bezug auf die Bezirksregierungen gegeben. Am 1. Januar 2000 haben wir die neuen Formen der ADD und SGD bekommen. Bis zum heutigen Zeitpunkt konnte uns noch keiner konkret nachweisen und erzählen, was dabei gespart wurde. Ich habe noch keine Zahlen ges ehen.

(Schmitt, CDU: Das Gegenteil ist der Fall!)

Jetzt stellen wir fest – das schlägt dem Fass den Boden aus –, dass im neuen Haushalt im Einzelplan 03 Pers onalvermehrungen im Bereich der SGD und ADD mittlerweile vorgenommen werden. Sie drehen im Moment gerade den Spieß herum. Deswegen sollten Sie sich da noch einmal genau über diese Tatsache informieren. Es gibt anscheinend Personalvermehrung und keine Personalverminderung, wie das ursprünglich einmal erzählt wurde in der Größenordnung von 1.000 Stellen. Ich weiß es nicht mehr. Sie haben in diesem Zusammenhang die utopischsten Zahlen genannt.

Jetzt noch ganz kurz zur Situation der Kommunen und deren Finanzen: So schlecht, wie die Kommunen in Rheinland-Pfalz dastehen, stehen sie in keinem anderen Bundesland da. Das wird bestätigt vom Gemeindefinanzbericht. Das wird bestätigt vom Landesrechnungshof. Dann kommen Sie jetzt noch auf die Idee, aus dieser Situation heraus —— Das haben Sie vorhin auch gesagt: Woher nehmen Sie das Geld? — Sie haben zunächst einmal den Kommunen im Finanzausgleich das Geld genommen und geben es jetzt über Umwege — über Verstetigungspakt und Solidarisierungspakt — weiter. Das ist wie beim Schinderhannes früher. Der hat auch den einen genommen und den anderen wieder gegeben. So einfach ist das anscheinend.

(Beifall bei der CDU – Mertes, SPD: Also lassen Sie meinen Schinderhannes hier aus dem Spiel!)

 Da habe ich auch noch ein bisschen Ahnung. Der war auch in Rheinhessen. Der war nicht nur in Rheinböllen und in Simmern.

(Mertes, SPD: Persönliche Verunglimpfungen von Schinderhannes! Das ist eine Zumutung!)

 Natürlich ist das eine Verunglimpfung, dass ich ihn mit der Landesregierung vergleiche. Das kann schon sein.

(Pörksen, SPD: Na, na!)

- Er hat das doch gesagt.

(Mertes, SPD: Das war doch der Versuch eines Scherzes!)

 Ich habe das doch nicht aufgebracht. Er hat es doch gesagt.

Zurück zu den kommunalen Finanzen. Der Stabiliserungsfonds beginnt mit einem Negativkapital von 600 Millionen Euro. Das ist ungefähr so, als wenn ich

eine Stiftung einrichten würde und mit einem Negativkapital anfangen würde. So einfach ist das eigentlich. Da fällt dieser Landesregierung gar nichts dabei ein. Im Gegenteil, bei dem damaligen Beistandspakt haben Sie das noch zinslos gemacht. Jetzt müssen es die Kommunen am Ende noch verzinsen. Das hängt einfach – das muss immer wieder gesagt werden – damit zusammen, dass Sie ständig den Finanzausgleich in den vergangen Jahren geräubert haben. 1,2 Milliarden Euro sind in den letzten Jahren herausgenommen worden. Da denke ich an die Schulbaumittel, an die Kindertagesstätten, die Personalkosten für diesen Bereich. Daran krankt eigentlich im Grunde genommen unsere kommunale Seite, und ansonsten gar nichts.

(Glocke des Präsidenten)

Das hängt einfach daran, dass Sie den Finanzausgleich über Jahre geräubert haben.

Meine Damen und Herren, die Zeit ist leider zu Ende.

(Glocke des Präsidenten)

Ich könnte Ihnen noch ein bisschen etwas über den kommunalen Finanzausgleich, insbesondere über den Standardabbau, der genannt wurde, – ich bin direkt fertig – sagen.

Aber leider bin ich im Moment am Ende.

(Mertes, SPD: Das stimmt!)

Ich hoffe und wünsche nur, dass Sie den Kommunen die Mittel geben, damit sie weiter überleben können und die Selbstverwaltung in Rheinland-Pfalz bestehen bleibt.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich darf Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen. Wir begrüßen sehr herzlich Senioren aus Haßloch. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Wir begrüßen Mitglieder des Kirchenchors Rückweiler. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Es spricht Herr Abgeordneter Schweitzer.

Sie haben noch eine Redezeit von drei Minuten.

Abg. Schweitzer, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat auch durch ihren zweiten Redner eine Chance vertan. Kein Wort zu den über eine Million ehrenamtlich Tätigen in Rheinland-Pfalz. Kein Wort zu den Rettungsdiensten und Sanitätsorganisationen in diesem Land. Zu den Feuerwehren, dem Kata-

strophenschutz und dem Sport fällt Ihnen nur ein, dass Sie nichts zu sagen haben. So viel sind Ihnen diese Menschen, diese Organisationen in diesem Land wert.

(Beifall der SPD und der FDP – Widerspruch von der CDU)

Herr Kollege Schnabel, sie sind Ihnen in Wahrheit nichts wert.

Ich freue mich immer, wenn ich Unruhe bei Ihnen verbreiten kann. Aber vielleicht hören Sie doch einmal einen Augenblick zu. Es sind eh nur drei Minuten. Weil Sie meinen Kollegen Pörksen so geärgert haben, hat er seine Redezeit überzogen.

(Hörter, CDU: Der ist auch besser als Sie!)

Stattdessen kommt Herr Kollege Schnabel und erzählt diese alten Sprüche, die wir hier jedes Mal mit Ausplündern des kommunalen Finanzausgleichs und was weiß ich alles hören.

Ich muss sagen, ich gehe immer mit einer gewissen Erwartungshaltung in die Haushaltsberatungen, weil ich diese Sprüche von Herrn Kollegen Schnabel, von Landräten, die der CDU angehören, und anderen höre. Da denke ich, mein Gott noch einmal, was wird die CDU dieses Mal bei den Haushaltsberatungen beantragen: Aufstockung des kommunalen Finanzausgleichs, Erhöhung des Verbundsatzes, kommunale Programme. – Dann kommen die Anträge der CDU, und dann liest man diese auch. Man ist anständig. Dann findet man keinen einzigen Antrag der CDU, der den Kommunen auch nur einen einzigen Euro mehr bringen würde.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Herr Kollege Schnabel, wissen Sie was, das ist scheinheilig. Wenn schon nicht in diesem Hause, dann sollten Sie sich wenigstens vor Ihren tausenden CDU-Kommunalpolitikern schämen, denen Sie ständig andere Versprechungen machen, und wenn Sie diese hier einlösen müssen, tun Sie für die Kommunen nichts, außer Seifenblasen verbreiten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hohn, FDP)

Dann reden Sie davon, dass Sie die allgemeinen Zuweisungen zulasten der Zweckzuweisungen stärken sollen. Dazu stellen Sie auch einen Antrag: 15 Millionen Euro mehr allgemeine Zuweisungen. Aber die "klauen" Sie bei den Zweckzuweisungen. Dann würde es auch nur redlich sein, wenn Sie einmal sagen würden, wo Sie bei den Zweckzuweisungen kürzen wollen, anstatt Anfrage auf Anfrage zu richten, wann endlich die Gemeinden für dieses Feuerwehrhaus, für dieses Dorfgemeinschaftshaus und für jene Schule endlich ihr Geld vom Land bekommen. Das ist nicht ehrlich.

Herr Kollege Schnabel, das ist keine solide Politik.

(Beifall der SPD und des Abg. Hohn, FDP)

Wir stehen dazu. Wir erhöhen die Mittel für die Kindergärten. Wir wollen nicht wie Sie Standardabbau bei den Kindergärten. Wir wissen um den Erziehungs- und Bildungsauftrag der Kindergärten. Deswegen erhöhen wir im kommunalen Finanzausgleich die Mittel für die Träger von Kindergärten.

Wir halten den Schulbau stabil, weil wir wollen, dass unsere Kinder günstige Erziehungs- und Lernvoraussetzungen an ihren Schulen finden.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU – Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Schnabel, ich würde gern – wie Sie sicherlich auch – noch das eine oder andere zum Beistandspakt sagen. Aber dafür haben wir sicherlich morgen bei der Beratung des Einzelplans 20 noch genügend Zeit.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des Abg. Hohn, FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Ende der Beratungen über den Einzelplan 03.

Ich wollte noch darauf hinweisen, dass die zweite Beratung des Landesgesetzes über gefährliche Hunde bis nach den Abstimmungen über das Landeshaushaltsgesetz unterbrochen wird.

(Zurufe aus dem Hause: Die Landesregierung!)

- Entschuldigung.

Es spricht jetzt der Herr Staatssekretär des Innenministeriums.

Ich glaube, wir sollten von dieser Stelle aus Herrn Kollegen Walter Zuber alles Gute und eine baldige Genesung wünschen.

(Beifall im Hause)

Herr Staatssekretär Bruch, ich darf mich nochmals entschuldigen.

Bruch, Staatssekretär:

Herr Präsident! Ich darf mich herzlich bedanken. Ich sehe Walter Zuber morgen oder übermorgen und werde ihm gern die Grüße ausrichten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für das Innenministerium will ich zu drei Politikfeldern etwas sagen, die zum Teil auch angesprochen worden sind.

Das erste ist das Politikfeld der Sicherheit. Das zweite ist das Politikfeld der Konversion, und das dritte Politikfeld ist die Situation der Kommunen aus Sicht des Innenministeriums.

Sie werden mir verzeihen, dass ich für das ganze Feld, das das Innenministerium begleitet, nämlich von der Frage der Förderung als Strukturministerium bis zu der Frage, wie wir letztendlich mit dem Ehrenamt umgehen oder was wir für Menschen in der Dritten Welt, sprich Ruanda, tun, vielleicht nicht genügend Zeit habe.

Als ich die Rede von Herrn Abgeordneten Hörter gehört habe, habe ich mich, Herr Abgeordneter, gefragt, ob Sie eigentlich bei der letzten Debatte dabei waren. Es widerstrebt mir jetzt, eine Situation zu schaffen, dass ich das wiederhole. Aber zumindest eines darf ich wiederholen: Als wir 1991 diese Regierung neu gebildet haben, lag die Stärke der Polizei im Land bei 8.600 Beamtinnen und Beamten. Das sollten Sie fairerweise immer dazusagen, wenn Sie heute sagen, sie hätte nicht die Stärke von über 10.000 oder was auch immer.

(Hörter, CDU: Bei wesentlich weniger Einwohnern!)

Wir haben über 11.000 Menschen, die für die Sicherheit in diesem Land arbeiten. Sie vergessen immer die Angestellten und Arbeiter. Ich muss sagen, das ärgert mich; denn die Angestellten und Arbeiter leisten ihren Anteil an dieser Inneren Sicherheit. Das sollten Sie akzeptieren.

(Beifall der SPD und des Abg. Kuhn, FDP)

Ein Zweites ist es, was mich immer wieder stört. Wir sind jetzt bei über 9.000 Beamtinnen und Beamten. Wir werden 2006 bei etwa 9.200 sein. Dies in einer Zeit mit dem Hinweis auf eine andere Altersstruktur abzutun, wo wir eine andere Lebenserwartung und eine andere Lebensarbeitszeit haben, halte ich für nicht angebracht. Sie vergessen und blenden aus, dass wir in dem Haushaltsetat des Innenministeriums nicht nur die Personalkosten haben, für die wir einstehen müssen, sondern darüber hinaus auch neue Techniken anbieten und anbieten müssen, weil die Zeit eine andere ist. Das tun wir.

Meine Damen und Herren, wenn Sie heute die Innere Sicherheit in Rheinland-Pfalz nur unter dem Gesichtspunkt sehen, was in diesem Land ist – Sie haben das zum Teil nicht getan, jedenfalls zum Teil nicht richtig getan, wie ich finde –, dann sehen wir, die wir im Moment diese Verantwortung tragen, die Innere Sicherheit in einer vernetzten Situation. Wir müssen schauen, ob wir die Technik haben, um dem internationalen Terrorismus entgegenzutreten. Tun wir das Richtige?

Als ich mich für den heutigen Tag, für diesen Haushalt, vorbereitet habe, habe ich mir von meiner Verantwortung her, von meinem Amtseid her eine Frage gestellt: Tue ich alles, damit das Land für die Zukunft – für die nächsten zwei Jahre und darüber hinaus – gut aufgestellt ist, für die du Verantwortung trägst?

Daraufhin habe ich mir die Politikfelder angeschaut. Ich muss sagen, da ist seit dem Jahr 2001 –seit dem 11. September, wie Sie es gesagt haben – eine Menge geschehen. Wir haben den Verfassungsschutz personell so ausgestattet, wie er Anfang und Mitte der 70er-Jahre ausgestattet war. Damals gab es eine andere Innere Sicherheit in Deutschland als heute. Wir haben heute im

Verfassungsschutz eine Technik, die viel Geld kostet, die sich sehen lassen kann. Wir haben heute eine Technik beim Landeskriminalamt, die neben dem Bundeskriminalamt und in Bayern in Deutschland führend ist.

Wir haben all das getan, was zu tun war, jedenfalls wie ich es nach meinem Amtseid empfinde. Dann sage ich, heute empfindet die Bürgerin oder der Bürger den Staat eher mehr als Partner, als diese ihn möglicherweise in den 70er-Jahren der Staat – Überwachung und Innere Sicherheit – gesehen haben. Wir wollen Partner sein. Wir sind auch dieser Partner.

Sie haben angeführt, dass ein Teil des Minus in der Frage der Inneren Sicherheit nach Ihrer Meinung sei, dass der Digitalfunk jetzt nicht gekommen ist.

(Hörter, CDU: Dazu habe ich kein Wort gesagt!)

 Da muss ich eben auf einer anderen Veranstaltung gewesen sein. Sie haben Digitalfunk erwähnt, dass das fehlen würde.

(Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

Entschuldigung, lieber Herr Kollege, Haushaltswahrheit und -klarheit. Sie sind auch t\u00e4tig.

Sie können doch nur dann Mittel einsetzen, wenn Sie wissen, welche Mittel Sie ausgeben müssen. Wir haben in unserem Ministerium eine zentrale Stelle als Geschäftsstelle BOS geschaffen. Wir haben 5 Millionen Euro Anlaufmittel für BOS eingestellt. Bis heute wissen wir nicht, was BOS bundesweit kostet.

Wir wissen heute noch nicht, welcher Anteil auf Rheinland-Pfalz entfällt. Was wollen Sie denn? Wollen Sie fiktiv Mittel einstellen?

(Beifall bei der SPD)

Nur Nordrhein-Westfalen, sonst kein anderes Land hat Mittel bereitgestellt für den Digitalfunk, und zwar aus dem gleichen Grund, den ich Ihnen genannt habe. So lange wir uns auf Bund-Länder-Ebene nicht einigen, werden wir dabei auch nicht weiter kommen, außer bei der Technik. Dabei sind wir schon ein ganzes Stückchen weiter. Wir werden die Ausschreibung und eine Menge mehr bekommen.

Sie haben kritisiert, dass die Einführung des Lageanalysezentrums zwischen BKA und Verfassungsschutz in Berlin sehr lang gedauert hat. Das ist zum Teil so, weil es in einem föderalen System immer wieder Abstimmungsnotwendigkeiten gibt. Jetzt haben wir es aber. So weit ich weiß, ist es heute verkündet worden. Wir waren zumindest bei den grundlegenden Dingen eingebunden. Ich könnte mir vorstellen, dass wir diese strikte Trennung durchbrechen könnten mit den entsprechenden rechtlichen Regularien. Wir waren aber dafür und haben gesagt: Jawohl, wir brauchen das Lageanalysezentrum und besetzen es. – Rheinland-Pfalz macht von Anbeginn an mit jeweils zwei Beamten mit.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich denke, wenn wir das zusammenpacken, fällt mir in Rheinland-Pfalz zu den Fragen der Stärke, zu der Situation der rheinland-pfälzischen Polizei und zu den Menschen in der Polizei nur noch ein Feld ein, bei dem ich der Meinung bin, dass wir dabei viel getan haben. Dabei hat Walter Zuber unendlich viele Verdienste erworben. Das ist ein Pflänzlein, das meistens nicht beachtet wird. Das ist das Pflänzlein der Prävention. Wir unternehmen viele Anstrengungen und sagen: Passt auf. Es ist euer Land. Es ist euer soziales Miteinander, das ihr mit den anderen gestaltet. Also passt auch auf, was passiert. – Das sagen wir nicht im Sinn eines Blockwarts sondern im Sinn, dass man ein guter Nachbar ist.

Wir machen viele Aktionen. Wir haben viele Kriminalpräventive Räte. Ich wünsche mir mehr. Wir werden uns im Bereich der Prävention neu formieren. Das ist unsere Meinung im Innenministerium. Wir werden uns noch mehr Sach- und Fachverstand holen. Wir haben Veranstaltungen durchgeführt, die zum Teil von Abgeordneten besucht wurden. Wir werden in diesem Teil dieses Pflänzlein noch etwas mehr aufbauen.

Was mir auch zu wenig diskutiert wird, wenn die Frage der Inneren Sicherheit besprochen wird, ist die Frage: Ist es nur die Polizei, die für die Innere Sicherheit verantwortlich ist? Müssen wir nicht auch über Rettungsdienste reden? Müssen wir nicht über die Notwendigkeit integrierter Leitstellen diskutieren, weil wir einen Rettungsnotruf brauchen?

(Beifall bei SPD und FDP)

Müssen wir nicht über Notärzte reden, die wir haben? Müssen wir nicht über Krankenhausbetten reden?

Sie haben die WM 2006 angesprochen. Ich bin dabei ganz gelassen. Mir ist vorhin gesagt worden, dass ich ganz gelassen aussehe. Ich bin ganz gelassen. Wir sind das erste Land, das ein Sicherheitskonzept für die WM 2006 hat. Frankfurt beginnt. Andere Länder schauen, was wir machen. Das ist in Kaiserslautern hervorragend gemanagt worden. Wir haben das Sicherheitskonzept zum ersten Mal in der Staatssekretärskonferenz vorgestellt. Ich gebe zu, dass ich einen Fehler gemacht habe. Ich hätte das Konzept auch dem Innenausschuss vorstellen sollen.

Sie haben im Übrigen kritisiert, dass uns Saarbrücken geholfen hat. Wir stimmen uns sehr eng ab mit der Polizei in Saarbrücken. Bei jedem Fußballspiel, bei dem uns auswärtige Gäste erwarten, gibt es in Mainz und in Kaiserslautern immer ein Kontingent der Polizei der Entsendenden, also eins aus Saarbrücken und eines von uns. Wir entsenden auch Beamte nach München, und das hat noch keiner kritisiert. Im Rahmen der WM 2006 werden wir viele Beamte durch dieses schöne Bundesland schicken müssen. Wir werden aber auch Beamte an andere Bundesländer abgeben müssen, um dort Sicherheit zu gewährleisten. Das war kein gutes Ding, Herr Hörter.

(Beifall bei SPD und FDP)

Der guten Ordnung halber erwähne ich, dass wir zur WM 2006 in Kaiserslautern einen Hubschrauberlande-

platz am Klinikum errichten werden, weil wir der Meinung sind, dass wir ein komplettes Sicherheitskonzept für die gesamte Region haben müssen. Meine Damen und Herren, damit sind wir gut aufgestellt. Ich habe damit überhaupt kein Problem.

Noch zwei Bemerkungen zu Frau Grützmacher. Wir arbeiten daran. Ich denke, es wird so werden, dass wir damit umgehen können. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht etwas entschieden, was uns in der Praxis erhebliche Probleme bereitet. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, dass auch wir Probleme in einem konkreten Fall haben, in dem wir aus Sicherheitsgründen abhören müssen. Wir müssen eine Raumüberwachung machen, weil es Hinweise auf terroristische Aktivitäten in Richtung Irak und mittlerer Osten gibt. Uns macht es schon Probleme, wenn wir abschalten müssen. Dann müssen wir sehen, wie wir an Informationen herankommen, die wir möglicherweise brauchen. Dann werden Sie mich nachher möglicherweise fragen, weshalb diese Informationen nicht gekommen sind. Sie sind dann nicht gekommen, weil wir es möglicherweise nicht

Meine Damen und Herren, ich denke, wir sind bei der Sicherheit gut aufgestellt. Wir haben zum BKA-Gesetz und zur Föderalismuskommission klar Position bezogen. Das Kabinett hat darüber beraten. Ich habe dem Ministerpräsidenten einen Vorschlag gemacht. Ich bin der Meinung, dass wir dem BKA durchaus Ermittlungskompetenz geben müssen, wenn es eine originäre Zuständigkeit hat, nämlich beim internationalen Terrorismus. Dabei muss die Möglichkeit gegeben sein, Vorfeldermittlungen zu machen und präventiv tätig zu werden. Das halte ich für vernünftig. Daher ist das meines Erachtens in Ordnung.

Ich möchte eine zweite Bemerkung machen, Frau Grützmacher. Das liegt mir wirklich am Herzen als Betroffener, als ehemaliger Bürgermeister einer kleinen Stadt. Wir schauen sehr nach rechts. Wir schauen genau hin. Wir schauen nicht weg. Sie verlangen, dass wir genau hinschauen und der Politik Hinweise geben, wo was im Argen liegt. Das tun wir. Der Verfassungsschutz kann nicht verhindern, dass es die NPD gibt. Das kann nur die Politik. Das können Sie und alle anderen in diesem Haus. Ich will nur darauf hinweisen, weil immer suggeriert wird, der Verfassungsschutz und die Polizei könnten das tun

Ich will dieses Feld verlassen und etwas zu der aktuellen Situation sagen, wie das Land bei der Frage der Konversion aufgestellt ist. Sie wissen, dass wir gute Erfolge hatten. In den vergangenen Jahren sind etwa 560 Liegenschaften konvertiert worden. Die Arbeitsplatzzahlen sind bekannt. Wir haben nach wie vor Probleme bei den US-Liegenschaften. Baumholder ist nicht gesichert. Wir werden uns umsehen müssen, wie wir das konvertieren, wenn wir es konvertieren müssen. Wir werden es zumindest in Teilen konvertieren in Richtung militärische Möglichkeiten. Das ist so. Frau Grützmacher, Sie kritisieren das immer, aber es wird nicht anders gehen. Wir werden uns natürlich umsehen müssen, wie wir dabei arbeiten können

Wir haben nicht nur einen Arbeitsstab gebildet, der sich mit den US-Partnern beschäftigt, sondern wir haben einen weiteren Arbeitsstab gebildet, der sich mit den Bundeswehrliegenschaften beschäftigt. Dieser Arbeitsstab hat seine Tätigkeit aufgenommen. Wir haben einen ersten Besuch in Hermeskeil durchgeführt. Besuche in Westerburg, Mendig und Rheinböllen werden folgen. Dieser Arbeitsstab wird die Frage der regionalen Konvertierbarkeit genauer prüfen.

Ich meine, dass wir auch in dieser Hinsicht einen neuen Weg entwickeln müssen. Wir können uns nicht nur auf die Liegenschaft beschränken. Die Liegenschaft in Hermeskeil zum Beispiel liegt etwas weg von der Stadt. Wir müssen also fragen, welche Stärken die Region hat und ob wir in der Region konvertieren können. Deswegen haben wir einen Arbeitsstab gebildet, der neu aufgestellt ist, der sich um diese Fragen kümmert. Das wird eine Zeit lang dauern.

Wir werden unsere Zeitschiene abgleichen mit einem weiteren Stab. Ich werde Sie über die Ergebnisse der Arbeit dieser Arbeitsstäbe informieren. Dieser Stab steht direkt in Verbindung mit der Bundeswehr, und zwar relativ hoch aufgehängt bei Herrn Staatssekretär Biederbick. Dieser Stab beschäftigt sich mit der Frage der Zeitschiene und der Frage, welche Möglichkeiten im direkten Angriff bestehen. Wir brauchen den Abgleich oder die Parallelität der Entscheidungen der Bundeswehr und unserer Entscheidungen. Ich will nicht gern am Schluss dastehen und sagen: Ihr hättet eigentlich schon früher anfangen können. – Ich gehe lieber offensiv mit solchen Entwicklungen um und versuche deshalb, offensiv die Bundeswehr mit einzubinden.

Ich hoffe, dass das gelingt. Aber ich denke, nachdem der Ministerpräsident in den vergangenen Tagen mit den Personalräten gesprochen hat, werden wir demnächst mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sprechen und dann der Konvertierung und Konversion ein Stück weiter kommen.

Ich möchte eine dritte Bemerkung zur Situation der Kommunen machen. Es ärgert mich schon ein bisschen, dass völlig ausgeblendet wird, dass wir eine allgemeine Situation haben, die die Kommunen bundesweit beutelt. Die Frage ist, ob wir die Kommunen in Rheinland-Pfalz mehr als woanders beuteln und ob wir die Situation verbessern können. Ich meine, wir haben uns der zweiten Frage zugewandt.

Die Ebene der Staatssekretäre ist nicht nur dadurch geprägt, dass man ein Parteibuch hat. Auf dieser Ebene werde ich oft gefragt: Wie macht ihr das denn? Weshalb habt ihr das so gemacht? – Andere Länder wie Thüringen ändern den kommunalen Finanzausgleich. Sie geben statt 21 % nur 18 %. Herr Kollege Schnabel vergisst, dass das zu anderen Zeiten durchaus gang und gäbe war. Ich erinnere mich noch gut daran, dass wir das im Jahr 1987 kritisiert haben, und zwar mit Recht. Ich erinnere mich gut, dass es damals ein Kraftakt der damaligen SPD/FDP-Regierung war, zu sagen: Wir bleiben bei 21 %. – Ich erinnere mich noch gut daran. Damals saß ich auf einem anderen Stuhl. Man mag kritisieren, dass dort und dort eine Entnahme stattfindet, wie Sie es nennen.

Ich bin froh, dass wir noch Krankenhäuser bauen können, ich bin froh, dass wir noch Kindergärten bauen können, ich bin froh, dass wir noch Straßen bauen können, und ich bin froh, dass wir aus dem kommunalen Finanzausgleich Konversionsmittel haben.

(Beifall der SPD)

Ich kritisiere das nicht. Auch da sind wir meiner Meinung nach richtig aufgestellt, wenn ich sehe, dass wir alle in diesem Bereich Finanznot haben.

Ich weiß, dass unsere mittelständischen Firmen bei bestimmten Entwicklungen Hilfe brauchen. Da frage ich mich, der ich über das Instrumentarium verschiedener Zuschussmöglichkeiten verfüge, ob wir das da richtig machen. Müssen wir uns nicht neu überlegen, ob wir nicht noch konzentrierter und noch genauer hinschauen oder ob wir bestimmte Mittel zu einem Projekt zusammenbinden?

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Mich ärgert, dass wir viele Schwimmbäder haben, die jetzt desolat geworden sind, weil die Zeit einfach so ist, wie sie ist. Nach 30 Jahren ist die Lebenszeit eines Schwimmbads am Ende. Wenn ich mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern spreche, heißt es immer wieder, na ja eine zentrale Sportanlage ist das in dem Sinn eigentlich nicht. In meinem Kreis haben wir schon drei, vier oder fünf Anlagen dieser Art. Daher könnte man auch einen anderen Weg finden.

Dann stelle ich fest, dass es kaum möglich ist, eine günstigere Bezuschussung durchzuführen als die über die normale Sportförderung. Ein Schwimmbad mit 50-Meter-Becken umzubauen, verursacht Kosten in einer Größenordnung von ungefähr 4,5 Millionen Euro. Im Einzelfall liegt der Betrag vielleicht ein bisschen höher oder niedriger. Gibt es keine Möglichkeiten, dort etwas anderes zu machen, was uns in den Folgekosten weiterbringt, die der Träger möglicherweise tragen kann, sodass eine Entlastung bei den Kosten erfolgt? Darüber denken wir im Moment nach. Das ist ein Beispiel.

Ich will ein anderes Beispiel nennen: Wir geben viel Geld für die Dorferneuerung auf den Punkt genau sehr gut aus. Haben wir aber bedacht, dass wir dort möglicherweise mehr Anreize schaffen können für junge Familien, indem sie ein älteres Haus übernehmen, anstatt ein neues Haus zu bauen, und dass wir dann möglicherweise im Rahmen der Stadtsanierung oder der Dorferneuerung Kosten zur Energieeinsparung übernehmen, anstatt sie an das Umweltministerium zu verweisen und ihnen zu sagen, sie sollen dort sehen, welche dünnen Möglichkeiten der Etat zulässt? Ist das eine Doppelförderung? Nach meiner Meinung ist es unsere Aufgabe und meine Aufgabe, darüber nachzudenken und Ihnen möglicherweise Vorschläge zu unterbreiten, wie wir einen kombinierten Einsatz hinbekommen können.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit den Kommunen wurde auch die Feuerschutzsteuer kritisiert. Ich will dazu nur der Ordnung halber etwas sagen. Die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer geben wir voll an den Bereich der Feuerwehr weiter. Da wird nichts abgeknapst oder etwas entnommen.

(Beifall bei der SPD – Schweitzer, SPD: Im Gegensatz zu Hessen!)

Natürlich kann man kritisieren, dass zu diesem Bereich Anträge vorliegen. Jetzt sehe ich einmal in die Gesichter der Kommunalpolitiker. Sie wissen, dass viele Bürgermeister schon heute einen Antrag stellen, weil sie 2009 ein neues Auto benötigen und Ähnliches mehr. Ich versuche, ihnen das immer auszureden, aber wenn mir das nicht gelingt, steht es auf unserer Liste. Wir könnten so vorgehen wie in Hessen. Dort werden am jeweiligen Jahresende die Anträge zurückgegeben. Dadurch entsteht kein Antragsstau. Der Antrag wird einfach zurückgegeben, und damit ist die Sache erledigt.

(Beifall der SPD)

Das will ich eher nicht tun.

(Pörksen, SPD: Hessen vorn!)

Meine Damen und Herren, dann darf ich noch ein Wort auf Ruanda verwenden. Wir wissen, dass ruandesische Soldaten in den Kongo einmarschieren. Es gab ein Gespräch auf der Ebene der Staatskanzlei mit dem Botschafter Gasana. Wir haben selbst mit dem Botschafter gesprochen. Ich habe darüber auch mit Walter Zuber gesprochen. Wir sind der Meinung, dass wir nach wie vor unsere Hilfe für die Menschen in Ruanda aufrechterhalten sollten. Wir werden aber die Gespräche mit Ruanda weiter suchen, um, soweit das möglich ist, unseren Einfluss geltend zu machen, dass kriegerische Handlungen dort nicht stattfinden.

Meine Damen und Herren, eine letzte Bemerkung: Ich bin der Meinung, mit diesem Haushalt sind wir ganz gut für die Zukunft und für die Menschen in unserem Land aufgestellt.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Damit sind wir am Ende der Beratungen des Einzelplans 03 des Ministerium des Innern und für Sport; dies mit dem Hinweis, dass die zweite Beratung des Landesgesetzes über gefährliche Hunde bis nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz unterbrochen wird.

Wir kommen nun zur Beratung des

Einzelplans 05

- Ministerium der Justiz -

Die Fraktionen haben eine Redezeit von 20 Minuten vereinbart. Ich erteile Herrn Abgeordneten Baldauf das Wort.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie wichtig der Landesregierung der Bereich der Justiz ist.

(Staatsminister Bauckhage: Ach was!)

hat die Einbringungsrede des Finanzministers deutlich gezeigt. Völlig unwichtig oder man könnte mutmaßen überflüssig ist wohl die Justiz; denn es wurde kein einziges Wort in dieser Rede darüber verloren. Na ja, das kann daran liegen, dass wir nur über 3 % des Gesamthaushalts reden. Möglicherweise könnte man auch mutmaßen, hat man deshalb darüber nichts gesagt, weil vielleicht alles in Ordnung ist?

(Dr. Schiffmann, SPD: Ja! – Frau Klamm, SPD: Das wird es sein!)

 Nein, nein, weit gefehlt. Das wäre schön, aber ich vermute, dass das in der Anschlussrede so herüberkommt. Ich muss aber zunächst einmal die Wahrheit erzählen. Das ist nämlich leider nicht so.

> (Mertes, SPD: Ihre Wahrheit! – Unruhe bei der SPD)

Weit gefehlt! Steigende Fallzahlen führen bei einzelnen Richtern zu zu bearbeitenden Fällen in einer Größenordnung von über 700. Durch die wirtschaftliche Rezession erhöhen sich drastisch die Anträge auf Prozesskostenhilfe und damit natürlich auch die Kosten im Justizhaushalt. Herr Minister.

Gutachten belegen, dass die Richterschaft um 16 % unterbesetzt ist. Im nachgeordneten Bereich ist das leider noch schlimmer; dort sind es rund 25 %. Ferner sind – schlimm genug, aber leider wahr – die Gefängnisse um 5 % überbelegt. Verfahren vor Sozialgerichten dauern bis zu vier Jahre.

Was tut der Minister? Der verwaltet, aber er gestaltet wieder einmal nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Frau Reich, SPD: Den Spruch kennen wir schon aus dem vergangenen Jahr!)

 Frau Reich, den Spruch bringe ich Ihnen so lang, bis Sie ihn wiederholen, damit er merkt, dass Sie das auch so sehen.

(Unruhe bei der SPD)

Die Pressemitteilungen des Ministeriums sind deshalb auch logisch. Sie befassen sich nämlich zum überwiegenden Teil mit Bundesrecht. Zur Situation der Justiz im Land hört man nichts. Also folgt der Minister wohl eher dem Grundsatz "Reden ist Silber, Schweigen ist Gold". Das ist aber in diesem Fall leider völlig unangebracht, Herr Minister.

(Mertes, SPD: Machen Sie das einmal zu Ihrer Parole!)

 Herr Mertes, ich freue mich immer wieder, dass Sie so laut hineinrufen. Offenbar hören Sie zu. Das scheint Ihnen zu gefallen. Ich freue mich darüber sehr. Ich bin sehr geehrt.

(Mertes, SPD: Das ist ein Dialog!)

 Ach, noch schöner. Dann wollen wir einmal sehen, ob wir da auch auf einen Nenner kommen; denn ich weiß nicht so viel wie Sie.

Nichtsdestotrotz schweigt der Minister zu der Frage, wie beispielsweise die Justiz mit dem zu erwartenden Mehraufkommen an Arbeit durch die Fußballweltmeisterschaft fertig werden soll. Ein Konzept gibt es dafür nämlich nicht. Warum auch? Wir vermuten, dass der Minister davon ausgeht, dass schon alles gutgehen wird.

Dann fragt man sich aber, weshalb an anderer Stelle, nämlich im vorher beratenen Einzelplan, eigene Ansätze vorgesehen sind, die gerade im Bereich der Polizei und der Inneren Sicherheit die Fußball-WM sicherer machen sollen. Allerdings bringt das relativ wenig, wenn man die Innere Sicherheit nur im Vorfeld gewährleistet, dafür aber nicht mehr die Personalstärke bei den Staatsanwaltschaften oder Richter hat, um hinterher auch zuzulangen.

(Mertes, SPD: 200 Schnellrichter brauchen wir!)

Ich muss zusammenfassen, sehr weitschauend und mit Perspektiven gespickt ist das leider nicht.

Meine Damen und Herren, dann gibt es noch Felder, die vom Ministerium, warum auch immer, nicht aktiv angegangen werden oder begleitet werden. Es gibt beispielsweise keine Stellungnahme dazu, inwieweit eine Privatisierung der Justizvollzugsanstalten mit Nennung der Vor- und Nachteile denkbar ist, inwieweit beispielsweise die Flexibilisierung des Bußgeldkatalogs möglich ist – man könnte sich vorstellen, das einkommensabhängig zu gestalten – und wie künftig die Arbeit der Staatsanwaltschaften erledigt werden soll, wenn ab nächstem Jahr die Polizei grenzüberschreitend tätig wird, Herr Minister.

Apropos Staatsanwaltschaften. Dort herrscht zwischenzeitlich leider ein sehr großes Manko. Wir haben –es gibt Zahlen aus Zweibrücken – im ersten Halbjahr 2003 47.500 Fälle und im ersten Halbjahr 2004 59.800 Fälle gehabt, was einer Steigerung um ein Viertel entspricht. Nimmt man die vergangenen zehn Jahre, ergibt sich sogar eine Steigerung um 50 %. Das liegt natürlich an der Kriminalitätssituation im Bereich der Organisierten Kriminalität und auch an der Kriminalität der Russlanddeutschen. Die Erweiterung der EU tut natürlich ihr Übriges.

Dann werden 2.500 bis 3.000 zusätzliche Verfahren erwartet, die die Staatsanwaltschaften im BAföG-Bereich zu verfolgen haben werden. Darüber hinaus gibt es zwischenzeitlich Angaben von Staatsanwälten – das ist kein Geheimnis –, dass teilweise Verfolgungsverjährungen drohen.

Das wäre das Allerschlimmste, was uns passieren könnte. Es wird vorher ermittelt und versucht, jemanden dingfest zu machen, und hinterher scheitert das an einem Verfahrensfehler.

Herr Minister, deshalb erwarten wir von Ihnen selbstverständlich, dass Sie gerade die personelle Situation auch im Bereich der Strafverfolgungsbehörden, der Staatsanwaltschaften, gewährleisten. Wir fordern von Ihnen, Maßnahmen zu ergreifen, dass es zu einer Beschleunigung der Verfahren kommt, um die Akzeptanz der Justiz des Landes bei den Bürgerinnen und Bürgern zu steigern.

Wir fordern, dass Sie endlich mittel- und langfristige Konzepte entwickeln, die für die Angehörigen der Justiz in den besonders belasteten Bereichen Entlastungen und mehr Berechenbarkeit bringen.

Weiterhin gehen wir davon aus – natürlich fordern wir das auch –, dass Sie Maßnahmen ergreifen, um insbesondere den Angehörigen des mittleren und des gehobenen Dienstes in der Justiz eine Perspektive zu bieten, indem es zu einer Verbesserung der Beförderungssituation als Kompensation für die vorhandenen deutlichen Mehrbelastungen kommt, und dass die EDV-Ausstattung, die Sie angeführt haben, schnellstmöglich und nicht erst bis zum Jahr 2008 flächendeckend sichergestellt wird.

Herr Minister, weiterhin wäre es endlich einmal an der Zeit, die Initiative bezüglich der Sozialgerichtsgebühren aktiv zu betreiben und nicht zu warten, bis endlich im Bundesrat irgendetwas passiert. Wir reden über Einnahmenmöglichkeiten. Auch diese sollte man nicht von der Hand weisen.

Im Bundesrat fehlt nach wie vor auch eine Initiative von Ihnen zur Neufassung des Betreuungsrechts

(Staatsminister Mertin: Was?)

mit der Zielsetzung, vorhandene Gelder effektiver einzusetzen – Sie müssen zuhören, bis ich fertig bin; ich kenne Ihre Initiative; leider betrifft diese nicht das, was ich sage; ich glaube, Sie sind noch dran –, wenn sie die Qualität der Betreuung sichert und die Ehrenamtlichkeit fördert, um dem ständigen Anstieg im Justizhaushalt und den Kosten entgegenzuwirken.

Des Weiteren ist darauf hinzuwirken, dass der Justizhaushalt von den mit der Neuregelung des Insolvenzrechts verbundenen deutlich erhöhten Aufwendungen eine Kompensation erhält, insbesondere – wie wir alle wissen – im Bereich der Verbraucherinsolvenzen.

Des Weiteren fordern wir von Ihnen, dass Sie klar absichern und dazu auch noch etwas sagen, dass durch die Verlagerung der Zuständigkeit aufgrund Hartz IV bei den Sozialgerichten die bisher kurzen Verfahrensdauern bei den Verwaltungsgerichten auch in den Bereichen der Arbeitslosengeld-II-Situation beibehalten werden.

Wir reden schließlich auch über kommunale Finanzen, die im Prinzip unter dem Strich schnellstmöglich entschieden werden müssen. Wir haben leider eine Diskre-

panz in der Fallbearbeitungszeit bei den Verwaltungsund Sozialgerichten. Ich hoffe nicht, dass die Richterstellen zusätzlich mit sozialrechtlichen Angelegenheiten belastet werden, wenn Fälle zum Sozialgericht übergeleitet werden.

Herr Minister, im Übrigen verlangen wir gerade im Hinblick auf den jetzigen Haushalt – das sollten Sie heute eindeutig erklären –, dass Sie mit realistischen Ansätzen gearbeitet haben – ich sage das nicht ohne Grund –, wenn man sich im letzten Jahr die überplanmäßigen Ausgaben, die Sie mit eingebracht haben, anschaut.

Wenn Sie den Planansatz nehmen – hier war die Haushaltsrechnung 2003 sehr interessant, die wir, glaube ich, gestern im Fach gefunden haben – und diesen mit dem Rechnungsergebnis und dem Rechnungssoll vergleichen, werden Sie feststellen, dass Sie sich um sieben Millionen Euro geirrt haben. Das ist doch etwas arg viel. Deshalb erwarten wir, dass Sie hier klar und deutlich erklären, dass der jetzige Haushalt entsprechend realistischer ist.

(Zuruf von der SPD)

Herr Kollege, wenn es eine eidesstattliche Versicherung g\u00e4be, bin ich damit selbstverst\u00e4ndlich einverstanden, wenn der Herr Minister das so macht. Sie k\u00f6nnen einmal eine vorformulieren und sie ihm geben.

Im Übrigen erwarten wir von Ihnen eine klare Stellungnahme dazu, dass diese sieben Millionen Euro nicht wieder vorkommen, weil ein geschönter Haushalt niemandem hilft, außer vielleicht der Landesregierung, damit man an der Verfassungswidrigkeit vorbeikommt. Wir müssen mit reellen Zahlen arbeiten.

Zu guter Letzt möchte ich im Namen der CDU-Fraktion allen Bediensteten der Justiz sehr herzlich für das große Engagement danken, dass sie immer wieder an den Tag legen. Das reicht aber nicht aus. Dafür haben wir auch noch eine Regierung, die für die notwendigen Mittel sorgt, Herr Minister.

(Zuruf des Staatsministers Mittler)

Ich weiß nicht, ob Sie es am Anfang gehört haben: Nachdem Sie gar nichts in Ihrer Haushaltsrede dazu gesagt haben, hoffe ich, dass Sie jetzt erfahren haben, wie wichtig der Justizhaushalt ist.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU – Zuruf des Staatsministers Mittler)

Vizepräsident Creutzmann:

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Reich das Wort.

Abg. Frau Reich, SPD:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mir wirklich ernsthaft überlegt, was die Opposition,

insbesondere die CDU, dieses Mal zum Justizhaushalt anmerken wird. Angebliche Justizskandale wurden nämlich von dort in diesem Jahr nicht ausgerufen. Ich erinnere mich noch gut an das letzte Jahr. Auch fehlen wieder – das kennen wir schon – in den bisherigen Beratungen Anregungen oder gar Anträge. Aber auch das wäre wahrscheinlich etwas zu viel verlangt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren von der CDU, eines verstehe ich nicht. Wenn Sie schon keine Vorschläge machen oder Anträge vorlegen, wie etwas besser zu machen ist, warum erkennen Sie nicht wenigstens das an, was auch bei uns im Land unter schwierigen Bedingungen im Justizhaushalt geleistet wird. Da von der größten Oppositions-Partei nichts kam, was erwidernswert gewesen wäre, möchte ich die Schwerpunkte im Justizhaushalt hervorheben, die von der SPD-Fraktion erkannt werden und hinter denen wir stehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Die zwei politischen Schwerpunkte sind der Strafvollzug und die Informations- und Kommunikationstechnik.

Ich komme zu dem Strafvollzug. Hier sind schon große Anstrengungen unternommen worden. Ich nenne an dieser Stelle den Neubau der JVA Rohrbach. Leider muss in diesem Bereich noch vieles getan werden. Die Verhältnisse sind so. Kontinuierliche Ausgabensteigerungen bei den entsprechenden Haushaltsstellen in den nächsten zwei Jahren zeigen dies.

Vorhaben, wie zum Beispiel der Ausbau der JVA Wittlich – bis 2005 60 Millionen Euro –, machen dies plastischer. Herr Kollege Dröscher wird für diesen Bereich für uns Stellung nehmen.

Ich komme zum zweiten Schwerpunkt. Weiter ging und geht es auch mit dem Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnik. Die Fachgerichtsbarkeiten sind nämlich sowohl, was die Hardware als auch die Software betrifft, schon da, wo wir sie haben wollen.

In der ordentlichen Gerichtsbarkeit ist es wegen der Menge der Arbeitsplätze – ca. 4.000 – schon etwas schwieriger. Entscheidend ist für diesen Bereich auch, dass es leider immer noch an der im Länderverbund zu entwickelnden nutzbringenden Software fehlt. Trotz alledem sieht der Doppelhaushalt die entsprechenden Mittel für die Ausrüstung der ordentlichen Gerichtsbarkeit vor, und zwar für beide Jahre wieder elf Millionen Euro.

(Beifall der SPD und der FDP)

Es macht unseres Erachtens auch Sinn, Arbeitsplätze zunächst zwar mit EDV, aber ohne "FORUMSTAR" auszustatten. Das ist eine gute Anregung, die wir bei Gerichtsbesuchen vor Ort erhalten haben.

(Beifall bei SPD und FDP)

Trotz knapper finanzieller Mittel ist Rheinland-Pfalz im Justizbereich, insbesondere was die EDV betrifft, innovativ und durchaus führend.

Stichwort: "Insolvenzen im Internet". – Hier waren wir als eine der Ersten dabei. Das war ein kleiner, aber feiner Beitrag, um letztlich Einsparungen zu verwirklichen.

Stichwort: "Elektronisches Grundbuch". – Andere Bundesländer mussten eine solche mit hohen Kosten verbundene Aufgabe extern vergeben. Bei uns haben das engagierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gemacht und dabei dem Land sieben Millionen Euro gespart.

(Beifall der SPD und der FDP)

Stichwort: "Elektronischer Rechtsverkehr". – Mittlerweile ist das Pilotprojekt am Oberverwaltungsgericht in Koblenz erfolgreich gestartet. Es wird immer stärker angenommen. Es ist möglich, Schriftsätze online einzureichen und auch Verfahrensabfragen online durchzuführen. Auf unsere Nachfrage im letzten Rechtsausschuss haben wir erfahren, dass der elektronische Rechtsverkehr im nächsten Jahr auf viele Standorte der Verwaltungsgerichtsbarkeit ausgedehnt wird. Ich meine, dies ist ein gutes Beispiel für die anderen Gerichtszweige.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie auch im Ausschuss stelle ich für die SPD-Fraktion fest, dass in der Justiz in allen Bereichen sehr gute Arbeit geleistet wird. Wir danken den engagierten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auch von dieser Stelle aus.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ein Beispiel für die Qualität dieser Arbeit ist die Verfahrensdauer eines Prozesses in den verschiedenen Gerichtsbarkeiten.

Herr Kollege von der CDU, insbesondere in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, aber auch in anderen Bereichen, liegen wir bei diesem Indikator in Rheinland-Pfalz deutlich unter dem Länderdurchschnitt.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Eine besondere Motivation der Beschäftigten wird daraus erkennbar, weil insbesondere Belastungen – das ist richtig – leider immer noch zunehmen. Sie haben das Beispiel der Sozialgerichtsbarkeit genannt.

Herr Kollege, eine Verfahrensdauer ist nicht nur von den Richtern abhängig. Sie wissen das. Es gibt nämlich auch Parteien und vielleicht deren Anwälte.

(Mertes, SPD: Rechtsanwälte, genau!)

Insbesondere bei den Sozialgerichtsverfahren gibt es auch häufig lange Gutachtenaufträge, bei denen die Gutachter die Fristen setzen. Diese werden manchmal auch nicht eingehalten.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Ein weiterer Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist die Gebäudeausstattung der Justiz. Das jahrelange Bauprogramm trägt gute Früchte. Geht man vor Ort, findet man selbst bei kleinsten Amtsgerichten gute räumliche Aus-

stattungen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Nur wenige Baustellen sind noch offen. Was sagt die CDU zu all diesen Tatsachen? Nichts; denn es wird ignoriert, weil es gut läuft. Nur, wenn in Zukunft vielleicht wieder einmal etwas schief laufen sollte, werden Sie wieder über die Presse den Notstand der Justiz ausrufen. So ist das

(Beifall bei der SPD)

Deshalb muss man es Ihnen immer wieder sagen: Die Funktionsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Justiz ist bisher gewährleistet und wird es auch mit dem künftigen Doppelhaushalt sein.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Allerdings habe ich bereits im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen an dieser Stelle gesagt, dass wir wegen der Funktionsfähigkeit der dritten Gewalt und des Strafvollzugs das Personal im Justizbereich ohne bundesgesetzliche Änderung und/oder eine Organisationsreform der Gerichte kaum weiter reduzieren können. Diese Aussage ist heute so aktuell wie vor einem Jahr, wenn nicht sogar aktueller.

Vor kurzem wurde auf der Ebene der Justizministerkonferenz eine große Justizreform aus der Taufe gehoben. Sie ist nicht die erste große Reform in den letzten Jahren. Ob sie als eine solche große Reform endet, das bezweifle nicht nur ich. Ich begrüße es deshalb ausdrücklich, wenn sich Herr Minister Mertin öffentlich dazu eher zurückhaltend positioniert hat. Natürlich müssen wir uns die Fragen nach der Strukturreform im Justizbereich immer wieder stellen. Aber bevor man wie selbstverständlich davon ausgeht, dass eine funktionale Zweigliedrigkeit nur Vorteile bringt, sollte man dies zumindest vorher ordentlich prüfen: denn nicht nur in Rheinland-Pfalz durchläuft die Mehrzahl der Prozesse sowieso nicht alle Instanzen. Man sollte, bevor man etwas Neues angeht, die letzte große Reform, die ZPO-Reform, erst einmal, wie man sich vorgenommen hat, ordentlich evaluieren. Alles Weitere, so meine ich, trägt eher zur Verunsicherung der Beschäftigten bei, als dass es nützt.

Im Übrigen ist es erstaunlich, dass mittlerweile bestimmte Änderungen von denen gefordert werden, die dieselben Änderungen noch vor Jahren bei der ZPO-Reform abgelehnt haben.

Meine Damen und Herren, auch in diesem Jahr muss ich wiederholen: Uns laufen in einigen Bereichen, die allein fremdbestimmt sind, das heißt, durch Bundesrecht beeinflusst sind, immer noch die Kosten aus dem Ruder. "Betreuungsrecht", "Kostenrechtsmodernisierungsgesetz", "Kosten für Insolvenzverfahren" sind nur wenige Stichworte. Hier ist eine Steuerung von Länderseite tatsächlich unmöglich. Deshalb ist es gut, dass die Verfahrensauslagen in Rechtssachen, wie im Haushaltsund Finanzausschuss angekündigt, aus der Bonus-Malus-Regelung herausgenommen werden. Es bleibt zu hoffen, dass bei den bundesgesetzlichen Beratungen zu den Änderungen des Betreuungsrechts - Herr Kollege Baldauf, hier gab es sehr wohl wichtige Initiativen auch von Rheinland-Pfalz, ich denke aber, der Minister wird noch näher darauf eingehen – endlich ein Ergebnis

erreicht wird, mit dem wir hier in Rheinland-Pfalz auch besser leben können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Einzelplan 05 ist nicht irgendein Haushalt. Er repräsentiert die dritte Gewalt in unserer Verfassung, nämlich die Rechtsprechung. Ich meine, wir sind in Rheinland-Pfalz auch im Justizbereich gut aufgestellt. Ich möchte mich bei Herrn Minister Mertin stellvertretend für die Landesregierung bedanken.

Bei Ihnen bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Abgeordnete Friedel Grützmacher.

Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, der Justizhaushalt zeichnet sich finanztechnisch gegenüber den anderen Haushalten durch zwei Besonderheiten aus. Er ist ein sehr kleiner Haushalt. Der Prozentsatz am Gesamthaushalt beträgt nämlich nur rund 4 %. Er hat eine Kostendeckungsquote von 35 %. Das sieht finanztechnisch nicht nach viel aus. Aber inhaltlich gesehen ist er natürlich ein ganz schwergewichtiger. Er umfasst die unsere Demokratie konstituierende dritte Gewalt, die Judikative, und dann als Zweites den ganz wichtigen Strafvolllzug, eine unverzichtbare Einrichtung, um unser Zusammenleben gewaltlos und in Sicherheit zu gewährleisten.

Natürlich lastet aber auch auf diesem Haushalt trotz seines geringen Anteils am Gesamthaushalt der Spardruck, das nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern in allen Bundesländern. Darum gibt es auch immer wieder – Frau Reich, Sie haben darauf hingewiesen – im Zweijahresrhythmus inzwischen Vorschläge für die so genannte große Justizreform, die auch wohl deswegen so häufig ausgerufen werden, weil dieser Spardruck besteht.

Meine Damen und Herren, wenn wir ebenfalls die Notwendigkeit einer Justizreform anerkennen, so darf sie nicht unter dem Aspekt der Einsparung geführt werden. Wir haben nichts gegen eine Erhöhung der Effizienz der Justiz. Wir wollen auch gern darüber streiten, wie wir das hinbekommen können. Wir sagen aber sehr deutlich: Das, was im Moment geplant ist, der Wegfall der Berufung in Strafsachen, wie er von vielen Bundesländern unterstützt wird, ist kontraproduktiv und wird von uns GRÜNEN abgelehnt.

Die rotgrünen Landesregierungen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen waren auch neben der rheinland-pfälzischen Landesregierung die einzigen, die bei der Justizministerkonferenz am 24. November dagegen gestimmt haben. Meine Damen und Herren, wir wollen, dass die Justiz als dritte und unabhängige Gewalt erhalten bleibt, und sie muss in der Lage sein und in die Lage versetzt werden, jedem Bürger und jeder Bürgerin

in überschaubarer Zeit eine gerechte Entscheidung zu gewährleisten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Präsident Grimm übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, wir setzen uns als GRÜNE im Bund und auch im Land dafür ein, dass die Dreigliedrigkeit des Justizsystems grundsätzlich erhalten bleibt. Das vor allen Dingen aus zwei Gründen: Erstens glauben wir, dass sonst die wichtige Streit schlichtende Funktion der Amtsgerichte aufgehoben würde, und zweitens würde die Abschaffung der Berufungsinstanzen zu einer massiven Überforderung der Eingangsinstanzen führen. Darin sind wir uns zusammen mit vielen Expertinnen und Experten einig; denn dann muss in jedem kleinen Prozess sofort von Anfang an die ganze Batterie der möglichen Beweisanträge aufgefahren werden, da es keine Möglichkeit gibt, zur Not in der zweiten Instanz bei der Berufung neue Beweisanträge vorzulegen, wenn sich die Notwendigkeit dafür erweist.

Das kann dann leicht zur Folge haben, dass im Gegensatz zu dem, was man erhofft, es zu viel längeren Verfahrenslaufzeiten kommt. Wir wissen auch, was das bedeuten kann. So hat das Bundesverfassungsgericht vor zwei Jahren festgestellt, dass dann, wenn ein Verfahren zu lang dauert, dies bei der Strafbemessung berücksichtigt werden muss. Das kann zu großen Ungerechtigkeiten führen.

Im Übrigen müssen wir uns auch vor Augen führen, dass im Moment – das wurde im Ausschuss immer wieder gesagt – rund 10 % aller Verfahren in die zweite Instanz gehen, also 90 % in der ersten Instanz erledigt werden. Wenn man also eine Reform der Justiz machen will, sollte das Ziel die Stärkung der Eingangsinstanzen am Amtsgericht und am Landgericht sein; denn das ist das Gesicht der Justiz, das die allermeisten Rechtsuchenden als Erstes sehen. Das ist dieses Gericht, und das ist das Eingangsgericht, und die Akzeptanz unseres Rechtssystems und unseres Rechtsstaats wird davon beeinflusst und bestimmt. Das dürfen wir natürlich nicht aufs Spiel setzen.

Meine Damen und Herren, wenn wir über die Entlastung der Gerichte, vor allem über die Eingangsgerichte reden, müssen wir natürlich auch unbedingt über die so genannte konsensuale Streitbeilegung reden. Wir begrüßen es, dass auch der rheinland-pfälzische Justizminister dem Beschluss der Justizministerkonferenz zugestimmt hat, die konsensuale Streitbeilegung zu fördern; denn diese Form der Konfliktlösung mindert nicht nur die Belastung der Gerichte, was sicher ein wichtiges Ziel in Zeiten knapper Kassen ist. Die Möglichkeiten der konsensualen Streitbeilegung, die sehr weit gefächert sind, haben natürlich vor allem deswegen einen besonderen Wert, weil sie den Rechtsfrieden fördern und damit auch langfristig auf eine Änderung der Streitkultur hinzielen.

In der Begründung des Beschlusses werden viele Schritte aufgeführt, die man in die Richtung Stärkung der konsensualen Streitbeilegung machen kann. Wir sind gespannt und werden bei Gelegenheit auch nachfragen, was die Landesregierung getan hat, um diesen vorwärts weisenden Beschluss zu realisieren.

Meine Damen und Herren, der zweite große Bereich im Haushalt der Justiz ist der Strafvollzug. Das ist ein ungeliebter Bereich, der immer wieder den oberflächlichen Parolen an Stammtischen ausgesetzt ist. Als Politiker und Politikerinnen müssen wir wirklich eine Vorbildfunktion einnehmen. Wir müssen deutlich machen, dass die sozialtherapeutische Arbeit mit Straftätern in erster Linie keine soziale Wohltat für die Strafgefangenen ist, sondern dass das vor allen Dingen praktizierter Opferschutz ist. Hier stoßen wir dann auf ein ganz aktuelles Problem: die Überbelegung der Justizvollzugsanstalten. So fehlten im Jahr 2000 im geschlossenen Männervollzug durchschnittlich 476 Haftplätze. Das wird sich in der Hochrechnung bis 2008 auf 816 fehlende Haftplätze steigern.

Dies führt auch im Moment zu bedenklichen Doppelbelegungen von Zellen. Die Möglichkeiten, mit Strafgefangenen in Gruppen und einzeln therapeutisch zu arbeiten, werden stark eingeschränkt.

Auch die Arbeitslosenzahlen in den Justizvollzugsanstalten steigen. Wir wissen, wie wichtig die Arbeit für die Strafgefangenen auch für die Resozialisierung ist.

Kurz gesagt, diese Überbelegung stellt eine enorme Belastung nicht nur für die Strafgefangenen, sondern besonders auch für die Vollzugsbeamtinnen und -beamten dar. Sie erschwert die Aufgabe der Resozialisierung enorm.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen den Weg aus dieser Misere auf keinen Fall in einem ständigen Neu- und Zubau von Gefängnissen.

Wir wollen, dass ein Konzept entwickelt wird, ein Konzept der verantwortbaren Haftvermeidung und Haftverkürzung, ein Konzept, das Dritte in den Behandlungsvollzug einbindet, wobei – das ist immer klar – die Scherheitsbedürfnisse der Öffentlichkeit beachtet und erfüllt werden müssen, aber natürlich auch die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und des Strafvollzugsgesetzes.

Herr Mertin, es ist richtig, wenn Sie sagen, dass das Rückfallrisiko deutlich höher wird, wenn Gefangene ohne jede Vorbereitung durch resozialisierende Maßnahmen in die Freiheit entlassen werden, also die Resozialisierungsarbeit in den Gefängnissen auch praktizierter Opferschutz ist. Das ist richtig, aber das reicht nicht.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Meinung, dass eine effektive und effiziente Resozialisierungsarbeit ein durchgehendes Handlungskonzept erfordert, also eine Verzahnung von stationären Maßnahmen, das heißt, die Maßnahmen in den Justizvollzugsanstalten, und von ambulanten Maßnahmen, das heißt, den Maßnahmen außerhalb der Gefängnismauern nach der Entlassung.

Dieses Konzept, ambulant und stationär, das in vielen anderen Bereichen, Gesundheitssystem, Jugendhilfe usw., schon praktiziert und unstreitig ist, muss in Rheinland-Pfalz endlich auf die Arbeit mit Strafgefangenen übertragen werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt aber nicht nur, dass mehr Bewährungshelferinnen und -helfer eingestellt werden müssen – das ist sicher auch ganz wichtig; denn da haben wir in Rheinland-Pfalz eine schlechte Relation zwischen entlassenen Strafgefangenen und Bewährungshelferinnen und -helfern –, das bedeutet mehr.

Das bedeutet, dass auf regionaler Ebene Verbundlösungen zwischen den Justizvollzugsanstalten, den sozialen Diensten der Justiz und der Jugend- und Sozialhilfe geschaffen werden müssen. Dazu gehört auch eine Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern bzw. mit den jetzt neu geschaffenen Arbeitsgemeinschaften auf lokaler Ebene.

Dazu gehört die Kooperation mit externen Drogenhilfen und mit Schuldnerberatungen und Therapeutinnen und Therapeuten.

Herr Mertin, wir fordern Sie auf, ein Konzept für diese engere Verzahnung der Resozialisierungsmaßnahmen innerhalb und außerhalb der Gefängnismauern zu entwickeln, als ein Baustein und eine Maßnahme, um der Überbelegung der Justizvollzugsanstalten entgegenzuwirken, um die Qualität der Arbeit mit Strafgefangenen zu steigern und dadurch auch die Innere Sicherheit zu stärken.

Meine Damen und Herren, ein besonderes Augenmerk muss im Strafvollzug immer auf jugendlichen Straftätern liegen, weil die Möglichkeit zur Verhaltensänderung im jugendlichen Alter natürlich sehr viel größer ist, allerdings auch zur negativen Seite. Darum gibt es auch die Trennung zwischen Jugendstrafvollzug und Erwachs enenstrafvollzug.

Aber Jugendliche sind auch leichter positiv zu beeinflussen. Darum spielt die Resozialisierung gerade bei jugendlichen Strafgefangenen eine so wichtige Rolle.

Leider ist aber auch im Jugendstrafvollzug die Überbelegung ein großes Problem. Die Jugendstrafanstalt in Schifferstadt ist für 260 Jugendliche ausgelegt. Aber im September dieses Jahres sind 308 Jugendliche dort untergebracht gewesen.

Die Jugendlichen sind in Wohngruppen untergebracht, in denen ihnen ganz individuell Arbeit und Therapie angeboten wird. Aber wenn die Gruppen immer größer werden – das Konzept sieht eigentlich 12 oder 13 Jugendliche pro Gruppe vor, inzwischen sind es in vielen Fällen schon 17 Jugendliche pro Gruppe –, dann wird das Ziel, den Jugendlichen eine Grundlage für die Zeit nach der Entlassung zu bieten, immer schwerer zu erreichen sein.

Dabei ist es gerade bei jungen Menschen so immens wichtig; denn wir wissen, dass Jugenddelinquenz nur in ganz wenigen Fällen der Beginn einer so genannten kriminellen Karriere ist.

Eine im Februar 2004 vom Bundesjustizministerium vorgelegte Rückfallstatistik zeigt für jugendliche Straftäter deutlich, für die meisten strafrechtlich in Erscheinung tretenden Jugendlichen bleibt die Straffälligkeit ein einmaliger Vorgang, und zum anderen – das kommt auch in dieser Rückfallstatistik deutlich heraus – schneiden

Bewährungsstrafen, die immer mit Auflagen versehen sind – das wissen wir –, deutlich besser ab als Freiheitsund Jugendstrafen, was die Rückfallquote angeht.

Meine Damen und Herren, darum ist es auch der falsche Weg, wie er von der CDU propagiert wird, immer und in regelmäßigen Abständen, der Delinquenz bei Jugendlichen und besonders bei Heranwachsenden durch stärkere Repression zu begegnen.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Grundgedanken des Jugendstrafrechts "Erziehung statt Strafe" möglichst effektiv umsetzen. Dazu gehört natürlich auch ein Abbau der Überbelegung, ebenso wie diese enge Verzahnung der stationären und ambulanten Maßnahmen. Gerade bei Jugendlichen lohnen sich solche Anstrengungen.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, wir wissen natürlich, dass das Geld kostet, aber nicht so viel wie ständiger Neu-, Um- und Ausbau von Gefängnissen oder wie eine Rückfallquote, die ständig steigt. Ich denke, darum müssen wir diese Maßnahmen in Angriff nehmen für eine sichere Zukunft für Rheinland-Pfalz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Landfrauen aus Hornbach. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Es spricht Herr Kollege Creutzmann.

(Zurufe aus dem Hause)

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich soll es nicht zu lang machen. Ich habe das vernommen. Ich lese jetzt alle 19 Seiten, die ich aufgeschrieben habe, nicht vor.

(Staatsminister Bauckhage: Das haben wir aber erwartet!)

Ich will ein paar Anmerkungen zum Kollegen Baldauf machen. Eigentlich zwingt er mich, meine Rede vorzulesen, weil er vorhin in seiner Rede gesagt hat, der Minister verwalte, er gestalte nicht.

(Baldauf, CDU: Genau!)

Herr Kollege Baldauf, dies ist schlicht und einfach falsch. Jetzt müsste ich Ihnen meine Rede vorlesen, in der alles

(Zurufe von der CDU)

 Ja, das tut der Opposition weh, aber ein paar Dinge muss ich erwähnen. All das, was das Land hat machen können, im IT-Bereich, im Verwaltungsbereich, macht das Land und auch in den nächsten Jahren noch. Da sind wir führend, das weiß der Kollege.

Ich verweise auf die Ausführungen meiner charmanten Kollegin, Frau Reich.

(Beifall bei der SPD)

Sie hat dazu alles gesagt. Deswegen kann ich es kürzer machen.

Herr Kollege Baldauf, dort, wo wir auf Änderungen aus Berlin angewiesen sind, Änderungen von Bundesgesetzen, gab es dort auch den Versuch des Ministers, über Bundesratsinitiativen und über Gespräche, das eine oder andere zu erreichen.

Der Kritik, die Frau Kollegin Reich an den neu geplanten Reformen der Bundesjustizministerin vorhin artikuliert hat, kann ich mich nur anschließen; denn man muss natürlich wissen – – –

(Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Welche Kritik? Was war das genau?)

 Frau Kollegin Reich hat vorhin – ich habe aufmerksam zugehört – die geplanten Änderungen in Berlin, die große Justizreform, kritisch hinterfragt,

(Hartloff, SPD: Die so genannte!)

genau so wie der Justizminister in diesem Land. Das ist auch gut so, weil es zu einem Abbau der Rechte der Betroffenen kommen würde, wenn man eine Instanz einfach berausnimmt

Wie gesagt, ich erspare es mir, Ihnen all die Dinge --- Der Kollege Baldauf "weint".

Jetzt noch eine Anmerkung: Diese 3.000 BAföG-Fälle. Das hat Ihnen der Minister schon im Ausschuss erklärt, und immer wieder kommen Sie mit der Mär.

Sie können doch nicht der Justiz sagen, wenn Massenverfahren anstehen – lassen Sie mich das so nennen –, die alle die gleichen Fälle behandeln und dann natürlich in einer großen Zahl auftreten, dass sie dann mehr Justizpersonal einstellen können für Verfahren, die in einem relativ kurzen Zeitraum beendet sein werden.

Der Minister hat im Ausschuss gesagt –ich erinnere mich noch ganz genau an seine Ausführungen –, dass wenn ein oder zwei Musterverfahren abgehandelt sein werden, die anderen Verfahren nach dem gleichen Muster laufen werden und die Belastung der rheinlandpfälzischen Justiz nicht so groß wird.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Herr Kollege, noch einen Satz über das Irren der Justiz zwischen den geplanten Haushaltszahlen und den Ist-Zahlen. Auch dort wissen Sie ganz genau, dass bei einer unabhängigen Justiz das Ministerium nicht Herr des Verfahrens ist.

Deswegen können Haushaltsansätze – da gibt es viele Dinge, das fängt bei Gutachten an und geht weiter über Verfahrensdauer; die Justiz entscheidet in ihrer Eigenständigkeit – überschritten werden, so unschön das vielleicht sein mag.

Ich möchte mich zum Abschluss noch bei der Justizverwaltung bedanken, die eine hervorragende Arbeit leistet, und natürlich auch bei den Justizvollzugsbeamtinnen und -beamten. Herr Kollege Dröscher und Frau Kollegin Grützmacher, wir sind oft in den Gefängnissen, sehen uns Dinge an und reden mit den Menschen, mit den Betroffenen, mit dem Justizpersonal, mit den Beiräten und mit Gefangenen. Für mich war das überraschendste Erlebnis bei einem Besuch in Trier, dass die Justizbeamtinnen und -beamten anerkennen und akzeptieren, dass gespart werden muss. Sie haben bei dieser Veranstaltung etwas gesagt, was ich an Herrn Justizminister Mertin mit der Bitte weitergeben möchte, dies einmal zu überdenken. Sie sagten uns damals: Manchmal wäre ein Wort der Anerkennung schon sehr viel wert. – Nun kann man es nicht immer bei einem Wort der Anerkennung belassen. Deswegen meine ich, man sollte überlegen, wie man diese hohen Belastungen, denen das Justizpersonal in Rheinland-Pfalz, das hervorragende Arbeit leistet, ausgesetzt ist, noch honorieren kann.

Ich darf mich bedanken.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Es spricht nun Herr Abgeordneter Dröscher.

Abg. Dröscher, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte für unsere Fraktion noch einige Anmerkungen zum Thema "Strafvollzug" machen. Der Anteil des Strafvollzugs im Haushalt ist relativ gering, wenn man es in Bezug auf die Gesamtsumme sieht. Aber im Gegensatz zum Haushalt insgesamt, der für 2005 Steigerungsraten in Höhe von -0.2 % und für 2006 von +0.8 % beinhaltet, haben wir im Bereich des Vollzugs eine Steigerung von 5.4 % im Jahr 2005, nachdem bereits im Zeitraum von 2003 bis 2004 eine Steigerung von 8 % stattfand, und eine weitere Steigerung in Höhe von 1 % auf insgesamt 114.7 Millionen Euro im Jahr 2006. Davon sind etwa 65 Millionen Euro Personalkostenanteil und 31 Millionen Euro reiner Sachkostenanteil, worin auch die Mietanteile für den LBB veranschlagt sind.

Weitere große Beträge sind die Finanzierung des Fonds für die Beamtenversorgung mit über 5 Millionen Euro im Jahr 2005 und mit 5,6 Millionen Euro im Jahr 2006 sowie die Arbeitslosenversicherung der Gefangenen, die abeiten, die immerhin über 2,8 Millionen Euro beträgt. Das sind die Hauptbrocken, die entstehen.

Die Steigerung ist darauf zurückzuführen, dass wir genau wissen, dass in diesem Bereich ein großer Druck besteht und der Haushalt, den wir dem Ministerium zur Verfügung stellen wollen, auf die steigenden Belegungs-

zahlen, auf den Druck zur Verbesserung der Sicherheit sowie auf den steigenden Personalkostenaufwand reagiert. Zu den Personalkosten ist in diesem Fall auch zu sagen, dass Strafvollzug, Bewährungshilfe, Gerichtsvollzieher und Rechtsreferendare von der Effizienzrendite ausgenommen sind und deshalb Steigerungen erfahren.

Wir haben in diesem Bereich insgesamt 160 Stellenanhebungen, davon allein 88 im Strafvollzug und 67 im mittleren Dienst. Dies ist ein Zeichen dafür, dass wir gerade die Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im mittleren Vollzugsdienst entsprechend berücksichtigen, die eine doch sehr harte und verantwortungsvolle Arbeit zu nicht so sehr hohen Gehältern leisten.

Es ist zu berücksichtigen, dass wir die 2002/2003 im Haushalt neu geschaffenen Stellen mittlerweile auch in Planstellen umwandeln. 120 Stellen davon werden in diesen beiden Haushaltsjahren umgewandelt, 30 davon in Stellen für Probebeamte.

Bei der Belegungssituation ist darauf hinzuweisen, dass wir es mit einer wachsenden Belegung zu tun haben. Wir versuchen, darauf zu reagieren. Herr Kollege Creutzmann hat schon berichtet, dass wir bei unseren Besuchen in den Justizvollzugsanstalten und auch bei den Gesprächen im Ministerium gemeinsam nach Wegen suchen. Es geht weit über das Problem der Doppelbelegung hinaus. Es geht auch um die Frage des offenen Vollzugs, Ersatzfreiheitsstrafen direkt in den offenen Vollzug zu geben. Dies ist eine nicht ganz einfache Situation.

Unsere Hoffnung auf die demografische Entwicklung sehe ich nicht in diesem Maß erfüllbar. Andere Länder richten mittlerweile spezielle Haftanstalten für Seniorenstraftäter ein. Das ist eine spannende Geschichte, weil dort die Sicherheitsfrage unter einem anderen Aspekt beachtet werden kann. Ich sehe dabei aber keinen wesentlichen Rückgang, aber das ist meine persönliche Einschätzung dazu. Dieses Spannungsfeld in unserer Gesellschaft zwischen Prävention und Sanktion, nämlich Strafe zwischen Resozialisierung und Vollzug dieser Strafe, kann nicht isoliert von der Entwicklung unserer Gesellschaft insgesamt betrachtet werden. Das, was wir uns in Bezug auf die Resozialisierung auf die Fahnen geschrieben haben, ist sehr wichtig und wurde auch schon in anderen Redebeiträgen erwähnt.

Ein weiterer Lösungsvorschlag, dieser Belegungssituation zu begegnen, sind Baumaßnahmen. Wir haben vor, neben der Optimierung der Sicherheit, die dabei ebenfalls vorgesehen ist und beim LBB 2005 und 2006 mit etwa 14 Millionen Euro veranschlagt ist, eine Generalsanierung und Erweiterung in Wittlich durchzuführen. Dort werden bis 2008 insgesamt 260 Plätze neu entstehen. Wenn die Entwicklung so weitergeht, wie wir dies momentan prognostizieren, werden wir sicherlich nicht darum herumkommen, diesen Zuwachs sogar auf 660 Plätze dadurch aufzustocken, dass wir die bestehende alte Anstalt weiter betreiben. Dies bleibt abzuwarten und wird sicherlich die Zukunft zeigen.

In Diez soll ein neues Wirtschaftsgebäude mit Wäscherei und Kammer entstehen, das 2006 fertiggestellt wer-

den soll. Diese Baumaßnahmen werden vom LBB durchgeführt. Die Maßnahmen in Wittlich werden etwa 60 Millionen Euro kosten.

Ich möchte noch ein Wort zu einem Punkt sagen, der uns in den vergangenen Monaten immer wieder beschäftigt hat, nämlich zu den Produktions- und Arbeitsmöglichkeiten innerhalb der Anstalten. Das ist ein ganz wichtiger Faktor. Wir haben dort Wirtschaftsbetriebe, die die Versorgungsleistungen für die Justizvollzugsanstalten erbringen und eigentlich weit mehr als Versorgungsleistungen produzieren; denn dort werden in den leistungsfähigen Werkstätten Leistungen auch beim Bau und bei der Sanierung der Justizvollzugsanstalten erbracht. Die Unternehmerbetriebe, für die wir Räume und Arbeitskräfte zur Verfügung stellen – beispielsweise auch Energie und Wasser -, die von Unternehmen betrieben werden, sind der zweite Bereich. Der dritte Bereich, den ich für sehr wichtig halte, sind die Eigenbetriebe, landeseigene Maschinen, Geräte und Ausstattung mit Landesmitteln, Betriebsleiter, die das Land stellt. Die Erlöse fließen dann auch in die Landeskasse. aber diese Erlöse sind in den letzten Jahren durch die hohen Kosten zum Beispiel für die Arbeitslosenversicherung zurückgegangen, die gezahlt werden müssen.

Wir begrüßen als Fraktion sehr, dass seit März 2004 das Projekt "Neustrukturierung der Arbeitsverwaltung" aufgelegt wurde. Die Bestrebungen nach mehr Flexibilität und unternehmerischen Gestaltungsräumen sind das Ziel dieses Projekts, das durch Marketing, durch neue Steuerungselemente und durch moderne IT-Technik erreicht werden soll. Das ist ein Projekt, von dem wir uns auch für die Zukunft Innovationen versprechen: Zum einen eine wirtschaftliche Führung dieser Eigenbetriebe und zum anderen auch die Möglichkeit im Sinn der Resozialisierung der Vorbereitung auf das Leben nach dem Vollzug, dass Menschen die Möglichkeit erhalten, zu arbeiten, zu Iernen oder Berufsausbildungen anzustreben. Dies spielt für die Resozialisierung eine ganz wichtige Rolle.

Wir danken dem Ministerium ganz herzlich dafür, dass die Anregungen aus der Strafvollzugskommission aufgegriffen wurden.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Insgesamt sind wir mit diesem Haushalt auf einem guten Weg.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Ich erteile Frau Abgeordneter Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte einige wenige Bemerkungen zu dem, was die Kolleginnen und Kollegen gesagt haben, anschließen.

Herr Kollege Baldauf hat eine ganze Reihe von wichtigen Punkten genannt, die im Land, aber auch um uns herum aus der Bundespolitik auf die Justiz zugekommen sind und immer noch zukommen. Zunächst einmal danke ich allen Rednerinnen und Rednern, die sich jetzt noch einmal zur ZPO-Reform geäußert haben. Ich habe dies im Ausschuss für die CDU-Fraktion gemacht und habe dem Minister ausdrücklich unsere Unterstützung bei seiner Haltung zu diesen Fragen zugesichert. Unter den Ausschussmitgliedern war dies noch nicht so gewesen. Ich finde es gut, dass Sie heute auch noch einmal öffentlich gesagt haben, dass wir nicht in eine neue Reform stolpern sollten, bevor wir die Auswirkungen der alten Reform nicht erst einmal ausprobiert haben.

(Frau Reich, SPD: Das sind aber die CDU-Ministerpräsidenten, die das wollen!)

 Entschuldigung, ich rede hier für Rheinland-Pfalz. Ich möchte dies ausdrücklich noch einmal sagen. Es kommt für uns auch nicht infrage, dass das jetzt noch einmal als Sparmodell eingeführt wird. Das kann sich die Justiz überhaupt nicht leisten.

Frau Kollegin Reich, das ist vor allem auch in Rheinland-Pfalz so. Ich glaube, das Bild, das auch die Regierungsfraktionen jetzt dargestellt haben, ist wirklich ein wenig zu positiv.

Natürlich ist das, was Sie gesagt haben, in der Sache nicht falsch, was beispielsweise im technischen Bereich, an den Gebäuden usw. passiert ist.

(Frau Reich, SPD: Ach!)

 Entschuldigung, eine Landesregierung arbeitet jeden Monat und jedes Jahr. Sie tut etwas und gibt das Geld aus. Sie können doch jetzt nicht sagen, dass man davon nichts sieht. Das würden noch nicht einmal wir behaupten. Das ist doch völlig klar.

(Zurufe im Hause)

Aber das sind auch Dinge, die dem Stand der technischen Entwicklung oder den baulichen Gegebenheiten angemessen und einfach erforderlich sind.

Meine Damen und Herren, wir haben aber wirkliche Probleme. Herr Creutzmann und Frau Reich, Sie können nicht leugnen, dass es Probleme gibt. Ich glaube, Sie reden auch in den Haushaltsgesprächen oder über das Jahr hinweg mit den Berufsverbänden aus der Justiz. Sie sind auch unterwegs und auch dabei, wenn Amtsgerichtsdirektoren eingeführt werden oder was auch immer. Dann hören Sie bestimmt auch hin, wo die Probleme liegen. Wir jedenfalls machen das. Wir haben uns auch wie immer intensiv mit diesem Haushalt beschäftigt.

(Frau Reich, SPD: Das haben wir im Ausschuss gemerkt!)

Ich möchte nur zwei kleine Beispiele nennen, die vorgetragen wurden. Frau Reich, Sie erinnern sich bestimmt auch an die Bemerkungen,

(Frau Reich, SPD: Ich erinnere mich an die Ausschussberatungen!)

die man Ihnen gegenüber gemacht hat, dass es zum Beispiel notwendig ist, eine Strafkammer aufzulösen, um Personal zu haben, damit man zwei andere Kammern am Leben erhalten kann. Dann können Sie doch nicht sagen, wir hätten in diesem Land keine Probleme in der Justiz und es wäre nicht eine enorme Arbeitsbelastung abzuleisten. Ich brauche jetzt gar nicht auf PEBB§Y und andere Erhebungen einzugehen. Das sind vielmehr Dinge, die Sie durch Zuhören erfahren können. Ich denke, dann ist es auch sinnvoll, was wir als Opposition machen, auf diese Punkte hinzuweisen.

(Beifall bei der CDU)

Dann lassen wir Ihnen eben die technische Entwicklung und lassen Ihnen die baulichen Geschichten.

Sie haben ein bisschen in einem Nebensatz darauf hingewiesen, Frau Reich, diese technischen Entwicklungen sind zum Teil auch auf das persönliche Engagement von Richterinnen und Richtern zurückzuführen. Wenn ich es richtig rekapituliere, was man mir erzählt hat, dann kaufen sich Richterinnen und Richter ein gewisses technisches Gerät – ich will jetzt nicht sagen wo – und setzen das in ihrem Alltag ein, weil sie damit schneller ihre Urteile geschrieben bekommen und damit auch dem Anspruch der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden können, nämlich zügig zu arbeiten. Ich glaube, das ist wirklich ein dickes Lob wert. Sie können dann nicht warten, bis die Landesregierung einen neuen PC oder sonst etwas anschafft, sondern sie machen das selbst und aus eigener Motivation.

Ich möchte auch auf das hinweisen, was uns die Generalstaatsanwaltschaft in den Gesprächen immer wieder sagt, nicht nur bei offiziellen Dingen, sondern auch sonst. Es ist inzwischen ein Problem für die Leitungen der Staatsanwaltschaften, ihre Staatsanwältinnen und Staatsanwälte unter dem enormen Druck, unter dem sie auch durch die Öffentlichkeit stehen, zu motivieren, in der Tat saubere Arbeit zu leisten und rechtzeitig fertig zu werden. Christian Baldauf hat darauf hingewiesen, dass wir gelegentlich jetzt schon das Problem der Verjährung haben, dass wir Verfahren, und zwar nicht nur die spektakulären, nicht rechtzeitig zur Anklage bringen können, sodass sie abgewickelt werden können.

Das alles sind Dinge, die Sie nicht leugnen können. Ich denke, sie müssen gerade auch bei den Haushaltsberatungen mit erwähnt werden.

Dass die Effizienzrendite, wie es hieß, 70 Stellen pro Haushaltsjahr in den letzten zwei Jahren gekostet hat, ist schon etwas, wenn man in einem so kleinen Personalkörper so viele Stellen einsparen muss, dies unter der Situation, unter der wir stehen. Ich meine, das war es noch einmal wert, darauf hinzuweisen.

Ich bedanke mich.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Kohnle-Gros, ich möchte Ihnen noch einmal etwas in aller Ruhe und Sachlichkeit sagen. Wenn Sie mit den Betroffenen in der Justiz sprechen, dann werden sie sich natürlich beklagen und sagen, dass sie gern entlastet werden würden. Wir müssen uns aber auch einmal etwas klar machen. Sie können doch nicht an einem Tag den Kollegen Böhr die Neuverschuldung beklagen lassen und am nächsten Tag beim Justizhaushalt dann sagen: Wir brauchen mehr Richter.

(Beifall bei FDP und SPD – Frau Kohnle-Gros, CDU: Es geht um die Ausgewogenheit!)

Bei der Ausgewogenheit liegt genau immer unser Problem. Wir erleben, was jetzt schon an Klagen vorhanden ist, wenn die Sozialgerichte zu den Verwaltungsgerichten kommen sollen. Es würde Sinn machen, damit ich dann, wenn auf der einen Seite mehr Verfahren sind, Richter im Verwaltungsbereich und umgekehrt einsetzen kann. Wir erleben dann, dass solche Austausche in dem jetzt geteilten Justizsystem nicht möglich sind. Dann ist es doch klar, dass wir auch in der Justiz mehr Flexibilität bräuchten.

Es stellt sich natürlich die Frage nach den Strukturen unseres Rechtsstaates. Ich wollte nicht noch einmal groß replizieren. Es tut einem aber schon weh, wenn Ihr Kollege Dr. Böhr an einem Tag sagt, ihr macht zuviel Schulden, ihr müsst sparen, der Justizminister dies dann auch tut, was dann natürlich bei den Betroffenen dazu führt, dass sie mehr arbeiten müssen, um es einmal salopp zu sagen, wie es in der Wirtschaft draußen auch der Fall ist — —

(Baldauf, CDU: Arbeiten Sie in der BASF auch so?)

 Lieber Herr Kollege Baldauf, in der Chemie sind von 52.000 Beschäftigen effektiv über 20.000 abgebaut worden.

(Kuhn, FDP: Lass es gut sein!)

Das hängt natürlich auch mit der Verlagerung von Produktionen zusammen. Reden Sie einmal mit den Betroffenen. Das hängt aber auch mit einer enormen Verdichtung im Arbeitsbereich zusammen. Darum kommen Sie nicht herum.

Das Ganze erleben Sie jetzt bei der Diskussion um Keiper-Recaro. Wenn gefordert wird, dass die Menschen länger arbeiten sollen, dann ist das doch nichts anderes, als dies in anderen Bereichen bereits geschieht. Wir haben es den Beamten doch auch zugemutet. Wir haben die Arbeitszeit erhöht. Es ist dann nichts anderes, als dass die Menschen mehr arbeiten müssen. Darüber müssen Sie sich im Klaren sein. Deshalb habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet. Frau Kollegin Kohnle-Gros, so kann man es nicht machen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Justizminister Mertin das Wort.

Mertin, Minister der Justiz:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Finanzminister hat bei der Einbringung des Haushalts schon auf die schwierigen Rahmenbedingungen hingewiesen. Ich bin ihm und auch den die Koalition tragenden Fraktionen dankbar, dass sie mit dem vorliegenden Haushalt der Justiz auch in Zukunft die Aufgabenerfüllung emöglichen und diese auch sicherstellen.

Ich bedanke mich ausdrücklich allerdings auch bei allen Fraktionen für die in der Regel doch sachliche und konstruktive Zusammenarbeit im Rechtsausschuss und auch in der Strafvollzugskommission.

(Beifall bei FDP, SPD und CDU – Frau Kohnle-Gros, CDU: Das finde ich auch!)

Es ist dort sehr wohltuend, wie man die Dinge durchaus sachlich und ganz anders als heute vom Herrn Kollegen Baldauf dargestellt erörtern kann.

Ich widerspreche ungern auch meinem Fraktionsvorsitzenden, der mich gestern gelobt hat. Herr Kollege Kuhn, ich nehme das gern entgegen und reiche es an die Mitarbeiter weiter.

(Beifall bei FDP, SPD und CDU)

Dass die Justiz in Rheinland-Pfalz so hervorragend funktioniert, hat nicht zuletzt mit dem Engagement der Richterinnen und Richter, der Rechtspfleger, der Staatsanwälte, der Mitarbeiter der Geschäftsstellen und der Mitarbeiter im Strafvollzug zu tun.

Ich finde, dass diese Mitarbeiter, die mit so großem Engagement ihre Arbeit tun, es eigentlich nicht verdient haben, im Vorfeld einer so genannten großen Justizreform dann in der Arbeit, die sie leisten, in der Öffentlichkeit so dargestellt zu werden, wie dies der Fall gewesen ist. Ich verstehe es, dass man durchaus für eine solche Reform werben will. Wenn man aber in dem Zusammenhang von verfetteter Justiz spricht und damit eine gewisse Unbeweglichkeit meint, so meine ich, muss dem heute auch deutlich widersprochen werden.

(Beifall bei FDP, SPD und CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Zusammenhang mit der so genannten großen Justizreform, die eine so genannte funktionale Zweigliedrigkeit darstellen soll, wurde häufig dargelegt, dass unser Justizwesen insbesondere an den vielen Rechtsmittelmöglichkeiten leidet. Dann wird ein singulärer Fall wie Kaplan hochgezogen. Ich gebe zu, es hat mich auch emotional berührt, wie das abgelaufen ist, wahrscheinlich jeden von uns.

Ich bin auch froh, dass Herr Kaplan ausgewiesen worden ist. Wenn man so etwas beschließt, muss man sich schon die Zahlen im Einzelnen anschauen.

Frau Kohnle-Gros, ich glaube, Sie haben schon darauf hingewiesen. Nur etwa 10 % der Verfahren gehen in die Berufung, nur etwa 1 % in die Revision. Es kann doch kein Mensch von einem übergeordneten Rechtsstaat sprechen. Ich finde, wir würden Herrn Kaplan im Nachhinein noch einen Gefallen tun, wenn wir ihm unsere Rechtsmittelmöglichkeiten hinterherwerfen. Das sollten wir nicht tun. Das sollten wir sorgfältig überlegen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Herr Kollege Baldauf, Sie haben einiges angesprochen. Ich habe im Ausschuss bereits ausführlich dargelegt, was geplant ist. Frau Kollegin Reich hat darauf hingewiesen. Herr Kollege Dröscher hat für den Strafvollzug darauf hingewiesen. Ich möchte die verbleibende Zeit dazu nutzen, auf einige Ihrer Anmerkungen einzugehen.

Sie haben mir vorgeworfen, dass ich nach dem Motto verfahren würde, "Reden ist Silber, Schweigen ist Gold". Herr Baldauf, es gibt Sprüche, die könnten Sie auch beherzigen.

(Beifall der SPD und der FDP – Staatsminister Bauckhage: Sehr gut!)

 Das ist doch wahr, Herr Kollege Baldauf. Was Sie von sich gegeben haben, ist bereits mehrfach in den Ausschüssen dargestellt worden.

Sie werfen mir vor, ich würde mich mit bundespolitischen Dingen befassen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das stimmt auch!)

Ich frage Sie, wieso werfen Sie mir in der gleichen Rede später vor, ich würde mich zu wenig darum kümmern. Das passt irgendwie nicht zusammen.

(Beifall bei FDP und SPD – Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

 Herr Kollege Baldauf, natürlich muss ich mich um bundespolitische Justizthemen kümmern. Hauptsächlich beeinflusst Bundesrecht die Kosten. Das haben wir im eigenen Land gar nicht in der Hand. Wir müssen uns deshalb intensiv um bundesrechtliche Vorgaben kümmern.

Es ist lächerlich, mir vorzuwerfen, ich würde mich im Betreuungsrecht nicht darum kümmern. Ich habe Sie noch auf keiner Veranstaltung gesehen, wo ich die Prügel dafür bezogen habe, dass ich mich auf Bundesebe-

ne bemühe, die Kosten in diesem Bereich zu begrenzen. Da waren Sie wie üblich, wenn es Prügel fürs Sparen gibt, abgetaucht. Es ist keiner dagewesen, Herr Kollege Baldauf.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich habe nichts gehört, dass Sie sich zu diesen Dingen besonders hervorgetan hätten.

Wenn Sie immer wieder behaupten, ein Amtsrichter in Zivilsachen würde bis zu 700 Fälle bearbeiten, dann ist das sicher in Einzelfällen so. Der Durchschnitt liegt deutlich darunter. Der Durchschnitt liegt bei etwa 649. Herr Kollege Baldauf, es wird nicht besser, wenn Sie es ständig wiederholen. Das nutzt niemandem. Ich zeige Ihnen gern die Vergleichszahlen aus anderen Bundesländern. Da steht die Justiz in Rheinland-Pfalz eigentlich hervorragend da.

Sie hatten die Fußballweltmeisterschaft angesprochen und gerügt, dass im Justizhaushalt hierfür keine Vorsorge getroffen wird. Natürlich muss der Innenminister in anderer Weise Vorsorge treffen. Er muss diese Fußballspiele präventiv begleiten. Er muss durch entsprechenden Personaleinsatz sicherstellen, dass es nach Möglichkeit zu keinen Straftaten kommt. Wir haben versucht, im Vorfeld herauszufinden, in welchem Umfang vielleicht Mehrbelastungen auf uns zukommen könnten, indem wir uns Erfahrungen aus Länderspielen und Ähnlichem angeschaut haben. Es lässt sich nicht signifikant beziffern. Sollte es zu Problemen kommen, die einen vermehrten Personaleinsatz erforderlich machen, werden wir selbstverständlich unmittelbar reagieren. Es ist eine ganz andere Situation, als der Innenminister sie an der Stelle darstellen und bewältigen muss. Die Justiz muss nur eingreifen, wenn es in erheblichem Umfang zu Straftaten kommt. Ich hoffe, dass der präventive Einsatz der Polizei dies verhindert, sodass nicht von großen Belastungen der Justiz gesprochen werden kann. Ich baue auf die Polizei in Rheinland-Pfalz.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Sie hatten die Bearbeitungszeit bei der Sozialgerichtbarkeit angesprochen. Herr Kollege Baldauf, das ist überall im Bund so. Es ist auch in Rheinland-Pfalz so. Das liegt an den Besonderheiten der sozialgerichtlichen Verfahren. Dort gibt es anders als in anderen Gerichtsbarkeiten die Möglichkeit, immer wieder neue Tatsachen vorzutragen. Man kann zum Beispiel immer wieder geltend machen, dass sich der Gesundheitszustand verschlechtert. Das Gericht hat keine Möglichkeit, dies abzuschneiden, sondern muss gegebenenfalls – –

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

 Nein, es hat keine Möglichkeit. Wenn der Kläger es durchsetzen will, kann er es durchsetzen, Herr Kollege Baldauf.

Es müssen gegebenenfalls neue Gutachten eingeholt werden. Die Verfahrensdauer bei den Sozialgerichtsbar-

keiten liegt insbesondere darin begründet, dass in der Regel ärztliche Gutachten einzuholen sind. Das wissen Sie. Das hat die Justiz überhaupt nicht in der Hand.

Sie hatten gefragt, ob wir für die Verlagerung der Verwaltungsgerichtsbarkeit bezüglich der Fälle um Hartz IV, die in die Sozialgerichtsbarkeit kommen, Maßnahmen getroffen haben. Herr Kollege Baldauf, das hatte ich im Ausschuss bereits dargelegt. Ein Richter ist zum Landessozialgericht, vier Richter sind zu den Sozialgerichten gekommen. Das ist exakt die Zahl, die uns von den Verwaltungsgerichten als erforderlich und bisher dort tätig mitgeteilt wurde. Ich gehe davon aus, dass ausreichend Vorsorge getroffen wurde.

Frau Kollegin Grützmacher, Sie hatten die konsensuale Streitbeilegung angesprochen. Selbstverständlich bemühen wir uns, alle Möglichkeiten zu unterstützen, die dazu führen, dass sich Menschen gütlich einigen, wenn sie Streit haben. Das zieht die beste und befriedigendste Wirkung nach sich. Das ist bedauerlicherweise nicht immer möglich. An der Stelle erlaube ich mir den Hinweis, dass einige Versuche nicht so erfolgreich abgelaufen sind. Das gilt zum Beispiel beim 15 a EG ZPO, der leider nicht die Wirkungen gebracht hat, die man sich davon erhofft hatte. Jedenfalls ergibt sich dies aus den Untersuchungen in den drei Bundesländern, die solche Evaluationen durchgeführt haben. Insofern lohnt es sich, darüber nachzudenken, ob es Sinn macht, so etwas bei uns einzuführen oder ob vorher nicht Verbesserungen angestrebt werden sollten.

In Ihrem Antrag haben Sie beim Bereich Strafvollzug eine Verbesserung gefordert. Das, was Sie darlegen, gibt es in großen Teilen bei uns schon. Wir nutzen selbstverständlich Behandlungsmöglichkeiten außerhalb und innerhalb der Anstalt. Es kommt auf den Einzelfall an, was und wie etwas durchgeführt werden kann. Selbstverständlich wird bei der Entlassung auf das zurückgegriffen, was außerhalb der Anstalt zur Verfügung steht. Selbstverständlich versuchen wir bei Entlassungen die Gefangenen entsprechend zu betreuen. Dies gibt es. Dies wird auch im Rahmen der Bewährungshilfe versucht. Ich unterstütze Ihre Zielrichtung im Antrag. Es ist viel Wünschenswertes drin. Bedauerlicherweise ist das derzeit finanziell nicht machbar. Deshalb kann ich in der Sache nicht mehr unternehmen, als derzeit möglich ist. Die finanziellen Mittel stehen nicht zur Verfügung. Wir versuchen weiterhin, private Initiativen in diesem Bereich zu fördern.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erkennen dies an. Es gibt Vernetzungen vor Ort. Es ist nicht so, dass dieses Gebiet brachläge. Es ist leider derzeit nicht möglich, auf diesem Gebiet zusätzliche finanzielle Anstrengungen zu unternehmen. Das gibt leider die finanzielle Lage des Landes nicht her.

Insgesamt meine ich, ist der eingebrachte Haushalt durchaus in der Lage, der Justiz bei der Aufgabenerfüllung in den nächsten zwei Jahren mit den erforderlichen Mitteln die nötige Hilfe zur Verfügung zu stellen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache zu diesem Einzelplan. Wir sind damit am Ende der Tagesordnung.

Ich berufe den Landtag wieder ein für morgen, 9:00 Uhr, zur Fortsetzung der Haushaltsberatungen. Wir beginnen

mit dem Einzelplan 09, Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17:59 Uhr.